Deutschland
3,00 €

6|12

Neue Beilage Kultur bildet.

Politik & Kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

www.politikundkultur.net

In dieser Ausgabe:
Wolfgang Huber
Bernd Neumann
Annette Schavan
Thomas Sternberg
Rita Süssmuth
und viele andere

II. Vaticanum
Diskutiert wird dieser Tage über die erfüllten oder zerschlagenen Hoffnungen auf Veränderung. Über Kultur spricht niemand. Außer uns. Seiten 13 bis 17

Im Netz
Piraten und kein Land in Sicht. Die Reaktionen nach der Plakataktion »Kulturfledderer« des letzten Heftes kochten hoch. Seiten 20 und 21

Stellungnahmen
Die aktuellen Empfehlungen des Deutschen Kulturrates zum Urheberrecht sowie unsere Standpunkte zum Staatsziel Kultur. Seiten 22 und 23

Kultur bildet.
Unsere neue Dialogplattform Kulturelle Bildung entsteht. Mehr darüber sowie über die Bündnisse für Bildung in der neuen Beilage. Seiten 1 bis 12

Verrat

Mit seinem neuen Buch »Der Wissenschaftswahn« hat der Biologe Rupert Sheldrake einmal mehr seine Wissenschaftskollegen gegen sich aufgebracht. Er argumentiert gegen ein rein materialistisches Weltbild und gegen die nach seiner Ansicht das freie Denken der Wissenschaftler behindernden Dogmen des Forschungsbetriebs. Heutige Naturwissenschaft, sagt er, beruht auf der Annahme, dass es nur eine materielle Wirklichkeit gibt und sonst nichts. Auch außerhalb der Naturwissenschaft hat diese materialistische Weltsicht längst den Status eines Dogmas erhalten. Einige Zeitgenossen setzen die Aufklärung, die Europa aus dem sprichwörtlich dunklen Mittelalter herausgezogen hat, kurzerhand mit dem materialistischen Weltbild gleich. Die Beschäftigung mit religiösen Fragen wird dann schnell, wegen des Verlassens der rein materialistischen Weltsicht, zur Preisgabe der Aufklärung uminterpretiert.

Bei der erst vor wenigen Wochen stattgefundenen Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates wurde mir von einem sichtlich erregten Delegierten empfohlen, doch gleich zum Islam zu konvertieren, wenn wir mit den Veröffentlichungen von religiösen Themen in Politik & Kultur weiterhin die Aufklärung verraten würden. Ich finde, es ist eine spannende Frage, ob man die Aufklärung überhaupt verraten kann, denn hat nicht gerade die Aufklärung eine Befreiung von althergebrachten und überholten Vorstellungen und Ideologien zum Ziel? Verlangt nicht die Aufklärung selbst eine ständige Infragestellung auch von Errungenschaften der Aufklärung? Zumindest eine rein materialistische Welt, also eine Welt, in der nichts Geistiges existiert, sollte in Frage gestellt werden.

Zugegeben, in den letzten Jahren hat es in Politik & Kultur wiederholt Schwerpunktsetzungen auf religiöse Fragen gegeben. 2006 begann es mit der Artikelserie »Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht«. Das Interesse unserer Leser hieran hat sogar die Debatte um die »Computerspiele als Kunstwerke« in den Schatten gestellt. Aus dieser Serie hat sich eine regelmäßige Beschäftigung mit dem Thema Religion entwickelt. Einen Höhepunkt stellt bislang die Beilage »Islam – Kultur – Politik« dar, die schon weit über eine Million Mal aus dem Netz geladen wurde. Im Frühjahr 2013 folgt ein umfangreiches Dossier zum Judentum.

Religiöse Fragen haben in den letzten Jahren generell an Bedeutung gewonnen. Kultur und Religion sind immer sichtbarer miteinander verschmolzen. Selbst, wer sich eine religionsbefreite Kultur wünscht, muss erkennen, dass dieser Wunsch reine Fiktion ist. Kulturpolitik kann heute nur mit einem tiefen Verständnis für religiöse Fragen gemacht werden.

Olaf Zimmermann ist Herausgeber von Politik & Kultur

Kultur in Begegnung mit Kirche

12 Thesen zum Dialog zwischen Glaube und Kultur

KARL KARDINAL LEHMANN

Allenthalben gibt es die Klage, die Fundamente Europas würden heute zu einseitig von den wirtschaftlichen Interessen her bestimmt. Man beklagt nicht nur das zu langsame Wachsen ausgebauter und bevollmächtigter demokratischer Strukturen, sondern auch ein Defizit im Blick auf die sogenannten »Werte«. Auf der anderen Seite besteht kein Zweifel, dass ein gemeinsames Europa gewisse gemeinsame Wertüberzeugungen braucht, die in der Antike, im biblischen Glauben, in der Geschichte des Christentums und in der Aufklärung begründet sind. Aber so bleiben sie relativ abstrakt. Die konkrete Kultur ist in bestimmten Lebensformen und in einzelnen Regionen beheimatet und verwurzelt. Gerade diese beharren auf einer gewissen Autonomie. Sie wollen die farbige Kultur ihres Lebens und ihrer Überlieferungen nicht eintauschen mit einer relativ künstlichen Welt, die vielfachen Einwirkungen ausgesetzt ist. In diesem Sinne gibt es einerseits stets den Ruf, die kulturellen und auch religiösen Werte Europas stärker zu betonen, gleichzeitig aber wehrt man sich anderseits gegen jede autoritative Maßnahme in diesem besonders sensiblen Bereich.

Es besteht jedoch kein Zweifel, dass die verschiedenen Kulturen und religiösen Überzeugungen sich

Ein gemeinsames Europa braucht gemeinsame Wertüberzeugungen

viel stärker in die Fundamente eines neuen Europa einbringen müssen. Dies kann nicht nur gelingen durch die Berufung auf die hohe Wertigkeit dieser Überlieferungen, sondern indem der spirituelle und ethische Gehalt dieser großen Traditionen vermittelt wird mit der Mentalität und den Lebensformen der gegenwärtigen Kultur. Dies ist ein schwieriger Dialog, der noch in den Anfängen steckt.

Im Folgenden werden in Thesenform einige Gedanken skizziert, die bestenfalls zur Eröffnung eines Gesprächs über das Thema dienen können. Die Leitlinien können keine Einzelinhalte formulieren, wollen aber den Horizont für ein solches Gespräch eröffnen.

1. Unter Kultur verstehe ich hier die Art und Weise, wie der Mensch die Natur zu seiner Welt gestaltet, wobei die Formung der Welt zugleich die Selbstgestaltung des Menschen ist.

2. Die Situation der Kultur wird durch die geistige Situation der Zeit und der Gesellschaft mitbestimmt. Diese wechselt sehr oft ihr konkretes Gesicht. Wandlungen erfolgen rasch und werden für den europäischen Raum m.E. durch folgende Stichworte gekennzeichnet, die sich gewiss zunächst unvermeidlich wie Schlagworte anhören:

a) Säkularisierung: Ursprünglich religiös geprägte Lebenszusammenhänge verlieren ihre letzte Verwurzelung in einem transzendenten Grund (Gott) und ihre Beheimatung in einem kirchlichen Kontext. Es ist strittig, ob dieser Vorgang der Säkularisierung eine Auszehrung ursprünglich christlich-substantieller Gehalte darstellt, oder ob es sich um eine Umformung und Fortbildung bzw. um ein Fortwirken handelt, die von ihnen selbst her ermöglicht wird.

b) Funktionalisierung: Die Wirklichkeit wird nicht mehr im Ganzen der Welt und des Seins überhaupt verstanden, sondern sie wird vor allem von den Zielsetzungen ihrer jeweiligen Teilbereiche her begriffen. Dabei steht nicht so sehr die Realität selbst in ihrer eigenen Bedeutung im Vordergrund, sondern ihre zweckrationale Finalisierung. Die einzelnen Systembereiche (z.B. Wirtschaft, Sport, Kunst, Religion, Medizin) werden in ihrer jeweiligen Bestimmung verselbstständigt und schließen sich gegeneinander ab. Religion erscheint entweder als ein partieller Sektor, der zur Klärung z.B. menschlicher Grenzsituationen dient, wird als Serviceleistung für religiöse Bedürfnisse verstanden oder überhaupt an den Rand der gesellschaftlichen Belange gedrängt. Religion wird so auf sich selbst zurückgeworfen und verliert ihre von Hause aus gegebene Begegnung und Auseinandersetzung mit der kulturellen Welt.

c) Pluralismus: Die auch in der modernen Demokratie verfassungsmäßig verbürgte, zunächst negative Religionsfreiheit bringt einen weltanschaulichen und religiösen Pluralismus hervor, in dem alle Religionen und jeweiligen Weltanschauungen gleichgültig sind und darum auch jeweils nur in ihrem individuellen Anspruch nach innen nebeneinander stehen. Diese Pluralität ist nicht gleichzusetzen mit einer allgemeinen faktischen Vielfalt, sondern ist grundlegend und unaufhebbar. Sie lässt Religion weitgehend als private Angelegenheit erscheinen, während ihr öffentlicher Charakter mindestens faktisch zurückgedrängt wird.

d) Ambivalenz: Nach anfänglich hohen Erwartungen über die Errungenschaften der Moderne wurde die Welt in der Neuzeit immer nüchterner begriffen. Man wollte die unabänderliche Zweideutigkeit menschlicher Existenz beseitigen, um eine übersichtliche Welt zu erhalten. Wir mussten aber lernen – und dies macht besonders auch die Postmoderne aus –, dass wir in vielen Zwei- und Mehrdeutigkeiten unserer Welt leben müssen.

Dadurch entsteht insgesamt eine Situation, die durch die hochgradige Subjektivierung und Individualisierung in der Gesellschaft zusätzlich gesteigert wird. Es stehen sich dann nicht nur unvereinbare Lebens- und Glaubensdeutungen gegenüber, sondern oft finden sich unausgleichbare Spannungen im Individuum selbst, das sich teils in einer synkretistischen Manier verschiedene Versatzstücke aus unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen zusammenbastelt.

Diese grundlegende Verschiedenheit und Widersprüchlichkeit wird jedoch nicht als belastend oder störend empfunden, sondern wird sogar eher als Ausdruck der Freiheit gewertet. Die Individualisierung entleert das menschliche Zusammenleben im Blick auf gemeinsame verbindliche Normen und ist besonders wirksam im Bereich der Kultur, vor allem auch der Kunst, wo fast alle Kriterien entfallen: Im Namen der Freiheit der Kunst gibt es z.B. hinsichtlich des Schutzes der Religion kaum wirklich durchsetzbare Grenzen mehr.

Diese vier Grundelemente bestärken sich gegenseitig und führen insgesamt zu einer erheblichen Sinn-

Fortsetzung auf Seite 2

Nr. 6/2012
ISSN 1619-4217
B 58 662

Fortsetzung von Seite 1

krise sowohl beim Einzelnen als auch in der Gesellschaft. Diese Krise wird jedoch generell eher heruntergespielt.

3. Der Dialog zwischen Glaube und Kultur wird dadurch verändert und schwierig. Religion und Kirche erscheinen als von ihren Interessen geleitete gesellschaftliche Teilsysteme, die ähnlich behandelt werden wie etwa Verbände. Die Religion hat am meisten Chancen, in ihrer Bedeutung anerkannt zu werden, wenn größere historische Jubiläen gefeiert werden. Es ist jedoch nicht zu verkennen, dass dabei weniger die aktuelle spirituelle und religiöse Geltung ins Spiel kommt, sondern Religion ist auf diesem Weg oft in Gefahr, musealisiert und archiviert zu werden. Sie erscheint so als eines der historischen Monumente, die wie Fremdkörper in unsere Zeit hineinragen.

Bei aller Segmentierung der Lebensbereiche, die schwerlich ein Gesamtsystem zulässt, gibt es doch so etwas wie verbindende Interessen. Eine der wenigen Klammern, die in diesem Sinne systemumfassend wirken – und zwar ganz besonders in der öffentlichen Meinung –, ist das Politische. Dies ist selbstverständlich nicht im Sinne der Parteipolitik gemeint, sondern damit wird ein Kriterium aufgestellt, ob etwas für die praktische Gestaltung der Gesellschaft relevant ist oder nicht.

Der Dialog mit der Kultur ist oft von diesen Perspektiven beherrscht, so dass das Politische im Grunde auch eine Dominanz gegenüber der Kultur gewinnt. Darunter leidet die Unabhängigkeit des Kunstschaffens und der Künstler.

4. Dies alles erschwert den Dialog zwischen Glaube und Kultur unter den Bedingungen der heutigen Zivilisation in Europa. Hinzu kommen verschiedene andere Elemente, so z.B. ein starker Bruch in der Weitergabe des kulturellen Erbes und darin auch der religiösen Tradition. In verschiedenen Schüben gab es seit 1968 ein immer stärkeres Abbröckeln lebendiger Traditionen zwischen den Generationen, so dass man wirklich von einem Abbruch der Überlieferung sprechen muss. Da das kulturelle Erbe entscheidend auch von biblischen Personen und Gehalten sowie von religiösen Themen bestimmt wird, sind die Voraussetzungen erheblich geschwächt, um z.B. das Kulturerbe wahrzunehmen und zu verstehen, zu bewahren und zu pflegen. Es ist auch nicht zu verkennen, dass die Kultur eine viel größere Nähe zur bloßen Unterhaltung gewonnen hat. Kulturgüter, besonders moderner Herkunft, werden geschaffen und weggeworfen, gebraucht und benutzt. Sie scheinen in sich selbst wenig Wert zu haben.

5. Schließlich ist nicht zu verkennen, dass der Umgang mit der Kultur in einem sehr hohen Maß nicht mehr in der unmittelbaren Begegnung mit dem Kulturerbe selbst erfolgt, sondern im Umgang und Durchlauf über die Medien. Besonders das Fernsehen tritt für viele Menschen an die Stelle von Kultur und ist oft der einzige Ersatz dafür. Doch auch bei abnehmenden Lesegewohnheiten wird die Bedeutung von Buch und Zeitung noch lange bleiben. Die rasante Entwicklung auf dem gesamten Feld der Telekommunikation zeigt jedoch, dass die künftige Informationsgesellschaft bereits heute eine wirkliche Lese-Kultur bedroht. Dabei muss man erkennen, dass alle Kultur bei der zunehmenden Kommerzialisierung längst zur Ware geworden ist. Ware aber ist dem Gesetz des Angebotes und der Nachfrage ausgesetzt und damit auch gegen neue Waren austauschbar. Sie wird abgestoßen, wenn ihr Verkauf zurückgeht, ganz unabhängig von ihrer wirklichen Qualität.

6. Diese Gesamtsituation macht deutlich, dass der Dialog zwischen Glaube und Kultur erheblich schwieriger geworden ist. Dies gilt auf jeden Fall für seine Rolle im gesellschaftlichen Leben und in der Kulturpolitik. Die ständige Privatisierung des Religiösen macht Religion irgendwie unsichtbar, weil sie in hohem Maß in das Private abgedrängt wird. Im Gegenzug kann Religion durch politische Umdeutung und Instrumentalisierung zwar öffentlich werden, aber durch diese Funktionalisierung auch ihre eigene Seele verlieren.

Dabei ist es erstaunlich, dass beim Vorgang dieses Zurückdrängens von Religion aus dem öffentlichen Raum eine merkwürdige Entwicklung sichtbar wird. Religion wird nämlich nicht einfach abgeschafft. Vielmehr erscheint sie in sehr vielfältigen und manchmal höchst fragwürdigen Formen wiederum in der Gesellschaft. Sie begegnet einem häufig in sehr individuellen und subjektiven Formen; Religion wird nach dem Rezept persönlicher Bedürfnisse zusammengebraut. Sehr oft ist eine solche subjektive Religiosität abgelöst von einer Gemeinschaft und entfernt sich auch von ihrer elementaren Bindung an ein Ethos, jedenfalls ein individuelles Ethos. Eine solche Religiosität verliert nicht nur den notwendigen Anhalt an einer tragenden Gemeinschaft und eine Art institutioneller Stütze, sondern sie büßt durch das Zurücktreten der sozialen Kontrolle, die einfach schon durch eine größere Gemeinschaft erfolgt, an Transparenz und rationaler Erhellbarkeit ein. Nicht selten wird Religion dadurch dumpf und nähert sich dem Aberglauben. Solche religiösen Anwandlungen, die meist kirchendistanziert auftreten, sind erfahrungsgemäß nur kurzlebig und folgenlos, können aber vor allem durch die Vermischung mit Sex, Kommerz und autoritären Strukturen die Einschätzung von Religion in einer Gesellschaft untergraben.

7. Es versteht sich von selbst, dass unter solchen Umständen der Dialog zwischen Glaube und Kultur zusätzlichen Schaden erleidet. Hier muss der christliche Glaube viel mehr als bisher entlarvende Ideologiekritik treiben und eine gründliche Unterscheidung der Geister walten lassen. Unter der

FOTO: BISTUM MAINZ

Der Mainzer Bischof, Karl Kardinal Lehmann

Decke einer angeblich aufgeklärten Gesellschaft und ihrer Säkularität schlummern viele fragwürdige, religiös verbrämte Irrlichter, denen gegenüber das Christentum selbst eine gründliche Religionskritik betreiben muss. Sonst kann der biblische Glaube selbst der Verwechslung kaum entgehen. Deshalb muss die Kirche auch viel mehr ihr eigenes kulturelles Erbe pflegen und härter z.B. gegen Kitsch in ihrem eigenen Bereich vorgehen, der sich vielfach eingeschlichen hat, nicht zuletzt im Brauchtum und im Wallfahrtswesen.

Der Rang der Kultur für die Kirche und der Kirche für die Kultur

8. Meine Bilanz ist nüchtern, aber nicht pessimistisch. Die allgemeine Lage darf nicht beschönigt werden. Einzelne Ausnahmen dürfen nicht überschätzt werden. Deswegen ist jedoch der Dialog zwischen Glaube und Kultur nicht hoffnungslos. Im Gegenteil. Er kann vor diesem Hintergrund sogar eine ganz neue Qualität erhalten, freilich nur unter gewissen Bedingungen.

Dies gilt auch noch in einer anderen Hinsicht. Wir haben bisher – auch in diesem Beitrag – vielleicht zu viel dem modernen Stil von Kultur Rechnung getragen. Dieser Begriff ist aber nicht der einzige, besonders wenn er sehr an »Events« gebunden oder gar auf solche fixiert wird. Es gibt eine Kulturarbeit, die weit über das Amüsement und das Vergnügen hinausgeht und Kultur als wesentlichen Bestandteil humanen Lebens in den Blick nimmt. Dabei geht es auch nicht nur um Gruppeninteressen. Aus dieser Sicht rücken Kunst und Religion näher zueinander. In der Tat ist gerade auch die Bibel für die Geschichte Europas das »Weltkulturerbe« schlechthin. Es gibt ein breites und tiefes Echo auf Kunstausstellungen im Kontext von Religion und Kultur.

Als der Deutsche Bundestag 2003 eine Enquête-Kommission unter dem Titel »Kultur in Deutschland« einrichtete, gab es im abschließenden Gutachten ein überraschendes Ergebnis. Zwanzig Prozent der kirchlichen Einnahmen, jährlich zwischen 3,5 und 4,8 Milliarden Euro, machen das Engagement der Kirchen auf dem Feld der Kultur aus. Damit sind die Kirchen der zweitgrößte Kulturförderer in Deutschland, gleichauf mit Ländern und Gemeinden, ohne dass dies bisher in den entsprechenden Berichten erfasst worden wäre. In der Tat finden die kulturorientierten Veranstaltungen der Kirchen großes Interesse und werden vielleicht immer noch in ihrer auch missionarischen Bedeutung unterschätzt.

Der Glaube, gesellschaftlich gestützt durch die Kirche, muss heute dem Kulturerbe zu Hilfe kommen, damit es wahrgenommen, aus seinem eigenen Lebensgrund gedeutet und in vielen Fällen auch gerettet wird. Dabei zeigt sich, dass die Kirche über die Jahrhunderte ein starker und überzeugender Kulturträger ist, der gerade auch heute seine Funktion behält. Deshalb wäre es töricht, an dieser Stelle Finanzmittel einzusparen, denn anhand der christlich inspirierten Kultur kann es auch heute noch z.B. bei vielen Kirchendistanzierten über diesen Dialog zu einer Begegnung mit dem Glauben kommen. Die Erneuerung eines nicht so lautstarken missionarischen Bewusstseins darf an den Möglichkeiten der Kultur nicht vorbeigehen.

9. Die Kirche wird den Dialog zwischen Glaube und Kultur auch fördern, indem sie an die Kulturschaffenden neue Aufträge vergibt. War die Kirche früher in einem sehr umfassenden Sinne Mäzen, so darf sie heute bei bescheideneren Mitteln nicht auf Auftragsarbeiten verzichten.

Orte des Dialogs

10. Für diese Formen der Begegnung und eines neuen Dialogs bedarf es auch eigener Strukturen. Man darf diese Aufgabe nicht einfach dem Zufall überlassen. Die beständige Vermittlung muss sich ihre Foren schaffen, die zum Dialog führen. In Europa ist darum in den vergangenen Jahrzehnten trotz aller Schwierigkeiten eine Reihe von Institutionen gewachsen, die heute für die gesuchte Begegnung unersetzlich sind: Stiftungen, Kirchliche Akademien, Erwachsenenbildung, ein christlich inspiriertes Verlagswesen, Kunst-Ausstellungen und vieles mehr.

Kein Grund zur Resignation

11. Zur Anregung und Ermutigung dieses Dialogs gibt es einen Päpstlichen Rat für die Kultur, der daran erinnert, dass dieses Gespräch nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch jetzt und künftig zum Grundauftrag der Kirche gehört. Ähnliche Einrichtungen gibt es inzwischen wenigstens zum Teil auch auf der Ebene der Bischofskonferenzen und Diözesen. Eine kulturlose oder kulturfremde Kirche würde sich auf die Dauer selbst zerstören. Der Glaube bedarf stets einer Inkulturation, die Bewahrenswertes pflegt und frisch aufschließt, Neues wagt und weitergibt.

12. In diesem Zusammenhang muss auch daran erinnert werden, dass das Zweite Vatikanische Konzil dem Verhältnis der Kirche zur Kultur umfangreichere Ausführungen gewidmet hat, vor allem in der Pastoralen Konstitution über die Kirche in der Welt von heute »Gaudium et spes«. Es ergeben sich einige wichtige Aussagen über die grundsätzliche Beziehung von Christentum und Kultur (Art. 42, 62), zum notwendigen Freiheitsraum jeder Kultur und zu seiner Unverletzlichkeit (Art. 59), zu den heutigen Antinomien (Art. 56), zur notwendigen Ausrichtung der Kultur auf die Gesamtentfaltung der Person und das Wohl der menschlichen Gesellschaft (Art. 59). Bei einer umfassenden Analyse müsste man auch andere Aussagen in den Konzilsdokumenten heranziehen, z. B. die Erklärung über die christliche Erziehung »Gravissimum educationis« (Art. 6, 8, 10), das Dekret über das Laienapostolat »Apostolicam actuositatem« (Art. 7), die Dogmatische Konstitution über die Kirche »Lumen gentium« (Art. 36). Auch wenn dieses Kulturverständnis in verschiedenen Kontexten sehr vielfältig ist, so sollte man doch wenigstens eine systematische Zusammenschau der vielen Aussagen versuchen. Vielleicht darf man gerade erwarten, dass in der Programmatik des Konzilsgedenkens diese Dimension verstärkte Aufmerksamkeit erfährt.

Karl Kardinal Lehmann ist Bischof von Mainz

Vortrag, Mainz 13.10.2012

EDITORIAL

Verrat
Olaf Zimmermann 01

LEITER

Kultur in Begegnung mit Kirche
Karl Kardinal Lehmann 01

AKTUELLES

Zankapfel Bildungsföderalismus
Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 03

INLAND

Kulturpolitik der Länder 04

Ein Ruck soll durch die Gesellschaft gehen
Stefanie Ernst im Gespräch mit Hans Eike von Oppeln-Bronikowski 05

Erst die Arbeit, dann das Vergnügen
Andrea Wenger 06

Die Rote Liste 07

EUROPA

Die Kraft der Ideen und der Reichtum der Künste
Bernd Neumann 08

Erfolgreiche Basis
Rosie Goldsmith 09

Mommert meint 09

KULTURELLE BILDUNG

Über Tanz in Schulen, die Kunst und das Lernen
Rolf Bolwin 10

Die Präsenz der Reformation
Johann Michael Möller 10

KULTURELLES LEBEN

Gemeinsamkeit des Glaubens
Arnold Stadler 11

Geprägt durch die geteilte Stadt
Andreas Kolb porträtiert Ernst Elitz 12

Ein loyaler Mitstreiter
Nachruf Bernd Wagner 12

Kulturmensch
Jürgen Schitthelm 12

KULTUR UND KIRCHE

Das Konzil und die Kultur
Peter Reifenberg und Olaf Zimmermann 13

Die kulturprägende Kraft des Zweiten Vatikanischen Konzils
Thomas Sternberg 14

Im Aufbruch – Kultur und Evangelium
Regine Möbius 16

Theologie und Kirche der Zukunft
Wolfgang Huber 17

MEDIEN

Wortakrobaten – Kulturpolitik kann so spannend sein
Verena Schmidt 18

NETZKULTUR

Von der Schwierigkeit des Wägens und Messens
Helmut Hartung 19

Wissenschaftsfreiheit und starkes Urheberrecht
Christian Sprang 19

Kulturfledderei oder Filecaring?
Elle Nerdinger und Alexander Dommes 20

Piratenherzen geraten beim Urheberrecht in Wallung
Wolfgang Börnsen 21

WISSENSWERTES

Blätterrauschen: Museumskunde
Andrea Wenger 21

Stellungnahmen 22-23

Modernisierung der Künstlersozialversicherung?
Rainer Fuchs 23

Das Letzte
Theo Geißler 24

Kurznachrichten 24

Impressum 24

DER AUSBLICK 1|13

Die nächste Politik & Kultur erscheint am 1. Januar 2013.
Im Fokus: die Wa(h)re Kunst. Es geht um Authentizität, Käuflichkeit, Wert- und Mehrwert, Auftragsarbeiten und vieles mehr.

Zankapfel Bildungsföderalismus

Bund und Länder sind sich doch nicht so grün, wenn es um die gemeinsame Förderung von Bildung geht

OLAF ZIMMERMANN UND GABRIELE SCHULZ

Es war fast schon ein bisschen zu ruhig: Es schien keine Zwistigkeiten mehr zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Bildung und Wissenschaft mehr zu geben. Oder war das nur ein Atemholen vor den nächsten Auseinandersetzungen?

Eines scheint festzustehen: Die Föderalismusreform I aus dem Jahr 2006 mit ihrem unsäglichen Kooperationsverbot von Bund und Ländern in der Bildungsförderung war Murks. Dieses wurde zwar schon im Verlauf der Debatten zur Föderalismusreform von verschiedenen Seiten sehr deutlich formuliert – so auch vom Deutschen Kulturrat. Doch die Wunde, die das Ganztagsschulprogramm der damaligen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn bei den Ländern gerissen hat, war zu tief, um vorurteilsfrei und abgeklärt über eine gemeinsame Bildungsfinanzierung von Bund und Ländern sprechen zu können.

Erinnern wir uns zurück: Bis zum Jahr 2006 konnten Bund und Länder gemeinsam über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) Modellvorhaben fördern. Die BLK war, wie ihr Name schon nahelegt, ein Kind der 1970er-Jahre, die in Westdeutschland von einem Bildungsaufbruch und der Vision, Bildung – und auch Kultur – planen zu können, geprägt war. Gerade die kulturelle Bildung hat, wie in der Beilage »Kultur bildet.« in dieser Ausgabe von Politik & Kultur dargestellt, sehr von den Modellvorhaben der BLK profitiert. Aber auch andere Programme wie z.B. SINUS, ein groß angelegtes Modellvorhaben zur Verbesserung des Mathematikunterrichts, oder auch Kooperationen im Wissenschaftsbereich waren möglich.

Um Bund und Ländern zu entflechten, die Zuständigkeiten klarer voneinander zu trennen und um langwierige Verhandlungen vor dem Vermittlungsausschuss von Deutschem Bundestag und Bundesrat zu vermeiden, wurde im Jahr 2003 die »Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung« (Föderalismuskommission) eingerichtet, die bis zum Jahr 2004 Vorschläge zur Entflechtung unterbreiten

Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern ist Murks

sollte. Der zugehörigen Kommission gehörten Vertreter der Länder, des Bundes sowie Experten aus der Wissenschaft und den kommunalen Spitzenverbänden an. Den Vorsitz hatten Edmund Stoiber, seinerzeit Bayerischer Ministerpräsident und Franz Müntefering, damaliger SPD-Vorsitzender, inne. Innerhalb der Föderalismuskommission konnte keine Einigung erzielt werden, so dass den Protagonisten die Verhandlungen zur Großen Koalition im Jahr 2005 wahrscheinlich sehr recht kamen. Denn hier wurden mit dem Koalitionsvertrag zugleich die Eckpunkte der Föderalismusreform festgeklopft.

Einer dieser Eckpunkte war die Änderung des Grundgesetzartikels 91b, in dem die gemeinsame Bildungsplanung von Bund und Ländern geregelt war. Diese gemeinsame Bildungsplanung wurde aufgegeben. Den Ländern wird die alleinige Zuständigkeit in Bildungsfragen zugewiesen. Stattdessen wird nunmehr in Art. 91b des Grundgesetzes in engen Grenzen eine gemeinsame Wissenschaftspolitik von Bund und Ländern ermöglicht. Aus der BLK wurde die GWK, die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz.

Der Bund hat nach geltendem Recht die Möglichkeit, die außeruniversitäre Forschung und in begrenztem Umfang die Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu fördern. Das führt letztlich dazu, dass immer wieder neue Projekte und Modellvorhaben erdacht werden müssen, damit der Bund in Forschung und Wissenschaft investieren kann. Weiter wird der falsche Ansatz gestärkt, die außeruniversitäre Wissenschaft immer mehr zu verselbständigen. Die Besonderheit der deutschen Universitäten, Forschung und Lehre zu verbinden, wird damit gefährdet.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat daher vorgeschlagen, den Grundgesetzartikel 91b so zu ändern, dass eine längerfristige Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Förderung von Wissenschaft und Forschung möglich ist. Im Klartext: Nicht immer neue Projekte erfinden, sondern die Strukturen stärken. Dieser Vorstoß ist fürs Erste am Bundesrat gescheitert, da den Ländern, in denen die SPD bzw. die Grünen mitregieren, die Vorschläge nicht weit genug gingen.

Das ist für die Wissenschaftsförderung zwar bedauerlich, sollte aber das Fenster für eine erneute Debatte über die Sinnhaftigkeit des Kooperationsverbots von Bund und Ländern in Bildungsfragen eröffnen. Eine Debatte, die weniger von Verfassungsjuristen geführt werden sollte, die sich an der vermeintlichen oder tatsächlichen Klarheit von Ordnungen und Gesetzen erfreuen, als vielmehr von Experten, die die bildungspolitischen Herausforderungen in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen rücken. Gerade mit Blick auf die geforderte Mobilität und die Entwicklung eines europäischen Bildungs- und Forschungsraums erscheint es als geradezu kleingeistig, sich in Bund-Länder-Streitigkeiten zu verhaken und immer wieder zu betonen, dass die Länder im Wettbewerb um die besten Bildungssysteme stehen. Das mag für die Bildungsminister vielleicht gelten. Den Menschen, die in einem Bundesland wohnen, liegt ein gut ausgebautes, modernes und zukunftsfähiges Bildungssystem am Herzen. Wer das finanziert, dürfte den meisten egal sein. Ebenso ist kaum nachzuvollziehen, welche Verrenkungen angestellt werden müssen, damit Bundesinstitutionen in Schulen fördern können. Hier schweben mögliche Prüfungen des Bundesrechnungshofes wie ein Damoklesschwert über der Förderung und es stellt sich die Frage, wer für die Politik zuständig ist, Verwaltungsjuristen und Verwaltungsbeamte oder Politiker mit einem inhaltlichen Anliegen.

Insofern liegt in dem Scheitern zur Änderung des Grundgesetzartikels 91b eine Chance. Die Chance, das Thema grundlegend anzugehen und abseits von föderalen Zuständigkeiten, die Fantasie walten zu lassen, welche Bildungs- und welche Bildungsförderlandschaft den aktuellen Anforderungen am nächsten käme. Fachliche Reibungen, inhaltliche Auseinandersetzungen und politische Streite würden einer solchen Debatte die richtige Würze verleihen. Wenn diese Debatte zu einem Ergebnis gekommen ist, können die Juristen als Dienstleister die entsprechenden rechtlichen Umsetzungsvorschläge machen.

Der Zankapfel Bildungsföderalismus könnte mit Blick auf die im kommenden Jahr stattfindende Bundestagswahl ein spannendes Thema werden, mit hoffentlich positiven Ergebnissen für die Bildungslandschaft und die Menschen in Deutschland. Ausreichend viele Aufgaben liegen vor uns.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates

ZUM NACHLESEN

In Politik & Kultur erschienen regelmäßig Artikel zur Föderalismusreform. Wer die damaligen Diskussionen und Argumente nachlesen möchte, wird in folgenden Ausgaben fündig:

- Juli/August 2004
- September/Oktober 2004
- November/Dezember 2004
- Juni/Juli 2006
- September/Oktober 2006

Die Ausgaben können hier kostenlos abgerufen werden: *http://www.kulturrat.de/puk_liste.php?rubrik=puk*

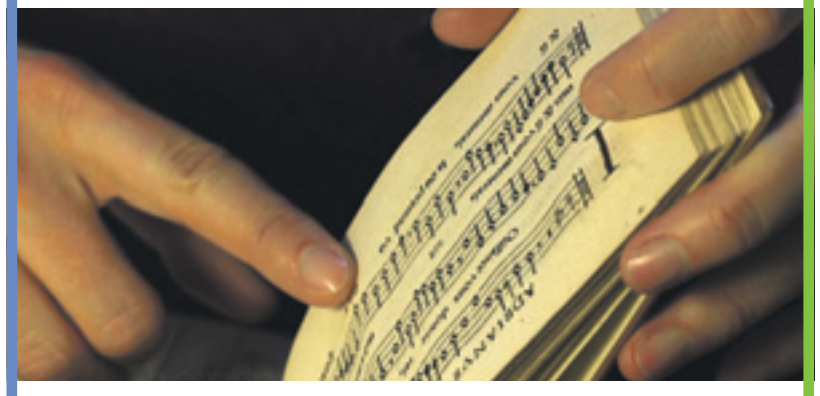
nmzmedia
Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Donaueschinger Musiktage 2012
analog und digital

Auch in diesem Jahr war nmzMedia wieder für den live-Blog des SWR bei den Donaueschinger Musiktagen und berichtete in tagesaktuellen Videos vom Geschehen vor Ort. Komponisteninterviews, Probenszenen, Konzertausschnitte, Besucherstimmen und nicht zuletzt die Protestaktion der Gesellschaft für Neue Musik durch Johannes Kreidler gegen die Fusion der SWR-Klangkörper – all das in unseren Blogvideos.

Zukunft gemeinsam gestalten
Der erste Bundeskongress Musikunterricht

Mehr als 1000 Lehrerinnen und Lehrer besuchten in Weimar den ersten gemeinsamen Bundeskongress Musikunterricht des Verbands Deutscher Schulmusiker (VDS) und des Arbeitskreises für Schulmusik und allgemeine Musikpädagogik (AfS). nmzMedia war dabei und berichtete tagesaktuell von Vorträgen und Workshops, Konzerten, Podiumsdiskussionen und all jenen Themen, die den Beruf des Musiklehrers heute prägen.



l'homme armé
Musik im Spannungsfeld zwischen Alt und Neu

Die Musikhochschule Hannover bietet einen besonderen Master-Studiengang für angehende Schulmusiker an, der die Studenten besonders praxisnah auf ihre spätere Arbeit in der Schule vorbereiten soll. Ein großes Semesterprojekt war im Frühjahr eine Frucht dieses Konzepts: In Kooperation mit dem Deutschlandfunk und dessen Radiofestival „Forum neuer Musik" bearbeiteten die Studierenden einen musikalischen Topos: l'homme armé, und zwar auf sehr vielseitige und unkonventionelle Weise.

nmzmedia
kostenlos unter:
www.nmz.de

FOTOS: BÖHRNSEN: SENATSPRESSESTELLE BREMEN / BRODKORB: STEFANIE LINK / DORGERLOH: KULTUSMINISTERIUM SACHSEN-ANHALT

Bürgermeister Jens Böhrnsen, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Mathias Brodkorb, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern

Stephan Dorgerloh, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt

Kulturpolitik der Länder

Großstädtisch

Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine wichtige Gestaltungsaufgabe in einer modernen Großstadt, denn Kultur ist ein wesentliches Merkmal urbaner Lebensqualität.

In einem Haushaltsnotlageland wie Bremen ist die Entwicklung einer geeigneten Strategie zur Förderung der Kultur eine große Herausforderung, denn jeder, der in diesem Feld Verantwortung trägt, muss mit projektbezogenen Risiken rechnen. Es gibt keine Gewähr für Erfolg und es erfordert Mut, auch ungewöhnlichen Ideen Raum zu verschaffen. Dieser Mut gehört jedoch zum Handwerk der Kulturpolitik – und häufig werden Risiken belohnt. Dabei ist ein regelmäßiger Austausch mit den Akteuren sehr wichtig. Das von uns eingeführte Instrument der »Spartengespräche« als offenes Forum hat sich als sehr sinnvoll erwiesen.

Bremen hat 2007 erstmals in breiter Form mehrjährige Kontrakte für Kultureinrichtungen auf den Weg gebracht. Dieses Instrument hat sich bewährt, ebenso wie die Entwicklung von einrichtungsspezifischen Zielvereinbarungen über die Wahrnehmung öffentlich geförderter Aufgaben. Planungssicherheit bedeutet Verlässlichkeit – in Zeiten unsicherer Haushaltsdaten ein hohes Gut, das über eine Legislaturperiode hinaus die Konzentration auf Kulturarbeit ermöglicht und so den verantwortlichen Akteuren wie auch der Politik langfristige Klarheit über wirtschaftliche Rahmenbedingungen verschafft. Das prominenteste Beispiel ist das Theater Bremen. In Vorbereitung der neuen Intendanz haben wir Kontraktverhandlungen aufgenommen und für fünf Jahre finanzielle Stabilität ermöglicht. Die Theaterleitung kann sich auf ihre künstlerische Arbeit konzentrieren. Erste Resonanzen zeigen, dass ein solches Miteinander auch in Zeiten knapper Kassen positive Perspektiven verspricht. Projekte dieser Art werden in dieser Legislaturperiode konsequent fortgesetzt.

Neben der künstlerischen Produktivität ist es eine große Herausforderung, kulturelle Bildung für alle Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. In Bremen gibt es dafür bereits 340 verschiedene Initiativen, die nur über eine gute Netzwerkarbeit und die Nutzung ressortübergreifender Ressourcen realisiert werden können. Beste Beispiele sind die mehrfach bundesweit ausgezeichneten Aktivitäten von »Kultur vor Ort« und »Quartier«. Die Zukunft von Kindern und Jugendlichen hängt ganz wesentlich von ihrer Kreativität ab, denn sie müssen sich in besonderer Weise den Anforderungen einer immer komplexer werdenden Gesellschaft stellen. Dies zu fördern und zu unterstützen ist mir ein besonderes Anliegen.

Strukturwandel

Die Theater und Orchester in Mecklenburg-Vorpommern stehen vor großen Herausforderungen: Wegen steigender Kosten sind die Einrichtungen, die sich derzeit ausschließlich in kommunaler Trägerschaft befinden, gezwungen, ihre Strukturen zu verändern. Die Landesregierung hält bis 2020 daran fest, die Theater und Orchester jährlich mit insgesamt 35,8 Millionen Euro zu fördern. SPD und CDU haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, das Theater- und Orchesterkonzept mit allen betroffenen Akteuren grundlegend zu überarbeiten. Erste wichtige Schritte sind getan: In einer breit angelegten Umfrage haben wir verlässliche Daten mit den Bühnen, Orchestern, den kommunalen Trägern, künstlerischen Vorständen, Personalvertretungen und Fördervereinen erhoben.

Auf Grundlage dieser Daten hat die Münchener METRUM Management GmbH neun verschiedene Modelle für eine Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen entwickelt. Derzeit diskutieren wir mit allen Beteiligten diese Modelle. Im Oktober gab es Workshops an den Standorten der Mehrspartentheater. Bürgerinnen und Bürger konnten sich bei einer Online-Abstimmung an der Diskussion beteiligen. Ziel ist, dass sich die Landesregierung Ende des Jahres für ein Vorzugsmodell entscheidet. Dieses Modell soll dann näher ausgearbeitet werden. Auf der ersten Landeskulturkonferenz dieser Wahlperiode habe ich einen neuen Landeskulturrat berufen. In dem Gremium, dem sowohl Mitglieder aus Mecklenburg-Vorpommern als auch aus anderen Teilen Deutschlands angehören, haben wir über die Neuregelung der Kulturförderung diskutiert, die uns in den kommenden Monaten intensiv beschäftigen wird. Dabei geht es vor allem um die Förderung von Projekten mit dauerhafter kultureller Funktion.

Nach wie vor steht die Landesregierung zur kulturellen Filmförderung. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat in diesem Jahr die Förderung von Film- und Medienpreisen in Mecklenburg-Vorpommern sogar verstärkt. Dazu gehören Preisgelder beim FilmKunstFest Mecklenburg-Vorpommern und beim Filmfestival dokumentART in Neubrandenburg sowie erstmals das Preisengagement beim Festival FiSH in Rostock.

Mecklenburg-Vorpommern bewirbt sich mit zwei Stätten um einen Welterbe-Titel der UNESCO. Wir haben das »Residenzensemble Schwerin – Kulturlandschaft des romantischen Historismus« und die »Hochgotische Ausstattung des Doberaner Münsters« für die deutsche Tentativliste bei der Kultusministerkonferenz angemeldet. Jetzt heißt es, Daumen drücken!

Um- und Aufbruch

Dass Sachsen-Anhalt ein dichtes kulturelles Netz aufweist und Kunstgeschichte pur bietet, ist hinlänglich bekannt. Vier Weltkulturerbestätten und eine Theater-, Musik- und Museumslandschaft, die ihresgleichen sucht, zeugen vom reichen kulturellen Erbe. Doch dieser Reichtum bringt für ein vergleichsweise armes Bundesland auch eine besondere Verantwortung mit sich. Die zentralen Herausforderungen des demografischen und strukturellen Wandels werden deshalb gegenwärtig vom Kulturkonvent diskutiert, der im vergangenen Jahr vom Landtag eingesetzt wurde.

Kulturpolitisch stellt das zweifellos eines der wichtigsten Vorhaben der laufenden Legislaturperiode dar. Denn es gilt, den Spagat zu meistern zwischen enger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen und dem Willen, auch künftig in der Kultur Akzente zu setzen. Uns erwarten sicher keine einfachen Debatten, wenn es an die konkrete Umsetzung der Vorschläge des Konvents geht. Klar ist aber auch, dass wir solchen Diskussionen nicht ausweichen können. Ja, mehr noch: Sachsen-Anhalt geht mit diesem Verfahren beispielhaft voran, gemeinsam mit den Beteiligten aus Kultur und Gesellschaft ein Landeskulturkonzept zu entwickeln.

Auch sonst hat sich im Land eine ganze Menge getan. Allein die drei letzten Landesausstellungen setzen Maßstäbe. Ob die Schau über den »Naumburger Meister« (2011), die im August zu Ende gegangene Pompeji-Ausstellung in Halle oder die derzeit laufende »Otto der Große und das Römische Reich« in Magdeburg: Drei solche Mammutprojekte innerhalb so kurzer Zeit – das ist einzigartig in der deutschen Kulturlandschaft.

Zudem stehen wichtige Weichenstellungen an. Da ist zum einen das Reformationsjubiläum 2017, bei dem Sachsen-Anhalt in besonderer Weise im Fokus steht: Hier befinden sich die wichtigsten Lutherstätten – Eisleben, Mansfeld und natürlich Wittenberg, die Stadt, in der der Reformator die längste Zeit seines Lebens verbracht hat. Momentan sind wir dabei, die baulichen Voraussetzungen zu schaffen. In Eisleben entsteht ein neues Museumsquartier an Luthers Sterbehaus und in Wittenberg laufen die Vorbereitungen für umfangreiche Bauarbeiten am einzigartigen Ensemble aus Schloss und Schlosskirche.

Aber Sachsen-Anhalt ist zugleich ein bedeutendes Zentrum der Moderne: Als sichtbarstes Zeichen gilt das Bauhaus in Dessau. Wenn wir in Deutschland an die Gründung dieser Kunstbewegung und Heimstätte der Avantgarde erinnern, wird auch Sachsen-Anhalt seinen Beitrag leisten.

Ein Ruck soll durch die Gesellschaft gehen

Unsere Gesellschaft braucht mehr Selbstvertrauen. Stefanie Ernst im Gespräch mit Hans Eike von Oppeln-Bronikowski

Im Februar 2007 gründete Rechtsanwalt Hans Eike von Oppeln-Bronikowski zusammen mit anderen Stiftern die Ruck-Stiftung des Aufbruchs in Berlin. Bürgerliches Engagement, eine Gesellschaft der Selbstverantwortung und Solidarität bilden ihr Fundament.

Sehr geehrter Herr von Oppeln-Bronikowski, welcher Ruck soll durch Deutschland gehen?
Roman Herzog forderte in seiner berühmten Adlon-Rede aus dem Jahr 1997 »Durch Deutschland muss ein Ruck gehen«. Und ein bekanntes Sprichwort lautet »Gib dir einen Ruck«. Wenn Sie beide Aussagen zusammen betrachten, erhalten Sie unsere Übersetzung dieser »Aufforderungen«, die zugleich auch unsere Zielsetzung darstellt: Es soll ein Ruck durch die Gesellschaft gehen. Dieser Ruck fängt im Kleinen, bei jedem Einzelnen an. Im Vordergrund steht für uns die Eigenverantwortung des Menschen. Menschen, die gelernt haben Verantwortung für sich selbst und für andere zu tragen, entwickeln Selbstbewusstsein als Mensch und als Bürger.
Damit dieser sprichwörtliche Ruck auch ein Zuhause hat, haben wir Ruck-Stiftung des Aufbruchs gegründet.

Verfolgt man die Medien, so drängt sich nicht unbedingt der Eindruck auf, die Menschen hierzulande seien nicht selbstbewusst. Viele erscheinen mitunter sogar zu selbstbewusst, oder? Wo fehlt es uns denn an Selbstbewusstsein?
Wollen wir diesen feinen Unterscheid nicht machen zwischen Selbstbewusstsein und Egozentrik? Selbstbewusstsein ist etwas anderes als der angesprochene Egozentrismus. Selbstverantwortung und Verantwortung für andere speisen unser Selbstbewusstsein. Selbstbewusste Menschen durchdringen ihre eigene Situation und die der Gesellschaft, in der sie leben.
Wie schnell überlassen wir wichtige Aufgaben anderen wie Politikern, Wirtschafts- und Finanzfachleuten. Wir bringen uns als Bürger viel zu wenig ein. Aber gerade darin besteht eine der größten Herausforderungen des Menschseins. Wir müssen wieder selbst erkennen, was wir gestalten und ändern können sozusagen in einem fortschreitenden Contrat Social. Jeder Einzelne muss seine eigene Rolle gegenüber Politik und Staat definieren. Und das nicht nur am Wahltag.

Sie setzen mit Ihrer Arbeit an einem ganz spannenden Punkt an, nämlich kurz nach oder sogar noch vor der Geburt…
In unserer Stiftungsarbeit haben wir bisher die »Ruckmöglichkeit« oder den Spielraum des Bürgers in unserer Gesellschaft weitgehend ausgelotet und entsprechend vielfältige Ansätze vorgebracht. So widmete sich zum Beispiel »Theater Task Force« der Beratung von in die Krise geratenen Theatern, die nach neuen Wegen und Lösungsansätzen für eine Weiterentwicklung und ein langfristiges Überleben suchten oder das Projekt 55+ ging Fragen nach, wie ein selbstbestimmtes, würdevolles und eigenverantwortliches Leben in fortgeschrittenem Alter zu gestalten ist. Nach und nach reifte in uns aber die Überlegung, dass wir dem Mensch in seiner Ganzheit Rechnung tragen wollen. Der beste Ansatzpunkt ist die Familie, oder besser die im Entstehen begriffene Familie. Deshalb haben wir das Projekt »Viva Familia!« initiiert. Bei »Viva Familia!« geht es darum, das Selbstbewusstsein der Eltern zu stärken, damit sie diese Haltung ihren Kindern weitergeben können. Zentral ist das Erzählen in der Familie, von Alltäglichem und besonders auch von der Familiengeschichte. Dazu gehören Heimatberichte oder die berühmte Zuckerdose der Großmutter ebenso wie ganz gewöhnliche Kindheitserinnerungen der Eltern. Dadurch erreichen wir, dass das Sprachvermögen des Kindes durch das Erzählen gestärkt und zugleich die familiäre Kommunikation verbessert wird. Um diesen Ansatz weiter zu befördern, haben wir neben dem Erzählen das Singen in unsere Programme eingebaut. Singen ist ein probates Mittel, um mit dem Kind von Geburt an in engen Kontakt zu treten.

Wie ist es denn um das Kulturgut Lied heutzutage bestellt? Können Sie aus Ihrer Arbeit heraus beobachten, dass hinsichtlich der Textsicherheit und Textkenntnis von Liedern Nachholbedarf bei den Eltern besteht?
Wir haben unsere Elternkurse extra so konzipiert, dass das Liedgut, welches tatsächlich zu großen Teilen verschüttet ist und wiedererlebt wird. Ich erinnere mich gut an den BVG-Kindertag, bei dem wir als Ruck-Stiftung vertreten waren. Es war rührend mitanzusehen, wie Eltern in ihrem Erinnerungsvermögen kramten und längst verschüttete Kinderlieder hervorholten. Die anwesenden Kinder haben diese dann zusammen mit ihren Eltern mit Freude und Hingabe gesungen. Das war großartig mitzuerleben. Singen und Erzählen sollte etwas Selbstverständliches sein. An dieser Stelle anzusetzen und da einen Ruck zu geben, wo es am ehesten geht, bei eigentlichen Selbstverständlichkeiten, das ist das große Geheimnis von »Viva Familia!«.

Was sind das für Eltern, die zu Ihnen kommen?
Es sind Eltern aus allen Bereichen. Es kommen gerne Mütter und werdende Mütter und Väter. Es setzt sich fort bei den Eltern, die jetzt schon Kinder haben. Unser Ziel und was wir erleben ist, dass daraus wieder soziale Communities erwachsen. Das heißt die Gruppen als solche bleiben oftmals auch über den Kurszeitraum hinweg zusammen, wenn sie erst einmal miteinander gesungen haben. Und es führt natürlich auch in der Folge dazu, dass durch den Prozess des Singens in der Familie ein neues familiäres Verständnis entsteht. Sie haben sich etwas zu sagen, sie können miteinander singen. Das zeigt auch das Feedback der Eltern im Anschluss an die Kurse.

Dann kommt es in erster Linie gar nicht so sehr auf die Inhalte des Gesungenen und Erzählten an?
Es kommt darauf an, dass man es tut. Singen und Erzählen fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Familie und das Sprachvermögen des Kindes, was in Folge zu einer verbesserten Lernfähigkeit führt. Die Stimmbänder werden ausgebildet, was namhafte Mediziner als extrem wichtig für das Kind ansehen.
Dabei begreifen wir Familie nicht als konspirativen Retroort, sondern als erste Ausbildungsstätte für das Kind. Gleichzeitig steigern wir das Selbstbewusstsein in der Familie. Familie darf, nein sie soll selbstbewusst sein. Im Mittelpunkt stehen dabei auch die Freude und die Erfahrung der Eltern, etwas an die eigenen Kinder weitergeben zu können.

FOTO: KANZLEI HANS EIKE VON OPPELN-BRONIKOWSKI

In welcher Sprache singen und erzählen Eltern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist?
Begonnen haben wir mit »Viva Familia!« in Zehlendorf. Die Sozialstation des Waldfriedenkrankenhauses »Prima Vita« war unsere erste Anlaufstelle. Momentan sind wir in der Gründung von entsprechenden Initiativen in Neukölln, Kreuzberg und Schöneberg. Hier werden wir mit Familien- und Integrationseinrichtungen vor Ort zusammenarbeiten. Meine Gespräche mit den erfahrenen Pädagogen und Sprachwissenschaftlern vor Ort haben ergeben, dass sie es für richtig empfinden, dass auf Deutsch gesungen wird. Einerseits wird dadurch das Sprachvermögen der Eltern verbessert. Andererseits vermitteln sie ihren Kindern auch, dass ihnen selbst der Ort, an dem sie jetzt leben, und die Sprache wichtig sind. Schließlich soll selbstverständlich auch aus der Familiengeschichte in der Türkei oder anderen Herkunftsländern der Eltern berichtet werden. Es geht darum, den Menschen eine Verwurzelung in Deutschland und in der Familie zu geben. Die eintretende Verwurzelung und das wachsende Selbstbewusstsein der Kinder können einen Beitrag dazu leisten, Ängste und negative Einflussnahme von außen sowie Aggressionen abzubauen und natürlich auch mit Hilfe der Sprache das Bildungsniveau allgemein zu heben.

Begleiten Sie die Eltern nach den Kursen, um die Entwicklung evaluieren zu können?
Um das in vollem Umfang zu leisten, mangelt es uns noch an Ressourcen.

Wir unterliegen keinerlei Projektegoismus

Was wir machen, ist mit Paten aus bestehenden Patenschaftsorganisationen zusammenzuarbeiten, die die Familie über einen längeren Zeitraum begleiten, indem wir diese dafür gewinnen, entsprechende Kursangebote unsererseits wahrzunehmen. Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir prüfen, was unsere Kurse in der Entwicklung der Eltern und der Kinder bewirkt haben. Momentan sind wir hier aber in einem Anfangsstadium. Das Ziel in der Ruck-Stiftung ist es, Projekte exemplarisch zu entwickeln. Wir unterliegen keinerlei Projektegoismus und klammern uns nicht endlos an Projekten fest. Wichtig ist uns, Projekte zu einer bestimmten Reife zu entwickeln und das Konzept an andere weiterzugeben. Gerade führe ich entsprechende Gespräche in Thüringen und Frankreich, denn die Herausforderungen sind überall gleich.

Frühkindliche Bildung ist nicht immer frei von einem Leistungsgedanken. Aus frühkindlich gebildeten Kindern werden leistungsfähige, karrierestarke Erwachsene. Können Sie sich von diesem Leistungsgedanken lossprechen?
Völlig. Es ist nicht unser Ziel, diesem Leistungsdruck Rechnung zu tragen. Was wir tun ist nichts Neues. Gerade Singen und Erzählen gehören zu den großen Schätzen vergangener Generationen. In der Familie wurde stets Geschichte weitergegeben. Nur dadurch haben wir ein so lebendiges Geschichtsbild erhalten können. Es wurde über Generationen hinweg erzählt. Bis vor wenigen Jahren gab es diese Medienflut nicht, aber auch nicht die spürbare Verzagtheit. Heute wagen Eltern manchmal gar nicht mehr ihren Kindern etwas zu erzählen. Sie setzen Interessenlosigkeit der Kinder an der eigenen Geschichte voraus. Das ist der falsche Weg, denn Kinder interessieren sich stark für die Geschichte der Eltern und der Familie. Sie möchten die Stimme der Eltern stärker hören. Kleine Kinder sehnen sich nicht nach CD-Aufnahmen von Haydn oder Hindemith, vielmehr nach der Stimme der Eltern und deren Berührung. Es sind die ganz einfachen Dinge, die wir bei unserer Arbeit in den Vordergrund stellen und nicht den Leistungsgedanken.

Werden Sie frühkindliche Bildung im Jahr 2013 als Schwerpunktthema weiterführen oder stellen Sie neue Weichen?
Mit Sicherheit konzentrieren wir uns 2013 voll auf »Viva Familia!«. Besonders stark möchten wir die Integrationskraft von »Viva Familia!« weiter vorantreiben. Es wäre für uns ein Meilenstein, wenn wir »Viva Familia!« stärker im Integrationsbereich verankern könnten.

Woraus nährt sich Ihr Engagement, Herr von Oppeln-Bronikowski?
Das Leben ist eine lange, wunderbare Veranstaltung. In jeder Phase des Lebens zu prüfen, auch oder gerade als etwas älterer Mensch, wie man sich weiter entwickeln und gesellschaftlich etwas beisteuern kann, ist großartig. Ich bin hungrig danach, mehr zu erfahren. Und schließlich habe ich nur diese eine Chance, als Mensch etwas für andere Menschen zu tun. Das ist mir wichtig!

Hans Eike von Oppeln-Bronikowski ist Vorsitzender des Vorstandes der Ruck-Stiftung des Aufbruchs. Stefanie Ernst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat

Über das Künstlerbild der Zukunft diskutierten Nina George, Udo Dahmen und Manuel Siebenmann

Kulturstaatsminister Bernd Neumann hielt die Laudatio auf Ernst Elitz

ALLE FOTOS: CAROLIN RIES

Der Kulturgroschen wurde überreicht von Max Fuchs

Laudator mit Preisträger Ernst Elitz

Erst die Arbeit, dann das Vergnügen

Podiumsdiskussion zum Künstlerbild der Zukunft und anschließende Kulturgroschenverleihung an Ernst Elitz

ANDREA WENGER

Das kommt eher selten vor, dass ein Preisträger vor der Verleihung eines Ehrenpreises arbeiten muss. Aber Ernst Elitz, der diesjährige Preisträger des Kulturgroschens, hatte es sich so gewünscht, wie der Präsident des Deutschen Kulturrates Max Fuchs bei seiner Begrüßung betonte. Elitz selbst war es, der angeregt hatte, anlässlich von 20 Jahren Kulturgroschen nicht nur zurück, sondern auch nach vorne zu schauen. Thema der daraufhin entwickelten Podiumsdiskussion war das Künstlerbild von morgen. Es wurde damit eine Brücke von der gegenwärtigen Kulturpolitik und einem Blick in die Zukunft zu den Verdiensten von Ernst Elitz beim Aufbau von Deutschlandradio geschlagen.

Der Journalist Ernst Elitz moderierte in gewohnt pointierter Form eine Diskussionsrunde mit der Schriftstellerin Nina George, dem Musiker und Direktor der Popakademie Mannheim Udo Dahmen sowie dem Regisseur Manuel Siebenmann. Im Mittelpunkt stand die Frage, was das Künstlersein ausmacht. Ist es ein einziges Jammertal, wie es mit Blick auf die Einkommenschancen von Künstlern zu vermuten ist, oder ist es auch ein bisschen Rock'n Roll wie es Nina George auf den Punkt brachte. Alle Podiumsteilnehmer waren sich einig, als Künstler zu arbeiten ist, trotz aller Abstriche mit Blick auf das Einkommen oder die soziale Absicherung, ein herausragender Beruf. Er ermöglicht, etwas Eigenes zu gestalten, aus sich selbst herauszuschöpfen und sich mit sich und der Welt auseinanderzusetzen. Ohne auf die Debatte um Remixe einzugehen, wurde allein aus der Darstellung der eigenen künstlerischen Arbeit der drei Podiumsteilnehmer deutlich, dass es etwas anderes ist, Bestehendes neu zusammenzustellen oder etwas selbst zu gestalten. Udo Dahmen unterstrich, dass den Studierenden der Popakademie Mannheim zusätzlich vermittelt wird, auf mehreren Beinen zu stehen. Kenntnisse des Popmusikmarktes sind unerlässlich, um letztlich bestehen zu können. Die Arbeitsteilung bei der Erstellung eines künstlerischen Werks war auch Thema von Manual Siebenmann, der als Regisseur ähnlich einem Dirigenten alles bereits im Kopf haben muss, damit das gemeinschaftliche Werk gelingen kann.

Um Zusammenarbeit, um eigenen Gestaltungswillen, um Kommunikationsfähigkeit, um den Mut etwas ganz Neues anzufangen und sich nicht vor den Mühen der Ebenen zu scheuen, ging es auch in der Laudatio von Kulturstaatsminister Bernd Neumann auf Ernst Elitz. Neumann würdigte Ernst Elitz als einen vielseitigen Journalisten, der sowohl im Zeitungsjournalismus als auch im Fernsehen und im Hörfunk zu Hause ist. Immer wieder ist er in seinem beruflichen Leben zu neuen Ufern aufgebrochen. Die Fusion von Deutschlandfunk und Deutschlandsender Kultur mit Elitz als Gründungsintendant von Deutschlandradio war daher der folgerichtige Schlusspunkt einer bemerkenswerten publizistischen Karriere. Dabei hat sich, so Neumann, Ernst Elitz auch nicht von der teils eifersüchtigen Beobachtung der ARD-Intendanten aufhalten lassen, sondern konsequent für Deutschlandradio und vor allem die Frequenzen zum Senden des Programms gekämpft. Heute gibt Ernst Elitz sein Wissen und seine Erfahrungen an Studierende im Studiengang Kulturmanagement weiter. In seiner Dankesrede ging Ernst Elitz auf die Neugier und den Gestaltungswillen als Triebfedern seiner Arbeit ein, die ihn immer wieder zu neuen Aufgaben getrieben haben.

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

KULTURGROSCHEN

Mit dem Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates wird seit 1992 einmal im Jahr eine Persönlichkeit für ihr herausragendes, kulturpolitisches Wirken ausgezeichnet. Im Mittelpunkt steht eine Lebensleistung oder zumindest eine Leistung von langfristiger Tragweite. Für den Deutschen Kulturrat, der Verbände aller künstlerischen Sparten versammelt, ist das spartenübergreifende Wirken oder ein Wirken, das auf andere Sparten ausstrahlt, bedeutsam.

Ausgezeichnet wurden bisher:

· Sieghardt von Köckritz, Leiter der Abteilung im Bundesministerium des Innern für seine Verdienste zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur Ostdeutschlands (1992)

· Regine Hildebrandt, Ministerin für Soziales des Landes Brandenburg für die Verbindung von Kultur und Sozialem (1993)

· Colette Flesch, Generaldirektorin für Kultur bei der EU-Kommission für europäische Kulturpolitik (1994)

· 3sat für ein kulturell anspruchsvolles Programm (1995)

· Ruhrfestspiele Recklinghausen für 50 Jahre Kulturvermittlung (1996)

· Hannelore Jouly, Direktorin der Stadtbibliothek Stuttgart für vorbildliche, zukunftsfähige Bibliotheksarbeit (1997)

· Klaus Maurice, Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder für den Aufbau und die Etablierung der Kulturstiftung der Länder (1998)

· Klaus Staeck für die Verbindung von Kultur und Politik im künstlerischen Werk und politischen Wirken (1999)

· Rita Süssmuth, Bundestagspräsident a.D. für den Einsatz für Kunst bei den Parlamentsbauten in Berlin und für kulturpolitisches Wirken im Deutschen Bundestag (2000)

· Bernhard von Loeffelholz, Vorsitzender des Kulturkreises der deutschen Wirtschaft im BDI für die Verbindung von Wirtschaft und Kultur (2002)

· William Forsythe, Choreograf für sein kulturpolitisches Eintreten für den Tanz und sein sozialpolitisches Wirken für Tänzer (2003)

· Johannes Rau, Bundespräsident a.D. für seinen Einsatz für Kultur und kulturelle Bildung als Bundespräsident (2005)

· Daniel Barenboim, Generalmusikdirektor der Staatsoper Berlin für sein nachhaltiges Engagement für die Künste und den interkulturellen Dialog (2006)

· Fritz Pleitgen, Intendant des WDR a.D. für sein herausragendes kultur- und medienpolitisches Engagement auf nationaler und internationaler Ebene (2007)

· Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz a.D. für seine Verdienste bei der Fusion der Deutschen Bücherei Leipzig und Deutschen Bibliothek Frankfurt, seine Ideen zur Gestaltung der historischen Mitte Berlins sowie seine Verdienste um die sogenannte Beutekunst (2008)

· Edgar Reitz, Filmemacher für sein kulturpolitisches Engagement bei der Entwicklung des neuen deutschen Films und seine künstlerische Auseinandersetzung mit der Geschichte in der Trilogie »Heimat« (2009)

· Erich Loest, Schriftsteller für die künstlerische Verarbeitung der deutschen Teilung bzw. des Lebens in Ost- und Westdeutschland, sein verbandspolitisches Wirken bei der Vereinigung der ost- und westdeutschen Schriftstellerverbände sowie seine Versöhnungsarbeit mit Polen (2010)

· Wolfgang Huber, Bischof i.R. für seinen Einsatz zur Intensivierung des Austausches zwischen Kultur und evangelischer Kirche (2011)

· Ernst Elitz, Gründungsintendant von Deutschlandradio für die Zusammenführung von Deutschlandfunk und Deutschlandsender Kultur zu einem bundesweiten, werbefreien Hörfunk, der exemplarisch für den Bildungs-, Unterhaltungs- und Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steht

Die Rote Liste

Mit der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten »Roten Listen« bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden in jeder Ausgabe gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme vorgestellt.
Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester, seien sie Teil einer Kommune oder einer Großstadt, hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich. Erst wenn Empörung und schließlich Protest über mögliche Einschnitte oder gar eine Insolvenz entstehen, wird den Verantwortlichen bewusst, wie stark das Museum, Theater oder Orchester mit der Struktur und der Identität des Ortes verbunden ist.
Diesen Bewusstseinsprozess gilt es anzuregen. Politik & Kultur stellt dazu die Arbeit einzelner Einrichtungen vor und teilt sie ein in Gefährdungskategorien von 0 bis 4. Ob und welche Veränderungen für die vorgestellten Einrichtungen eintreten, darüber werden wir Sie fortlaufend informieren.

GEFÄHRDUNGSKATEGORIEN

Kategorie 4	Gefährdung aufgehoben/ungefährdet
Kategorie 3	Vorwarnliste
Kategorie 2	gefährdet
Kategorie 1	von Schließung bedroht
Kategorie 0	geschlossen

Benachrichtigen Sie uns über die Lage Ihnen bekannter Kultureinrichtungen! Senden Sie uns dazu Ihre Vorschläge an info@politikundkultur.net.

THEATER DER KELLER, NRW

- Gründung: 1955
- Mitarbeiter: 6 Festangestellte und ca. 60 Honorarkräfte (zzgl. 37 Schauspielschülern)
- Tätigkeitsfeld: Steckenpferd des Theaters sind zeitgenössische Inszenierungen nach klassischer Vorlage
- Träger: 2 gemeinnützige Vereine (Trägervereine Theater der Keller e.V. / Schule des Theaters e.V.)
- Homepage: www.theater-der-keller.de

© MEYER ORIGINALS

1

Das Theater kann eine Auslastung bis zu 80 Prozent aufweisen. Auf dem aktuellen Spielplan steht u.a. »Othello –von Feridun Zaimoglu und Günter Senkel«. Neben dem Stammpublikum möchte »der Keller« vor allem ein junges Publikum erreichen. Dies schafft er nicht zuletzt mit der an das Theater angeschlossenen Schauspielschule, deren Absolventen mehrfach ausgezeichnet wurden. Nun steht das Theater in akuter Finanzierungsnot. Dem Keller droht die Insolvenz«. Dieser Satz steht ganz oben auf der Website des Kölner Privattheaters. Die Finanzierung lief bislang über das Land NRW, über Sponsoren, eine Stiftung, den Förderverein, die Einnahmen des Hauses und, bis 2010, über die Stadt. Mit diesem finanziellen Background gelingen dem kleinen Theater – bisher – pro Spielzeit ca. 300 Vorstellungen, präsentiert auf zwei Bühnen für je 99 Zuschauer. Zwar soll durch einen von der Stadt eingerichteten Feuerwehrtopf wieder Geld in das Haus fließen, aber die empfohlene Summe von 100.000 Euro reicht nicht aus. Ebenso fehlt ein Plan für das Jahr 2013, da dem Haus bisher keine Zusage über die benötigte Summe von 150.000 Euro vorliegt. Theater und Schule befinden sich in der vorläufigen Insolvenz. Eine erste richtungsweisende Entscheidung fällt am 15.11.2012 im Stadtrat.

KÜNSTLERSIEDLUNG HALFMANNSHOF E.V., NRW

- Gründung: 1931
- Tätige: 11 Künstler und Kunsthandwerker
- Tätigkeitsfeld: bildende Kunst
- Träger: Verein Künstlersiedlung Halfmannshof e.V.
- Homepage: www.kuenstlersiedlung.de

FOTO: HALFMANNSHOF

2

Der Halfmannshof ist die älteste Künstlersiedlung in Deutschland. Bedeutende Künstler wie Günther Uecker, Otto Piene, die Gruppe ZERO und viele andere haben in der Hof-Gemeinschaft der Künstler-Ateliers in Gelsenkirchen-Ückendorf gearbeitet. Nach Auskunft des Künstlervertreters soll der Halfmannshof nun saniert werden. Die Stadt und die Wohnungsbaugesellschaft planen die Künstlersiedlung in ein Kreativquartier umzugestalten. Zu diesem Zweck sollen die Ateliers und Häuser umgebaut oder abgerissen und durch privatgenutzte Häuser ersetzt werden. Aktuell fürchten die dort lebenden Künstler, dass ihr Atelierhaus, welches eine große Ausstellungshalle beinhaltet, durch private Wohnungsbauten ersetzt wird. Bereits jetzt liegen sechs Bauanträge für Reihenhäuser vor. Der Charakter der Künstlersiedlung würde unwiederbringlich zerstört.

ATELIERHAUS PRENZLAUER PROMENADE, BERLIN

- Gründung: seit ca. dem Jahr 2000 nutzen Künstler die Räume als Ateliers
- Mitarbeiter: aktuell sind etwa 70 Künstler dort ansässig
- Tätigkeit: bildende Kunst
- Finanzierung: Künstler entrichten Miete
- Homepage: keine

FOTO: STEFANIE ERNST

1

Die Künstler des Atelierhauses Prenzlauer Promenade fürchten ihre Atelierräume zu verlieren. In der vormaligen Akademie der Wissenschaften der DDR arbeiten zurzeit etwa 70 Künstler und nutzen die leerstehenden Räume des Gebäudes als Ateliers. Nun soll das Gebäude an der Prenzlauer Promenade 149-152 durch den zuständigen Liegenschaftsfonds verkauft werden. Ein Investor wird gesucht. In diesem Fall verlieren die dort tätigen Künstler mit allergrößter Wahrscheinlichkeit ihre Wirkungsstätte. Kommt es zum Verkauf, so kann den Künstlern nach Aussage des Künstlervertreters Klaus Winichner durch eine entsprechende Klausel im Mietvertrag kurzfristig gekündigt werden. Aktuell befinden sich die dort ansässigen Künstler in einem Zustand der Ungewissheit. Neuen Atelierraum in Berlin zu erhalten, ist nahezu aussichtslos. Wegfallen würden momentan ca. 6.000 qm Raum für zeitgenössische Kunst.

SWR SINFONIEORCHESTER, RHEINLAND-PFALZ / BW

Radio-Sinfonieorchester des SWR:
- Gründung: 1945
- Tätige: 102 Planstellen, Chefdirigent: Stéphane Denève
- Tätigkeitsfeld: Breites Repertoire von historischer Aufführungspraxis (»Stuttgart-Sound«) bis zur Musik der Gegenwart (über 500 Uraufführungen seit Gründung) und klassisch-romantisches Repertoire bei internationaler Konzerttätigkeit
- Homepage: www.swr.de/rso

SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg
- Gründung: 1946
- Tätige: 98 Planstellen, Chefdirigent: François-Xavier Roth
- Tätigkeitsfeld: Besondere Reputation für die Aufführung zeitgenössischer Musik, bekannt für zahlreiche Uraufführungen und als Residenzorchester in Donaueschingen
- Homepage: www.swr.de/so

FOTO: SWR/W. LAMPARTER

1

Es ist beschlossenen Sache: die beiden SWR-Orchester fusionieren. Die Zusammenlegung des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart des SWR und des SWR Sinfonieorchesters Baden-Baden und Freiburg muss bis 2016 erfolgen. Die Orchesterfusion führte zu einem Sturm der Entrüstung in der Musik- und Kulturszene und weit darüber hinaus. In Die ZEIT war zu lesen »Der Südwestrundfunk verrät seinen Kulturauftrag.« Nach Angaben des Senders müssen die Orchester ein Viertel ihres Budgets einsparen, was einer Summe von fünf Millionen Euro pro Jahr entspricht. Die Zusammenführung beider Orchester wird nach Angaben der Deutschen Orchestervereinigung bis zu 80 Musikern ihren Arbeitsplatz kosten. Nicht nur Arbeitsplätze, auch eine einzigartige Orchestertradition beider Klangkörper wird durch die Fusion verschwinden.

BISHER VORGESTELLTE KULTURINSTITUTIONEN

Kultureinrichtung/-projekt	Ort	Gefährdungskategorie aktuell	(vormals)
Theaterburg Roßlau. e.V.	Roßlau, Sachsen-Anhalt	0	(0)
Archiv der Jugendkulturen	Berlin	2	(2)
Kino Streit's	Hamburg	1	(1)
Nordwestdeutsche Philharmonie	Herford, NRW	2	(1)

Kultureinrichtung/-projekt	Ort	Gefährdungskategorie aktuell	(vormals)
Stadtbibliothek Calbe	Calbe, Sachsen-Anhalt	1	(1)
Bergische Philharmonie	Remscheid/Solingen, NRW	3	(3)
Frauenmusikzentrum	Hamburg	2	(2)
Dok.-zentrum Alltagskultur d. DDR	Brandenburg	1	(1)

Die Kraft der Ideen und der Reichtum der Künste

Die deutsch-französische Freundschaft lebt durch die Kultur

BERND NEUMANN

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle vor 50 Jahren – am 22. Januar 1963 – den Élysée-Vertrag besiegelten, bewiesen sie Mut, Weitsicht und Tatkraft. Mut, weil sie sich gegen den Zeitgeist stellten und trotz der in drei Kriegen 1870, 1914 und 1939 verhärteten »Erbfeindschaft« einander die Hand zur Versöhnung reichten. Weitsicht, weil sie visionäre Ziele für eine gemeinsame Zukunft in Europa formulierten, die bis heute Geltung haben und all jene beflügeln, die am vielgestaltigen Netzwerk der deutsch-französischen Zusammenarbeit mitwirken. Tatkraft, weil sie sich nicht mit feierlichen Erklärungen begnügten, sondern Motoren konkreter Initiativen und Institutionen waren.

Wir kennen die berühmten Worte von Jean Monnet: »Nichts wird geschaffen ohne die Menschen; nichts hat Dauer ohne die Institutionen.« Der Élysée-Vertrag hat Dauerhaftes geschaffen. Das gilt insbesondere für die Deutsch-Französischen Ministerräte, bei denen alle sechs Monate auch die Kultur auf der Agenda steht. Mit dem 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages haben wir aus den früheren Gipfeltreffen gemeinsame Kabinettssitzungen der deutschen und der französischen Regierung gemacht.

Auf dem Gebiet der Kultur und Medien führte dies zu einer besonders fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen. Die Gründung des gemeinsamen Kultursenders ARTE unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Staatspräsident François Mitterrand war ein Meilenstein in den deutsch-französischen Beziehungen. Der Gründungsvertrag zwischen den elf alten Bundesländern und der Republik Frankreich wurde am Vorabend der deutschen Einheit am 2. Oktober 1990 unterschrieben. Seitdem besticht diese einmalige deutsch-französische Einrichtung durch anspruchsvolle Programminhalte, die zu großen Teilen auf deutsch-französische und europäische Themen zugeschnitten sind und den kulturellen Dialog zwischen unseren beiden Staaten und in ganz Europa fördern.

Auch in Fragen der Digitalisierung arbeiten Deutschland und Frankreich eng zusammen. Gemeinsam sind wir die treibende Kraft der Europäischen Digitalen Bibliothek Europeana, in der wir die meisten Inhalte, den größten Finanzierungsanteil und zunächst mit Dr. Elisabeth Niggemann und nunmehr mit Bruno Racine als Direktoren unserer jeweiligen Nationalbibliotheken die Präsidenten der Europeana-Stiftung stellen. Die Europeana lässt die Vision des digitalen Zugangs zur Kultur für alle Bürgerinnen und Bürger Wirklichkeit werden.

In Sachen Digitalisierung und Urheberrecht ist die Abstimmung zwischen beiden Regierungen besonders eng. Geistiges Eigentum gilt es auch und gerade im digitalen Zeitalter zu schützen. Frankreich und Deutschland gehen hier Hand in Hand. Ich erinnere an das gemeinsame Vorgehen bei Google Books, das uns Erfolg vor dem New Yorker Gericht bescherte. Ob in Fragen der kulturellen Vielfalt oder bei der Buchpreisbindung – wenn wir gemeinsam vorgehen, können wir Deutsche und Franzosen in der EU, in der UNESCO und im globalen Kontext viel bewegen.

Unsere Zusammenarbeit im Filmbereich ist besonders intensiv. Gerade in Zeiten der Omnipräsenz von US-Blockbustern in unseren Kinos ist es wichtig, die Herstellung und Verbreitung europäischer Filme zu unterstützen; nur gemeinsam können wir im Wettbewerb gegen Hollywood bestehen. Das deutsch-französische Filmtreffen, das im November 2012 sein 10-jähriges Jubiläum feiert, ermöglicht es französischen und deutschen Produzenten, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Im Rahmen des Minitraité werden seit 2001 jährlich drei Millionen Euro für die Herstellung deutsch-französischer Koproduktionen bereitgestellt. Seither wurden daraus 87 Filme mit deutscher und französischer Beteiligung gefördert – darunter künstlerisch so erfolgreiche Filme wie »Pina« von Wim Wenders sowie »Das weiße Band« und »Liebe«, für die Michael Haneke in Cannes in den Jahren 2009 und 2012 mit der Goldenen Palme ausgezeichnet wurde. In den Jahren 2000 bis 2010 wurden 138 Filme mit französischer und deutscher Beteiligung realisiert. Besonders intensiv ist die Zusammenarbeit auch im Rahmen des Ateliers Ludwigsburg-Paris, das ebenfalls in diesem Jahr sein 10-jähriges Jubiläum feiert. Das einjährige Weiterbildungsprogramm vermittelt Deutschen und Franzosen umfangreiches, praxisbezogenes Wissen über die europäische Filmwirtschaft. In den letzten Jahren ist es immer wieder gelungen, das Publikum in Frankreich für deutsche Filme und in Deutschland für französische Filme zu begeistern. Sage und schreibe 8,6 Millionen Kinobesucher in Deutschland hat jüngst der wunderbare französische Film »Ziemlich beste Freunde« von Olivier Nakache und Eric Toledano erreicht.

Beim Austausch von Künstlerinnen und Künstlern arbeiten wir ebenfalls eng zusammen. Die Cité des Arts in Paris, Schloss Solitude bei Stuttgart und die Stiftung Genshagen bieten Künstlerresidenzen an. Der Galerienaustausch Paris – Berlin befördert den Austausch der Kunsthändler. Deutschland und Frankreich wollen den gemeinsamen Kulturraum stärken und deshalb Mobilitätshindernisse weiter abbauen. Damit sind wir Vorreiter und Impulsgeber in der Europäischen Union. Das derzeit im Aufbau befindliche Informationsportal »Touring artists« wird dazu einen Beitrag leisten.

Gemeinsam fördern wir die Verbreitung junger Autorinnen und Autoren im Nachbarland. Daher haben das französische Kulturministerium und der BKM den Franz-Hessel-Literaturpreis ins Leben gerufen, der alljährlich von der Villa Gillet und der Stiftung Genshagen ausgerichtet wird. Mit dem Deutschen Übersetzerfonds unterstützen wir deutsch-französische Übersetzungswerkstätten. In den letzten zwei Jahren wurden mit Hilfe des Deutschen Übersetzerfonds Werke von knapp 30 französischen Autoren aus allen Jahrhunderten ins Deutsche übersetzt. Viele andere Einrichtungen helfen mit, damit Verlage die Kosten für Übersetzungen nicht alleine tragen müssen. Hinzu kommen Projekte wie der »Impuls Neue Musik«, mit dem wir Kooperationsprojekte in der zeitgenössischen Komposition fördern, oder das Projekt »Transfabrik«, mit dem im Élysée-Jahr deutsche und französische Theater zusammenarbeiten. Unsere Museen und Ausstellungshäuser sind verwoben in einem dichten Netz enger und nahezu alltäglicher Zusammenarbeit.

Die kulturelle Bildung bildet einen besonderen Schwerpunkt unserer gemeinsamen Kulturarbeit. Seit 2009 bietet die Stiftung Genshagen als Zentrum kultureller Bildung in Europa eine Plattform für den deutsch-französischen Austausch von Experten der Kulturvermittlung, aber auch für konkrete grenzüberschreitende Projektarbeit mit Künstlern und Jugendlichen. Die Öffnung nach Polen hin zum Weimarer Dreieck setzt dabei einen besonders wichtigen Akzent.

All diese Initiativen zeugen von der Erfolgsgeschichte, die Deutschland und Frankreich in den letzten 50 Jahren gemeinsam geschrieben haben. Und sie beweisen: Die »kulturelle und geistige« Union zwischen unseren beiden Ländern ist das eigentliche Band, das uns verbindet. Sie schlug mit den französischen Hugenotten in Berlin und mit Heinrich Heine in Paris ihre Wurzeln. Sie prägte die Freundschaft zwischen Voltaire und Friedrich dem Großen, zwischen Rilke und Rodin. Die »République des lettres« und das Land der Dichter und Denker waren einander unverzichtbar. Das gilt bis heute.

Geben wir uns nicht der Illusion hin, die Globalisierung mache diesen Dialog unter Freunden überflüssig. Das Gegenteil ist der Fall. Damit wirkliche Begegnung stattfindet, brauchen wir die Kraft der Ideen und den Reichtum der Künste. Der kulturelle Dialog ist die Wurzel der deutsch-französischen Verständigung. Er ist ein Pfeiler des Kulturraums Europa. Er ist unsere Stärke in Zeiten der Globalisierung, und er ist der wahre Kern des Projekts Europa – auch und gerade in Zeiten der Krise.

Blickpunkt Frankreich

Die deutsch-französische Freundschaft währt nun fast 50 Jahre. Ein halbes Jahrhundert enger kulturpolitischer Beziehungen

FOTO: NEUE ROAD MOVIES GMBH / DONATA WENDERS

Gelungene Zusammenarbeit: Wim Wenders »Pina« war 2012 für den Oscar nominiert.

Bernd Neumann, MdB ist Staatsminister für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JAHR 2012/2013

Die deutsche und französische Regierung haben entschieden, vom 22. September 2012 bis 5. Juli 2013 ein Deutsch-Französisches Jahr durchzuführen. Dieses Jahr lebt von der regen Beteiligung der Zivilgesellschaft. Projekte und Veranstaltungen sind höchst willkommen. Der Höhepunkt findet am 22. Januar 2013 in Berlin mit einem Deutsch-Französischen Ministerrat und einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamente statt. Für deutsch-französische Projekte kann das offizielle Logo mit einem einfachen elektronischen Formblatt ab sofort unter folgender Website beantragt werden: http://www.elysee50.de.
Auf der Website werden die Veranstaltungen mit einer interaktiven Landkarte und einer kalendarischen Gesamtübersicht gebündelt aufgeführt. Für die deutsche Seite koordiniert das Auswärtige Amt das Deutsch-Französische Jahr.

Erfolgreiche Basis

50 Jahre Goethe-Institut London

ROSIE GOLDSMITH

Am 17. Mai feierte das Goethe-Institut 50 Jahre Präsenz in London mit der Wiedereröffnung seines neu renovierten Institutsgebäudes in South Kensington und einer Ausstellung der deutschen Künstlerin Gloria Zein.

Die Anfänge des Goethe-Instituts in Großbritannien vor 50 Jahren waren nicht leicht: Es nahm seine Arbeit zu einer Zeit auf, als die britische Haltung zu Deutschland noch immer stark von den Ereignissen zwischen 1939 und 1945 geprägt war. Noch in den 1980er-Jahren war meine Großmutter der Meinung, dass ihr die Frage zustand, warum ich ausgerechnet einen deutschen Freund hätte!

Und so konzentrierten sich die ersten Veranstaltungen und Aktivitäten des Goethe-Instituts in Großbritannien besonders darauf, die Beziehungen zu deutsch-jüdischen Emigranten wieder aufzubauen und auch die positiven Seiten des Lebens in Deutschland durch den kulturellen Fortschritt zu zeigen – durch seine jungen Künstler. Als die schmerzlichen Erinnerungen langsam zu verblassen begannen und der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands eine neue, weniger negative Seite des Landes präsentierte, wandte sich die Arbeit des Instituts stärker der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit britischen Institutionen und der Erfüllung bestimmter »britischer Bedürfnisse« zu. So brachte sich das Goethe-Institut in den letzten Jahren aktiv ein, um dem rapiden Rückgang des Sprachunterrichts an unseren Schulen zu begegnen

Die Liebe zur deutschen Sprache und zur deutschen Literatur verbindet

– mit vielversprechenden Ergebnissen. Die Teilnehmerzahl seiner Sprachkurse ist stetig gestiegen, von 800 auf heute über 2.000 im Jahr. Deutschkenntnisse gelten heute in einem britischen Lebenslauf als großes Plus.

Dies ist jedoch nur die eine Seite. Obwohl die Aufgabe, der britischen Öffentlichkeit die besten, noch unbekannten Künstler vorzustellen, nach wie vor hohe Priorität hat, stand das Goethe-Institut London auch bei innovativen britischen Initiativen im Vordergrund. Seine Arbeit in dieser Hinsicht war schon lange bahnbrechend, bevor sie »an der Basis« als ›Weg nach vorn‹ für das 21. Jahrhundert erkannt wurde. Zusätzlich zu seinen eigenen erfolgreichen Sprachkursen beteiligte sich das Institut in Partnerschaft mit der UK-German Connection 2005 am Projekt »Double Club« des Fußballklubs Arsenal London. Der »Double Club« verbindet auf spielerische Weise Fußball mit Lernen, um Jugendliche sowohl für den Sprachunterricht als auch für den Sport zu gewinnen. Immer mehr Schulen und andere Sprachen beteiligen sich inzwischen an dem Projekt, das von der Europäischen Kommission als »beste Praxis« für Mehrsprachigkeit ausgezeichnet wurde. Zum zweiten Mal in drei Jahren erhielt der »Double Club« von Arsenal beim European Awards for Languages 2012 einen Preis. Die Jury prämierte das Projekt, weil es an Schulen leicht umzusetzen ist und weil man junge Sprachschüler jeglicher Herkunft dafür gewinnen kann. Einer der größten Erfolge des Clubs war das Lied zu den Olympischen Spielen 2012 in London: Über 350 Schüler aus 36 britischen Schulen kamen im Emirates Stadium zusammen, um den mehrsprachigen »Double Club Song« »Together in the Language of Sport« – Ergebnis eines Songwettbewerbs von »Double Club Languages« – bei den olympischen Spielen 2012 zu singen. Initiator des Projekts war das Goethe-Institut London mit Unterstützung der Vertretung der Europäischen Kommission in Großbritannien. Zusammen mit dem Zeichensprache-Chor »Kaos Signing Choir« sangen die Jugendlichen, darunter die Gewinner des Wettbewerbs, das Lied auf Französisch, Deutsch, Griechisch, Italienisch und Spanisch mit englischem Refrain.

Das Goethe-Institut London hat zudem einen neuen Film produziert (»The Smart Choice: German«), in dem Briten – Schüler und Studenten, Lehrer, Unternehmensvertreter, Schulleiter und Eltern – überzeugend die Vorteile des Deutschlernens beschreiben. Um die Zweisprachigkeit weiter voranzubringen, besuchen deutsche Theaterensembles britische Schulen mit Vorstellungen speziell für Kinder und Jugendliche.

Im Jahr 2006 veranstaltete das Institut die erste »Night for German Lovers«. Der Titel war zwar an den zeitnahen Valentinstag angelehnt, doch bei der Veranstaltung ging es keineswegs um romantische Verwicklungen – abgesehen davon, dass die Liebe zur deutschen Sprache und Literatur alle Gäste verbinden sollte. Einige der wichtigsten Persönlichkeiten der britischen Kulturszene erzählten im Interview, welche Autoren sie gelesen hatten und wie sie zu ihrer Liebe zu Deutschland und der deutschen Sprache gekommen waren. Im ersten Jahr brachten wir so unterschiedliche Talente wie den Bildhauer Anthony Gormley, den Schriftsteller Philip Hensher, die Übersetzerin Anthea Bell und die Schriftstellerin AS Byatt zusammen. Ebenso vielfältig war deren Auswahl an deutschen Schriftstellern und ihren Werken: »Der Tod des Virgil« von Hermann Broch, die »Deutschstunde« von Siegfried Lenz, »Austerlitz« von W.G. Sebald und »Kiosk«, Hans Magnus Enzensbergers Gedichte »nach der Mauer«. In den nächsten fünf Jahren begrüßten wir unter anderen die Theaterstars Mark Ravenhill und Dominic Cooke, bedeutende Schriftsteller wie Ian McEwan und die Journalistin Anne McElvoy. Auch nach der letzten »Night for German Lovers« in London 2011 lebt das Projekt fort: Der Reiseschriftsteller Rory MacLean ist seit seiner Teilnahme 2008 mit einem Blog über Berlin selbst zum Helden der Website »Meet the Germans« des Goethe-Instituts London geworden.

Zum 50. Jahrestag des Mauerbaus im Jahr 2011 startete das Goethe-Institut in Zusammenarbeit mit EUNIC (European Union National Institutes for Culture) ein Festival für Filme aus dem Kalten Krieg mit dem Titel »The Celluloid Curtain«. Es handelte sich um eine Hommage an die gegenseitige Darstellung beider Seiten des Eisernen Vorhangs in ihren jeweiligen Spionagefilmen – insgesamt aus elf Ländern, unter anderem Ost- und Westdeutschland, Rumänien, Polen, Ungarn, der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien. In Zusammenarbeit mit Partnern in Deutschland (z.B. das Zeughaus Kino Berlin) und Großbritannien (z.B. die Organisation für Meinungsfreiheit »Index on Censorship«) wurden in London die Filme, von einer Ausstellung von Spionagefilm-Postern und einer großen Diskussionsrunde, »From Cold War To Wikileaks«, begleitet. Das Festival fand ein großes Echo in den Medien – von der BBC bis hin zu landesweiten Tageszeitungen und Filmzeitschriften. Und nun zur Gegenwart und Zukunft. Die neu ausgestattete Bibliothek mit ihren Multimedia-Ressourcen und Wi-Fi-Zugang war den ganzen Sommer geöffnet (nicht nur die olympischen Spiele waren ein Publikumsmagnet!). Im August war der deutsche Feinschmecker Florian Siepert als Leiter des »Supperclub Summit« engagiert. Das Goethe-Institut wurde Schauplatz eines vierwöchigen Festivals deutscher, britischer und internationaler Gastronomie zur Feier des Olympischen Sommers in London. »Supperclubs« sind einmalig stattfindende Abendessen mit außergewöhnlichen Kreationen von außergewöhnlichen Köchen. Unsere kulinarische Reise führte uns von Klößen aus Peking von »Mama Lan«, einem Mutter-Tochter-Team, das nordchinesische Hausmannskost in einem Restaurant in Brixton anbietet, bis hin zum »Rollin Restaurant«, einem deutsch-schwedischen Team aus Berlin mit Gerichten wie geräuchertem Rentierherz mit Gelbe Bete und Meerrettich.

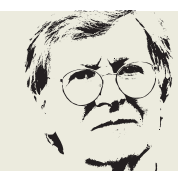
Kreativität und Originalität stehen das ganze Jahr über auf der Agenda des Goethe-Instituts London. Gerade begeistert der deutsche Künstler Tino Sehgal in der Tate Modern ein breites Publikum mit seinen live aufgeführten Konversationsstücken; in Bristol läuft das Kurzfilmfestival »Encounters«; im November wird der 60. Geburtstag von Wolfgang Rihm beim »Huddersfield Contemporary Music Festival« gefeiert, und die »Company of Angels« präsentiert »Theatre Café Germany«, britische Uraufführungen einiger der interessantesten deutschen Autoren für junges Publikum. Bei all diesen Veranstaltungen ist das Goethe-Institut London als Initiator, Begleiter oder Partner involviert. Im Laufe eines halben Jahrhunderts wurde es fester Bestandteil im Leben aller hier ansässigen »Deutschliebhaber« und entdeckte neue »Deutschliebhaber« in allen Bereichen von Kultur, Bildung und Gesellschaft. Ich bin stolz darauf, einen kleinen Beitrag geleistet zu haben, um diese Liebe an meine Landsleute zu vermitteln. Alles Gute zum 50. Geburtstag!

FOTO: RICHARD BRYANT

Das künstlerisch gestaltete Treppenhaus, Teil der mehrteiligen Kunstinstallation »I can't stop the dancing chicken« von Gloria Zein.

Rosie Goldsmith ist BBC-Moderatorin und Journalistin für internationale Kultur und Zeitgeschehen. Sie lebte ein knappes Jahrzehnt in Deutschland und arbeitete dort als Korrespondentin für die Deutsche Welle, den Deutschlandfunk und BBC Radio

Übersetzt aus dem Englischen von Susanne Mattern



MOMMERT MEINT

Auch wenn der öffentliche Aufruhr in der islamischen Welt gegen das amerikanische Video-Machwerk mit der Verächtlichmachung des Propheten Mohammed bei Drucklegung der neuen Ausgabe von Politik & Kultur (hoffentlich) abgeebbt sein dürfte, noch ein kleines Nachwort dazu.
Trotz oder wegen der tragischen Begleitumstände mit brennenden Botschaften und sogar Todesopfern hat sich daran wieder einmal, wie schon bei den dänischen Mohammed-Karikaturen und dem »Idomeneo«-Skandal an der Deutschen Oper in Berlin, ein grundsätzlicher Streit hierzulande entwickelt, was Satire darf und was nicht, um auch mal an den guten alten Tucholsky zu erinnern (»Soldaten sind Mörder«).
Die Rede ist von unserem Verständnis einer demokratischen säkularen Gesellschaft mit verfassungsrechtlich geschützter Religions-, aber auch Meinungsfreiheit. Angesichts der gewalttätigen Unruhen gegen ein zugegebenermaßen für viele Gläubige beleidigendes Video der allerübelsten Art muss daran erinnert werden, dass jedem freigestellt ist, mit einem ebenso polemischen Video oder sonstigen Medienwerk zu antworten und auf dieser Ebene den Streit auszutragen, aber nicht mit einem Angriff auf Leib und Leben und Brandschatzungen – das ist finsterstes Mittelalter und diese Art von Islam gehört eben Gott sei Dank nicht zu Deutschland und darf es auch nie werden, egal, was welcher Bundespräsident dazu sagt.
Salman Rushdie hat in diesem Herbst gerade seine bewegende Autobiografie veröffentlicht, die Todesdrohungen gegen ihn bestehen immer noch, und ein pakistanisches Regierungsmitglied hat jetzt sogar ein »Kopfgeld« gegen die Macher des amerikanischen Videos ausgesetzt.
Ich habe keinen weltweiten Aufschrei dagegen in der islamischen Welt vernommen. Dafür sind gefährliche Töne aus intellektuellen Kreisen in westlichen Demokratien zu vernehmen, die nahelegen, dass wir uns für unser Verständnis von Meinungs- und Religionsfreiheit, die natürlich auch genau festgelegte Grenzen haben, auch noch entschuldigen müssten.
Der Vatikan war gut beraten, gegen ein geschmackloses Titelbild mit dem Papst gerichtlich doch nicht vorzugehen. Meinungsfreiheit nach unserem Verständnis gilt auch für Geschmacklosigkeiten und dilettantischen Schund, soweit sie nicht die Menschenwürde, unser höchstes Gut, verletzen. Es ist »inakzeptabel, Sakrales generell der Darstellung in Form von Karikaturen oder Satire zu entziehen, je mehr die Religionen öffentlich Einfluss nehmen, desto mehr müssen sie sich der öffentlichen Diskussion stellen«, meinte der renommierte Rechtswissenschaftler und frühere Verfassungsrichter Dieter Grimm in der »Süddeutschen Zeitung« dazu, und das meint auch Mommert.

FOTO: ELINA / PHOTOCASE.COM

Die Vermittlung des Tanzes an Schulen verlangt Tänzern einiges ab.

Über Tanz in Schulen, die Kunst und das Lernen

Der Tanz um die kulturelle Bildung

ROLF BOLWIN

Es ist ja mit der kulturellen Bildung so eine Sache: Sie ist zwar in aller Munde und auch gut für die Künste. Aber wenn es ernst wird, wenn es also vor allem um Ansprüche und Programme, um das Verhältnis zwischen Kunst und Pädagogik und schließlich um Geld und Strukturen geht, dann verlässt manchen ihrer engagierten Fürsprecher der Mut. Man schwärmt dann gern von »Rhythm is it«, einem Projekt, das doch gezeigt habe, wie es gehe. Künstler, die mit solchen Projekten nützlich zum Einsatz kommen könnten, gebe es schließlich genug, vor allem Tänzerinnen und Tänzer. Allein in den Stadt- und Staatstheatern sind es an die 1.400 und die freie Szene komme noch hinzu. Man sehe – immer getreu dem Motto: Was machen darstellende Künstler eigentlich tagsüber? – nicht ganz, wo denn noch das Problem liege.

Wer so argumentiert, macht es sich zu leicht mit der kulturellen Bildung. Nicht nur deshalb, weil ja die Theater, ob frei oder städtisch und staatlich verantwortet, eigentlich für die Kunst da sind. Es ist und bleibt nun einmal die Aufgabe solcher Kunstbetriebe, Theater zu spielen. Schon darin liegt ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Bildung. Und dafür bekommen sie ihr öffentliches Geld, wenn sie denn etwas bekommen. Doch nicht nur darum geht es.

Nicht jeder Künstler ist auch ein guter Pädagoge

Niemand darf zudem dem Irrglauben verfallen, jeder Künstler könne anderen etwas beibringen, anderen etwas erklären, andere für etwas begeistern. Nein wahrlich ist nicht jeder Künstler ein guter Pädagoge. Und jede Tänzerin oder jeder Tänzer erst recht nicht. Bei vielen fehlt es schon an den notwendigen Sprachkenntnissen. Zudem ist kaum eine Sparte so sehr auf ihre künstlerische Arbeit fixiert wie der Tanz. Das liegt an der Kürze der Lebenszeit, in der der Beruf ausgeübt werden kann. Und gerade deshalb ist es ein wohlfeiler Rat, wenn man Tänzerinnen und Tänzern am Ende ihrer Karriere, also regelmäßig im Alter von 40 Jahren, rät, man möge sich doch pädagogischen Aufgaben zuwenden.

So sah sich der Beirat Tanz, eine Untergruppierung des Rates für darstellende Kunst und Tanz, veranlasst, einmal zu den pädagogischen Aspekten von Tanz in Schulen einige Standards zu entwickeln, die erkennbar machen, worum es geht, wenn man von pädagogischer Tanzarbeit spricht. Schließlich verabschiedete der Rat für darstellende Kunst und Tanz auf Initiative des Beirats ein ausgiebiges Papier, in dem zunächst der Stellenwert von Tanz in der Schule hervorgehoben wird. So heißt es dort:

»Die Besonderheit des Tanzes liegt darin, Bewegung und Musik zu verbinden. Durch Tanzunterricht werden das Kind und der Jugendliche auch angeregt, das eigene, schöpferische Potenzial durch Improvisations- und Gestaltungsaufgaben zu entdecken und zu entwickeln. Besonders die Präsentation von Ergebnissen fördert das Selbstvertrauen. Fazit: Tanz in der Schule leistet einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Bildung und zur Verbesserung des geistigen und körperlichen Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen.«

Also geht es nicht immer nur um die MINT-Fächer, nämlich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, wie die deutsche Wirtschaft uns ständig und gebetsmühlenhaft zu vermitteln sucht. Es geht auch für den zukünftigen Manager um einiges mehr als darum, rechnen und einen Computer beherrschen zu können. Und damit die Kinder und Jugendlichen wirklich das Richtige lernen, darf es eben an pädagogischen Fähigkeiten nicht fehlen. Deshalb fordert der Rat für darstellende Kunst:

»Kinder und Jugendliche in ihren sensiblen körperlichen und geistigen Wachstumsphasen entsprechend fördern und fordern zu können, setzt fundiertes Fachwissen, pädagogisches Können und Verantwortungsbewusstsein voraus. Besonders im Tanz ist es notwendig, ein Angebot zu machen, bei dem funktionell anatomische Gesetzmäßigkeiten sowie psychosoziale und motorische Zusammenhänge Beachtung finden, um gesundheitliche Schäden – physischer oder psychischer Art – zu vermeiden. Vielfalt im Angebot trägt dazu bei, dass sich Kinder und Jugendliche ihren Anlagen und Vorlieben entsprechend weiterentwickeln können. Ergänzend zu einem fundierten Tanzunterricht sollen Kinder und Jugendliche auch die Möglichkeit haben, den Bereich der Tanzkunst kennenzulernen (z. B. Besuch von Tanzvorführungen, Projektarbeit mit Tanzkünstlern etc.). Notwendig sind Tanzpädagoginnen und Tanzpädagogen, die über Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten verfügen, wie sie der Beirat Tanz mit Repräsentanten aus der Tanzkultur und der Tanzkunst […] festgehalten hat […].«

Und wer wissen möchte, worum es dabei geht, der kann in einem älteren Papier des Beirats nachschauen, in dem es bereits 2007 um die Mindestkompetenzen und Grundkenntnisse für Tanzpädagoginnen und Tanzpädagogen ging. Zwei Seiten umfasst dieser Katalog, der unter www.beirattanz.de nachzulesen ist. Da ist von Kompetenzen in Psychologie, Bewegungslehre und Musik ebenso die Rede wie von Kenntnissen über Unterrichtsziel und Methode, Unterrichtsaufbau und -durchführung oder Medizin und Motivation.

Bei Tanz in Schulen geht es also wie bei jeder kulturellen Bildung eben um mehr als die Kunst. Es ist und bleibt eine Vermittlungsarbeit. Dafür braucht man ein wenig pädagogisches Talent und wie immer für eine gute Arbeit: mehr Wissen. Das sollten alle bedenken, die glauben, es sei bei der kulturellen Bildung in der Schule damit getan, dass Künstler in der Schule erklären, warum die Bretter denn die Welt bedeuten. So einfach ist es eben nicht.

Rolf Bolwin ist Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins

Die Präsenz der Reformation

Das Reformationsjubiläum muss mehr sein als Anlass für den üblichen Rummel

JOHANN MICHAEL MÖLLER

Passend zur Lutherdekade hat man in Wittenberg die Lutherzwerge erfunden, was wohl mehr sein soll als eine harmlose Werbeidee. Denn nach Jahrzehnten der Entzauberung und des Missbrauchs unserer Geschichtsbilder ist die Zwergenperspektive offenbar zur gängigen Betrachtungsform in unserem kleinlauten Land geworden. Luther gewissermaßen zum Anfassen, genauso wie neulich Helmut Kohl zum Aufkleben, als man ihn für seine großen Verdienste mit einer kleinen Briefmarke ehren zu müssen glaubte. Natürlich darf man auch – um die Sinnentleerung dieses Reformationsjubiläums deutlich zu machen – die Band Pussy Riot für den Lutherpreis vorschlagen. Irgendeine Verbindung wird sich schon herstellen lassen; und man bekommt zugleich einen Eindruck, wie schwer wir Deutschen uns mittlerweile mit unserem Lutherbild tun. Jahrzehnte des ideologischen Missbrauchs haben ihre Spuren hinterlassen, genauso wie alle Versuche, Luther für unsere Zeit kompatibel zu machen. So wird uns in den nächsten Jahren wohl nichts erspart bleiben, was zum gängigen Repertoire der Werbestrategen gehört: der Lutherschnaps so wenig wie die Lutheruhr oder das nachgebildete Tintenfass; und natürlich wird es auch eine Luther-App für das Smartphone geben und Omnibusreisen zu den Luthergedenkstätten, den theologischen Kulturbeutel inklusive.

Dabei ist es völlig legitim, dass die Lutherorte teilhaben wollen am Jahrtausendereignis dieses Reformationsjubiläums. Besonders für ein wirtschaftlich so gebeuteltes Bundesland wie Sachsen-Anhalt besteht auch die Hoffnung, endlich wegzukommen vom Image des strukturschwachen Zonenrandgebiets, vom Ruf des Armenhauses einer reichen Nation.

Luther 2017

Mit dieser Kolumne begleiten wir das Reformationsjubiläum.

Insofern stellt dieses Jubiläum für Mitteldeutschland eine einzigartige Chance dar, aller Welt endlich vor Augen zu führen, welche Rolle dieser Landstrich für die deutsche und europäische Entwicklung einst gespielt hat. Diese ehedem preußische Provinz Sachsen war kein Land der Zwerge und der Nischen; von hier ging mehrfach Weltgeschichte aus. Das gilt für Sachsen und Thüringen nicht minder. Insofern verbindet sich nach Jahrzehnten der Teilung, der Verdrängung und ideologischen Indienstnahme mit dieser Lutherdekade auch der Wunsch nach Geschichtsreparatur in einer Region, die immer noch heftig mit ihrem Selbstverständnis ringt.

Das ist völlig legitim und keineswegs nur Ausdruck einer banalisierten Aneignung Luthers in der weitgehend säkularisierten Welt Ostdeutschlands. Wer die Lutherdekade den Kirchen überlässt, den evangelischen allzumal, verkürzt sie zu einem Nischenthema und vergibt die Möglichkeit nach der Wiedervereinigung auch eine neue Wahrnehmung folgen zu lassen. Denn noch immer fällt der Schatten der Mauer auf die gemeinsame Geschichte. Noch immer sind viele der abgerissenen geistigen Linien nicht wieder verknüpft; und bis heute liegen Geschichte und Gegenwart unverbunden neben einander.

Die Teilung war eben tief und nicht nur geografischer Natur. Umso wichtiger ist es, das Thema aus den kirchlichen Rückzugsgebieten herauszuholen und wieder bedeutsam zu machen für die Selbstvergewisserung unserer Zeit. Von Heldenverehrung mag zwar keiner mehr reden. Aber die Selbstverzwergung kann es dann auch nicht mehr sein.

Wenn das Reformationsjubiläum tatsächlich mehr sein soll als ein profaner Anlass für den üblichen Rummel, dann muss der historischen Auseinandersetzung die konfessionelle folgen. Gerade in der profanisierten Gesellschaft Ostdeutschlands muss man sich aber vor der Versuchung hüten, Luther aus seiner Theologie und Kirchengeschichte herauslösen zu wollen, um ihn zur Galionsfigur eines überkonfessionellen Religionsgefühls zu machen. In dieser Art von Ökumene zu reden, wird doch dort nur verstanden, wo man überhaupt noch weiß, was da jemals wieder unter einem Dach zusammengeführt werden soll. Auf das Vorbild der Leuenberger Konkordie von 1973 zu verweisen und die Überwindung der Konfessionsunterschiede hat in einer Gesellschaft keinen Sinn, die nicht einmal ihre eigene Kirchengeschichte mehr kennt. Und wenn ich die Überlegungen der Lutherbotschafterin Margot Käßmann dazu in dieser Zeitung lese, dann offenbaren sie doch einen sehr innerkirchlich westdeutschen Diskurs.

Wir Deutschen tun uns mit dem Lutherbild mittlerweile schwer

Dasselbe gilt für den Dialog zwischen den Religionen. Es ist wohlfeil, dafür den bis zur Unkenntlichkeit abgeschliffenen Begriff der Toleranz zu bemühen, den schon Goethe für eine Form der Beleidigung oder besser Geringschätzung hielt. Luther hat an der Wahrheitsbezeugung des christlichen Glaubens nie einen Zweifel gelassen. Insofern war er intolerant und ein Kind seiner Zeit. Sein Antipapismus und mehr noch: sein Antisemitismus sind weiß Gott kein Erbe, auf das man sich berufen kann. Es hat mit Recht jenes gewalttätig barbarische Bild Luthers geprägt, von dem sich Thomas Mann angewidert abwenden musste.

Zur Heroisierung taugt Luther heute nicht mehr. Aber auch die Historisierung wird ihm nicht wirklich gerecht. Was feiern wir denn im Jahr 2017 in unserer entkirchlichten Welt? Ein profanes Ereignis? Eine Zäsur der Geschichte? Oder doch auch die Selbstvergewisserung der evangelischen Gemeinde in ihrem Verständnis von »Predigt, Taufe, Abendmahl und Ordnung christlichen Lebens«, wie es der Theologe Johannes Ehmann zu Recht reklamiert.

Ein Reformationsjubiläum ohne evangelische Einkehr bliebe ein bitterkaltes Ereignis, für das es keiner besonderen Hinführung bedarf. Die eigentliche Botschaft dieser Lutherdekade wäre es aber, daran zu erinnern, aus welchem Glauben und aus welchem Gottesverständnis heraus vor fünfhundert Jahren der Prozess der Selbstaufklärung Europas begann. Es geht um die Präsenz dieser Reformation – und nicht um ihre bloße Geschichte.

Johann Michael Möller ist Hörfunkdirektor beim MDR

Gemeinsamkeit des Glaubens

Marginalien eines Schriftstellers, der die Initiative »Ökumene jetzt«unterzeichnet hat

ARNOLD STADLER

Kein Mensch sucht sich die Welt aus, in die er hineingeboren wird. Aber er wird sein Leben leben müssen und vielleicht sogar etwas daraus machen, und es am Ende als etwas Schönes erinnern.

Die ersten vier Schuljahre habe ich in einer Schule verbracht, in der sämtliche Schüler aller –damals noch – acht Klassen der Volksschule in einem einzigen Raum von einem einzigen Lehrer unterrichtet wurden, und alle waren katholisch. So war es. Über dem Harmonium das Foto des Bundespräsidenten Theodor Heuss, der erste Protestant, von dem ich ein Foto sah, aber davon und überhaupt: Von der Existenz einer anderen Kirche oder gar von Luther habe ich damals wohl nie gehört. Das war kein Thema. Jeden Morgen gab es das Schulgebet und dann gelegentlich Tatzen, die damals auch schon verboten waren. Auch das wusste ich nicht.

Eine meiner allerersten Erinnerungen, die historisch genau zu orten ist, war der Mauerbau, von dem ich auf dem Weg zur heiligen Messe erfuhr. Der Mesner oder Küster (Deutschland ist mindestens zweisprachig), dem ich damals assistierte, das war mein erstes Hobby, hatte ein Transistorradio bei sich und sagte: »Ez geiz Griag!« (»Jetzt gibt es Krieg!«) Es war der 13. August 1961. Die andere historische Meldung aus meinem frühen Leben lokalisiere ich auf den dörflichen Sportplatz. Wir waren beim Fußballspielen, und in das volle Glockengeläut, das, mitten in den hellen Tag hinein, wir uns nicht erklären konnten, sagte unser Lehrer, der keine 20 Jahre älter war als ich: Jetzt haben wir einen neuen Papst! Es war der 21. Juni 1963. Er nannte sich dann Paul VI., mitten ins Zweite Vatikanische Konzil hinein gewählt, das dem »Aggiornamento« verpflichtet war, der Vergegenwärtigung der Kirche, wie sie von Johannes XXIII. ausgerufen worden war, auch zur Verärgerung der ultramontanen Kreise. Das Aggiornamento-Konzil war ein Reformationskonzil. Es wurden keine Dogmen verkündet, im Gegensatz zum Ersten Vatikanischen Konzil, wo der Papst für unfehlbar, aber nur in Glaubenssachen, erklärt wurde. Das machte und macht die Ökumene nicht einfacher. Auch die Konzilsväter des Vatikanum II (wo waren die Mütter eigentlich?) hatten sich mit diesem Dogma abzugeben, und wie unter diesen Umständen die Ökumene zu gestalten ist. Der Papst hat kein neues Dogma verkündet, wohl aber im Namen des Konzils Konstitutionen, deren wichtigste auch der Ökumene galten. (Zum Beispiel »Lumen Gentium« und das Ökumenismusdekret »Unitatis Redintegratio«.)

15 Jahre nach dem Sportplatzereignis war ich Theologiestudent in Rom, und einmal in Begleitung von Kardinal Willebrands, dem Sekretär für die Einheit der Christen, bei Paul VI. und bekam den Segen.

Das erste Mal mit der Tatsache, dass die Welt nicht eins war, kam ich auf schmerzhafte Weise an meinem Gymnasium in Berührung. Es war zufälligerweise das spätere Heideggergymnasium in Meßkirch Baden. Da hatte ich die erste leibhafte Begegnung mit der evangelischen Welt. Sie war blond und, als wäre es nicht genug des Unterschieds, sprach auch noch Hochdeutsch. In einer mir damals fremden Sprache, die ich allenfalls verstand, aber nicht sprach – meine Muttersprache ist das Alemannische – hörte ich sie, das Flüchtlingskind, die blonde Ingeborg aus Wackershofen sagen: »Die Katholiken sind falsch!« Was sollte ich – elfjährig – mit diesem Satz einer 12-Jährigen? Ehrlich gesagt: Ich habe diesen Satz bis heute nicht verstanden. Sie meinte, »ihr könnt alles beichten.« Außerdem behauptete sie, die Katholiken hätten den Papst und Maria, sie aber hätten Jesus. Darauf wusste ich auch nichts zu sagen. Doch ich empfand, dass das ein Unrecht war. Das war meine erste Begegnung mit der Geschichte der Vorurteile in Glaubenssachen.

Zwischenbemerkung: Ich äußere mich hier nicht als Politiker oder Journalist, nicht als Verfasser eines Thesenpapiers, als Beiträger in einer Debatte, sondern als schreibende Privatperson, der nicht egal ist, dass es ist, wie es ist.

Nun – über 40 Jahre nach meinem Erlebnis mit Ingeborg – habe ich die Initiative »Ökumene jetzt« unterzeichnet als einer der ersten. Damit wollte ich aber nicht einem »Ökumenismus« das Wort reden, der als katholischer Heimholungsversuch missverstanden wurde, so auch in mancher Reaktion auf den Aufruf hin. In der gemeinsamen Initiative wird weder für die katholische noch die evangelische Weltkirche gesprochen oder Partei ergriffen. Zwei Daten von unterschiedlichem Gewicht sind der eine Anlass, die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils vor 50 Jahren, und der sich nähernde große 500. Reformations-Geburtstag 2017.

Bei den Unterzeichnern, aber ich spreche nur für mich, ging und geht es um solche, denen es fast 500 Jahre nach Luthers Frage »Wie finde ich einen Gnädigen Gott?«, welche am Ausgangspunkt von dem stand, was von den Historikern Reformation genannt wird, nicht einerlei ist, dass der gemeinsame Glaube, dem in dem Land, in dem wir leben und in der Gesellschaft, an der wir teilhaben, etwas ist, das trennt.

Für Gläubige ist das ein Skandal, den anderen mag es egal sein.

Die Geschichte – auch die Geschichte der Kirche wie des Christentums, der Reformation und der Gegenreformation – ist auch eine Passionsgeschichte. Auch eine Kriegsgeschichte. Es gab unzählige Tote seither; und alle beriefen sich auf eine Quelle. Was aber nicht gegen die Quelle spricht, sondern, wenn überhaupt, gegen die Instrumentalisierung dieser Quelle.

Wir wollen gerade nicht aufrechnen, sondern sollten uns endlich besinnen auf den Kern.

Oder ist uns der etwa abhandengekommen, der gemeinsame Glaube, dass Jesus der Christus ist?

Die über die Jahrhunderte verteilte Realität war geprägt von gegenseitiger Ausgrenzung, Abgrenzung, von Aufenthaltsverboten, Vertreibungen, von Heiratsverboten. Am Ende einer schrecklichen Zeit der Unruhen und Kriege kam der Westfälische Friede, der dem abscheulichen Dreißigjährigen Krieg ein Ende machte, der ein Menschenkrieg war, im Namen des Glaubens. Die Abgrenzung der Territorien durch »Cuius regio eius religio« funktionierte leidlich. Es war bestenfalls ein Nebeneinanderher, das mehr oder weniger glückte, wie die Simultankirchen in einigen Reichsstädten (Biberach), mehr aber auch nicht. Aber das ist nicht das, was dem Kern der Botschaft entspricht. Keine Schuldzuweisungen! Und schon gar nicht im Namen des Glaubens.

FOTO: WEIGAND / PHOTOCASE.COM

Bei allem Trennenden, ein gemeinsames Ziel besteht

Die Unterzeichner sind der Toleranz, dem Geschenk der Aufklärung, die wiederum auf christliche Wurzeln zurückgeht, verpflichtet, und nicht dem Geist der Aufrechnung, Abrechnung und Distanzierung, und dem Beharren auf den alten Grenzen.

Ich unterzeichnete »Ökumene jetzt«, weil ich der Ansicht bin, mit dem Nebeneinanderher sollte es ein Ende haben. Menschen guten Willens sind gefragt, heute, in Zeiten fortschreitender Säkularisierung und Asymmetrie und Glaubensschwundes.

Es ist nicht an eine Fusion auf Vereins- und Vertragsebene gedacht, das Dokument hat keine Vollmacht. Über Gott und den Glauben, der kann nicht juristisch verfügt werden, auch nicht kirchenjuristisch. Auch nicht durch eine evangelische oder katholische Laiensynode. Und auch nicht über einen Aufruf.

Ein gemeinsamer Glaube und doch gibt es etwas, das trennt

Aber eine Initiative, dies sollte schon möglich sein. Diese Initiative im Land der Reformation »Ökumene jetzt« soll etwas Gemeinsames zum Vorschein bringen. Das darf und sollte nicht als ein weiterer tückischer Versuch einer feindlichen Übernahme verstanden werden, sondern als Ausdruck einer großen Glaubensgemeinsamkeit, die darin ihren Grund und ihren Gipfel, ihren Ursprung und ihr Ziel in einem Wir und einem Ja hat: Dass wir als Kirche den einen Jesus haben, welcher für die katholischen wie evangelischen und alle Christ-Gläubigen der Christus ist. Die Zukunft liegt im gemeinsamen Glauben an Jesus den Christus, und nicht im auf Abgrenzung bedachten, quasi juristischen Rechthabenwollen.

Auch bin ich kein Scheidungsanwalt, der eine der Parteien vertritt, oder ein sogenannter Mediator. Nur soviel: Erinnern an gemeinsamen Glauben, gemeinsame Hoffnung und gemeinsame Liebe. Wie es geboten ist, von der Quelle her, auf die sich beide Seiten berufen können, dürfen, ja müssen: die Frohe Botschaft. Hier geht es um die gemeinsame Initiative von sogenannten einfachen Gläubigen, denen ihr Glaube nicht egal ist, ihr Credo, das für alle christlichen Kirchen seit Nikaia (heute Iznik in der Türkei) 325 ein gemeinsames ist. Das sind tausend Jahre und mehr Gemeinsamkeit. Es ist ein gemeinsamer Glaube, nicht an den Papst und auch nicht an Luther, sondern an Jesus Christus, die Mitte, für alle, die sich Christen nennen.

Sowenig wie die anderen Unterzeichner verstehe ich die Unterschrift als Affront gegen die Amtskirche oder gegen sonst eine Institution oder gelehrte Privatperson, sondern als Zeichen. Die durchaus auch als Bereicherung zu verstehenden schönen historisch gewachsenen Unterschiede und Eigenarten sollen um Gottes Willen! nicht in einer Vereinigungs- und Globalisierungskelter verschwinden. Die schönen Gesichter von katholisch und evangelisch sollen erhalten bleiben. Alles andere wäre ein Verlust. Für das Transzendenzverlangen des Menschen, der sich heute meist als Verbraucher definiert sieht, ist heute ja ohnehin wenig Raum geblieben.

Es ist aber eine Tatsache, dass es dieses Verlangen nach wie vor gibt, unabhängig davon, wie es sich auch äußern mag, und auch davon, ob dieses Verlangen einen Sinn hat. Und bedenkend die Tatsache, dass 50 gedachte Taler noch keine wirklichen Taler sind, wie Kant sagt. Das ist aber kein Einwand gegen irgendeinen Glauben, sondern nur eine Engführung und eine Schärfung des menschlichen Bewusstseins, das sich der Frage stellt, was Glauben ist. Auch ich verdanke der Reformation unendlich viel, nicht zuletzt an Sprache und Musik. Auch die katholische Kirche verdankt der Reformation viel: nicht zuletzt eine von ihr erzwungene oder ermöglichte Auseinandersetzung mit dem, was Kirche ist. Umgekehrt dürfte es auch so sein: Auch die Evangelischen Christen verdanken doch den Katholiken einiges, ja ich würde sagen: Unendlich vieles, nicht erst angefangen mit Luther, der Mönch eines katholischen Ordens war, den es immer noch gibt.

Einander sein lassen: Sein lassen. Heißt: Lieben und zum Ausdruck bringen, dass das, was die Kirchen trennt, weniger ist. Und das, was sie verbindet, mehr ist: die Gemeinsamkeit im Glauben, dass Jesus der Christus ist. Und auch jeden Tag, das Leben über. Das ist aber etwas Positives, und meint nicht ein gleichgültiges Nebeneinanderher oder eine als Toleranz missverstandene abgrenzende Gleichgültigkeit.

Aber die Initiative »Ökumene jetzt« soll meines Erachtens auch daran erinnern, dass der gemeinsame christliche Glaube etwas Schönes ist. Und vielleicht auch, dass es im Glauben, wie auch sonst im Leben, nicht nur einen, sondern mehrere Erben gibt. Und dass sich die auf alle Fälle vertragen, vielleicht sogar verstehen, ja anerkennen, und nicht nur nebeneinander her, sondern zu Zeiten auch gemeinsam; und auch je für sich: Das wäre das Schönste.

Arnold Stadler ist ein deutscher Schriftsteller

Geprägt durch die geteilte Stadt

Deutschlandradio-Gründungsintendant Ernst Elitz im Porträt

ANDREAS KOLB

In Mainz war Ernst Elitz Redakteur und Moderator beim ZDF, in Stuttgart Chefredakteur Fernsehen, in Köln Gründungsintendant des Nationalen Hörfunks mit den Programmen Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur. Auch wenn sich Elitz heute gern an diese Stationen einer außergewöhnlichen Karriere erinnert, der 1941 in Berlin geborene Journalist ist bis heute Berliner geblieben. Denn die ehemals geteilte Stadt ist nicht nur sein Wohnsitz nach der Pensionierung geworden, sie hat ihn bereits in Kindheit und Jugend stark in seinem Werdegang und seinem journalistischen Denken geprägt.

Bis 1961 war Berlin noch eine Stadt ohne Mauer, S- und U-Bahnen fuhren durch, und für einen Abiturienten, der sich für Kultur interessierte, war das eine Situation von ganz besonderem Reiz: »Im Westen herrschte ein anderes kulturelles Weltbild als in Ost-Berlin, und im Brecht-Theater ein anderes als im Schillertheater. Dadurch hat man eine Sensibilität für die Kunst und ihre Einbettung in die Gesellschaft bekommen, sowohl für die der Gegenwart als auch für vergangene Epochen. Politik und Kultur gehörten da eben doch zusammen.« 1960 schrieb sich Elitz für das Studium der Alten und Neuen Germanistik, Theaterwissenschaft, Politik und Philosophie an der Freien Universität Berlin ein und als er acht Jahre später mit einem Magister Artium abschloss, war er schon ein halbes Jahrzehnt journalistisch höchst aktiv. Schon während der Unizeit arbeitete Elitz für das Feuilleton der Berliner Abendzeitung »Kurier«, wurde Chefredakteur bei der Studentenzeitung »FU Spiegel« an der Freien Universität Berlin und war als Reporter und Redakteur beim Rundfunksender Rias festangestellt. 1969 ging er als Redakteur in die Deutschlandredaktion des SPIEGEL nach Hamburg, Schwerpunkt Bildungs- und Wissenschaftspolitik.

»Ihr Kind wird in einem wiedervereinigten Deutschland zur Welt kommen«

Das Gespräch für dieses Porträt fand am 2. Oktober statt, also einen Tag vor dem Feiertag, an dem Deutschland der Wiedervereinigung und Wende gedenkt. »Einen Tag der Deutschen Einheit konnten wir uns natürlich nicht vorstellen«, erinnert sich der ehemalige Moderator der ZDF-Sendung »Kennzeichen D«. »Aber wenn man sich thematisch so intensiv mit der DDR beschäftigt hat, wie wir das bei >Kennzeichen D< getan haben, wussten wir natürlich, dass der Wunsch und der Wille zur Einheit bei den Ostdeutschen sehr viel stärker ausgeprägt gewesen war, als im Westen. Als ich zur Zeit der Prager-Botschafts-Besetzungen in Stuttgart Chefredakteur beim >Süddeutschen Rundfunk< war, sagte ich zu den der deutschen Einheit sehr skeptisch gegenüber stehenden jungen Kollegen in Baden-Württemberg – eine Kollegin war gerade schwanger: >Ihr Kind wird in einem wiedervereinigten Deutschland zur Welt kommen<. Da haben sie mich natürlich alle für verrückt gehalten. Aber ein paar Monate später war ihnen klar, der Chef hatte Recht gehabt.«

Ein Blick auf die Vita von Ernst Elitz genügt, um zu sehen, dass er mehrmals in seinem Leben gesellschaftliche und kulturelle Umbrüche aktiv handelnd mitgestaltet hat. Er begleitete als Journalist die Revolte der 68er und den Umbau des Hochschulsystems, berichtete nach dem Fall der Mauer aus der gewendeten DDR, um dann als Gründungsintendant des Deutschlandradios einen Sender für das vereinte Deutschland aufzubauen. Heute als Lehrender am Institut für Kultur- und Medienmanagement der Freien Universität Berlin steckt er mitten im größten Wandel des 21. Jahrhunderts: dem Übergang der analogen Welt in die digitale. Die Rasanz der medialen Entwicklungen erinnert an die Epoche Gutenbergs, als der Buchdruck Politik und Kultur radikal veränderte.

Dazu, wie die Medien in 20 Jahren aussehen könnten, hat Elitz eine Vision, die nichts von Schwärmerei und Technikgläubigkeit an sich hat, sondern auf der genauen Kenntnis der Möglichkeiten beruht. »Es wird auch in Zukunft Printprodukte und ein lineares Hörfunk- und TV-Programm geben. Aber: Wir können die Menschen nicht zwingen, auf ewig Zeitung zu lesen, abends um 20 Uhr die >Tagesschau< einzuschalten oder sich eine Sendung im >Deutschlandradio< zu der Zeit anzuhören, zu der sie gerade im Programmschema des Senders läuft. Zeitungen und auch der Rundfunk haben die Möglichkeit, durch Online-Auftritte aktuell auf die Ereignisse zu reagieren. Das ist für den Journalisten auch ein ganz großer Reiz. Er kann die Aktualität begleiten, er muss nicht warten bis zum nächsten oder übernächsten Tag. Es ist im Netzzeitalter eine gesellschaftspolitische Aufgabe des Journalisten, die Vielfalt an Informationen, die auch von Laien ausgesendet werden, an seinem Desk zu ordnen und auf ihre Plausibilität zu prüfen. Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird es nach wie vor geben. Er wird kulturelle und Informationsinhalte auch künftig produzieren. Aber er hat die große Chance, dass diese Produktionen nicht nur über das Fernsehen und das Radio zum Zuhörer kommen, sondern dass sie jederzeit im Netz, in Audio- oder Mediatheken präsent sind.«

Ohne Information können keine Entscheidungen getroffen werden, und so nimmt es nicht wunder, dass Elitz auch heute noch – drei Jahre nach dem Ende seines hauptberuflichen Amtes als Intendant – ein »Informations-Junkie« ist: »Ich habe einen intensiven Medienkonsum: Zeitungen, die morgens vor der Tür liegen, die >FAZ<, oder auch Regional- und Boulevardzeitungen. Ich tummle mich dann eine Stunde im Internet, wo ich Informationsportale nutze, >SPIEGEL Online< etwa.«

Den Nachmittag hält sich Elitz frei, um zu schreiben: seien es BILD-Kommentare, Texte für den »Tagesspiegel« oder die »Berliner Zeitung«, Vorträge oder Seminarvorbereitungen. Die Mittags- oder Abendzeit ist Hintergrundgesprächen, Theater- oder Konzertbesuchen vorbehalten. Am Wochenende tritt dieser Rhythmus außer Kraft: »Samstag und Sonntag jogge ich jeweils eineinhalb Stunden durch den Grunewald.«

FOTO: JONAS MARON

Kennzeichen Medien: Ernst Elitz, ein Journalist als gesellschaftlicher Gestalter

Ende September erhielt Ernst Elitz den Kulturgroschen 2012 des Deutschen Kulturrates. Er habe nach der Wiedervereinigung unterschiedliche Sender aus Ost und West zu Deutschlandradio zusammengeführt, begründete der Deutsche Kulturrat die Vergabe. Dem »Fachmann in Sachen Vereinigung« war es damals auch gelungen, Ost- und West-Berliner Klangkörper – genauer Deutsches Symphonie-Orchester Berlin, Rundfunk-Sinfonieorchester Berlin, Rundfunkchor Berlin und RIAS Kammerchor in einer Rundfunk Orchester und Chöre GmbH Berlin – in die Zukunft zu führen. Aber als »Vereinigungsexperte« bleibt er, was die aktuelle Fusion der SWR Klangkörper – Radio-Sinfonieorchester Stuttgart und SWR Sinfonieorchester Baden-Baden und Freiburg – angeht, ein kultureller Bedenkenträger: »Ich bin da ausgesprochen skeptisch, dass eine Fusion gelingt. Erstens finden sie keinen Dirigenten von Rang und Namen, der sich dieser Mühe unterzieht. Das heißt, er müsste mühevolle organisatorische und strukturelle Arbeit von seiner Zeit abknapsen, die er der Kunst widmen möchte. Zweitens dauert es Jahre, ehe ein Orchester aus unterschiedlichen Musikern wieder zusammenfindet. Das Hauptproblem aber wird sein, einen Dirigenten von Weltrang zu finden, der dieses neue Orchester mit seinem Namen verbindet, weil es viele Jahre braucht, um einen neuen künstlerisch überzeugenden Ton zu finden, mit dem das Ensemble sich auf dem musikalischen Weltmarkt dem Wettbewerb stellen kann. Jeder Dirigent will ein perfektes Orchester, mit dem er heute nach Tokio und morgen nach Montreal fliegen und Begeisterungsstürme kassieren kann. Und nicht erst in zehn Jahren.«

Andreas Kolb ist Redakteur von Politik & Kultur

Ein loyaler Mitstreiter

Ein Nachruf auf Bernd Wagner

Bernd Wagner ist tot. Er ist am 19.09.2012 im Alter von 64 Jahren an seiner schweren Erkrankung verstorben. Bis zuletzt hat er mit unvorstellbarer Energie und Disziplin daran gearbeitet, was als seine Lebensaufgabe gesehen werden kann: Kulturpolitik im Hinblick auf ihre historische Genese, ihre theoretischen und konzeptionellen Grundlagen und ihre praktische Umsetzung zu untersuchen und hierfür wichtige Impulse und Erkenntnisse zu geben. Er war lange Jahre Leiter des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft und hatte dadurch den geeigneten Kontext für seine vielfältigen Interessen. Keiner, der mit Kulturpolitik befasst ist, konnte in den letzten Jahrzehnten an den Überlegungen und Analysen von Bernd Wagner vorübergehen. Für mich war er einer der wichtigsten Gesprächspartner in diesem Feld, da er neben der Praxis auch stets deren theoretische Grundlagen im Blick hatte. Sich selbst – und uns alle – hat er schließlich mit seiner fulminanten historischen Studie zur Entwicklung der Kulturpolitik belohnt, die über die nächsten Jahre und vielleicht sogar Jahrzehnte das Standardwerk zu diesem Thema sein wird.

FOTO: KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Mit Bernd Wagner verlieren wir einen loyalen und fairen Mitstreiter, einen exzellenten Wissenschaftler und einen guten Kollegen und Freund.

Max Fuchs, Präsident des Deutschen Kulturrates

Kulturmensch Jürgen Schitthelm

Seit 50 Jahren existiert die Schaubühne in Berlin. Die ersten knapp 20 Jahre war sie am Halleschen Ufer in Kreuzberg beheimatet, wo sie 1962 als privates Theater gegründet wurde. Auf dem Spielplan der Schaubühne standen und stehen Stücke mit politischem und sozialem Impetus. Die Schaubühne war und ist eines der bekanntesten und erfolgreichsten Theater in Deutschland. Premieren der Schaubühne waren unter anderem »Der Rebell, der keiner war« von Sean O´Casey (1962), »Mann ist Mann« von Bertolt Brecht (1964), »Sommergäste« nach Maxim Gorki (1974) oder zuletzt »Ein Volksfeind« von Henrik Ibsen (2012). Im Jahr 1981 übersiedelte das Ensemble der Schaubühne dann in das renovierte Theatergebäude am Lehniner Platz.

Jürgen Schitthelm war eines der Gründungsmitglieder des privaten Berliner Theaters. Er hauchte ihm zusammen mit Leni Langenscheidt, der Kostümbildnerin Waltraut Mau und dem Bühnenbildner Klaus Weiffenbach Leben ein. Der heute 72-Jährige leitete in Folge die Geschicke der Schaubühne ein halbes Jahrhundert lang, zuletzt im Zusammenspiel mit Regisseur Thomas Ostermeier als künstlerischem Leiter und Friedrich Barner als zweitem Gesellschafter.

Seinem Lebenswerk, seiner Liebe zur Theaterkultur gewürzt mit politischen und sozialen Inhalten, kann durch die Lektüre der Neuerscheinung »50 Jahre Schaubühne« nachgespürt werden. Die Dokumentation beinhaltet 403 Premieren und weitere Aktivitäten, 585 Fotos aus 115 Aufführungen sowie Zitaten aus der Theaterkritik. Die Feuilletons und Kritiker sind sich einig: An der Schaubühne wurde Theatergeschichte geschrieben, die weit über die Grenzen Deutschland hinausreicht. Das Interesse an politischen Themen ist ungebrochen. So stehen die Aufführungen 2012/2013 im deutsch-französischen Kontext unter dem Dach des Élysée-Jubiläums. Im Herbst 2012 schied Jürgen Schitthelm aus der aktiven Theaterarbeit aus. Nach Angaben des Theaters wird ihm Schitthelm weiterhin als Berater zur Verfügung stehen.

FOTO: HEIKO SCHÄFER

Politik & Kultur

FOTO: DOM- UND DIÖZESANARCHIV MAINZ/ NL WALTER SEIDEL

Während der Sitzung

Glaubensfrage:

Welche Strahlkraft hatte das Zweite Vatikanische Konzil auf die Kultur?

THEMA

Das Konzil und die Kultur

Vor 50 Jahren leitete die katholische Kirche einen Richtungswechsel ein

PETER REIFENBERG UND OLAF ZIMMERMANN

Am 5. Juli 1959 kündigte der als Übergangspapst gewählte Johannes XXIII. für alle überraschend ein pastoral geprägtes ökumenisches Konzil an: »Gewiss ein wenig zitternd vor Bewegung, aber zugleich mit demütiger Entschlossenheit und festem Vorsatz sprechen Wir vor Euch den Namen und das Vorhaben einer doppelten feierlichen Veranstaltung aus: Einer Diözesansynode der Stadt Rom und eines ökumenischen Konzils für die Gesamtkirche«. Am 11. Oktober 1962 war es schließlich so weit, Papst Johannes XXIII. eröffnete vor etwa 2.500 Geistlichen das Zweite Vatikanische Konzil und sagte etwas spitzbübisch: »Zuerst haben wir fast unerwartet dieses Konzil im Geiste erwogen, dann haben wir es in schlichten Worten im heiligen Kollegium der Kardinäle, jenem denkwürdigen 25. Januar 1959, am Fest der Bekehrung des heiligen Apostels Paulus, in eben jener St. Paulus-Basilika ausgesprochen. Zugleich wurden die Anwesenden durch eine plötzliche Bewegung des Geistes, wie vom Strahl eines überirdischen Lichtes, berührt, und alle waren freudig betroffen, wie ihre Augen und Minen zeigten. Zugleich entbrannte in der ganzen Welt ein leidenschaftliches Interesse und alle Menschen begannen eifrig auf die Feier des Konzils zu warten«.

Wer sich alte Fernsehbilder jener Zeit anschaut, wird feststellen, dass die Kardinäle nicht ganz so freudig gestimmt waren. Viele reagierten verhalten, wenn nicht skeptisch auf die Versammlung. Andere, gerade junge Theologen, sahen im Konzil eine große Chance zur Relektüre der Texte und Traditionen. Denn es ging beim Zweiten Vatikanischen Konzil um nicht weniger als eine Erneuerung der katholischen Kirche an Haupt und Gliedern.

Gefragt war also kein ängstliches in den Abgrund Schauen vor den anstehenden Veränderungen, sondern vielmehr ein »Aggiornamento«, ein Heutigwerden, der Kirche in der Welt. Die Türen und Fenster einer selbst überlebten Kirche und Theologie sollten geöffnet werden um die stickig gewordenen Räume zu durchlüften und frische Luft einkehren zu lassen. Dieser umstürzende theologische Aufbruch beendete eine lange Zeit der innertheologischen Erstarrung durch einen verheerenden Antimodernismus. Von Anfang an warf Johannes XXIII. seinen Blick auf die ganze Menschheit, als Botschaft an die Welt.

Es ist ein Aufbruch aus einer monokulturellen Kirche hin zu einer Multikulturalität

Neben den 16 wichtigen Beschlüssen des Konzils und den umfänglichen Dokumenten war vor allem der Prozess der Konzilsberatungen von herausragender Bedeutung. Theologen aus aller Welt rangen um die Aussagen und hatten dabei deren Veränderungspotenzial, als Gefahr oder als Versprechen, vor Augen.

50 Jahre nach dem Konzil steht die katholische Kirche vor schweren Bewährungsproben, Theologen meinen, vor einem folgenreichen Übergang. Das betrifft zum einen die Frage, wie sich die Kirche den heutigen Anforderungen stellt und zum anderen das Thema, wie das Zweite Vatikanische Konzil bewertet wird. Die Akteure und Zeitzeugen des Konzils und damit die mündliche Tradition, das kommunikative Gedächtnis, weicht immer mehr einem kulturellen Gedächtnis, das auf den Text der verabschiedeten Dokumente, Tagebuchaufzeichnungen und Korrespondenzen und nun auf die tradierte Prozesshaftigkeit selbst angewiesen ist.

Es stellt sich also heute besonders die Frage, wie die Konzilsdokumente zu lesen und zu interpretieren sind. Dabei ist auf der einen Seite ein Neorevisionismus unverkennbar, auf der anderen Seite wird appelliert, sich konkret den Aspekten des Abschieds und des Aufbruchs der Kirche im Zweiten Vatikanischen Konzil zu nähern. Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil wird von 1700 Jahren Staatskirchentum Abschied genommen und in die Menschenwürde aufgebrochen, wie der Konzilsforscher Peter Hünermann formuliert. Abschied genommen werden soll zweitens vor einer 1.000-jährigen Spaltung in Ost- und Westkirche und eine Annäherung gefunden werden. Dieser Aufbruch hat aus einer monokulturellen Kirche hinein in eine Multikulturalität zu geschehen. Abschied genommen werden soll drittens von einer Spaltung der Kirchen im Westen hinein in eine ökumenische Bewegung, in dem das Volk Gottes das allgemeine Priestertum vollzieht. Abschied genommen soll viertens vom Zögern der Kirche, die Moderne anzunehmen. Diesem Aufbruch ist hinzuzufügen, dass zu einem Denken und Handeln aufgebrochen werden muss, das die Kirche und die einzelnen Mitglieder in die Lage versetzt, einen dynamischen Grundvollzug von Kirche zu leben. Dieser dynamische Grundvollzug sieht die Tradition, also die Geschichte von Kirche in einer Dynamik von Bewegtheit und ständiger Bewegung.

Mehr als eine rein religiöse Frage: Es geht um Wechselwirkungen von Religion und Kultur

Die Beschäftigung mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist also keineswegs eine rein religiöse Frage. Es ist eine Reflektion über die Moderne oder muss es nicht vielmehr schon eine Auseinandersetzung mit der sogenannten Postmoderne sein? Es ist eine Beschäftigung mit der Wechselwirkung von Religion und Gesellschaft und damit auch von Religion und Kultur und vice versa. Und es ist die Frage an uns Heutige, ob wir nicht inzwischen teilweise auch erstarrt sind und vor allem Zurückschauen, Bewahren wollen und zu wenig die Anforderungen der Zeit erkennen.

Gibt es im Kulturbereich nicht mitunter ein fast fundamentalistisches Festhalten am Bestehenden, als würde Kultur nicht wie Religion auch stetig im Bezug zur gegenwärtigen Gesellschaft stehen? Werden sowohl in Kultur als auch in Kirche nicht teilweise noch Vorurteile als vorkonziliarer Zeit gepflegt und damit die Aufklärung und Moderne geleugnet? Die Kirchen sind heute keine unbekannte kulturpolitische Macht mehr, wie es noch im Jahr 2006 im Schwerpunkt von Politik & Kultur formuliert werden konnte. Die Kirchen sind als Auftraggeber für Künstler, als Vermittler von Kultur und Bewahrer von Kulturgütern wichtige kulturpolitische Akteure. Sich dessen zu vergewissern und die aktuellen Anforderungen zu reflektieren, sollte ein gemeinsames Anliegen von Kultur und Kirche sein.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat nicht nur die katholische Kirche verändert, sondern seine Spuren in der gesamten Gesellschaft hinterlassen. Es wurde Zeit, sich mit der kulturprägenden Kraft des Zweiten Vatikanischen Konzils auseinandersetzen. Gemeinsam mit herausragenden Persönlichkeiten aus den Bereichen Theologie und Kultur haben wir zwei Tage lang in Mainz (12. bis 13. Oktober) Fragen zu den Wirkungen und Folgen des Zweiten Vatikanischen Konzils besonders auf die Kultur in Deutschland besprochen. Bislang blieben kulturelle Aspekte des Zweiten Vatikanums weitgehend unberücksichtigt. Wir hoffen, dass wir mit dieser Veranstaltung und diesem Schwerpunkt im Politik & Kultur einige neue Impulse zur Diskussion über das Verhältnis von Kultur und Religion beisteuern können.

Peter Reifenberg ist Direktor des Erbacher Hofs der Katholischen Akademie des Bistums Mainz. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

THEMA

Die kulturprägende Kraft des Zweiten Vatikanischen Konzils

Das »Salz der Erde« in der Kultszene

THOMAS STERNBERG

Im Rahmen der Tagung der Katholischen Akademie Erbacher Hof und des Deutschen Kulturrates zum Zweiten Vatikanischen Konzil wurden Filmaufnahmen der Konzilseröffnung gezeigt. Da war Papst Johannes XXIII. auf einem gewaltigen Thronsessel zu sehen, getragen von Livrierten, ein Baldachin über ihm, Pfauenfederfächer an den Seiten, verschiedene Garden vor, neben und hinter einer gewaltigen »Sedia Gestatoria«, ein gewaltiger Brokat-Chormantel und nicht zuletzt die Tiara – all die Ausdrucksmittel der Herrscherrepräsentation.

Man vergleiche dies einmal mit der Beerdigung seines Nachfolgers Pauls VI. Ein schlichter Holzsarg steht auf dem Boden, eine Bibel und Kreuz darauf. Es gibt keine Tiara mehr, keine Garden außer der Schweizergarde, keine Pfauenfedern, keine schweren Brokate, keine Wuchtigkeiten des 19. Jahrhunderts; kein höfischer Herrscherkult.

Diese Beerdigung wurde wenig später für Johannes Paul I. wiederholt und bei der Beerdigung Johannes Pauls II. 2005 war es schon eingeführte Sitte. Der eindrucksvoll schlichte Sarg ist heute bei den Bestattungsunternehmen als »Papstsarg« zu bekommen.

Erheblich hat sich das »Corporate Design« des Vatikans und damit der römisch-katholischen Kirche verändert! War das eine Auswirkung des Konzils zwischen 1962 und 1965?

Das Konzil und die Kunst

Die Äußerungen des Konzils zur Kunst beziehen sich im Wesentlichen auf Kunst im kirchlichen Kontext. So heißt es in der am 4. 12. 1963 verabschiedeten Liturgiekonstitution (»Sacrosanctum Concilium« [SC]): »Zu den vornehmsten Betätigungen der schöpferischen Veranlagung des Menschen zählen mit gutem Recht die schönen Künste«, um dann einschränkend fortzufahren: »insbesondere die religiöse Kunst und ihre höchste Form, die sakrale Kunst« (SC 122). Auch die Musik wird vor allem unter dem Gesichtspunkt der geistlichen Musik betrachtet: »Die überlieferte Musik der Gesamtkirche stellt einen Reichtum von unschätzbarem Wert dar, ausgezeichnet unter allen anderen künstlerischen Ausdrucksformen vor allem deshalb, weil sie als der mit dem Wort verbundene gottesdienstliche Gesang einen notwendigen und integrierenden Bestandteil der feierlichen Liturgie ausmacht« (SC 112). Die Kirche, so heißt es etwas beschönigend, habe »niemals einen Stil als ihren eigenen betrachtet, sondern hat je nach Eigenart und Lebensbedingungen der Völker und nach den Erfordernissen der verschiedenen Riten die Sonderart eines jeden Zeitalters zugelassen und so im Laufe der Jahrhunderte einen Schatz zusammengetragen, der mit aller Sorge zu hüten ist. Auch die Kunst unserer Zeit und aller Völker und Länder soll in der Kirche Freiheit der Ausübung haben.« (SC 123). Um den neuen Ansatz zu verstehen, führe man sich einmal vor Augen, dass vier Jahrzehnte zuvor noch die »Suprema Sacra Congregatio Sancti Officii« in Rom Bilder der Malerschule des belgischen Expressionisten Albert Servaes (1883–1966) verboten hat.

Die Einschränkung auf religiöse Kunst ergibt sich aus dem Thema des Dokuments, der kirchlichen Liturgie. Die Äußerungen über die Errichtung von Kunstakademien, Fachkommissionen und der Ausbildung der Kleriker in künstlerischen Fragen zeigen den Ernst in der Befassung mit den Künsten, die lang schon diskutierte und praktizierte Gottesdienstformen zu kirchlichem Recht werden ließen. Im Blick auf den Boom im Kirchenbau in den fünfziger und sechziger Jahren in Deutschland äußerte ein Kölner Architekt einmal: »Das Konzil ist für uns zu spät gekommen.«

Das am gleichen Tag unterzeichnete Dekret über die sozialen Kommunikationsmittel äußert sich über Schauspieler, Kritiker, Filmproduzenten und andere mehr – nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Übereinstimmungen mit den Forderungen des Sittengesetzes, sondern auch im Blick auf Professionalität und Qualität. Von besonderer Bedeutung sind die Aussagen der Pastoralkonstitution (»Gaudium et Spes« [GS]) aus der Schlussphase des Konzils vom 7. Dezember 1965. Das zweite Kapitel des zweiten Teils (GS 53–62), überschrieben mit »Die Situation der Kultur in der Welt von heute«, verdient eine gründliche Relecture. Die ist in den wenigen Anmerkungen hier nicht möglich. Der Begriff der Kultur umfasst in diesem Dokument allerdings, wie auch in vielen anderen Sprachen, mehr als die Künste, sondern bezieht Wissenschaft und Bildung mit ein.

Ein Auszug aus den sehr lesenswerten Abschnitten: »Immer größer wird die Zahl der Männer und Frauen jeder gesellschaftlichen Gruppe und Nation, die sich dessen bewusst sind, selbst Gestalter und Schöpfer der Kultur ihrer Gemeinschaft zu sein. Immer mehr wächst in der ganzen Welt der Sinn für Autonomie und zugleich für Verantwortlichkeit, was ohne Zweifel für die geistige und sittliche Reifung der Menschheit von größter Bedeutung ist. Dies tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn wir uns die Einswerdung der Welt und die uns auferlegte Aufgabe vor Augen stellen, eine bessere Welt in Wahrheit und Gerechtigkeit aufzubauen.« (GS 55) Für die Verhältnisbestimmung von Künstlern und Kirche sind die Sätze in Ziffer 62 wichtig: »Durch angestrengtes Bemühen soll erreicht werden, dass die Künstler das Bewusstsein haben können, in ihrem Schaffen von der Kirche anerkannt zu sein, und dass sie im Besitz der ihnen zustehenden Freiheit leichter zum Kontakt mit der christlichen Gemeinde kommen. Auch die neuen Formen der Kunst, die gemäß der Eigenart der verschiedenen Völker und Länder den Menschen unserer Zeit entsprechen, sollen von der Kirche anerkannt werden.«

FOTO: DOM- UND DIÖZESANARCHIV MAINZ / NL WALTER SEIDEL

Konzilsväter auf dem Petersplatz

Paul VI., der verkannte Reformer

Es sind die einzelnen Persönlichkeiten, die solche Aussagen des Konzils erst möglich machten und die aus Texten Praxis werden ließen. Ein wesentlicher Motor dieser Themen war der Papst des Konzils Paul VI., der völlig zu Unrecht heute vor allem auf eine Aussage in seiner Enzyklika »Humane Vitae« reduziert wird. Während der Abschlusssitzung des Konzils 1965 verlas der Papst eine »Botschaft an die Künstler«. Es heißt dort: »Und nun zu euch Künstlern, euch allen, die ihr begeistert von der Schönheit seid und in ihrem Dienst arbeitet, ihr Dichter, Schriftsteller, Maler, Bildhauer, Architekten, Musiker, Theater- und Filmleute, euch verkündet durch uns die Kirche des Konzils: Wenn ihr Freunde der wahren Kunst seid, dann seid ihr auch unsere Freunde! [...] Heute wie gestern braucht euch die Kirche und wendet sie sich an euch. [...] Die Welt, in der wir leben, braucht die Schönheit, damit sie nicht in die Hoffnungslosigkeit verfällt.« Die »Botschaft« wurde während des Festaktes einem Freund Pauls VI., dem italienischen Architekten Pier Luigi Nervi, überreicht. Er wurde der Architekt des größten und spektakulärsten modernen Bauwerks im Vatikan, der Audienzhalle, gebaut von 1964 bis 1971.

Eine neue Biografie von Jörg Ernesti (Paul VI. – Der vergessene Papst, 2012) zeigt in einem Kapitel die künstlerische Passion von Gianbattista Montini – so der bürgerliche Name – seit seiner Jugend auf. Aufgewachsen in einem kulturfreundlichen Umfeld, interessierte er sich bereits früh für Kunst, vor allem bildende Kunst, Design und Architektur. Er erhoffte sich eine Erneuerung der christlichen Tradition nicht zuletzt aus einem Dialog mit der Kultur der Moderne. 1931, als 34-Jähriger, gehörte er zu den Gründern der Zeitschrift »Ars Sacra« und publizierte dort. Die Nähe zur Kunst demonstrierte er auch als Papst gern öffentlich, etwa in Feiern anlässlich von Geburts- und Todestagen großer Künstler wie Dante, Beethoven oder Tizian.

Sein Kunstverständnis wich von heutigen Kunstbegriffen vor allem in seiner Fixierung auf die Schönheit als leitendes Prinzip ab. Die Frage nach Hässlichkeit und des Bösen in der künstlerischen Darstellung lag wohl außerhalb seines Horizontes. Diese Themen wurden erst in der spektakulären Ansprache des späteren Papstes Johannes Paul II. in München 1980 zum Thema gemacht.

In der Gestaltung seiner Umgebung zeigte er eine hohe ästhetische Sensibilität: in der schlicht-edlen Ausstattung seines Arbeitszimmers, der Gewänder, dem Vortragekreuz – bis zu den Bucheinbänden und dem schlanken, stilisierten Wappen nahm er Gestaltungsfragen offensichtlich sehr genau. Der Papst scheint die Formulierungen der Messbucheinführung des Konzils auch für seine eigene Umgebung ernst genommen zu haben: »Die Ausstattung der Kirchen soll edel und einfach sein und nicht der Prachtentfaltung dienen. In der Auswahl des Materials für den Schmuck sei man auf Echtheit bedacht.« (AE 279). Dass dies auch mit einem starken sozialen Impuls unterlegt war, zeigt sein endgültiger Verkauf der Tiara, der Papstkrone, an ein amerikanisches Museum, dessen Erlös er demonstrativ einer Arbeiterpfarrei in einem Vorort Mailands zukommen ließ. Paul VI. wurde stilbildend – zumindest für seine beiden Nachfolger, während man heute mit Verwunderung eine Musealisierung der päpstlichen Ausstattung bei gleichzeitiger hoher musikalischer Sensibilität des gegenwärtigen Papstes erlebt.

Besonders wichtig für die kirchenoffizielle Akzeptanz neuer Kunst war die Einrichtung einer Abteilung für Zeitgenössische Kunst in den Vatikanischen Museen, in den Appartamento Borgia, im Jahre 1973. Hier wurde erstmals auch abstrakte Kunst gesammelt und damit kirchlich nobilitiert. Seine erstaunlichste und radikalste Äußerung zur Kultur stammt aus dem Jahre 1965. In seinem Schreiben »Evangelii nuntiandi« über die Evangelisierung heißt es in Ziffer 20: »Der Bruch zwischen Evangelium und Kultur ist ohne Zweifel das Drama unserer Zeitepoche, wie es auch das anderer Epochen gewesen ist.« Diese Aussage ist in ihrer Tragweite in der

Fortsetzung auf Seite 15 ►

Jetzt bestellen
www.kulturrat.de/shop.php

Druckfrisch!

Aus Politik & Kultur Nr.8

Vielfalt ist Trumpf – gerade gegen Einfalt. Vielfalt steckt überall, selbstverständlich oder gerade auch im Kulturbereich. Im Fokus dieses Bandes stehen die Begriffspaare kulturelle Vielfalt und interkulturelle Bildung.

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
368 Seiten, ISBN: 978-3-934868-27-4
18,80 Euro

Aus Politik & Kultur Nr.9

Die Kultur- und Kreativwirtschaft boomt. Längst hat sich der einstige Nischenmarkt zum wirtschaftsstarken Aushängeschild entwickelt. Doch wie ist der Arbeitsmarkt Kultur eigentlich aufgestellt?

Olaf Zimmermann und Theo Geißler (Hg.)
324 Seiten, ISBN: 978-3-934868-28-1
18,80 Euro

Fortsetzung von Seite 14

kirchlichen Praxis leider immer noch nicht hinreichend rezipiert worden.

1964 hat Paul VI. in einer Ansprache Künstler um Vergebung gebeten: »Um zugleich ehrlich und kühn zu sein, erkennen wir an, dass wir euch schwer zugesetzt haben. Wir haben euch Leiden zugefügt, weil wir euch als primäre Regel für euer Arbeiten die Nachahmung aufgedrängt haben, euch, die ihr Schöpfer seid mit tausend Ideen und tausend Neuerungen. Wir – so sagte man euch – haben diesen und keinen anderen Stil, ihr müsst euch anpassen [...]. Wir haben euch einen Maulkorb umgebunden – und deshalb haben wir Grund zu sagen: Vergebt uns!«

Er sagte dies allerdings in einer Situation, in der sich die Künstler längst so weit abgewandt hatten, dass sie sich weder von Verdikt, noch von Vergebungsbitte betroffen fühlten. Die Autonomie der Kunst wurde erst später zu einer auch kirchlich allgemein akzeptierten Auffassung. Das seit 150 Jahren gespannte Verhältnis der Kunst zur Kirche hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich entspannt. Das hängt weniger mit der unmittelbaren Rezeption des Konzils zusammen, sondern mit einem neuen Interesse an religiösen Phänomenen in der Kunst, verbunden mit einer geschwundenen Angst vor Vereinnahmung durch die Kirche. Vielleicht liegt die neue Annäherung auch darin, dass beide, Kirche wie Kunst, inzwischen zu Exoten einer ökonomisierten Welt werden.

Wirkung des Konzils oder allgemeine Zeittendenzen?

Hatten die Äußerungen des Konzils unmittelbare Auswirkungen auf das Verhältnis von Kunst und katholischer Kirche gleichsam »top-down«? – Eine solche Auffassung verkennt die tatsächlichen historischen Prozesse.

In Veröffentlichungen über die Zeit nach dem Konzil liest man von einem »Bildersturm«, der in den Kirchen zu einem Furor der Kunstvernichtung geführt habe. In vielen Kirchen wurden nach dem Konzil allerdings übereilt und nicht immer gut durchdacht Lösungen mit freistehenden Altären und ausgeräumten Kirchenräumen geschaffen, Umorganisationen radikal vorgenommen. »Entrümpelungen« nannte man die Vernichtung von Kunst vor allem des verkannten 19. Jahrhunderts. War das eine Wirkung des Konzils?

Man wird sich vor einer zu internen Sicht auf das kirchliche Geschehen hüten müssen. Die 1960er- und vor allem die 1970er-Jahre waren eine Zeit des bedenkenlosen Umgangs mit historischer Substanz. In Deutschland wurden damals in »Stadtsanierung« genannten Altstadtzerstörungen mehr historische Bauten vernichtet als in den Bombardierungen der letzten Kriegsjahre. Die Notwenigkeit der Denkmalpflege war nur rudimentär im Bewusstsein der Stadtplaner, Verwaltungen und Politiker anzutreffen. Auch die öffentliche Meinung schien mit der Vernichtung historischer Substanz einverstanden zu sein. Eine Zuschreibung der kirchlichen Phänomene als Folgen des Konzils lässt sich kaum belegen, zumal die Texte des Konzils, wie gezeigt, auf den Reichtum des Überlieferten aufmerksam gemacht haben. Der moderne Denkmalschutz hat zudem seine Wurzeln in, schon frühmittelalterlich belegten, kirchlichen Schutzvorschriften.

Gleiches gilt auch für die Textüberfrachtung der Liturgien. Die hemmungslose Theoretisierung und Verbalisierung ist in den Siebzigern auch in allen anderen Bereichen der Gesellschaft festzustellen. Kirchliche Prozesse sind keine Sonderphänomene, die etwa neben und außerhalb ihrer Zeit abliefen, sondern stehen im Kontext ihrer Zeit, ihrer Bedingungen, ihrer Kultur. Das Konzil wäre zudem missverstanden, läse man seine Texte als völlige Neuerfindungen. Die Deklarationen waren die Zusammenfassung von Tendenzen, die vorher da waren. Auch künstlerisch hatten die wirklich innovativen Projekte schon vorher stattgefunden. Man denke nur an die französischen Dominikanerpatres Marie-Alain Couturier und Pie Régamey, die in den 1950er-Jahren Künstler wie Matisse, Cocteau, Leger, Le Corbusier und andere zu bedeutenden Werken im sakralen Kontext gewinnen konnten. In Deutschland ist neben anderen zu erinnern an Augustin Winkelmann, der als Pfarrer im niederrheinischen Marienthal mit Geschick und Schlitzohrigkeit moderne Künstler zu Arbeiten schon vor 1933 bewegte und sie in den Jahren ihrer Ausgrenzung als »entartet« stützte und schützte. Das Konzil war allerdings die kirchenoffizielle Bestätigung solcher Kunstfreiheit, hinter die man künftig nicht mehr zurückgehen kann.

In Deutschland sind die Impulse des Zweiten Vatikanischen Konzils zu Kunst und Kultur leider nicht von der »Würzburger Synode« aufgegriffen worden, die zwischen 1971 und 1975 eine Konkretisierung des Konzils auf die nationale Ebene erarbeitete. Dennoch wäre von einer ganzen Reihe von Initiativen und Aktivitäten zu berichten, die sich

Das Verhältnis zwischen Kunst und Kirche hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich entspannt

mit der »verlorenen Nähe« von Kirche und Kunst in den 50 Jahren seit dem römischen Ereignis befassten.

Eine wichtige Stufe in der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kunst und Kirche waren in Deutschland die großen Ausstellungen über religiöse Elemente in der jüngeren Kunst, worunter die von Wieland Schmied betreute Exposition 1980 in Berlin unter dem Titel »Zeichen des Glaubens – Geist der Avantgarde« besonders hervorzuheben ist.

Seither hat sich viel verändert. Kirchen sind zu beliebten Ausstellungsräumen geworden; evangelische und katholische Einrichtungen befassen sich mit zeitgenössischer Kunst. Wenn auch die dauerhaften Anschaffungen für Kirchengemeinden leider auf wenige Ausnahmen beschränkt sind, ist im Bereich der temporären Aktionen vieles geschehen. Zu den Institutionen, die sich von ihrem Selbstverständnis her mit Kunst befassen wie die Diözesanmuseen, die kirchlichen Akademien, die Deutsche Gesellschaft für Christliche Kunst oder die Gesellschaft »Artheon« treten die Kulturprogramme der evangelischen Kirchentage und der Katholikentage und spektakuläre Ausstellungsreihen in Kirchenräumen.

Zu erwähnen sind auch die Tagungen der Deutschen Bischöfe und des Zentralkomitees der Katholiken mit Künstlern: so 1997 mit bildenden Künstlern in Kopenhagen, 1998 mit Literaten in Telgte, 1999 mit Kunstwissenschaftlern in Bad Honnef, 2002 mit Musikern in Hirschberg, und 2010 mit Theaterleuten in Weingarten. 1995 waren in der großen Tagung »Autonomie und Verantwortung« in Berlin wichtige Positionen nicht zuletzt durch den Vorsitzenden der Bischofskonferenz Karl Lehmann fixiert worden. Auch die Kunstpreise der Kirche wären zu nennen, die sich nicht auf Kunst im Kontext kirchlicher Praxis beziehen. Allen voran der 2011 zum siebten Mal verliehene »Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken«, dessen Träger von Andrzej Szczypiorski über Theo Angelopulos und Gerhard Richter bis zu Peter Zumthor im vergangenen Jahr reichen.

Wenn es heute für Kirchenleute leichter geworden ist, mit Künstlern in Kontakt zu treten, so liegt das nicht allein an einem unbefangenerem Umgang mit religiösen Themen, sondern auch an einem verbreiteten Unbehagen mit dem Kunstbetrieb, wie er sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Der Kunstdiskurs verlagert sich immer mehr auf einen spezifischen Kreis von Interessierten, die in eine kommunikative Sonderwelt abdriften. Das Interesse an Bildender Kunst droht zu einem Sektor zu werden, der von anderen Sektoren klar geschieden, eine übergreifende Allgemeinheit nicht mehr erreicht. Auf dem Feld der Neuen Musik ist das Gemeinte deutlich zu beobachten. Übergreifende Diskurse finden kaum mehr statt; die Fachleute und Interessenten schaffen kommunikative Sonderwelten, die von anderen, an anderen Phänomenen Interessierten, kaum noch verstanden werden. Die noch durchaus große Gruppe der an aktueller Kunst Interessierten verständigen sich auf den Plattformen Museum und Galerie, Kunstmarkt und Feuilleton. Dieses allgemein gesellschaftliche Phänomen der Sektorierung schafft Unbehagen und den Wunsch, deren Grenzen zu

Kirchenleute und Künstler treten wieder leichter in Kontakt

überschreiten und zu öffnen. Auf eine gemischte Öffentlichkeit, die sich über Kunst noch auf- und anregen lässt, trifft man noch in den Kirchengemeinden.

Kirchliche Äußerungen zur Kultur

Nimmt man die Freundschaftserklärungen des Konzils und der Päpste gegenüber den Künstlern ernst, dann stellen sich weitergehende Fragen. Warum ist es nicht genauso selbstverständlich wie es kirchliche Äußerungen zu Fragen der Bildungs-, der Sozial-, der Umwelt- und Familienpolitik gibt, dass die Kirche auch in aktuellen kulturpolitischen Debatten Stellung bezieht? Erstaunlicherweise geht es nach wie vor in den kunstbezogenen Äußerungen der Kirchen vor allem um die Kunst in der Kirche, nicht um die Künste in allen ihren Ausdrucksformen.

1999 hat das Zentralkomitee der Katholiken eine kulturpolitische Erklärung verfasst, die zum ersten Mal die Fragen der Arbeitsbedingungen, der Förderungen und der Finanzierungen von Kunst und Kultur zum Thema gemacht hat. In einer Schrift der EKD wurde diese Erklärung später summarisch zustimmend zitiert. Defizite hier zu benennen, bedeutet zugleich eine Erinnerung und erneuerte Selbstverpflichtung.

Es ist ja nicht so, als wären die Positionen etwa nicht mehrheitsfähig unter den Christen in diesem Land; es gilt eher, die traditionelle Fremdheit zu überwinden, die zwischen einem »säkularen« Kulturbetrieb und der kircheninternen Kunstpraxis immer noch vorherrscht. In einem bemerkenswerten Schreiben des Papstes Johannes Paul II. anlässlich der Gründung des päpstlichen Rates für die Kultur im Jahre 1982 liest man dagegen: »Seit Beginn meines Pontifikates vertrat ich die Meinung, dass der Dialog der Kirche mit den Kulturen unserer Zeit einen lebenswichtigen Bereich darstelle, in dem das Schicksal der Welt in diesem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts auf dem Spiel steht. [...] Nun lebt der Mensch aber nur dank der Kultur ein wahrhaft menschliches Leben. >Ja, die Zukunft des Menschen hängt von der Kultur ab<, erklärte ich in meiner Ansprache am 2. Juni 1980 vor der UNESCO [...] und setzte hinzu: >wir alle, die wir hier anwesend sind, wir begegnen einander auf dem Boden der Kultur als einer grundlegenden Realität, die uns eint<.«

Ich komme noch einmal auf den Konzilspapst Papst Paul VI. zurück, der 1976 in einer Ansprache seinen Vorgänger Pius XII. aus dem Jahr 1952 zitierte: »Aufgabe jeder Kunst ist es, die engen und beängstigenden Grenzen des Endlichen, in denen der Mensch, solange er auf Erden lebt, gefangen ist, zu durchbrechen und seinem Geist, der sich nach dem Unendlichen sehnt, ein Fenster aufzustoßen.« Die Nachbarschaft des künstlerischen Erlebens zum religiösen Erleben, in dem beiden gemeinsamen Überstieg des Denkens und Empfindens über materielle und ökonomische Fragen hinaus, schafft eine natürliche Nähe.

Sie fordert auf, sich auch als Kirche für so scheinbar Nebensächliches, für die Betroffenen aber elementar Wichtiges, wie die Künstlersozialkasse einzusetzen oder sich dem aktuellen Sterben von Kultureinrichtungen zu widersetzen. Auch bei diesen Themen ist die Kirche in der Tradition einer kulturellen Diakonie ganz bei sich. Das Zweite Vatikanische Konzil hat den Weg dafür gewiesen, aus der Selbstbezogenheit der innerkirchlichen Diskurse heraus zu treten und auch in der Kulturszene »Salz der Erde« (Mt 5,13) zu sein.

Thomas Sternberg ist Sprecher für kulturpolitische Grundsatzfragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Direktor des Franz-Hitze-Hauses Katholische Akademie Münster, Mitglied des Landtags von NRW und dort kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Konzilsväter auf dem Petersplatz

FOTO: DOM- UND DIÖZESANARCHIV MAINZ / NL WALTER SEIDEL

Im Aufbruch – Kultur und Evangelium

Das Zweite Vatikanische Konzil als kulturpolitischer Impulsgeber?

REGINE MÖBIUS

»Plötzlich entsprang in Uns eine Eingebung wie eine Blume, die in einem unerwarteten Frühling blüht. Unsere Seele wurde von einer großen Idee erleuchtet … Ein Wort, feierlich und verpflichtend formte sich über Unseren Lippen. Unsere Stimme drückte es zum ersten Mal aus – Konzil!«

Mit diesen Sätzen Papst Johannes XXlll., luden das Bistum Mainz und der Deutsche Kulturrat ein zu einer Tagung, die 50 Jahre nach Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils seine theologische und kirchenpolitische Bedeutung aber auch die Ausstrahlung auf kulturelle und kulturpolitische Impulse und Veränderungen im Kontext des Konzils fokussierte.

Um zu ermessen, welch außerordentlichen Stellenwert die Durchführung eines Konzils für die Kirche hat, muss man sich vergegenwärtigen, dass zusammen mit dem Papst das Konzil die höchste Vollmacht in der Gesamtkirche ausübt. Es ist nicht nur ein Beratungsgremium des Papstes, es ist »Träger der obersten und universalen kirchlichen Vollmacht«. (O. H. Pesch, Das Zweite Vatikanische Konzil, 3. Auflage, Kevelar 2011, S. 25) Diese ergibt sich wiederum aus dem Faktum, dass die in der Nachfolge Christus eingesetzten Bischöfe die Beschließenden des Konzils sind, im Wissen darum, dass die Führung des Papstes aus dem von Christus übertragenen Petrusamt resultiert.

Das gemeinsame Vorhaben einer Tagung zu Ergebnissen des Zweiten Vatikanischen Konzils speiste sich nicht nur aus dem Erstaunen über seine bleibende theologische und kirchenpolitische Bedeutung, die Karl Kardinal Lehmann, Bischof von Mainz, in seinem Eröffnungsvortrag auf beeindruckende Weise den Gästen der Tagung verdeutlichte, sondern fand auch Erklärungen und Interpretationen, die die kulturpolitische und theologisch-philosophische Kraft des Konzils ein Stück weit hervorhoben und kommentierten.

Das Erstaunen entzündete sich nach Beendigung des Konzils und entzündet sich auch noch gegenwärtig an der Tatsache, dass die Kirche erstmalig und in eindeutiger Weise sich als Weltkirche präsentiert hat mit einer Wirkungsgeschichte, deren Dimensionen im Rahmen dieser Tagung ausgeleuchtet wurden. Angestoßen von eben jenem Erstaunen über die Breite der Wirkungszusammenhänge des Konzils ist das in doppelter Weise neue Interesse an dem Kontext »Kultur und Evangelium« nur zu verständlich und im Rahmen der zweitägigen Veranstaltung beeindruckend deutlich geworden.

Begleitet von Filmausschnitten des Bayerischen Rundfunks, die die Vorgeschichte, den damaligen Aufbruchsgeist und das Engagement der Auseinandersetzungen ahnen ließen, wurden in den einzelnen Vorträgen des ersten Tagungsabschnittes theologische Grundlagen und geistesgeschichtliche Perspektiven über die unterschiedlichen Themenstellungen der referierenden Theologen beeindruckend lebendig herausgearbeitet.

Ist unsere Gesellschaft gottesmüde?

Der Direktor der Akademie des Bistums Mainz, Peter Reifenberg, moderierte zusammen mit Günter Wassilowsky fünf Impulsreferate, die sich unter dem Tenor: »Theologie und Kirche der Zukunft – 50 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil« in einem sehr offenen und kritischen Diskurs versammelten. Johann Baptist Metz sprach von Gottesmüdigkeit, die er in beiden Konfessionen gefunden habe. Es fehle die genaue Sprache für die gemeinsame Krise, und zwar eine Sprache, die (im übertragenen Sinn) nicht vorgesprochen werde. Das bedeutete in erster Linie, dass Menschen von ihren Zweifeln sprechen könnten und zwar in der Mitte der Kirche, die sich »einer Neualphabetisierung stellen muss und in der die Anonymität aufgehoben wird.« Voraussetzung dafür sei in erster Linie eine neue Aufmerksamkeit gegenüber dem geistlichen Wort.

»Die Kirchenkrise«, so der evangelische Bischof i.R. Wolfgang Huber, »ist eine Glaubenskrise und eine Gotteskrise.« Festzumachen auch an dem immer mehr in den Hintergrund rückenden Gespräch von und über Gott. Das betrifft katholische wie evangelische Christen. Auf diesem Hintergrund wurde auch die Forderung der Gesprächsteilnehmer formuliert, die Ökumene zukunftsfähiger zu denken (mit dem unausgesprochenen inneren Zusatz) und zu praktizieren.

Auch ein weiterer Gesprächspartner, der emeritierte Professor für Systematische Theologie, Otto Hermann Pesch drängte, so war seinem Beitrag zu entnehmen, seit langem schon auf Fortschritte in der Ökumene. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er 2008 bekannt mit seinem Vorschlag, anlässlich der kirchlichen Orientierung auf das Reformationsjahr 2017 den Gründer der evangelischen Kirche Martin Luther »aus katholischer Sicht kirchenrechtlich vollständig zu rehabilitieren .« (Wikipedia, Otto Hermann Pesch, Leben)

Für Interessierte, die den Verlauf und die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils aus dem damaligen Zeitgeist heraus erfahren wollen, vergegenwärtigte Otto Hermann Pesch in seinem Band »Das Zweite Vatikanische Konzil« beeindruckend die Etappen des Konzils, die kritischen Stimmen und Probleme, die Ergebnisse und den ungeheuren Erfolg für die Gesamtkirche – womit selbstverständlich die römisch-katholische Kirche gemeint war und die mit ihr unierten Ostkirchen. Auch in seinem Impulsreferat zog er den Schluss: »Wir sind jetzt soweit, immer wieder zu sagen: Wir haben viel erreicht…«. Dieses Fazit war auch mit einem Gestus der Dankbarkeit von Karl Kardinal Lehmann zu hören, als er über seine persönlichen Konzil-Erfahrungen berichtete. Bereits im Oktober 1963, also inmitten der Periode des Konzils, wurde er in Rom von Julius Kardinal Döpfner zum Priester geweiht. In dieser Zeit erwarb Karl Lehmann auch seinen ersten Doktortitel mit Arbeiten über den Philosophen Martin Heidegger. Geprägt war für ihn die Situation in Rom von Großzügigkeit und Offenheit; das Konzil verbreitete, so Lehmann, eine »befreiende Dynamik«. Zwischen 1964 und 1967 arbeitete er dann als Assistent des Theologen Karl Rahner an den Universitäten von München und Münster.

Rahner, als einer der bedeutendsten Theologen des 20. Jahrhunderts, wurde von Günter Wassilowsky anschaulich in der Breite seines Wirkens illustriert. Zum einen hob er Rahners bahnbrechenden Einfluss auf die Öffnung der katholischen Theologie hervor und fokussierte in seinem Vortrag auf dessen Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Vatikanischen Konzils. An ihm habe Rahner als Sachverständiger bis zur persönlichen Erschöpfung mitgearbeitet.

Den ersten Tag beendete Karl Kardinal Lehmann, indem er zum Vertrauen in den Glauben aufforderte, um in wichtigen und entscheidenden Prozessen vorwärts kommen zu können.

In der zweiten Tagungshälfte traten unter dem Thema »Kultur für Kirchen und Gesellschaft« Kulturpolitiker, Politiker und Theologen miteinander in einen für die anwesenden Gäste anregenden Austausch. Das produktive Spannungsfeld zwischen Kunst und Kirche, das seit Jahrhunderten Maler, Musiker und Schriftsteller zur konstruktiven aber auch skeptischen Auseinandersetzungen mit Glauben und Kirche angeregt hat, führt heute, angesichts sich immer schneller wandelnder Verhältnisse zu einem neuen, vermutlich stark veränderten Interesse an diesem Spannungsfeld.

Als Fragen standen im Raum:

Ging es dem Konzil, bzw. den danach das Konzil Bewertenden um die Ernsthaftigkeit des neuen Interesses an der Kultur und der Verantwortung für Kunst und Kultur?

Waren die Ergebnisse des Konzils eine Orientierung auf eine intensivierte Kulturöffnung der Kirche?

War für Künstler und Kulturbeförderer eine Erweiterung von Freiheitsräumen für ihre Subjektivität zu erwarten, um den Ausbau transzendierender Erfahrungsräume zu ermöglichen?

Solche und weitere Fragen bildeten das Fundament, auf dem sich im zweiten Teil der Tagung in einem offenen Gespräch Karl Kardinal Lehmann, Gesine Schwan, Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, Petra Bahr, Kulturbeauftragte der EKD, Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D., Joachim Hake, Direktor der Katholischen Akademie Berlin und Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, austauschten. Olaf Zimmermann legte wohl am deutlichsten den Finger in noch vermeintliche Wunden, beklagte den fehlenden Schulterschluss in kulturpolitischen Prozessen, ermunterte, auf der Strecke Gebliebenes zu ermitteln und nicht bedachte Konsequenzen zu benennen. Deutlich entstand in der Diskussion die Auffassung, dass die von nicht wenigen Künstlern interessiert wahrgenommene Kirche als Kunstmäzen, der zweitgrößter Förderer von Kunst und Kultur in der Bundesrepublik ist, auch Symptomträger sein sollte für gesellschaftliche Prozesse und Veränderungen. In diesem Kontext sah Olaf Zimmermann ein weiteres zentrales Motiv für die Kooperation zwischen kirchlichen Ideengebern und dem Deutschen Kulturrat.

Dem Vorsatz, Symptome zu artikulieren, damit sie verstanden werden, entsprang das vorangestellte Impulsreferat Thomas Sternbergs, Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie Franz Hitze Haus Münster. Bereits der Titel »Die kulturprägende Kraft des Zweiten Vatikanischen Konzils« sollte ermöglichen, ein neues Interesse der

Die Kirchen sind die zweitgrößten Förderer von Kunst und Kultur

Kirche an Kultur herauszuhören, um in Folge Standpunkte klarer zu sehen, bzw. intendierte oder erhoffte Auswirkungen von realen zu unterscheiden. Dabei merkte er kritisch an, dass es in den wenigsten Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils um die Künste geht. Ausgenommen die sakrale Kunst, d.h. die Sichtbarmachung der Kunst unmittelbar für die Kirche und in ihren Gotteshäusern.

»Nimmt man die Freundschaftserklärungen des Konzils und der Päpste gegenüber den Künstlern ernst, dann stellen sich weitergehende Fragen. Warum ist es nicht genauso selbstverständlich wie es kirchliche Äußerungen zu Fragen der Bildungs-, der Sozial-, der Umwelt- und Familienpolitik gibt, dass die Kirche auch in aktuellen kulturpolitischen Debatten Stellung bezieht? Erstaunlicherweise geht es nach wie vor in den kunstbezogenen Äußerungen der Kirchen vor allem um die Kunst in der Kirche«, konstatierte Thomas Sternberg, »nicht um die Künste in allen ihren Ausdrucksformen«.

»Wir brauchen euch«, hatte Paul VI., der 1973 die Sammlung für moderne Kunst in den Vatikanischen Museen gründete, den Künstlern 1964 zugerufen und sie um Vergebung gebeten, da er ihnen einen Maulkorb verpasst habe. Als großen Erfolg nachkonziliarer Bemühungen war vier Jahrzehnte später zu werten, dass Benedikt XVI. diesen Appell in ähnlicher Form wiederholte. »Der Glaube nimmt nichts von eurem Genius, eurer Kunst weg«, proklamierte Benedikt XVl. im November 2009 in der Sixtinischen Kapelle. Dorthin hatte der Papst 260 Architekten, Bildhauer, Maler, Komponisten, Schriftsteller, Regisseure und Schauspieler aus aller Welt eingeladen, um die »Freundschaft zwischen Kirche und Kunst zu erneuern«. Damit verbindet sich wohl auch der immer häufiger zu hörende Ruf, die kulturellen Werte in Europa intensiver einzubringen. Gemeinsames Handeln der Theologen und Kulturbeförderer bzw. Künstler scheint dafür unentbehrlich, und angesichts der Tatsache, dass »die Diskussionen«, so Petra Bahr, »um die Kunst härter geworden sind, dringend nötig. Die Kirche muss ihre Argumente neu fassen und neu finden«.

Im Rahmen der Tagung zur Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils wurde deutlich, wie konservativen Bewahrern und theologisch Vorwärtsdrängenden es trotz gelegentlicher komplizierter Situationen gelungen ist, die vollzogene Öffnung der Kirche zur Welt als einen großen Schritt zu erleben.

FOTO: DOM- UND DIÖZESANARCHIV MAINZ / NL WALTER SEIDEL

Papst Paul VI. mit Kardinal Döpfner (links)

Regine Möbius ist Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates

Theologie und Kirche der Zukunft

Als »Aggioramento« zu einem Epochen-Ausdruck wurde

WOLFGANG HUBER

In diesen Tagen kommt kaum ein Theologe der älteren Jahrgänge darum herum, sich die Frage zu stellen, was das Zweite Vatikanische Konzil für ihn persönlich, für seine Glaubensgeschichte und für seine theologische Existenz bedeutet hat.

Für mich als evangelischen Theologen, der sein Studium 17-jährig im Sommer 1960 begann, öffnete die Ankündigung des Konzils und dessen Verlauf einen neuen und weiten Horizont. Während ich mit der evangelischen Theologie anfing, begann mein engster Schulfreund mit dem Noviziat in der Societas Jesu; wie es mit dem Verhältnis unserer Kirchen zueinander weitergehe, hatte schon von daher eine durchaus existentielle Bedeutung.

Später verfolgten wir als evangelische Theologiestudenten in Tübingen Hans Küngs Berichte von den einzelnen Konzilssessionen mit innerer Anteilnahme. Den charismatischen Papst Johannes XXIII. achteten wir als junge Protestanten gerade um seiner Demut willen gern als Sprecher der Christenheit; daran, dass dies zu einem Thema kirchenamtlicher Verständigung werden könnte, dachten wir freilich nicht.

Der Hoffnung des Papstes, es möge zu einem »Heutigwerden« der Kirche kommen, schlossen wir uns gern an. »Aggioramento« wurde für uns in ähnlicher Weise zu einem Epochen-Ausdruck wie mehr als zwei Jahrzehnte später »Glasnost und Perestroika«.

Glücklicherweise habe ich als evangelischer Theologe nicht die Pflicht, ja in gewisser Weise auch nicht das Recht dazu, mich in die Kontroversen um Interpretation und Rezeption des Zweiten Vatikanischen Konzils einzumischen. Aber ich wollte in aller Kürze verdeutlichen, dass das Konzil als Ereignis wie durch seine Schlüsseltexte zu den Leuchttürmen meiner beginnenden theologischen Existenz gehörte. Von dieser Grundhaltung lasse ich mich auch bestimmen, wenn wir 50 Jahre nach der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils nach »Theologie und Kirche der Zukunft« fragen.

Doch gerade in Europa blicken heute viele auf den Weg der Kirchen mit Skepsis, ja Resignation.

Auch schon vor fünfzig Jahren sprachen manche von einem unaufhaltsamen Glaubenszerfall. Bei der Eröffnung des Konzils trat Papst Johannes XXIII. dem entgegen. Solche Stimmen lassen, so sagte er, »nicht genügend Sinn für die rechte Beurteilung der Dinge noch ein kluges Urteil walten. Sie meinen nämlich, in den heutigen Verhältnissen nur Untergang und Unheil zu erkennen. Wir aber sind völlig anderer Meinung. In der gegenwärtigen Entwicklung der menschlichen Ereignisse muss man viel eher einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung anerkennen.«

Gewiss ist es heute nicht gerade leichter geworden, in der »Entwicklung der menschlichen Ereignisse […] einen verborgenen Plan der göttlichen Vorsehung« zu erkennen. Aber von Theologie und Kirche der Zukunft kann man heute noch weniger als vor einem halben Jahrhundert in einer Weise sprechen, in der man Europa vom Rest der Welt trennt und meint, eine unaufhaltsame Säkularisierung sei eine unabwendbare Begleiterscheinung eines Modernisierungsprozesses, der die ganze Welt ergriffen habe.

Pessimistische Beurteilungen der Zukunft von Religion und Kirche speisen sich in der Regel aus einer solchen Säkularisierungsvorstellung. Doch von einem zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Modernisierung und Säkularisierung lässt sich in einer globalen Perspektive schon deshalb nicht sprechen, weil Modernisierung sich offenbar auch mit einer neuen Zuwendung zu Religion und Kirche verbinden kann. Die Liste der Beispiele reicht von den USA bis nach Korea. Der vierfache Säkularisierungsschub in Europa – durch Französische Revolution, Industrialisierung, antikirchliche Ideologien und Jugendrevolte – lässt sich nicht in ein allgemeines Geschichtsgesetz aufheben. Und der Rückgang der Kirchenmitgliedschaft in Deutschland sollte nicht dafür blind machen, dass in einer wachsenden Weltbevölkerung auch die Zahl der Christen wächst. Man muss schon sehr eurozentrisch denken, um sich die Zukunft des Christentums in Gestalt eines »heiligen Rests« vorzustellen.

Unterschwellig ist ein solches Zukunftsbild an dem Modell einer umgekehrten Perfektionsthese orientiert. Umgekehrt ist diese Perfektionsthese, weil sie die Vervollkommnung nicht von der Zukunft erwartet, sondern für die Vergangenheit unterstellt. Sie arbeitet mit der unbegründeten Vorstellung eines perfekten Zustands in der Vergangenheit, der einem allmählichen Verfall ausgeliefert sei. Traditionalisten haben immer so argumentiert; heute verleiten die dramatischen Traditionsabbrüche, die es angesichts eines mehrfachen Kulturbruchs im 20. Jahrhundert gerade in Deutschland gegeben hat, viele pessimistisch Gestimmte zu einer solchen umgekehrten Perfektionsthese.

Wer so argumentiert, geht jedoch, um Hans Joas zu zitieren, »meist von einer völligen Überschätzung der tatsächlichen Religiosität vor dem Beginn der Prozesse aus, die als Säkularisierung beschrieben werden.« Verkannt wird dabei aber ebenso die Glaubensintensität, die es auch und gerade in Zeiten des Umbruchs immer wieder gegeben hat – nehmen wir nur die Erweckungsbewegungen im 18. und 19. Jahrhundert oder im 20. Jahrhundert die prägende Rolle christlicher Initiativen für die friedliche Revolution im Osteuropa der achtziger Jahre, vor allem in Polen und in der DDR. Statt die Fortschrittstheoreme der Neuzeit verfallstheoretisch umzudeuten, sollten wir die Geschichte des Christentums in ihrem unabgeschlossenen und unabschließbaren Charakter wahrnehmen und die Frage nach der Zukunft von Religion und Kirche in den Horizont des verheißenen Reiches Gottes rücken.

Christlicher Glauben verflüchtigt sich – gleichzeitig wächst die Berufung auf christliche Werte

Aber es gibt keinen Zweifel: In Deutschland sind die Verschiebungen in der Kirchlichkeit und im Verhältnis zu den Kerngehalten des christlichen Glaubens dramatisch. Auch wenn man gegen die Fragestellungen empirischer Untersuchungen alle nur denkbaren Vorbehalte anbringt, wird man sich nicht ganz an dem Befund vorbeimogeln können, dass der Bezug zu klaren Inhalten des christlichen Glaubens sich verflüchtigt, aber die Berufung auf – in der Regel nicht näher definierte – christliche Werte wächst. Der Glaube an Jesus Christus als Gottes Sohn oder an Gott als den Schöpfer der Welt erodiert, während gleichzeitig der Glaube an Schutzengel explodiert. Den Wunderglauben braucht man als Theologe heute nicht mehr zu verteidigen, denn er befindet sich ebenso im Aufwind wie der Glaube an die Seelenwanderung; aber das Bekenntnis zur Auferweckung Christi und zur Auferstehung der Toten wird unseren Zeitgenossen immer unverständlicher. Dass unsere politische Kultur christlich geprägt ist, glaubt die Mehrheit der Deutschen, auch in den jungen Bundesländern, wo sogar 93 Prozent der Bevölkerung den Gedanken, einen christlichen Feiertag zu opfern, um Platz für einen islamischen Feiertag zu schaffen, für absurd halten. Aber was der Inhalt der christlichen Feiertage ist, versinkt immer mehr ins Schemenhafte. Die spezifische Form der deutschen Zivilreligion scheint darin zu bestehen, Religion auf ihre vermeintliche Funktion als Kitt einer Multioptionsgesellschaft zu reduzieren.

Das ist eine herausfordernde Situation für die Theologie. Denn sie hat es damit zu tun, dass der Glaube nicht nur das Gefühl eines unbestimmten Transzendenzbezugs ist, sondern dass er einen Inhalt hat, den es zu verstehen gilt. Der Vorrang des Glaubens als Vertrauensakt macht dessen inhaltliche Bestimmtheit nicht unwichtig. Man kann das leicht am christlichen Grundsymbol des Kreuzes verdeutlichen, das weithin zu einem bloßen Schmuckstück entleert wird. Der Theologie kommt eine neue Verantwortung für verstandenes und verständliches Glaubenswissen zu; das ist ihr entscheidender Beitrag zur Sprachfähigkeit der Glaubenden. Zugleich muss sie sich angesichts des Rückfalls in eine vorkritische, fundamentalistische Form von Religiosität ihrer religionskritischen Aufgabe aufs Neue bewusst werden. Sie wird nach wie vor die politische Dimension des Glaubens und die gesellschaftliche Verantwortung der Glaubenden zum Thema machen und den Kirchen dabei helfen, das »rechte Wort zur rechten Zeit« zu finden. Aber sie kann den Glauben an Gott nicht länger als eine selbstverständliche Voraussetzung dieses Worts betrachten. Wir müssen vielmehr auskunftsfähig darüber sein, wie unser Reden zur Welt mit unserem Glauben an Gott zusammenhängt. Die Kirche der Zukunft wird dringend auf gute Theologie angewiesen sein. Ohne solches Rüstzeug wird sie den nötigen Übergang zu einer zukunftsfähigen missionarischen Existenz nicht vollziehen können. In der Mitte Europas, wo sich die Kirchen über lange Zeit in einer volkskirchlichen Situation eingerichtet hatten, finden sie sich heute in einer missionarischen Situation vor. Nach Millionen zählen die Menschen, von denen die Kirchenkonstitution des II. Vaticanums sagte, sie kennten »ohne Schuld« das Evangelium Christi und die Kirche nicht. Doch während das Konzil hinzufügen konnte, solche Menschen suchten gleichwohl »mit ehrlichem Herzen Gott«, fällt uns Heutigen eine solche Annahme ungleich schwerer. Denn allzu vielen ist in einer verbreiteten Gottvergessenheit abhanden gekommen, wonach sie überhaupt suchen könnten. Dieser Grundsituation müssen Theologie und Kirche sich aussetzen, wenn sie der missionarischen Herausforderung in der Mitte Europas gerecht werden wollen. Die Konzentration auf den Kern des Glaubens und die Öffnung hin zu den Menschen, die jeden Kontakt mit diesem Glauben verloren haben, müssen sich dazu miteinander verbinden.

In Europa befinden wir uns heute in einer missionarischen Situation

Für die Zukunft von Theologie und Kirche sind heute zwei Themen mit besonderer Eindeutigkeit vorgegeben: die ökumenische Zusammengehörigkeit und der interreligiöse Dialog. »Ökumene jetzt« ist genauso angesagt wie »interreligiöser Dialog jetzt.«

Unlängst haben prominente Christen katholischer wie evangelischer Konfession, die in Politik und Öffentlichkeit hohe Reputation genießen, vorgeschlagen, unsere Kirchen ökumenisch enger miteinander zu verbinden. Zwar mag es verwundern, dass dabei der Beginn des ökumenischen Problems erst mit dem Jahr 1517 datiert wird, als habe es das Schisma zwischen Ost- und Westkirche gar nicht gegeben. Man wird heute von Ökumene in weltweiter Perspektive auch nicht mehr sprechen können, ohne die wachsenden indigenen und pfingstlerischen Kirchen in aller Welt zu bedenken. Gleichwohl bleibt richtig, dass es im »Land der Reformation« eine besondere Verpflichtung dazu gibt, der erreichten kulturellen Nähe in einem gemeinsamen christlichen Milieu auch einen kirchlichen Ausdruck zu geben. Die Verknüpfung zwischen dem 50-jährigen Jubiläum des Zweiten Vatikanischen Konzils und dem 500-jährigen Jubiläum der Reformation ist dafür ein guter Anlass.

Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Theologie? Stimmt die Aussage, dass für die dauerhafte Trennung der westlichen Kirchen Machtfragen wichtiger waren als Glaubensfragen? Spricht nicht schon die Glaubenstreue derer, die in fremdem Land Zuflucht suchten, eine andere Sprache? Die Reformation war in ihrem Kern darauf gerichtet, den einen christlichen Glauben neu zum Leuchten zu bringen. Diese ihre Intention sollte man nicht durch die These vom Vorrang der Machtfragen verdecken.

Noch eine andere theologische Rückfrage will ich nennen: Ausdrücklich erklärt der Aufruf, das Ziel, dass Kirchen sich wechselseitig in ihrem Kirche-Sein anerkennen, reiche nicht zu. Zugleich wird dieses Ziel als zwar notwendig, jedoch als zu klein erklärt. Doch es ist schwer vorstellbar, wie eine organisatorische Verbindung unter Umgehung einer Ökumene des wechselseitigen Respekts und einer darauf beruhenden Ökumene wechselseitiger Freundschaft entstehen soll – woraus sich dann eine Ökumene der Gaben oder der Charismen entfalten kann.

Ähnlich dramatisch wie die Veränderungen der ökumenischen Situation sind die Herausforderungen zum interreligiösen Dialog. Das Zweite Vatikanische Konzil entwickelte vor allem darin eine prophetische Kraft, dass es die Rolle des Atheismus für den Dialog über Religion würdigte. Heute äußert sich der Atheismus gerade deswegen häufig in einer schrillen Form, weil seine Rolle für den Dialog der Religionen in der Regel unterschätzt wird. Dabei gibt es keinen Zweifel daran, dass die »säkulare Option« in ihrer agnostischen wie in ihrer manifest atheistischen Form auf Dauer im religiös-weltanschaulichen Dialog eine wichtige Stimme darstellen wird.

Gewiss wird das Verhältnis zwischen Einheit und Vielfalt innerhalb einer Kirche, in der ökumenischen Gemeinschaft der Kirchen und im Miteinander der Religionen jeweils unterschiedlich gewichtet sein. Aber Einheit und Vielfalt miteinander zu verbinden, wird zu den großen Aufgaben der Zukunft gehören.

FOTO: DOM- UND DIÖZESANARCHIV MAINZ / NL WALTER SEIDEL

Ökumenisches Konzil – Bischöfe aus aller Welt

Wolfgang Huber war von 2003 bis 2009 Ratsvorsitzender der EKD. Er ist Bischof i.R. der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz

Gekürzte Vortragsfassung, Mainz 12.10.2012

Preisträger und die Jury bei der Preisverleihung in Berlin

Reiner Deutschmann, Agnes Krumwiede und Gerhard Schick

ALLE FOTOS: CAROLIN RIES

Wortakrobaten – Kulturpolitik kann so spannend sein

Am 13. September wurde zum 8. Mal der Politik & Kultur-Journalistenpreis verliehen. Mit diesem Preis zeichnet der Deutsche Kulturrat jedes Jahr herausragende Beiträge zur allgemeinverständlichen Vermittlung kulturpolitischer Themen in den Medien aus

VERENA SCHMIDT

In diesem Jahr entschied sich die Jury bei dieser wahrlich nicht einfachen Aufgabe für die Vergabe von insgesamt drei Preisen an Journalisten aus den Kategorien Print- und Fernsehjournalismus. Aus diesem Anlass lud der Deutsche Kulturrat am frühen Abend des 13. September in die Katholische Akademie im Herzen Berlins ein, die dieses Jahr erstmals Kooperationspartner für die Preisverleihung war.

Schon die Eröffnung der Veranstaltung durch Josephine Berkholz versprach einen abwechslungsreichen Abend. Die 18-jährige Slam-Poetin demonstrierte mit ihrem selbstgeschriebenen Text »Kontur« eindrucksvoll die Kunst der modernen Wortakrobatik und zog die Zuhörer in den Bann ihrer dichterischen und ausdrucksstarken Worte. Bei dieser Form des literarischen Vortragswettbewerbs werden Texte nicht nur gelesen, sondern durch eine bewusste Performance des Akteurs ergänzt und so mit Leben gefüllt. Neben den Preisträgern gehörte sie mit ihrem imposanten Auftritt zu den Highlights des Abends.

Die Begrüßung der Gäste übernahmen Joachim Hake, Direktor der Katholischen Akademie und Regine Möbius, Vizepräsidentin des Deutschen Kulturrates, die unter anderem die besondere Freude über die neue gelungene Kooperation zum Ausdruck brachten. Und auch Theo Geißler als Mitherausgeber von Politik & Kultur ließ es sich nicht nehmen, einige Worte der Begrüßung an die Anwesenden zu richten.

Der erste Preis des Abends ging an Christian Eger. In der Kategorie Print wurde er für seine kontinuierliche journalistische Begleitung und Aufbereitung der Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt ausgezeichnet. Der 1966 in Dessau geborene Journalist schreibt seit 15 Jahren im Ressort Kultur der Mitteldeutschen Zeitung. Mit Beharrlichkeit durchleuchtet und hinterfragt er mit einem kritischen Blick auch die auf den ersten Blick vielleicht thematisch spröde wirkenden Themen der Kulturpolitik und schafft es, sie an der richtigen Stelle zu platzieren. Die Besonderheit und den Seltenheitswert dieser kontinuierlichen Berichterstattung brachte die kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke Dr. Lukrezia Jochimsen in ihrer Laudatio auf Christian Eger zum Ausdruck.

Exzellente Darstellung kulturpolitischer Inhalte

Der Politik & Kultur-Journalistenpreis in der Kategorie Fernsehjournalismus ging an das Regisseur-Team Birgit Schulz und Gerhard Schick für den Dokumentarfilm »Halbmond über Köln«. Der von WDR und ARTE ausgestrahlte Film wurde für seine ausgewogene Darstellung der unterschiedlichen Positionen in der Debatte zum Moscheebau in Köln-Ehrenfeld geehrt. Die Laudatorin Agnes Krumwiede, kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, bezeichnete ihn als guten und wichtigen Film, dem es nicht nur gelingt, die in ihrer entlarvenden Direktheit erschütternden Statements der Gegner der Kölner Moschee einzufangen, sondern auch die besondere Bedeutung der Moschee für die Muslime in Köln zum Ausdruck zu bringen.

Ein weiterer Preis in der Kategorie Print ging an Fredy Gareis und Christian Salewski für ihre im ZEIT-Dossier erschienene Reportage »Ein Picasso für Palästina«. Sie überzeugte die Jury als gut recherchierte, spannend geschriebene und ein breites Themenspektrum erfassende kulturpolitische Reportage. Der Artikel der beiden freien Journalisten ist die Geschichte des gewagten Vorhabens, ein hochempfindliches Picasso-Gemälde für eine Ausstellung in Ramallah aus den Niederlanden in den Nahen Osten zu transportieren. Dieses tollkühne, ja fast unmöglich scheinende Vorhaben macht nicht nur Freude beim Lesen, sondern auch noch Hoffung, dass durch die Kunst so manches Wunder vollbracht werden kann. Gewürdigt wurde dieser lebendige Beitrag von einer ebenso dynamischen Laudatio auf die beiden Autoren des kulturpolitischen Sprechers der CDU/CSU Bundestagsfraktion Wolfgang Börnsen.

Der rundum gelungene Abend, durch den Olaf Zimmermann als Herausgeber der Zeitung Politik & Kultur das Publikum führte, stellte einmal mehr unter Beweis, dass Kulturpolitikjournalismus – eine besondere Form der Berichterstattung, die eben nicht nur wie das Feuilleton über interessante Kunstwerke oder aktuelle Aktionen berichtet, sondern auf deren Rahmenbedingungen eingeht – spannend sein kann. Eine Arbeit, bei der es nicht nur um die schönen Seiten der Kunst, sondern auch, um es mit den Worten des Preisträgers Christian Eger zu sagen, um Öffentlichkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Verantwortlichkeit auf den Seiten der Akteure geht.

Im nächsten Jahr soll der Politik & Kultur-Journalistenpreis erneut für die exzellente Darstellung kulturpolitischer Themen verliehen werden. Ab sofort werden Vorschläge zu auszeichnungswürdigen Beiträgen sowie Eigenbewerbungen entgegengenommen. Der Preis wird an einzelne Journalisten oder Redaktionen vergeben. Es können Einzelbeiträge wie auch Themenschwerpunkte ausgezeichnet werden. Alle Medien, das heißt Print-, Hörfunk-, Fernseh- und Internetbeiträge in deutscher Sprache, sind zugelassen.

Das Erscheinungsdatum beziehungsweise der Sendetermin muss zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. Dezember 2012 liegen. Der Preis ist undotiert und wird im Frühjahr 2013 in Berlin verliehen. Einsendeschluss ist der 5. Januar 2013.

Verena Schmidt ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Die Preisträger Christian Salewski und Fredy Gareis

Christian Eger und Lukrezia Jochimsen

JURY

Die Auswahl der Preisträger haben getroffen:

- Wolfgang Börnsen, MdB (kulturpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- Reiner Deutschmann, MdB (kulturpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion)
- Siegmund Ehrmann, MdB (kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)
- Max Fuchs (Präsident des Deutschen Kulturrates)
- Theo Geißler (Herausgeber von Politik & Kultur, Verleger ConBrio Verlag)
- Joachim Hake (Direktor Katholische Akademie in Berlin)
- Lukrezia Jochimsen, MdB (kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke)
- Agnes Krumwiede, MdB (kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- Willi Steul (Intendant Deutschlandradio)
- Olaf Zimmermann (Herausgeber von Politik & Kultur, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates)

Von der Schwierigkeit des Wägens und Messens

Das aktuelle Urteil zur Tagesschau.de-App

HELMUT HARTUNG

Es ist verständlich, dass sich Verlage gerichtlich zur Wehr setzen, wenn sie der Auffassung sind, dass sich ein Wettbewerber unfair verhält. Zweifelsohne sind bei Online-Angeboten die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage und der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber auch der private Rundfunk, Google und Facebook oder auch eigenständige Online-Sites, Wettbewerber bei publizistischen Angeboten. Da der öffentlich-rechtliche Rundfunk zudem aus einem Beitrag der Bevölkerung finanziert wird, ist es unabdingbar, dass durch ihn die Geschäftsmodelle privater Anbieter nicht beschädigt werden. Nicht immer hat sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Vergangenheit an diese Grundregel gehalten. Aber im Fall der Tagesschau.de-App: Hat er gegen die Festlegungen des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages, in dem das Telemedienangebot geregelt ist, verstoßen?

In der Begründung zum 12. RÄStV, der am 6. Juni 2009 in Kraft getreten ist, steht wortwörtlich:

»Bei nichtsendungsbezogenen Telemedien sind presseähnliche Angebote unzulässig. Mit dieser Vorschrift trägt der Gesetzgeber dem Umstand Rechnung, dass für die Nutzung im Internet gestaltete Angebote regelmäßig aus einer von den Nutzern erwarteten Kombination verschiedener Elemente bestehen, die Text, Ton und Bild verbinden. Vor diesem Hintergrund soll der Tendenz begegnet werden, dass von Rundfunkanstalten angebotene nichtsendungsbezogene Telemedien den inhaltlichen und gestalterischen Schwerpunkt in Texten setzen. Im Umkehrschluss kann ein solcher Schwerpunkt vermieden werden, wenn öffentlich-rechtliche nichtsendungsbezogene Telemedienangebote ihren Schwerpunkt in einer hörfunk- und/oder fernsehähnlichen Gestaltung haben. Dies bedeutet, dass nichtsendungsbezogene Telemedienangebote der Rundfunkanstalten Texte aufweisen dürfen, denn das Verfassen und Lesen von Texten ist eine Kulturtechnik. Texte werden beispielsweise bereits benötigt, um dem Nutzer überhaupt den zielgerichteten Zugriff auf ein Telemedium zu ermöglichen. Bei nichtsendungsbezogenen Telemedien ist beispielsweise auch zu erwarten, dass Texte erforderlich sind, um durch Ton und Bild dargestellte Gestaltungselemente für den Nutzer kognitiv erfassbar zu machen. Auch vor dem Hintergrund des inhaltlichen Anspruchs, den Absatz 3 über § 11 hinaus formuliert, ist es angemessen, dass nichtsendungsbezogene Telemedien eine dem jeweiligen Thema entsprechende Kombination von Text, Ton und Bild aufweisen.«

Die Entwickler und Produzenten der Tagesschau.de-App haben sich an diese Vorgaben gehalten. Die App weist eine »Kombination von Text, Ton und Bild auf, mit dem Schwerpunkt auf eine fernsehähnliche Gestaltung«. Zudem ist die Tagesschau.de-App als Format durch den Drei-Stufen-Test genehmigt worden. Wer will und kann also hier objektiv wägen und messen, wie hoch ein Textanteil in der jeweiligen App sein darf? Das Kölner Landgericht hat es versucht und war der Meinung, dass in der App vom 15. Juni 2011 der Textanteil zu hoch war. Ein anderes Gericht käme möglicherweise zu einer anderen Auffassung, denn hier handelt es sich nicht um eine prinzipielle Frage, sondern um eine Ermessensentscheidung, auch das hat das Gericht festgestellt.

In dem einen Jahr seit der Klageeinreichung durch acht Zeitungsverlage haben die App-Angebote der Tageszeitungen für Smartphones und Tablet PCs große Fortschritte gemacht. Die Online-Seiten der Zeitungen zählen zu den meistgenutzten Online-Angeboten und für die qualitativ hochwertigen Produkte sind auch immer mehr Nutzer bereit zu bezahlen. So, wie sich der private Rundfunk seit 25 Jahren im Wettbewerb gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk behauptet, so haben auch die Verlage alle Voraussetzungen, in der digitalen Welt weiterhin eine entscheidende meinungsbildende Funktion auszufüllen.

Die Klage hat nicht dazu beigetragen, die publizistische Rolle genauer zu definieren, die Zeitungen und öffentlich-rechtlicher Rundfunk in einer digitalen Medienwelt zu erfüllen haben. Aber genau darum geht es. Die Politik kann nur eine Moderatorenrolle spielen, kann dafür sorgen, dass Spielregeln existieren, dass Fouls bestraft werden. Das aber ist mit dem 12. RÄStV geschehen. Mit Detailfestlegungen ist die Politik angesichts der rasanten technischen Entwicklung überfordert. Es sei daran erinnert, dass sich Apple für den App Store erst im Juni 2008 die Markenrechte gesichert hatte. Ein Jahr vor der Inkraftsetzung des 12.RÄStV.

Also kann die Schlussfolgerung nur darin bestehen, dass sich die Vertreter von ARD und ZDF und der Verlage wieder zusammensetzen und für eine einvernehmliche Interpretation des Staatsvertrages sorgen. Der Begriff der »Presseähnlichkeit« und der Abgrenzung zu »Fernsehähnlichkeit« ist auf Wunsch der Verleger in den Staatsvertrag aufgenommen worden. Dass er strittig ist, war von Anfang an klar. Aber eigentlich hätten drei Jahre ausreichen müssen, um eine Verständigung zu erreichen. Wenn das jetzige Urteil dazu beiträgt, hatte der Prozess doch noch einen Sinn gehabt.

Die Erfahrungen mit einer oft zweifelhaften Seriosität und Glaubwürdigkeit des Informationsangebotes in der Online-Welt zeigen: Wir benötigen einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk und leistungsfähige Zeitungsverlage. Ein Gegeneinander schadet unserer Gesellschaft.

FOTO: MISTERQM/PHOTOCASE.COM

Iustitia tut sich schwer mit der Tagesschau.de-App

Helmut Hartung ist Chefredakteur von promedia

Wissenschaftsfreiheit und starkes Urheberrecht

Eine Replik auf den Beitrag »Warten auf die Wissenschaftsschranke« von Frank Simon-Ritz in Politik & Kultur 5/2012

CHRISTIAN SPRANG

Der Börsenverein ist davon überzeugt, dass eine Umsetzung der zentralen Forderung des Deutschen Bibliotheksverbands (dbv) nach Einführung einer allgemeinen Wissenschaftsschranke ins deutsche Urheberrecht die Chancen Deutschlands im internationalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften deutlich verschlechtern würde. Der dbv verkennt, dass eine Informationsinfrastruktur effizienter funktioniert, wenn die Werke von Forschern und Lehrbuchautoren von im Wettbewerb miteinander stehenden Verlagen publiziert werden statt von der öffentlichen Hand selbst. Die notwendige Verbesserung der Stellung Deutschlands als Wissens- und Forschungsstandort ist nur erreichbar, wenn vermehrt auf marktwirtschaftliche Strukturen gesetzt wird. Dafür ist ein starkes Urheberrecht unabdingbar. Nur dieses gewährleistet, dass ein wissenschaftlicher Autor die freie Wahl hat, wem er zur Erreichung optimaler Sichtbarmachung die Ergebnisse seiner Arbeit anvertraut. Kann der Urheber im Wissenschaftsbereich Verlagen nur ein durch die vom dbv geforderte »allgemeine Wissenschaftsschranke« amputiertes Ausschließlichkeitsrecht an seinen Werken anbieten, bekommt der Verlag – der selbst ja über keine eigene Rechtsposition verfügt – nichts in die Hand, das Investitionen in die beste Auswahl, Aufbereitung, Vermarktung und Verbreitung wissenschaftlicher Werke rechtfertigt. Für den Autor bedeutet dies, dass er mit der freien Wahl seines Veröffentlichungspartners ein wichtiges Element seiner verfassungsrechtlich verbrieften Wissenschaftsfreiheit einbüßt. Für die Bibliotheken und Universitäten würde aus dem Verschwinden der Wissenschaftsverlage die unlösbare Aufgabe folgen, deren bislang unter marktwirtschaftlichen Bedingungen geleisteten Tätigkeiten in anreizlosen staatlichen Verwaltungsstrukturen mit der gleichen Kosteneffizienz zu erbringen. Der Nutzer schließlich könnte durch sein Nachfrageverhalten nicht mehr die ihm unterbreiteten Angebote und deren

Ein starkes Urheberrecht ist unabdingbar

Qualität steuern, sondern wäre dazu verdammt sich mit dem zu begnügen, was »volkseigene« Publikationsbetriebe hervorbringen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Teilbereichen von Bildung und Forschung ist die wissenschaftliche Literaturversorgung aufgrund der Investitionen privater Unternehmen – Verlage und Bibliotheksdienstleister – sowohl inhaltlich wie finanziell hocheffizient organisiert:

Jahr für Jahr verarbeiten die weltweit gut 2.000 wissenschaftlichen Zeitschriftenverlage mit ihren 110.000 Mitarbeitern mehr als 3 Millionen Artikel. Sie organisieren 125.000 Zeitschriftenherausgeber, 350.000 Mitglieder von Herausgebergremien und ein Vielfaches an Gutachtern, die jährlich mehr als 3,75 Millionen Gutachten zu Arbeiten erstellen, die aus dem Kreis von 12 Millionen Forschern an 4.500 Einrichtungen in mehr als 180 Staaten hervorgehen und u.a. zu etwa 1,5 Millionen durch peer review validierten Beiträgen in wissenschaftlichen Zeitschriften führen. Diese werden durch Bibliothekslieferanten und Verlage pro Jahr auf mehr als 10 Millionen Seiten in gedruckter Form und elektronisch in über 1,5 Milliarden Downloads verbreitet. Insgesamt stellen Wissenschaftsverlage weltweit über 40 Millionen Artikel in elektronischer Form für Recherchen und Downloads bereit. Verlage und Bibliothekslieferanten haben allein in den vergangenen zehn Jahren über 3 Milliarden Euro in die Erstellung von und den Zugang zu wissenschaftlichen Informationen investiert.

Wissenschaftsverlage und Bibliothekslieferanten haben die Errungenschaften der digitalen Revolution intensiv wie kaum ein anderer Unternehmenszweig genutzt. Durch Eröffnung von remote-Zugriffen, elaborierte Suchfunktionen, Verlinkung von Artikeln sowie Nutzungsinformationen und Administrationssoftware für Bibliotheken haben sie einen Produktivitätsschub in Entwicklung und Forschung ermöglicht. Derzeit investieren diese privaten Dienstleister viele hundert Millionen Euro in Internetdienstleistungen der zweiten Generation wie das elektronische Anreichern von Artikeln, Visualisierung, Aufbau fachspezifischer sozialer Netzwerke, mobile Inhalte, text und data mining, Verbesserung der Messung von Forschungserfolgen, aber auch in den Kampf gegen Plagiate und Piraterie sowie die Erhöhung ethischer Standards in der Forschung.

94 Prozent der Wissenschaftler empfinden den Zugang zu wissenschaftlichen Fachinformationen nach einer britischen Studie als sehr leicht oder leicht. Unter den Faktoren, die Wissenschaftler als hemmend für ihre Forschungsleistungen empfinden, wird unzureichender Zugang zu publizierten Forschungsergebnissen erst an 17. Stelle genannt, während die Belastung durch die Beschaffung von Forschungsfördermitteln und administrative Erschwernisse weit oben auf der Beschwerdeskala stehen.

Ausgaben für wissenschaftliche Literatur beanspruchen in Europa etwa 1 Prozent der Budgets von Hochschulen. Selbst innerhalb der Universitätsbibliotheken stellen sie nur etwa ein Drittel der Gesamtkosten dar und liegen damit z.B. deutlich unter den in öffentlich-rechtlich organisierten Bibliotheken anfallenden Personalkosten.

Während die Zahl wissenschaftlicher Zeitschriften, auf die Hochschulen Zugang haben, seit 2004 jährlich um durchschnittlich 7 Prozent gestiegen ist, sind die Kosten des Zugangs pro Zeitschrift in demselben Zeitraum jährlich durchschnittlich um 3 Prozent gesunken. Zwischen 2004 und 2008 hat sich die Zahl der Downloads wissenschaftlicher Beiträge jährlich um 27 Prozent erhöht, während die Kosten pro heruntergeladenem Artikel um 12 Prozent pro Jahr gesunken sind und inzwischen im Durchschnitt unter einem Euro liegen.

Die Leistung, die Verlage und Bibliothekslieferanten in den letzten zehn Jahren erbracht haben, ist umso höher einzuschätzen, als die Erwerbungsetats der Bibliotheken im selben Zeitraum nicht mit den um 3 bis 4 Prozent jährlich wachsenden Forschungsförderungsaufgaben mitgewachsen sind, sondern bestenfalls stagniert oder die allgemeine Inflationsrate ausgeglichen haben. Die steigende Anzahl von Forschungsartikeln und ihre zunehmende Länge führen nämlich zu einem stetig wachsenden Umfang der Forschungsliteratur und damit zu höheren Publikationskosten.

Es ist auch angesichts der zahlreichen Beispiele nicht nachhaltiger und gescheiterter Publikationsaktivitäten der öffentlichen Hand schwer vorstellbar, dass staatliche Strukturen zu besseren Inhalten, mehr Zugang und einer leistungsfähigeren Informationsinfrastruktur als der bestehenden führen werden. Eine marktwirtschaftliche Umgebung bietet für die Bewältigung der stetig wachsenden technischen Anforderungen bessere Bedingungen und macht die Unterstützung der Wissenschaft weniger abhängig von den Schwankungen staatlicher Investitionen.

Dies gilt nicht nur für die wissenschaftliche Forschung, sondern erst recht für Lehre und Ausbildung in Hochschulen. Die vom dbv geforderten Ausweitungen von Schrankenbestimmungen würden dazu führen, dass Lehrbücher und wissenschaftliche Monographien, gleich ob gedruckt oder digital, nicht mehr auf privatwirtschaftlicher Basis angeboten werden könnten. Bereits an dem seit der Einführung des § 52a UrhG im Jahr 2003 stattfindenden Einbruch der Auflagen von Lehrbüchern, der zur Verzögerung von Neuauflagen und Innovationen bei e-Lehrbüchern führt, lässt sich beobachten, wie negativ sich Urheberrechtsschranken für den Ausbildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland auswirken können.

Christian Sprang leitet die Rechtsabteilung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels

Kulturfledderei oder Filecaring?

Eine Reaktion auf das Plakat »Kulturfledderer« der Initiative »Ja zum Urheberrecht«, das der letzten Ausgabe von Politik & Kultur beilag

ELLE NERDINGER UND ALEXANDER DOMMES

Sharing is caring« heißt es so schön. Einige Menschen im Netz verwenden diesen liebevoll klingenden Satz nicht nur als Lippenbekenntnis, um den vermeintlichen Diebstahl von Kulturgütern im Netz schön zu reden. Es ist eher ein Romantisieren der menschlichen Natur. Dem Menschen als soziales Wesen wohnt das Bedürfnis zu teilen inne. Dies können Kochrezepte, Hausmittel, Mathe-Formeln oder auch Musik sein.

Sharing is caring – for humanity's sake! Dieses Motto gilt nicht nur für die Freude am Teilen mit anderen Personen: Es ist in weiten Teilen genauso ein »caring« für die Inhalte selbst. Filesharer sind – ohne den juristischen Hintergrund zu beleuchten – Menschen, die Werke rund um den Globus verbreiten – dem Internet sei Dank. Man könnte diese Leute etwas überspitzt als PR-Guerilla bezeichnen, die kreativen Mitmenschen zu einem breiteren Publikum verhelfen. Zuerst ohne Vergütung, jedoch durch größere Verbreitung mit einem ebenso größerem Potenzial für höhere Einnahmen. Durch Teilen werden Fans gewonnen und Empfehlungen ausgesprochen – das ist die Währung im »Web 2.0«. Viele Filesharer gehören zu jenem Publikum, welches sehr gerne für inspirierende und lieb gewonnene Inhalte bares oder digitales Geld hinlegt. Schließlich hat man das Werk und den Kreativen dahinter ausgiebig beschnuppert und weiß nun in was man sein Geld investiert.

Ein illegaler Download entspricht nicht einem Diebstahl in der materiellen Welt

Es ist sehr wichtig zu verstehen, dass ein »illegaler Download« nicht das Pendant zu einem Diebstahl in der materiellen Welt darstellt – es ist allenfalls eine verpasste Verwertungschance.

Die Netzkultur ist noch relativ frisch. Sie provoziert und eckt in der Welt außerhalb des Internets öfters durch ihre scheinbare Andersartigkeit an. Besonders provokant wirkt das Netz und seine Kulturtechniken wohl auf Krimiautoren des Syndikats. Die Bezeichnung »Kulturfledderer« wurde mitsamt drastischen Postermotiven in den Raum gestellt. Wesen ohne Brustwarzen (sic!) liegen mit weißen Tüchern morbide drapiert auf und vor einem Obduktionstisch. Die Leichenschau wird von einem Menschen ausgeführt, der eine Guy-Fawkes-Maske zur Medizinertracht trägt. Man könnte zuerst meinen, dass mit dieser Maske explizit das Anonymous Kollektiv als digitale Totengräber der Kultur angeprangert werden – denn diese Maske wird schließlich von der Gruppe als kollektives Antlitz verwendet.

Darüber empören die Piraten sich aufgrund der kruden Symbolik: Diese Guy-Fawkes-Maske steht im Netz pars pro toto für ihren Kulturkreis. Diese Maske steht für freien Zugang zu Wissen, Kultur und Teilhabe. Diese Maske stellt eine direkte Verbindung zum Gründungsimpuls der Piraten her: die Kriminalisierung von Filesharern. Wenn man schon über das Wort an sich nachdenkt, wird einem klar, dass es sich hier um Menschen handelt, die digitale Güter teilen. Welche Eltern haben ihre Kinder nicht zum Teilen ermahnt? Wird man nicht auch in den großen Weltreligionen zum Teilen angehalten? Die Leute, die auf dem Syndikat-Plakat gemeint sind, heißen Filesharer und nicht »Filekillers« oder »Filecriminals«. Sie übertragen ganz selbstverständlich grundlegende menschliche Eigenschaften in ihren Lebensraum Internet und haben gegenüber den kreativen Menschen so gut wie keine bösartigen Sentiments – im Gegenteil, denn beide sind aufeinander angewiesen.

Die negativen Gefühlsregungen äußern sich bei Filesharern meistens gegenüber den Verwertungsgesellschaften, der GEMA und den Verlagen, die dafür verantwortlich sind, dass Inhalte »in deinem Land nicht verfügbar« sind. In den Augen der Netzmenschen wollen die Inhalten gesehen, gehört, genossen und geremixed werden. Und das auch gerne käuflich. Zweifellos sollte ein Künstler von seinen Werken leben können. Doch wenn man als Kulturliebhaber im Netz oft genug auf Schranken stößt und Inhalte noch nicht einmal legal bequem herunterladen kann, dann empfindet man die Kulturverwalter, die Kreativindustrie als »Kulturfledderer«.

Erst Apple mit iTunes – und nun Amazon, Spotify und Google mussten den Musik- und Medienkonzernen zeigen, wie man im Internet Digitales zu Geld machen kann. Es fehlt an Willen und an Ideen, die neuen Wege zu finden und zu beschreiten. Die gerade in Deutschland oft genutzten, nicht immer nachvollziehbaren und völlig überzogenen Abmahnungen gegen jugendliche Filesharer führen zu nichts und bewirken eher das Gegenteil. Und doch zeigen viele Beispiele, dass legale Angebote gern genutzt werden, wenn sie einfach, bequem und barrierefrei sind. Es fehlt gerade den weltweit vernetzten Netzmenschen an Verständnis dafür, dass Dinge, die etwa in Großbritannien oder den USA seit Jahren im Alltag angekommen sind, erst sehr viel später in Deutschland ankommen – aufgrund von Lizenzen, Verträgen und unzähligen Klauseln, die mit dem Alltag nichts mehr zu tun haben und denen es an Legitimation fehlt.

Wer fleddert, das ist letztlich eine Frage des Blickwinkels

Letztendlich ist es wohl eine Frage des Blickwinkels, wer hier wen »fleddert«. Böses Blut gibt es sowohl von Seiten der Kulturschaffenden als auch von den aktiven Usern im Netz, obwohl beide gleichermaßen voneinander abhängig sind. Man kann auf Grundlage eines grundsätzlichen gegenseitigen Misstrauens keinen konstruktiven Diskurs über eine gesicherte Zukunft für Kreative führen. Ein erster Schritt ist die Einsicht, dass Kultur und Kreativität eben nicht von Tausch- und Marktlogik allein am Leben gehalten werden kann. Kultur ist genauso Beitrag, Diskurs und Freude am Schaffen. Diese Freude am Ausdruck innerster Gefühle, Gedanken und Regungen speist sich nicht allein aus nacktem Gewinnstreben, sondern eher durch den Drang sich mitzuteilen. Und wer sich mitteilen möchte, freut sich meist über ein breites Publikum und die Verbreitung der eigenen Werke. Dies geschieht im 21. Jahrhundert selbstverständlich über das Internet. Und es gibt mittlerweile viele Autoren, Musiker und Künstler, die diese Kanäle auch ohne Verlag und Verwertungsgesellschaft dafür nutzen, ihre Mägen und ihr Portemonnaie zu füllen. Freie Lizenzen wie zum Beispiel Creative Commons bieten auch in Deutschland unbürokratischen und rechtlich sicheren Schutz für eigene Werke. Jeder Mensch kann mit diesen vielfältig konfigurierbaren Lizenzen Werke schützen. Gleichzeitig werden durch diese Lizenzen der Remix und die legale Weiterverbreitung von Werken im Netz stark gefördert. Gerade in Zeiten des Internets ist auch ein Laie in der Lage, sich auf semi-professionellem Wege zu vernetzen und sich einen Namen zu machen. Die Reichweite, die früher fast ausschließlich über gewerbliche oder staatlich geförderte Kanäle zugänglich war, steht heute jedem Menschen mit Internetanschluss offen.

Diesen Bedingungen muss das mittlerweile veraltete Urheberrecht mit seinen Verwertungs- und Gewinnerzielungsmechanismen dringend angepasst werden. Kultur war und ist vor allem heute keine Einbahnstraße mehr. Destruktive Anfeindungen und Vorwürfe wie das »Kulturfledderer«- Plakat oder Phrasen wie die »Piraten wollen das Urheberrecht abschaffen« bringen niemanden weiter. Die Piratenpartei will den im Frühjahr 2012 begonnenen Dialog mit Urhebern weiterführen und lädt alle Kulturschaffenden, Kulturförderer und Kulturfreunde sehr herzlich dazu ein.

Elle Nerdinger ist Sprecherin AK Kultur NRW. Alexander Dommes ist aktives Mitglied der Piratenpartei

COLLAGE: AK K + M, PIRATEN NRW

Künstlerische Antwort der Piratenpartei NRW auf das Plakat »Kulturfledderer« der letzten Ausgabe

Bei der Akademie Remscheid
für Kulturelle Bildung e. V. ist die Stelle

AKADEMIE REMSCHEID

des Direktors/der Direktorin

zum 01.12.2013 zu besetzen.

Die Akademie Remscheid ist das bundeszentrale Institut für die Fort- und Weiterbildung von Fachkräften im gesamten Feld der kulturellen Bildung einschließlich der Medienarbeit. Gleichzeitig ist sie Rechtsträger von landes- oder bundesweit arbeitenden Institutionen und Projekten (z. B. Kinder- und Jugendfilmzentrum, Arbeitsstelle kulturelle Bildung in Schule und Jugendarbeit). Sie ist zudem Sitz von weiteren landes- und bundesweit arbeitenden Fachorganisationen.

Der Stelleninhaber/die Stelleninhaberin leitet die Akademie Remscheid. Es wird erwartet, dass fachlich und politisch die Belange kultureller Bildung nachhaltig vertreten und Impulse und Konzepte für eine zukunftsfähige kulturelle Bildungsarbeit entwickelt werden. Die Vergütung orientiert sich am TVöD. Im Rahmen der beruflichen Gleichstellung sind wir an der Bewerbung von Frauen interessiert. Bewerber/-innen mit Behinderung werden bei gleicher Eignung und Qualifikation vorrangig berücksichtigt.

Entsprechend qualifizierte Persönlichkeiten senden ihre Bewerbungsunterlagen zusammen mit Überlegungen für eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Akademie Remscheid an:

Akademie Remscheid
Prof. Dr. Irmgard Merkt, Vorsitzende des Trägervereins
Küppelstein 34, 42857 Remscheid

Die Bewerbungsfrist endet am 31.12.2012
Weitere Informationen zur Akademie Remscheid auf der Website www.akademieremscheid.de.

FOTO: GENNADI+/PHOTOCASE.COM

Piratenherzen geraten beim Urheberrecht in Wallung

Piratenpartei NRW vs. Plakat »Kulturfledderer« der Autorengruppe Syndikat

WOLFGANG BÖRNSEN

Einer Verbandszeitung liegt ein Plakat bei. Eines, das auf den ersten Blick schwer verständlich ist. Bleiche, halbnackte Menschen ohne Brustwarzen sieht man. Zweien werden gerade von einem Mann mit Guy-Fawkes-Maske die Eingeweide herausgerissen. Blut läuft. Der Raum erinnert an den typischen »Tatort«-Pathologiesaal.

Unter dem Titel »Kulturfledderer« wird mit dem inzwischen bekannten roten Button mit dem Fingerabdruck für die Aktion »Ja zum Urheberrecht« geworben. Die Vereinigung deutschsprachiger Krimiautoren »Syndikat« zeichnet sich für das Plakat verantwortlich.

Die Guy-Fawkes-Maske hat das Internetkollektiv »Anonymous« zu seinem Symbol erkoren. Wer will, kann in dem Motiv also eine Anspielung auf Anonymous lesen.

Nun ja. Nichts für meine dreijährige Enkeltochter, aber ein großer Aufreger ist das Motiv heutzutage auch nicht mehr.

Und was passiert? Es regt sich jemand auf! Und zwar fürchterlich. So sehr, dass sogar die »Rücknahme« des Plakats gefordert wird. Das ist nun wirklich süß. Geht's noch?

Dass es nun ausgerechnet die Piratenpartei (genauer: der Arbeitskreis Kultur und Medien NRW) ist, die über dieses Stöckchen gesprungen ist, verwundert doch sehr. Zwar verstehe ich, dass Piratenherzen in Wallung geraten, wenn es um das Urheberrecht geht. Zu mächtig und zu zahlreich sind die Bewegungen der Künstlerinnen, Künstler und Kreativen zur Verteidigung ihres Rechts auf geistiges Eigentum in den letzten Monaten geworden.

Aber es wirft doch ein bedenkliches Licht auf die Debattenkultur in einer Partei, die mittlerweile in vier Landtagen sitzt und nächstes Jahr in den Deutschen Bundestag einziehen will. Die Piraten treten ein für die Freiheit des Internets. Sie geißeln beinahe jeden Ansatz der Regulierung des Internets durch die Politik. Aber die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst sind damit offenbar nicht gemeint. (Höchstens die Freiheit, sich an Kunstwerken gratis zu bedienen.)

Frei nach Mark Twain: »Wir schätzen die Menschen, die frisch und offen ihre Meinung sagen – vorausgesetzt, sie meinen dasselbe wie wir«?

Man darf nicht den Fehler machen, alle über einen Kamm zu scheren. Klar ist auch, dass es »die« Piraten aufgrund der Heterogenität von deren Sympathisanten (noch?) nicht gibt. Der Arbeitskreis Kultur und Medien NRW der Piraten aber macht den Fehler, sich von dem Plakat angesprochen zu fühlen. Die Forderung der Plakatrücknahme erinnert fatal an die Reaktion der Anonymous-Aktivisten auf die Initiative »Wir sind die Urheber«. Über 6.000 Kreative, Literaten und Kunstschaffende, darunter Nobelpreisträger, bekannten sich öffentlich, weil es um ihre Existenz geht, weil sie nicht einsehen wollen, dass geistiges Eigentum anders als materielles Eigentum nichts mehr gelten soll in unserer Zeit.

Und was tat Anonymous? Im Mai dieses Jahres veröffentlichten unbekannte Täter aus dem Umfeld der Gruppe persönliche Daten, darunter

Die Forderung der Plakatrücknahme erinnert an das Vorgehen der Anonymus-Aktivisten

Adressen und Telefonnummern, von Teilnehmern der Initiative im Internet. Die »Netzgemeinde« hat sich von der kleinen Gruppe anonym bleibender Täter und ihrer feigen Aktion damals schon nicht ausreichend distanziert.

Also, Piraten: Distanziert euch von destruktiven sogenannten »Aktivisten«, die aus dem Schutz der Anonymität Mitbürgerinnen und Mitbürger bloßstellen! Macht euch nicht gemein! Kämpft mit Argumenten – und klärt euer Verhältnis zur Meinungsfreiheit!

Wolfgang Börnsen, MdB ist kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Blätterrauschen: Museumskunde

Bereits 1905 war die erste »Museumskunde« zu lesen. 1917 wurde sie zur Zeitschrift des Deutschen Museumsbundes. Seit 1977 erscheint sie ohne Unterbrechung und hat sich zum zentralen Medium der Museumslandschaft entwickelt.

Die zweimal jährlich erscheinende Zeitschrift widmet sich jeweils einem aktuellen Thema aus der Museumsarbeit. Das Spektrum der Expertenbeiträge reicht von Museumsarchitektur in Deutschland und Grundgedanken zur Ausstellungskonzeption über Interdisziplinarität in Museen und Museumsförderung durch Unternehmen bis hin zu DDR-Geschichte in kommunalen und privaten Museen und der Museumslandschaft in Belarus. Einzelne Museen und Projekte werden vorgestellt. Dabei wird auch immer ein Blick über Deutschland hinaus auf die internationale Museumslandschaft geworfen. Des Weiteren werden in jeder Ausgabe unter der Überschrift »Wer leitet Deutschlands Museen?« Museumsdirektorinnen und Museumsdirektoren porträtiert.

Einen besonderen Service stellen die »English Summaries« – eine Kurzzusammenfassung der Beiträge in englischer Sprache – als Abschluss jeden Heftes dar.

Die aktuelle Ausgabe mit dem Schwerpunkt »Medien für Museen – Mittel der Kommunikation und Vermittlung« setzt sich in unterschiedlichen Beiträgen mit dem Einsatz neuer Medien im Museum auseinander. Die kommende Ausgabe wird der Frage »Alle Welt im Museum?« nachgehen und sich mit Museen in einer pluralen Gesellschaft auseinandersetzen.

»Museumskunde« richtet sich nicht nur an die Mitglieder des Deutschen Museumsbundes, an Museumsmitarbeiter, Vertreter der Kulturpolitik und Multiplikatoren und Verantwortliche in der Kultur- und Museumsbranche, sondern bietet auch museumsinteressierten Leserinnen und Lesern spannende und aktuelle Informationen aus der Museumswelt.

Mitglieder des Deutschen Museumsbundes erhalten die »Museumskunde« kostenlos. Einzelne Ausgaben der »Museumskunde« sind beim Deutschen Museumsbund (http://www.museumsbund.de) erhältlich. Im Abonnement kann die Zeitschrift beim G+H Verlag (www.gh-verlag.com) bezogen werden.

Andrea Wenger ist Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates

Name

Museumskunde

Herausgeber

Dr. Volker Rodekamp, Deutscher Museumsbund e.V.

Redaktion

Marcel Bühler,
Anja Schaluschke

Erscheinen

Zweimal im Jahr

Auflage

2.700

Inhalt

Schwerpunkthefte zu aktuellen Themen der Museumsarbeit

Zielgruppe

Mitglieder des Deutschen Museumsbundes e.V., Museumsmitarbeiter, Vertreter der Kulturpolitik, Multiplikatoren und Verantwortliche in der Kultur- und Museumsbranche, museumsinteressierte Leserinnen und Leser

Titelthemen der letzten Ausgaben

- Medien für Museen – Mittel der Kommunikation und Vermittlung
- Museum nachgefragt
- Interdisziplinarität
- Kulturelles Erbe und Transformation
- Migration

Positionspapier des Deutschen Kulturrates

Zur Zukunft des Urheberrechts

Berlin, den 25.09.2012. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, hat sich in den vergangenen zehn Jahren vielfach zu Fragen des Urheberrechts positioniert. Insbesondere hat der Deutsche Kulturrat mit seinem Aufruf »Für kulturelle Vielfalt im Internet« im Jahr 2012 unterstrichen, welche Bedeutung das Urheberrecht für den Kulturbereich hat. Im Deutschen Kulturrat haben sich die Verbände der Künstler, der Kultureinrichtungen, der Kulturvereine und der Kulturwirtschaft aller künstlerischen Sparten zusammengeschlossen. Im Deutschen Kulturrat sind daher alle Bereiche des kulturellen Lebens vertreten. In seinen Stellungnahmen, Resolutionen und Positionspapieren stellt der Deutsche Kulturrat den Konsens dieser verschiedenen Akteure des Kulturbereichs dar.

Der Deutsche Kulturrat misst den Künstlern, als Urheber neuer Werke oder auch als Interpreten von Werken, eine herausragende Bedeutung zu. Neue Werke entstehen durch das Schaffen von Künstlern.

Das Thema Urheberrecht hat in den letzten Jahren in der gesellschaftlichen Debatte zunehmend an Bedeutung gewonnen. In der analogen Welt wurden urheberrechtliche Fragen vor allem von Experten diskutiert und betrafen in erster Linie Künstler, Kultureinrichtungen und Unternehmen der Kulturwirtschaft. Das Urheberrecht war in erster Linie für Urheber, als Schöpfer von Werken, Verwerter und professionelle Nutzer von Bedeutung. Die Debatte fand weitgehend innerhalb des Kulturbereichs statt. Der private Nutzer kam in der Regel wenig mit dem Urheberrecht in Berührung.

Wert geistiger Arbeit

Heute in der digitalen Welt geht das Urheberrecht jedermann an. Die Auseinandersetzung um das richtige Urheberrecht wird in einer breiten Öffentlichkeit geführt und hat eine politische Bedeutung gewonnen, die noch vor wenigen Jahren nicht vorstellbar war, denn das Internet ermöglicht die schnelle Bereitstellung von künstlerischen und journalistischen Werken.

Wird nur 15 Jahre zurückgeblickt, so ist festzuhalten, dass insbesondere von Seiten des Bundeswirtschaftsministeriums seit der Mitte der 1990er-Jahre verschiedene Initiativen ergriffen wurden, um die Akzeptanz des Internets zu stärken und die Nutzung zu verbreitern. Angefangen vom »Forum Info 2000« und dem »Forum Informationsgesellschaft« wurden durch verschiedene breit angelegte Kampagnen die Vorteile des Internets herausgestrichen und die Potenziale zur Entwicklung der Wissensgesellschaft betont. In diesem Zeitraum entstand das weit verbreitete Missverständnis, ein freier Zugang zu Informationen und Werken bedeute zugleich, dass diese Werke kostenlos zu haben seien.

Die Internetwirtschaft konnte sich nicht zuletzt aufgrund der verstärkenden politischen Rückendeckung entwickeln. Die Kultur- und Kreativwirtschaft wurde teilweise vor allem als »Rohstoffquelle« für die Internetwirtschaft gesehen. Der Wert geistiger – künstlerischer oder wissenschaftlicher – Arbeit und die Umstände der Entstehungsprozesse von Werken wurden dabei nicht in den Blick genommen. Künstler oder auch Unternehmen der Kulturwirtschaft, die eine adäquate Entlohnung für ihre Leistungen einforderten, gerieten zunehmend in Verdacht, gegen Nutzer zu handeln. Das Urheberrecht schien auf einmal vor allem ein Recht zu sein, dass Nutzungen verhindert und nicht welche ermöglicht. Die Komplexität des Rechts macht es allerdings den privaten Nutzern auch schwer, nachzuvollziehen, welche Nutzungen erlaubt sind und welche nicht.

Mit diesem Positionspapier stellt der Deutsche Kulturrat seine Positionen zum Urheberrecht vor.

Grundlagen des Urheberrechts

Urheberrecht als Menschenrecht
Art. 27 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948 sichert jedem Menschen das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben zu. Art. 27 Abs. 2 der Erklärung garantiert den Urhebern das Recht auf Schutz ihrer geistigen und materiellen Interessen. Das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben und das Urheberrecht sind also international anerkannte Menschenrechte, die in eine Balance zu bringen sind. Sie wurden in Art. 15 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1966 bekräftigt.

Urheberrecht als internationales Recht
Bereits im Jahr 1886 wurde die »Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und der Kunst« als völkerrechtlicher Vertrag verabschiedet. Die »Revidierte Berner Übereinkunft« (RBÜ) aus dem Jahr 1908 sieht insbesondere den Grundsatz der Inländerbehandlung sowie bestimmte Mindestgarantien für Urheber aus den Verbandsländern vor. Daneben besteht eine Reihe von weiteren internationalen Verträgen. Dennoch gibt es kein weltweites Urheberrecht, sondern aufgrund des Territorialitätsgrundsatzes nur ein Bündel von nationalen Urheberrechten.

Urheberrecht als europäisches Recht
Auch ein einheitliches europäisches Urheberrecht gibt es bisher nicht. Allerdings hat die Europäische Union acht Richtlinien erlassen, die Teilbereiche des Urheberrechts in den Mitgliedstaaten harmonisieren. Von besonderer Bedeutung für die digitale Welt ist dabei die Richtlinie »Urheberrecht in der Informationsgesellschaft« aus dem Jahr 2001.

Urheberrecht als nationales Recht
Das deutsche Urheberrecht basiert im Wesentlichen auf dem Urheberrechtsgesetz aus dem Jahr 1965. Es statuiert zuerst den Schutz der künstlerischen Werke sowie im Urheberpersönlichkeitsrecht die unverbrüchliche Beziehung zwischen Urheber und Werk. Allein der Urheber hat das Recht zu bestimmen, ob und in welcher Form sein Werk veröffentlicht werden kann. Ebenso bestimmt der Urheber, welche Nutzungen erlaubt sind und welche gegebenenfalls nicht. Von zentraler Bedeutung sind ferner das Urheberpersönlichkeitsrecht und hier insbesondere die Nennung des Urhebers bei der erlaubten Bearbeitung und das Verbot der Verstümmelung von Werken. Weiter wird im Urheberrecht das materielle Recht des Urhebers geregelt. Der Urheber muss einen materiellen Nutzen aus der Verwertung seines Werkes ziehen können. Das Recht der Urheber wird im Interesse der Allgemeinheit durch die Schrankenregelungen begrenzt. Zu den Schrankenregelungen gehören unter anderem das Zitatrecht, das sogenannte Schulbuchprivileg und das Vervielfältigungsrecht zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch. Im Urheberrechtsgesetz ist auch das Leistungsschutzrecht geregelt. Leistungsschutzberechtigte sind die ausübenden Künstler, die ein Werk aufführen, sowie die Hersteller, die Werke produzieren und verbreiten.

Das Urheberrecht dient dem Schutz des Künstlers und seines Werks sowie dem Entstehen neuer Werke. Dieser Schutz muss in der digitalen Welt, in der territoriale Grenzen keine Rolle mehr spielen, aufrechterhalten und verbessert werden.

Aktuelle Anforderungen im Urheberrecht

Durch die Digitalisierung haben sich die Produktions-, Distributions- und Rezeptionsbedingungen sowie -gewohnheiten von Kunst und Kultur grundlegend verändert. Künstlerische Werke sind vermeintlich überall verfügbar. Private Nutzer sind in ganz neuem, bisher unbekanntem Maße gefordert, sich damit zu befassen, ob es sich bei den ihnen angebotenen Werken um legale oder illegale Angebote handelt. Daraus sind Konfrontationen zwischen dem Kulturbereich und den Nutzern entstanden. Es geriet fast in Vergessenheit, dass Künstler grundsätzlich wollen, dass ihre Musik, ihre Texte, ihre Bilder, ihre Filme gehört, gelesen oder gesehen werden. Sie wollen aber zuerst gefragt werden, wo und wie ihre Werke präsentiert werden. Sie wollen ebenso eine angemessene Entlohnung für diese Nutzungen.

Im Mittelpunkt der Urheber

Im Mittelpunkt des Urheberrechts stehen der Urheber und seine Beziehung zum Werk. Allein der Urheber kann und muss entscheiden, ob er aus der Nutzung seiner Werke einen wirtschaftlichen Vorteil ziehen und diesen in Zusammenarbeit mit einem Verwerter realisieren will. Viele Urheber können nur mit einem Verwerter ihre Werke in die Öffentlichkeit bringen. Jedem Urheber ist es rechtlich unbenommen, seine Werke kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Ebenso muss aber auch respektiert werden, wenn Urheber nicht wollen, dass ihre Werke kostenfrei genutzt oder aber weiterverwendet bzw. bearbeitet werden. Der Deutsche Kulturrat ist der Überzeugung, dass der Schutz des Urhebers und seines Werks sowie sein Recht, über das Ob und Wie der Nutzung zu entscheiden, ein unverrückbarer Grundsatz des Urheberrechts ist.

Angemessene Vergütung

Für die Nutzung von künstlerischen Werken ist eine angemessene Vergütung unverzichtbar. Dieses gilt sowohl in den Vertragsbeziehungen zwischen Urhebern und Verwertern als auch mit Blick auf die Nutzer. Zur Stärkung der rechtlichen Stellung der Urheber gegenüber den Verwertern wurde vor zehn Jahren das Urhebervertragsrecht (Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung der Urheber und ausübenden Künstler) beschlossen. Der Deutsche Kulturrat fordert, dass mehr als zehn Jahre nach Inkrafttreten das Urhebervertragsrecht vom Gesetzgeber ergebnisoffen evaluiert wird. Aus dieser Evaluierung müssen möglichst schnell Konsequenzen gezogen werden.

Vereinfachung für Werknutzungen für Schule, Bildung und Wissenschaft

Neues geistiges Schaffen setzt regelmäßig die Auseinandersetzung mit vorhandenen Werken voraus. Dem wird durch das Recht der freien Benutzung und einem differenzierten Schrankenkatalog im Urheberrecht Rechnung getragen. Besonders kontrovers wurden im Rahmen des letzten Gesetzgebungsverfahrens Schrankenregelungen zu Gunsten von Bildung und Wissenschaft diskutiert. Die geltenden Regelungen sind weiterhin umstritten. Der Deutsche Kulturrat fordert dazu auf, die Schrankenregelungen zu Gunsten von Bildung und Wissenschaft auf eine mögliche Vereinfachung hin zu überprüfen und soweit erforderlich neue Lizenzierungs- und Vergütungsmodelle zu diskutieren. Hierbei darf die angemessene Vergütung der Urheber nicht in den Hintergrund treten. Weiter ist angemessen zu berücksichtigen, dass es Werke gibt, die ausschließlich für den Bildungs- und Wissenschaftsbereich hergestellt wurden.

Teilhabe an Kunst und Kultur

Ebenso wie das Urheberrecht ist auch das Recht auf Teilhabe an Kunst und Kultur ein Menschenrecht. Das Internet eröffnet ganz neue Chancen der Teilhabe, die es zu nutzen gilt. Kultur- und Bildungseinrichtungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur kulturellen Teilhabe eines jeden Bürgers und zur Bewahrung des kulturellen Erbes. Sie können durch das Internet diesen gesellschaftlichen Wert erhöhen, wie zum Beispiel der gemeinsame Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek als Teil der Europeana durch Bibliotheken, Archive und Museen eindrucksvoll belegt. Das Urheberrecht bietet ihnen dazu jedoch nicht den erforderlichen Rechtsrahmen. Der Deutsche Kulturrat fordert deshalb, den erforderlichen Rechtsrahmen zu schaffen, um unter Einbeziehung der Verwertungsgesellschaften die Nutzung von verwaisten und vergriffenen Werken in Bibliotheken und Archiven sowie der Deutschen Digitalen Bibliothek zu ermöglichen.

Privatkopie im digitalen Zeitalter

Auch im digitalen Bereich bleibt die Privatkopie zulässig. Dem trägt das Urheberrecht bereits jetzt Rechnung. Daran ist auch in der digitalen Welt festzuhalten. Allerdings muss eine angemessene Vergütung für die Anfertigung von Privatkopien sichergestellt werden. Der Deutsche Kulturrat setzt sich deshalb für eine Verbesserung des bestehenden Systems der Geräte- und Speichermedienvergütung unter anderem durch die Einführung einer Hinterlegungspflicht für gesetzliche Vergütungsansprüche ein. Ferner sind neue gesetzliche Vergütungsansprüche für Werknutzungen neuer Formen zum Beispiel im Rahmen des cloud computing zu prüfen.

Verwertungsgesellschaften

Verwertungsgesellschaften sind Selbsthilfeorganisationen der Künstler und Rechteinhaber. Sie dienen dazu, Rechte wahrzunehmen und Vergütungen einzuziehen, die der Einzelne nicht effektiv wahrnehmen kann. Ferner nehmen sie kulturelle und soziale Aufgaben wahr. Verwertungsgesellschaften sind als zentrale Anlaufstellen bei der Rechtevergabe und bei der Sicherung einer angemessenen Vergütung in der digitalen Welt besonders wichtig. Sie unterliegen der Kontrolle durch ihre Mitglieder und die gewählten Gremien sowie der rechtlichen Aufsicht durch das Deutsche Patent- und Markenamt. Sie sind international vernetzt. Die Aufgaben der Verwertungsgesellschaften in Deutschland müssen auch in Zukunft beibehalten werden können. Das gilt es insbesondere bei der weiteren Beratung des kürzlich vorgelegten EU-Richtlinienvorschlags über die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten Schutzrechten sicherzustellen. Der Deutsche Kulturrat fordert, die Kompetenz der Verwertungsgesellschaften für neue Vergütungsmodelle vermehrt zu nutzen und ihre Position zu stärken. Die Aufgaben der Verwertungsgesellschaften nach dem Urheberrechtswahrnehmungsgesetz müssen auch unter Geltung einer zukünftigen EU-Richtlinie beibehalten werden können.

Verständlichkeit des Rechts

Da heute in zunehmendem Maße die privaten Nutzer unmittelbar mit dem Urheberrecht konfrontiert sind, muss das Recht verständlich sein und allen Beteiligten in weitaus stärkerem Maße vermittelt werden. Jeder Nutzer muss die Grundprinzipien des Rechts verstehen und damit einhalten können. Der Deutsche Kulturrat ist daher der Auffassung, dass ein verständlicher Text des Urheberrechtsgesetzes in der digitalen Welt unumgänglich ist.

Neue Geschäftsmodelle

Die Entwicklung von Geschäftsmodellen ist nicht in erster Linie eine Frage des Urheberrechts, sondern der Investition in künstlerische Leistungen und der Erwartung, daraus einen wirtschaftlichen Gewinn ziehen zu können. An der Produktion und Verwertung von geschützten Werken sind je nach künstlerischer Sparte unterschiedlich viele Menschen und Unternehmen beteiligt. In manchen künstlerischen Bereichen bestehen Verwertungsketten. Die einzelnen Glieder der Verwertungskette machen die Investitionen in künstlerische Werke und Leistungen erst möglich. Auch im Internet steigt die Zahl der kommerziellen Angebote von Werken stetig an. Um Investitionen tätigen zu können und Innovationen zu ermöglichen, brauchen die Unternehmen einen verlässlichen Rechtsrahmen. Gleichzeitig verdienen solche Geschäftsmodelle keinen Schutz, die darauf aufbauen, dass Werke von Künstlern und anderen Rechteinhabern intensiv genutzt, aber nicht vergütet werden. Der Deutsche Kulturrat ermutigt die Unternehmen, weiter in neue Geschäftsmodelle zu investieren, um die Breite und Vielfalt von Angeboten im Internet zu vergrößern. Der Deutsche Kulturrat fordert die Schaffung eines verlässlichen Rechtsrahmens, um solche Investitionen zu ermöglichen und zugleich den Schutz der Interessen von Urhebern und Leistungsschutzberechtigten zu gewährleisten.

Rechtsdurchsetzung

Ein Rechtsstaat wie die Bundesrepublik ist zur Rechtsdurchsetzung verpflichtet. Es muss allerdings auch ein angemessenes Verhältnis zwischen Rechtsdurchsetzung und Rechtsverletzung bestehen. Alle Akteure müssen Verantwortung zur Durchsetzung des Rechts übernehmen. Es ist nicht allein Aufgabe der Künstler oder der Unternehmen der Kulturwirtschaft, sich für die Sicherung ihrer Rechte stark zu machen. Auch die Internetwirtschaft ist gefordert, ihren Part zu übernehmen. Ebenso sollten die privaten Nutzer ein Interesse an rechtsstaatlichen Grundsätzen im Netz haben. Der Deutsche Kulturrat ist daher der Auffassung, dass es dringend effektiver Regelungen zur Rechtsdurchsetzung im internationalen Kontext bedarf. Hierzu gehört in besonderem Maße eine verstärkte Haftung der Host-Provider bei Urheberrechtsverletzungen. Weiter sind die Anbieter von Bezahlsystemen gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit sie nicht zur Bezahlung illegal angebotener Inhalte genutzt werden.

Modernisierung der Künstlersozialversicherung?

Die Künstlerbegriff hat sich gewandelt

RAINER FUCHS

Die Künstlersozialversicherung ist ein in Europa einzigartiges Erfolgsmodell. Rund 180.000 selbstständige Künstler und Publizisten verdanken ihr eine bezahlbare Absicherung im Alter sowie bei Pflegebedürftigkeit und Krankheit. Die Gesellschaft, aber auch die Kulturwirtschaft verdankt nicht zuletzt dieser sozialen Absicherung ein ungewöhnlich breites Spektrum überwiegend hoch qualifizierter Kulturschaffender. In den jetzt schon fast 30 Jahren ihres Bestehens hat die Künstlersozialversicherung einen festen Platz in der Kultur- und Soziallandschaft errungen.

Die Arbeitswelt hat sich verändert; gerade im Kulturbereich ist selbstständige Tätigkeit in vielen Feldern beinahe zum Standard geworden. Jährlich um etwa 4.500 steigende Versichertenzahlen belegen dies. Grundlegend sind auch die Veränderungen der Medienlandschaft in einer digitalen Arbeitswelt, in der ganz neue Berufe wie der Web-Designer oder Web-Journalist entstanden sind und Video-Spiele einen riesigen Markt einnehmen. Mit rund 137 Milliarden Euro jährlichem Gesamtumsatz ist die Kultur- und Kreativwirtschaft ein bedeutender Wohlstands- und Wachstumsfaktor. Etwa einer Million Erwerbstätigen gibt dieser Wirtschaftszweig eine Lebensgrundlage. Nicht alle Selbstständigen aus der Kreativwirtschaft profitieren aber von der Künstlersozialversicherung. Nach grober Schätzung – verlässliche Daten gibt es nicht – erfüllen bis zu 100.000 Selbstständige aus dem Kulturbereich die Voraussetzungen nicht, dazu gehören etwa die Hilfskräfte von Film und Theater sowie handwerkliche und industrielle Fertigung. Brauchen wir also eine Modernisierung – ist unsere Künstlersozialversicherung vielleicht etwas altbacken gewordenen? Ist der Kunstbegriff zu eng gefasst?

Um eines gleich vorweg zu sagen: Mit jeder Veränderung, jeder öffentlichen Diskussion um die Künstlersozialversicherung, betreten wir gefährliches Terrain, in der die soziale Absicherung der Künstler Gefahr läuft zu versinken. Auch nach drei Jahrzehnten ist der durchaus grundsätzlich vorhandene gesellschaftliche Konsens, den selbstständigen Künstlern und Publizisten eine privilegierte soziale Sicherheit zu geben, immer noch fragil. Er ist vielleicht sogar fragiler denn je, wenn wir bedenken, dass die wirtschaftliche Lage von etwa 2,5 Millionen Solo-Selbstständigen derjenigen von Künstlern und Publizisten durchaus ähnelt, ohne dass sie aber deren Privilegien genießen.

Allgemeine Selbstständigenversicherung und Künstlerprivileg

Warum sollen eigentlich die Künstler nicht wie andere Selbstständige behandelt werden – wo es doch eine allgemeine Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung gibt, und jetzt die generelle Verpflichtung zur Altersvorsorge diskutiert wird? Die Antwort ist eindeutig: Weil es nur im Kulturbereich eine besondere Verantwortung der Unternehmen gibt, die künstlerische oder publizistische Leistungen selbstständiger Künstler oder Publizisten in Anspruch nehmen und verwerten. Die Verantwortung hat das Bundesverfassungsgericht 1987 ausdrücklich bestätigt: Diese Unternehmen sind Quasi-Arbeitgeber. So, und nur so rechtfertigt sich die Künstlersozialabgabe, die mit jährlich fast 200 Millionen Euro 30 Prozent des Beitrages zur Künstlersozialversicherung ausmacht. Die Einführung einer Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen beseitigt diese besondere Verantwortung nicht. Daher würde eine allgemeine Vorsorgeverpflichtung, in welcher Gestalt auch immer, das System der Künstlersozialversicherung nicht tangieren.

Kulturwirtschaft einbeziehen?

Neuerdings wird die Frage gestellt, ob die Künstlersozialversicherung nicht die gesamte Kreativwirtschaft umfassen sollte. Viele Abgrenzungsfragen würden damit gelöst, und alle Selbstständigen im Kulturbereich wären gleichermaßen zu günstigen Konditionen gesichert.

FOTO: AUSS197 / PHOTOCASE.COM

Nicht nur der Geschmack der Deutschen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt, sondern auch der Künstlerbegriff

In der Tat spiegelt die alte Einteilung des Künstlersozialversicherungsgesetzes in die Kategorien Musik, darstellende Kunst, bildende Kunst und Publizistik nicht mehr das heutige Marktgeschehen. Dazu scheint auf den ersten Blick die Einteilung geeigneter, die in der Studie »Endbericht Kultur- und Kreativwirtschaft« des Bundeswirtschaftsministeriums für Wirtschaft und des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aus dem Jahr 2009 getroffen hat: Musikmarkt, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Markt für darstellende Künste, Designwirtschaft, Pressemarkt, Werbemarkt, Architekturmarkt und Software- und Game-Industrie.

Könnten nicht alle Selbstständigen dieser Märkte in der Künstlersozialversicherung abgesichert werden? Das ist sicher eine gute Vorstellung – leider aber im System der Künstlersozialversicherung unerfüllbar. Denn die Künstlersozialversicherung zieht ihre Berechtigung aus dem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Künstler und Verwerter. Daran fehlt es beim Bühnenarbeiter ebenso, wie beim Programmierer von Game-Software. Hier gibt es verfassungsrechtliche Grenzen, die im gegenwärtigen System der Künstlersozialversicherung nicht zu überwinden sind. Ein Systemwechsel steht aber aus guten Gründen nicht zur Debatte – er würde vermutlich die Künstlersozialversicherung die Existenz kosten.

Künstlerbegriff modernisieren?

Das führt zu der Frage, ob der Künstlerbegriff den modernen Anforderungen angepasst werden sollte. Der Künstlersozialversicherung liegt ein offener Kunst- und Publizistikbegriff zugrunde. Ganz bewusst wurde von einer gesetzlichen Definition abgesehen. Der Gesetzgeber sagte dazu: »Es wird darauf verzichtet, im Wege der Aufzählung von Berufsbezeichnungen die künstlerische und publizistische Tätigkeit im einzelnen zu definieren. Einer solchen Aufzählung steht die Vielfalt, Komplexität und Dynamik der Erscheinungsformen künstlerischer und publizistischer Berufstätigkeit entgegen.«

Damit ging der Gesetzgeber von einem sehr weiten Kreis von Versicherungspflichtigen aus. Auch die Qualität der künstlerischen oder publizistischen Leistung soll keine Bedeutung haben. Das Bundesverfassungsgericht spricht in einer Entscheidung aus dem Jahr 1987 von der »Unmöglichkeit, Kunst generell zu definieren«. Der Bundesfinanzhof hat dann zuerst Farbe bekennen müssen, was nun konkret künstlerische Tätigkeit im Sinne der Einkommensteuer ist. Er hat die heute noch geltende Formel entwickelt, dass dazu eine eigenschöpferische Tätigkeit mit einer gewissen Gestaltungshöhe erforderlich ist. Das für die Künstlersozialversicherung zuständige Bundessozialgericht orientiert sich an diesem offenen Kunstbegriff.

Deshalb ist der Begriff der Kunst und Publizistik seinem Wesen nach zeitlos. Auf diese Weise hat der Gesetzgeber im Künstlersozialversicherungsgesetz bereits berücksichtigt, dass die Berufsfelder des Künstlers und des Publizisten stetigem Wandel unterliegen. Der offene Künstlerbegriff ermöglicht es, auf immer neue Entwicklungen zu reagieren. Dies geschieht zum einen durch die Verwaltungspraxis der Künstlersozialkasse und ihren fachkundig besetzten Widerspruchsausschüssen. Zum anderen hat die Rechtsprechung insbesondere des Bundessozialgerichts Klarheit geschaffen. Wegweisend waren besonders ihre Entscheidungen zu den Grenzfällen: Kunsthandwerk, Design und Webdesign, zum Bildjournalisten, dem Internet-Blogger, der Übersetzertätigkeit, der Werbefotografie, den Visagisten und zu künstlerischen oder pädagogischen Lehrtätigkeiten. Diese Entscheidungen können im Einzelfall hinterfragt werden, sie könnten gegebenenfalls auch durch Korrekturen in der Rechtsanwendung verändert werden, aber es besteht dem Grunde nach kein genereller Modernisierungsbedarf.

Künstlerkatalog modernisieren?

Andererseits ist aber nicht zu verkennen, dass sich die heutigen Künstler und Publizisten in dem Künstlerkatalog der Künstlersozialkasse oft nicht wiederfinden. Dieser Katalog stammt aus dem Künstlerbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1975 und dem Autorenreport von 1972; er liegt noch heute dem Fragebogen der Künstlersozialkasse für Versicherte zu Grunde. Längst ist der Anwendungsbereich der Künstlersozialversicherung aber weit über diese Katalogberufe hinausgewachsen. In den gängigen Kommentaren zum Künstlersozialversicherungsgesetz finden sich weit über 150 Berufsbilder, bei denen heute eine Künstler- oder Publizisteneigenschaft angenommen werden kann.

Um den Künstlern und Publizisten die Orientierung zu erleichtern und den Zugang zur Künstlersozialversicherung transparenter und leichter zu machen, wäre es sicher sinnvoll, den Katalog der Berufe der neuen Entwicklung und der gefestigten Rechtsprechung anzupassen. Dabei kann es aber nicht um eine Ausweitung des Kunstbegriffes gehen. Denn alle kreativ-schöpferischen Berufsfelder sind durch die Rechtsprechung und Rechtsentwicklung bereits einbezogen. Zu denken ist vielmehr an eine Berufsliste, in der sich alle selbstständigen Künstler wiederfinden, die möglicherweise Zugang zur Künstlersozialversicherung haben können. Die Liste kann den Zugang nicht garantieren, weil dies – wie schon nach dem bisherigen Katalog – nur im Einzelfall festgestellt werden kann. Sie kann aber mehr Transparenz im Dickicht von Verwaltungsentscheidungen und Rechtsprechung schaffen. Außerdem wird eine solche Liste, wenn sie unter Beteiligung der betroffenen Kunstkreise zustande kommt und breite Akzeptanz besitzt, auch der Rechtsprechung ein Wegweiser für die Fortentwicklung der anzuerkennenden Berufsbilder sein.

Rainer Fuchs ist Leiter des Referates Künstlersozialversicherung im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Resolution des Deutschen Kulturates
Staatsziel Kultur jetzt!

Berlin, den 27.09.2012. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, appelliert an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, jetzt das Staatsziel Kultur im Grundgesetz zu verankern.

Die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestags hat bereits in ihrem Zwischenbericht im Jahr 2005 die Ergänzung des Grundgesetzes um das Staatsziel Kultur empfohlen. In ihrem Schlussbericht hat sie diese Empfehlung bekräftigt. Die Enquete-Kommission hat während ihrer Arbeit eine Anhörung durchgeführt, in der das Für und Wider des Staatsziels Kultur abgewogen wurde. Auf der Grundlage dieser Anhörung wurde sich einstimmig für das Staatsziel Kultur im Grundgesetz ausgesprochen.

Die FDP-Bundestagsfraktion hat in der letzten Wahlperiode als Oppositionsfraktion einen entsprechenden Gesetzesentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht. Zu diesem Gesetzesentwurf wurde ebenfalls eine Anhörung durchgeführt.

Jetzt, in der Opposition, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Der Deutsche Kulturrat appelliert an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, das Staatsziel Kultur noch in dieser Wahlperiode im Grundgesetz zu verankern. Die Argumente wurden vielfach ausgetauscht und in verschiedenen Anhörungen ausgeleuchtet. Jetzt gilt es unter Beweis zu stellen, dass das Staatsziel Kultur von einer grundgesetzändernden Mehrheit im Deutschen Bundestag getragen wird.

Die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz wäre eine Bekräftigung, dass sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechts-, Sozial- und als Kulturstaat versteht.

Kurz-Schluss

Wie ich der Kultur einmal wieder in den Alltag zurückverhalf

THEO GEISSLER

Nachdem die Sache gelaufen ist, wirklich gut gelaufen ist, kann ich die Geschichte jetzt endlich erzählen. Alles begann noch zu den guten Zeiten, als mein Boss, Wolfgang Schäuble, noch Innenminister war. Für die Sicherheit im Lande zuständig nervte ihn das ständige Geflenne, das pseudokritische Dauergenöle unserer sogenannten Kulturschaffenden und Intellektuellen elementar. Er sei einst aus der Haut gefahren, als sein Vorgänger Otto Schily »den zweitdümmsten Satz des Jahrhunderts«, nämlich: »Wer Musikschulen abbaut schadet der inneren Sicherheit« raustrompetet hatte.

»Diese Kultur-Kropfköpfe destabilisieren Deutschlands Moral mit ihrem verlogenen Illusions-Geschwafel – und unterstützt werden sie von einer weltfremden Medien-Meschpoke in den Feuilletons und Kulturmagazinen. Kann man da gar nix machen?«

My Masters Voice war mir Befehl. Ausgestattet mit einem üppigen Reptilienfond machte ich mich auf den Weg zum erkennbar modischsten Herausgeber des Blattes, hinter dem immer ein kluger Kopf steckt. Frank Schirrmacher befand sich auf seiner Redaktions-Yoga-Matte gerade in der Lotus-Kerzenhaltung, was auf eine ordentliche Durchblutung seiner Cerebralregion schließen ließ. In wenigen Sätzen und dank der Zusage einer Image-Kampagnen-Anzeigenserie der Bundesregierung konnte ich ihn sehr rasch überzeugen, dass das Kulturverständnis des FAZ-Feuilletons ein völlig verengtes, komplett überholtes sei. Das greise, die differenzierte Literatur-, Musik- oder Theaterkritik noch goutierende Publikum stürbe aus. Der Blick eines Leitmediums vom Range der FAZ müsse sich drastisch weiten. Finge Kultur nicht schon längst bei der wunderbaren Ausformung und Vielfalt des wenigzelligen Bärtierchens an? Sei dessen Gen-Struktur nicht eine Art Vorab-Urbild auch allen menschlichen Seins? Und dann das All, der Urknall, die schwarzen Löcher…

Ich brauchte nicht lange zu warten – und die im Umfang erweiterten Kulturseiten der FAZ strotzten vor viertel- und halbwissenschaftlichen Langriemen mit Titeln wie »Die Helix zu Zweidritteln fast entschlüsselt«, »Chromosomen-Manipulation – unser Weg in eine menschlichere Zukunft« oder »Antimaterie als Energiequelle unserer Urenkel«. Schluss mit abseitigen Traktaten über Martin Walsers ideologische Verirrungen oder Donaueschingens Klangwirrwarr. Allenfalls noch die eine oder andere süffige Thielemann-Eloge, die eine oder andere schmuddelige Immendorff-Skandalstory – Stoff wie ihn der modern geprägte Leser gern konsumiert.

Was zu erwarten war: In Nullkommanix zogen die anderen großen Blätter nach. Und die kleineren lernten sehr schnell, dass Agenturmeldungen über den Drogenentzug eines Rockstars oder Dieter Bohlens Nasenscheidewand-Probleme viel mehr Leser ziehen als bemühte Eigenberichte zur »Schneewittchen«-Premiere beispielsweise des Regensburger Stadttheaters.

So, die erste Front war schon mal begradigt. Nun gings ran an die elektronischen Medien, wobei ich mich auf die verknöcherten Anstalten des öffentlichen Rechtes konzentrieren konnte. Sehr hilfreich war dabei die optische und inhaltliche Zubereitung des sogenannten europäischen Kulturkanales »Arte«. Hier hatten offensichtlich medienkompetenzfreie Proporzintendanten der Creme de la Creme erfolgloser Werbefuzzis und Grafik-Designer den Auftrag erteilt, »alles anders zu machen«. Das Erscheinungsbild – ein Verschnitt aus den Techniken von 90er-Jahre Videoclips, Super-Mario-Konsolen-Ästhetik und vermutlich auch computergenerierten Schafen, Mädchen-Schmollmündern und klug dreinblickenden Mauergeckos hat die charmante Anmutung spekulativer Jedermann-Avantgarde. Jedenfalls ein idealer medialer Laufsteg für die Sorte von Mode-Kultur, wie sie mein Boss Wolfgang für gesellschaftsverträglich hält. Um die »Arte«-Inhalte muss ich mich nicht weiter kümmern. Da wechseln sich regelmäßig Beiträge französischer Randritzen-Voyeure und Haute-Coulture-Fetischisten mit den Versuchen deutscher Außenseiter-Spitzenreiter-Philosophen im Widerspiegeln des abseitigst letztlich Belanglosen optisch hoch raffiniert aufbereitet ab.

Mit einem Stapel Blu-rays, vollgepackt mit lizenzfreien Hightech-Ambiente-Clips und einem ordentlich gefüllten Topf in Sachen Produktionskosten-Zuschuss suche ich die Redaktionen von »ttt«, »aspekte«, »Kulturzeit«, »Capriccio« – und wie sie alle heißen – heim. Der Erfolg ist natürlich ein durchschlagender: Wenn Dieter Moor sich mal einem Sub-Phänomen wie dem angeblich im Niedergang befindlichen deutschen Chorwesen zuwendet, wird ein australischer Filmemacher eingeflogen. Der zieht dem knödelnden Hinterzartener Gesangsverein erstmal mit dem Bumerang einen ordentlichen Scheitel. Die »Kulturzeit« widmet ihr halbes Sendevolumen leicht larmoyant aber wertungsfrei dem hoch kunstaffinen Thema »Sicherungsverwahrung« – ein Stoff, der Wolfgang Schäuble bestimmt immer noch liegt. Und Bayerns Kulturmagazin »Capriccio« prüft die Dackeltauglichkeit Münchner Weißwurst-Häute. All das in clippig-geil-jugendlichem Outfit. Was will man mehr. Schöner kann man Kultur als Phänomen der Alltäglichkeit doch wirklich nicht mehr abbilden.

Was mir sofort den nächsten Auftrag einfährt: Jetzt soll ich die ohnedies schon recht zahnlos gewordenen Polit-Magazine wie »Report« oder »Panorama« von tendenziösen Grundhaltungen und Politiker-Diffamierungen reinigen. Es dürfen ruhig komplexe, unaufregende Stoffe verarbeitet werden, damit die Quote sinkt. Kein Problem – und für mich eine Chance, ein paar soziale Scharten auszuwetzen, die ich geschlagen habe: Her mit Euch, ihr gefeuerten Alt-Feuilletonisten, Großkritiker, Sachverständige in den Angelegenheiten von Kunst und Kultur…

Theo Geißler ist Herausgeber von Politik & Kultur

KARIKATUR: ARI PLIKAT

KURZNACHRICHTEN

Politik & Kultur-Journalistenpreis 2013
Ab sofort werden Einsendungen für den Politik & Kultur-Journalistenpreis 2013 unter post@kulturrat.de entgegengenommen. Die eingereichten Beiträge müssen zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. Dezember 2012 erschienen sein. Zugelassen sind Beiträge aller Medienformen, das heißt Print-, Hörfunk-, Fernseh- und Internetbeitrage in deutscher Sprache. Bei der Vergabe können Redaktionen wie einzelne Journalisten berücksichtigt werden. Ausgezeichnet werden exzellente Darstellungen kulturpolitischer Themen. Der Preis ist undotiert. Die Preisverleihung wird im Frühjahr in Berlin stattfinden.

Deutscher Kulturrat beteiligt sich am 9. Bundesweiten Vorlesetag
Am 16. November 2012 findet der 9. Bundesweite Vorlesetag statt. Überall in Deutschland wird an diesem Tag vorgelesen. Für den Deutschen Kulturrat werden Max Fuchs (Präsident) in Wuppertal und Regine Möbius (Vizepräsidentin) in Leipzig lesen. In diesem Jahr rechnen die Initiatoren ZEIT-Stiftung, Stiftung lesen und Deutsche Bahn mit über 12.000 Vorlese-Aktionen in ganz Deutschland.

Verabschiedung nach langjähriger Mitarbeit
Die beiden Sprecher Wolfgang Esser (Rat für Baukultur) und Kai Ehlert (Deutscher Designertag) scheiden nach jahrzehntelanger, verdienstvoller Verbandsarbeit aus ihren Ämtern.
Wolfgang Esser war neben seiner Tätigkeit als Mitglied des Sprecherrates in den Fachausschüssen Bildung und Medien aktiv.
Kai Ehlert wird nach Ausscheiden aus dem Sprecherrat weiterhin in den Fachausschüssen Europa, Arbeit und Soziales sowie Steuern aktiv tätig sein. Seine Nachfolge im Sprecherrat übernimmt Henning Krause, die zweite Sprecherin der Sektion Design ist Prof. Susanne Lengyel.

IMPRESSUM

Politik & Kultur – Zeitung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
www.politikundkultur.net
info@politikundkultur.net

HERAUSGEBER
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

REDAKTION
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (Chefin vom Dienst),
Andrea Wenger, Barbara Haack,
Andreas Kolb

REDAKTIONSASSISTENZ
Tatjana Gridnev, Carolin Ries,
Verena Schmidt

ANZEIGENREDAKTION
Martina Wagner
Telefon: 0941 . 945 93 35
Fax: 0941 . 945 93 50
wagner@conbrio.de

VERLAG
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23
93053 Regensburg
www.conbrio.de

DRUCK
Freiburger Druck GmbH & Co. KG
www.freiburger-druck.de

GESTALTUNGSKONZEPT
Ilja Wanka und 4S Design

LAYOUT UND SATZ
Petra Pfaffenheuser

Politik & Kultur erscheint 6 mal im Jahr.

ABONNEMENT
18 Euro pro Jahr
(inkl. Zustellung im Inland)

BESTELLMÖGLICHKEIT
Politik & Kultur
Chausseestraße 103,
10115 Berlin
Telefon: 030 . 24 72 80 14
Fax: 030 . 24 72 12 45
info@politikundkultur.net

VERKAUFSSTELLEN
Politik & Kultur ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich. Alle Ausgaben können unter www.politikundkultur.net auch als PDF geladen werden. Ebenso kann der Newsletter des Deutschen Kulturrates (2–3 mal pro Woche) unter www.kulturrat.de abonniert werden.

HAFTUNG
Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates wieder.

HINWEISE
Politik & Kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht immer gelingt es uns, diese ausfindig zu machen. Wir freuen uns über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der jeweils nächsten Ausgabe nennen. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen.

FÖRDERUNG
Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Kultur bildet.

Beiträge zur kulturellen Bildung

Ausgabe Nr. 1 – November 2012

ISSN 2191-5792

Mittelpunkt Mensch
Michael Vesper 2

Ein Thema für Kinder und Jugendliche?
Thomas Rauschenbach & Mariana Grgic 2

Halb voll oder halb leer?
Max Fuchs 3

Stellung nehmen!
Deutscher Kulturrat 4

Der Bildungsauftrag
Monika Piel 5

Ein unverwechselbarer kultureller Ort
Rita Süssmuth 5

Ein Fest für die kulturelle Bildung!?
Gabriele Schulz 6

Zeit für Bündnisse
Olaf Zimmermann 8

Knapp eine Viertelmilliarde ist schon verdammt viel Geld!
Andreas Kolb im Gespräch mit Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff 9

Die größte Herausforderung … 10

Kurz und knapp 12

Impressum 12

Nr. 1

Mehr zur »Nr. 1« auf Seite 7.

Kulturelle Bildung stärken

Die Chance auf gute Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit – unabhängig von Herkunft und Einkommen. — *Annette Schavan*

Deutschland hat eine vielfältige kulturelle Landschaft. Öffentliche Einrichtungen, Verbände, Stiftungen, Vereine und kirchliche Einrichtungen, Theater, Opernhäuser, Orchester und Museen bieten vielfältige Angebote. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger daran ist groß. Der vierte Bildungsbericht von Kultusministerkonferenz (KMK) und Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) »Bildung in Deutschland 2012« mit seinem Schwerpunktkapitel »Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf« zeigt die große Bedeutung, die kulturelle Bildung für die Menschen in unserem Land alle Lebensphasen hindurch hat. Kulturelle Bildung spiegelt Tradition, Dynamik, Vielgestaltigkeit und nicht zuletzt die hervorragende Infrastruktur der Kultur in Deutschland wider.

Darüber hinaus leistet kulturelle Bildung unverzichtbare Beiträge zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Kreativität, Teamgeist und die wichtige Erfahrung, etwas leisten zu können, liegen bei kreativem Arbeiten besonders nah beieinander. Kinder und Jugendliche können auf ganz eigene Weise ihre Talente entfalten. Sie werden sozial und emotional angesprochen: Sie lernen, etwas zu gestalten, sich im Team zu organisieren und eine Aufgabe zum Erfolg zu führen. Sie lernen, auf den Anderen einzugehen, und sie entwickeln eine gemeinsame Sprache. Kulturelle Bildung fördert den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Integration. Sie baut Brücken zwischen Menschen verschiedener ethnischer und religiöser Herkunft und trägt zum Verständnis der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe bei. Angesichts der heterogenen Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist das eine wichtige Voraussetzung für ein friedliches Miteinander.

Kulturelle Angebote müssen allen offenstehen.

Jeder junge Mensch muss die Chance auf gute Bildung haben. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Das schließt die gerechte Chance auf kulturelle Bildung unabhängig von Herkunft und Einkommen ein. Kulturelle Angebote müssen allen offenstehen. Die Bundesregierung will deshalb die Aktivitäten im Bereich der kulturellen Bildung verstärken. Die gewünschte Wirkung entfalten die unterschiedlichen Angebote jedoch nur, wenn sie inhaltlich gut aufeinander abgestimmt sind und die Kinder, Jugendlichen und Eltern sich in der Fülle zurechtfinden. Das BMBF fördert deshalb als kulturellen Wegweiser die Dialogplattform »Kulturelle Bildung« beim Deutschen Kulturrat. Die Dialogplattform richtet sich an die breite Öffentlichkeit. Das geplante Internetportal soll Informationen bündeln. Eine öffentliche Veranstaltungsreihe soll die gelungenen Projekte vorstellen und auch kontroverse Diskussionen führen. Transparenz und öffentliche Wahrnehmung sind das eine. Die Dialogplattform versammelt darüber hinaus auch die Akteure in einem Arbeitskreis »Kulturelle Bildung«, vernetzt sie und fördert den fachlichen Austausch. Dieser Austausch wird durch diese Beilage zur Zeitung Politik & Kultur unterstützt. Ich freue mich, dass die erste Ausgabe hier vorliegt.

Um allen gerechte Chancen für kulturelle Bildung zu eröffnen, müssen wir insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten besser an die Angebote heranführen und zu dauerhaften kulturellen Aktivitäten motivieren. Durch die Förderinitiative »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« des BMBF lernen die jungen Menschen Vorbilder kennen und entdecken sehr oft ihre verborgenen Talente.

Großes Potenzial steckt – laut Bildungsbericht – in der Kooperation von Schulen und kulturellen Einrichtungen im außerunterrichtlichen Bereich. Hier zeigt sich jedoch Bedarf an pädagogischen und psychologischen Weiterbildungen.

Fortsetzung auf Seite 2 →

Mittelpunkt Mensch

Sport ist mehr als ein Zeitvertreib zum Wohle der Gesundheit. Sport ist ein Kulturgut unserer Zeit von hohem gesellschaftlichem Rang. — *Michael Vesper*

Nicht nur »Kultur bildet«. Wir fügen voller Überzeugung hinzu: Sport auch! Die Faszination von Bewegung und Wettkampf erwächst nicht allein aus dem Erlebniswert des Augenblicks, so stark der im Einzelfall wirken mag, sondern auch aus vielfältigen, nicht zuletzt kulturellen Konnotationen, die den gesellschaftlichen Rang des Sports als ein Kulturgut unserer Zeit definieren, wobei der Bildung durchaus eine besondere Bedeutung zukommt.

So bekennen sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und seine vielen Untergliederungen mit mehr als 27 Millionen Mitgliedschaften zu dem Anspruch, im und durch Sport die Entwicklung gerade junger Menschen positiv zu beeinflussen. Dazu verfügen wir hierzulande seit jeher über ein besonders prädestiniertes »Instrument«, nämlich den Verein, der sich als Keimzelle und Vehikel einer sportlichen Sozialisation bestens bewährt hat. Unsere 91.000 Sportvereine sind überall in Deutschland vertreten, in der Fläche ebenso wie im Ballungsraum, und sie erreichen in manchen Altersschichten drei Viertel und mehr aller Teenager.

Gerade in Vereinen bietet sich ein geschützter Raum für eine freudvolle Entfaltung der Persönlichkeit, für das Ausloten individueller Möglichkeiten und die Ausweitung eigener Grenzen – für eine bereichernde Erfahrung also, deren Mehrwert wohl mehr noch aus dem Erlebnis von Gemeinschaft und der Erkenntnis resultiert, dass deren Tragfähigkeit nicht nur durch verbindliche Regeln, sondern auch durch verbindende Werte gewährleistet wird. Vor diesem Hintergrund versteht sich, dass der DOSB in der Bündelung seiner vielfältigen Aufgaben neben Bereichen wie »Leistung«, »Jugend« oder »Sportentwicklung« mit einem entsprechenden Ressort auch dem Themenfeld »Bildung und Olympische Erziehung« besonderes Gewicht verleiht und in der Verantwortung einer eigenen Vizepräsidentschaft eine Fülle ambitionierter Maßnahmen und Projekte verfolgt.

Dass der Sport dabei auch seiner kulturellen Dimension und Verantwortung Rechnung trägt, belegt schon die Existenz dreier Akademien und eines Museums, die in enger Assoziierung mit dem DOSB mit jeweils spezifischem Profil dem gemeinsamen Anliegen gerecht werden. So präsentiert das Deutsche Sport & Olympia Museum in Köln den Sport höchst anregend in seinen historischen Ausprägungen und aktuellen Bezügen, um auch seine künstlerischen Adaptionen gebührend ins Bild zu setzen. Ebenfalls in Köln beheimatet sind die Trainerakademie sowie die Führungsakademie des deutschen Sports, die Aus- und Weiterbildungsprogramme für ganz unterschiedliche Zielgruppen anbieten, während die in Frankfurt am Main ansässige Deutsche Olympische Akademie Willi Daume sich vorwiegend mit Sinn- und Grundsatzfragen des Sports beschäftigt und dabei vielfältige Aktivitäten im Sinne einer Olympischen Erziehung entfaltet. So werden, um nur ein Beispiel zu nennen, anlässlich der Olympischen Spiele unter dem Titel »Olympia ruft: Mach mit!« seit langem schon umfängliche Unterrichtsmaterialien entwickelt und flächendeckend angeboten, die nachweislich große Resonanz erfahren und in hohem Maße zu entsprechenden Projekten in den Schulen anregen.

Dieses pädagogisch wirksame Engagement korrespondiert mit dem Anliegen des DOSB, in seinem Eintreten für eine umfassende Förderung des Sports stets auch der Vermittlung von Werten eine hohe Priorität einzuräumen. Dabei geht es keineswegs, wie bisweilen unterstellt, allein um das Prinzip Leistung, sondern ebenso um die Etablierung einer sportlichen Haltung, die sich an Begriffen wie Fairness, Respekt und gegenseitiger Achtung festmachen lässt.

Dies ist, zugegeben, ein sehr hoher Anspruch, der sich immer wieder an der Wirklichkeit messen lassen muss. Und nicht nur an dieser Stelle begegnen sich Sport und Kultur. Schließlich handelt es sich um zwei gesellschaftlich sehr relevante Bereiche, die trotz unterschiedlicher Herangehensweisen und Instrumentarien durchaus ehrgeizige Anliegen und Ziele verbinden.

Auch für die Kultur gilt, was Willi Daume einmal für den Sport auf den Punkt gebracht hat: »Im Mittelpunkt steht der Mensch!« Diese Maxime ist Richtschnur und Gradmesser für alles Tun und Lassen, für dessen Sinn und Legitimation. Gut ist, was Menschen gut tut, was sie bereichert, motiviert, gesünder macht und besser leben lässt. Genau hier aber sind Sport und Kultur gleichermaßen in der Pflicht, in dem jeweiligen Vermögen nämlich, unsere Gesellschaft menschlicher zu gestalten. Nur: Das Potenzial muss auch nutzbar gemacht werden. In diesem Sinne hat der DOSB die Initiative ergriffen, unter dem Stichwort »Sport trifft Kultur« eine neue Brücke zu bauen, um junge Menschen auf diese und auf jene Weise zu bewegen, selbstbewusst und selbstbestimmt ihren Weg zu suchen und zu gehen.

Wenn zum Schluss eine persönliche Anmerkung erlaubt ist, dann darf ich auf meine langjährige Erfahrung als Minister verweisen, der in einem nicht unbedeutenden Bundesland ebenso für Sport wie für Kultur verantwortlich war. Von daher weiß ich, dass man auf unterschiedlichen Gleisen fahren und sich doch in einem gemeinsamen Zielbahnhof treffen kann.

Michael Vesper *ist Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes*

Fortsetzung von Seite 1 →

Die Praxis habe gezeigt, dass Künstlerinnen und Künstler meist über wenig Erfahrung im Umgang mit heterogenen Gruppen verfügen. Diese sind in unserer bunter werdenden Gesellschaft aber immer häufiger anzutreffen – vor allem in den großen Städten.

Ziel muss daher sein, die Kinder individuell anzusprechen und zu motivieren. Das BMBF wird einen Förderschwerpunkt für Weiterbildungsinitiativen für Künstler schaffen, die sich in der kulturellen Bildung engagieren. Auch über diese Weiterbildungsangebote wird die Dialogplattform informieren.

Damit sich kulturelle Bildung in unserer Gesellschaft breit verwurzelt, müssen wir Erfahrungen sammeln und auswerten: Welche Angebote werden auf welche Weise und von wem genutzt? Wie werden die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von Kindern und Jugendlichen aufgegriffen? Wie gestaltet sich die Vernetzung von schulischen und außerschulischen Einrichtungen? Um diese Fragen zu beantworten, wird das BMBF einen Forschungsschwerpunkt zur kulturellen Bildung etablieren. Dabei kann unter anderem auf die Methoden, Fragestellungen und Ergebnisse des bestehenden BMBF-Forschungsschwerpunkts »Jedem Kind ein Instrument« aufgebaut werden. Die Forschungsergebnisse werden für die Praxis aufbereitet und über die Dialogplattform zur Verbesserung der Bildungsangebote bereitgestellt werden.

Die Dialogplattform wird umso attraktiver, je mehr Anbieter ihre Aktivitäten darstellen. Deshalb appelliere ich an alle Akteure der kulturellen Bildung: Nutzen Sie das Internetportal und diese Beilage, beteiligen Sie sich an den Veranstaltungen der Plattform und präsentieren Sie ihre Angebote!

Jeder Mensch hat seine eigene, individuelle Bildungsbiografie. Deshalb begleitet kulturelle Bildung einen Menschen ein Leben lang. Um jedem Einzelnen – je nach Vorliebe und Begabung – eine zunehmende Wahl- und Gestaltungsmöglichkeit zu gewährleisten, braucht es ein vielfältiges und transparentes kulturelles Angebot, einen fachlichen Diskurs, der Stärken und Schwächen benennt und Bedingungen und Möglichkeiten weiterer Angebote auslotet. Kulturelle Bildung ist der Schlüssel für die Entfaltung der Talente und für die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit. Kulturelle Bildung ist daher Aufgabe der ganzen Gesellschaft und kommt der ganzen Gesellschaft zu Gute. Das muss uns anspornen, die kulturelle Bildung weiterhin zu stärken. Die »Bündnisse für Bildung« sollen eine breite Bürgerbewegung für kulturelle Bildung anstoßen und die Akteure vor Ort besser vernetzen. Davon werden alle profitieren.

Annette Schavan *ist Bundesministerin für Bildung und Forschung und Mitglied des Deutschen Bundestages*

Ein Thema für Kinder und Jugendliche?

Der Soll-Zustand der kulturellen Bildung nachwachsender Generationen scheint klar umrissen zu sein. Doch wie ist es um den Ist-Zustand bestellt? Eine Analyse. — *Thomas Rauschenbach & Mariana Grgic*

Wie relevant sind kulturelle Aktivitäten für die Kinder und Jugendlichen heute? Wer nutzt organisierte kulturelle Angebote, wer musiziert, tanzt oder zeichnet nur im Privaten? Welche Rolle spielt die Ganztagsschule im Feld der Akteure kultureller Bildung? Diese und andere Fragen untersuchte das Projekt »Medien, Kultur und Sport bei jungen Menschen (MediKuS)« des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF). Befragt wurden im Jahr 2011/2012 knapp 5.000 junge Menschen im Alter zwischen 9 und 24 Jahren. Erste Ergebnisse finden sich im jüngst erschienenen Nationalen Bildungsbericht.

Kinder und Jugendliche sind vielseitig musikalisch und künstlerisch aktiv

Die Ergebnisse machen deutlich, dass ein Großteil der Kinder und Jugendlichen Musik macht oder regelmäßig kreativen Aktivitäten nachgeht. Die Eigenaktivitäten junger Menschen in verschiedenen Kontexten können dabei als Gelegenheitsstrukturen kultureller Bildung gesehen werden. Insbesondere im Alter von 9 bis 12 Jahren sind Kinder vielfältig aktiv. Malen (60%), Basteln (48%), ein Instrument spielen (44%), Singen (27%) und Tanzen (19%) gehören zu stark verbreiteten kulturellen Aktivitäten im Kindesalter.

Mit Beginn der Jugendphase nehmen die Anteile musikalisch oder künstlerisch Aktiver in nahezu allen Bereichen ab. Dies weist darauf hin, dass Jugendliche mit dem Wechsel von Statuspassagen, das heißt mit dem Übergang in die Sekundarstufe und dem späteren Übergang in die Ausbildung, weniger zeitliche Ressourcen haben und Aktivitäten aufgeben. Gleichzeitig entwickeln sie stärker eigene Interessen, so dass eine leichte Interessensverschiebung und Ausdifferenzierung der kulturellen Aktivitäten zu beobachten ist.

Jugendliche im Alter zwischen 13 und 17 Jahren geben häufiger an, regelmäßig Bilder oder Zeichnungen am Computer zu erstellen (24%) oder drehen häufiger Videos oder Filme (16%). Dabei werden die Neuen Medien als Teil der Alltagskultur immer stärker in die kulturellen Eigenaktivitäten eingebunden. Auch das Internet wird vielfältig genutzt, um mit Gleichgesinnten über Musik und Kunst zu kommunizieren oder eigene Musik im Internet zu präsentieren. Mit Blick auf den Einfluss des Elternhauses zeigt sich, dass junge Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern deutlich seltener ein Instrument oder Theater spielen, in anderen Bereichen aber gleichermaßen aktiv sind. Gleichzeitig nehmen sie wegen des selteneren Besuchs von Museen, Konzerten oder Theatern weniger am kulturellen Leben teil.

Organisierte Angebote haben einen hohen Stellenwert

Aufschlussreich ist auch, wer organisierte Angebote von Schulen, Musik- und Kunstschulen, Vereinen oder Einrichtungen der Jugendarbeit nutzt. Diese haben einen spezifischen Auftrag für kulturelle Bildung. Die MediKuS-Studie zeigt, dass die Schule insbesondere in der musikalischen Bildung und im Bereich Tanz und Theater einen deutlich geringeren Stellenwert besitzt als außerschulische Akteure. Während 24% der musikalisch aktiven 13- bis 17-Jährigen im Rahmen eines schulischen Angebots Musik machen, tun dies 62% in einem organisierten, außerschulischen Kontext von Musikschulen und Vereinen. Zwischen 18 und 24 Jahren sinkt dieser Anteil allerdings auch auf 46%. In diesem Alter machen Azubis, Studierende und junge Erwerbstätige deutlich häufiger nur noch im Privaten Musik. Statusveränderungen und Übergänge im Lebenslauf haben offensichtlich einen Rückzug aus organisierten Angeboten zur Folge.

Eine Herausforderung ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene aus bildungsfernen Elternhäusern die schulischen Musikangebote zwar genauso häufig nutzen wie junge Menschen aus bildungsnahen Elternhäusern, jedoch in außerschulischen Angeboten deutlich seltener anzutreffen sind. Dies weist darauf hin, dass sie eher über die Schule erreicht werden als über außerschulische Angebote. Insbesondere mit dem Ausbau der Ganztagsschulen ist daher die Hoffnung verbunden, auch diesen Jugendlichen einen Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten zu ermöglichen. Jedenfalls zeigen die Befunde, dass Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern häufiger kulturelle Angebote der Schule nutzen, wenn sie eine Ganztagsschule besuchen, auch wenn sie die bestehenden schichtspezifischen Unterschiede im Bereich Musik nicht ausgleichen. Eine stärkere Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Angeboten könnte hier ein zukunftsträchtiger Weg sein, um herkunftsbedingte Barrieren in der Teilhabe an kultureller Bildung weiter abzubauen.

Thomas Rauschenbach *ist Direktor des Deutschen Jugendinstituts und Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dortmund*

Mariana Grgic *ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Jugendinstituts*

Halb voll oder halb leer?

Lange Zeit war kulturelle Bildung kein in der Öffentlichkeit relevantes Thema – aktuell erlebt sie jedoch eine ungeahnte Konjunktur. — *Max Fuchs*

Noch vor zehn Jahren hätte kaum jemand zu hoffen gewagt, dass kulturelle Bildung die Rolle spielt, die sie heute unumstritten hat. In der Jugend- und Seniorenpolitik, in der Kultur- und Bildungspolitik werden kulturpädagogische Methoden und Arbeitsformen angewandt und wertgeschätzt. (Auf umständliche Begriffsbestimmungen verzichte ich hier und verweise auf das hervorragende »Dossier kulturelle Bildung« der Bundeszentrale für politische Bildung, das leicht im Netz zu finden ist.) Der letzte Nationale Bildungsbericht mit kultureller Bildung als Schwerpunktthema, zwei große Weltkonferenzen im UNESCO-Kontext, eine eindeutige Schwerpunktsetzung beim Kulturstaatsminister, bei der Jugend- und bei der Bildungsministerin, auf Länder- und kommunaler Ebene: Kulturelle Bildung ist ein relevantes Thema. All dies belegt die These vom Rückenwind für kulturelle Bildung und zeigt, dass die Entwicklung dieses Arbeitsfeldes durchaus als Erfolgsgeschichte betrachtet werden kann. Nun werden viele Akteure, die sich vor Ort Sorgen um die Finanzierung ihres nächsten Projektes machen, die in Einrichtungen arbeiten, die aufgrund finanzieller Engpässe der öffentlichen Hand von einer Schließung bedroht sind oder die ihre Arbeitskraft zu ungünstigen, vielleicht sogar unzumutbaren Bedingungen verkaufen müssen, diese positive Einschätzung der Situation nicht unbedingt teilen. Vielleicht ist es in der Tat wie bei der Bewertung eines halbgefüllten Glases: Die einen sehen es halb voll, die anderen halb leer.

Die möglichen Einwände gegen allzu viel Jubel sind natürlich berechtigt. Doch muss man sehen, dass vor zehn Jahren das Glas noch nicht einmal halb gefüllt war. Immerhin lag die politisch und fachlich wichtige Große Anfrage »Kulturelle Bildung« im Deutschen Bundestag schon wieder zehn Jahre zurück und man konnte die Frage stellen, was sich seither überhaupt geändert hat. Die großen und wichtigen Konferenzen und Positionspapiere des Deutschen Städtetages, in denen Kulturpolitik als kulturelle Bildungspolitik beschrieben wurde, lagen sogar schon Jahrzehnte zurück. Nicht nur kulturelle Bildung, sondern Bildung insgesamt war kein öffentlich relevantes Thema.

Das Megathema des neuen Jahrtausends

Dies hat sich inzwischen grundlegend geändert. Bei allen Problemen, die uns PISA, und vor allem der politische Umgang mit PISA, beschert hat, traf diese große internationale Flächenevaluation offenbar ins Schwarze. Vorangegangen waren wichtige Reden verschiedener Bundespräsidenten, in denen Bildung zum »Megathema des neuen Jahrtausends« erklärt wurde. Und schließlich gab es in der ersten rot-grünen Koalition den gelungenen Versuch, unter dem Dach des »Forum Bildung« Bund und Länder in einen großangelegten Diskurs über Bildung einzubinden. Für kulturelle Bildung war die Situation zusätzlich auch deshalb günstig, weil man in der Kulturpolitik auf der Suche nach neuen Zielen und Begründungen war. Denn die 1990er-Jahre mit ihrer Rhetorik der Umwegrentabilität und ihrem Verständnis von Kultur als Wirtschaftsfaktor waren ausgereizt – wobei dies ohnehin nie die existentielle Bedeutung von Kunst und Kultur für den Einzelnen und die Gemeinschaft erfasst hat. Der Boden war also bereitet für eine neue Konjunktur, wobei man sicherlich Rhetorik und Praxis bzw. Sonntagsreden und Montagshandeln unterscheiden muss. Ich neige zu einer tendenziell positiven Bewertung der heutigen Lage, weil wir sie uns mit einer guten und erfolgreichen Praxis und einer tragfähigen theoretischen und konzeptionellen Unterfütterung selbst verdient haben.

Art und Umfang sind wenig erforscht

Doch wo liegen die Licht- und Schattenseiten dieser Entwicklung? Ein erstes Faktum liefert der aktuelle Bildungsbericht: Man weiß zu wenig über Art und Umfang kultureller Bildungsarbeit. Selbst für die Schulen gibt es keine zuverlässige amtliche Statistik, die etwa darüber informiert, wie die Stundentafeln aussehen, wie viel an Unterricht in den künstlerischen Fächern ausfällt oder fachfremd gegeben wird und wie die Schulen räumlich für eine angemessene ästhetische Praxis ausgestattet sind. Man weiß nichts über Art und Umfang schulischer Kulturprojekte oder über Kooperationen von Schulen mit Kultureinrichtungen und Künstlern. Man weiß noch weniger über die überaus lebendige und traditionsreiche Praxis im außerschulischen Bereich oder in der Seniorenkulturarbeit. Man kennt die genauen Zahlen der Tanz-, Theater-, Musik- oder Kunstpädagogen nicht, weiß wenig über ihre Arbeitsbedingungen, ihre Qualifikation, ihre soziale Lage. Es gibt zwar viele Fachorganisationen wie etwa den Musikschul- oder den Jugendkunstschulverband, die Fachorganisationen der Bibliotheken und Museen, die Besucherstatistiken führen. Doch genügen diese offenbar nicht den strengen Kriterien der Autoren des Bildungsberichtes, sonst hätte man sie berücksichtigt. Natürlich gibt es umfangreiche Vermessungen des Feldes in Hinblick auf Konzepte, gesetzliche Grundlagen und Strukturen. Besonders hervorzuheben sind die »Konzeptionen Kulturelle Bildung« des Deutschen Kulturrates. Hier ist sicherlich auch eine Aufgabe des neuen Kulturrat-Projektes zu sehen, Diskurse anzuregen und miteinander zu vernetzen, auf Entwicklungen hinzuweisen und fachliche Impulse zu geben. Doch kann all dies eine differenzierte empirische Bestandsaufnahme nicht ersetzen.

Immerhin wurde dies als Defizit erkannt, sodass in der nächsten Zeit damit zu rechnen ist, dass die Topographie kultureller Bildung genauer vermessen wird. Positiv ist zudem, dass die Wissenschaft, die sich lange zurückhaltend gegenüber der Kulturpädagogik verhalten hat, nunmehr dieses Arbeitsfeld als interessantes Forschungsfeld erkannt hat. Ein entsprechender Arbeitskreis hat sich rund um die Universitäten Hildesheim und Erlangen konstituiert, es stehen viele junge begabte Forscher bereit, die sich intensiver etwa mit der Frage der Wirkungen befassen. Allzu pauschal arbeiten wir immer noch mit vollmundigen »Versprechungen des Ästhetischen« (Y. Ehrenspeck), als ob es keinen Unterschied macht, ob ich mich etwa mit Musik im schulischen Musikunterricht, in einer schulischen Arbeitsgemeinschaft, in der Musikschule, einem Musikverein, einer selbstorganisierten Band oder einfach als begeisterter Hörer befasse. Dass menschliches Leben ohne Künste unvollständig ist: Dies lässt sich auf einer allgemeinen anthropologischen Ebene sehr gut belegen (vgl. Fuchs, Kulturelle Bildung, 2008). Es gibt zudem im Zuge der Verwissenschaftlichung der Praxis in den einzelnen Feldern der kulturellen Bildung tragfähige Debatten über die theoretischen Grundlagen eines pädagogischen Umgangs mit Tanz, Theater, Literatur, mit Bildender Kunst und den Medien. Auch wissen die Praktiker sehr wohl, wie sie mit welchen künstlerischen Inhalten welche Menschen ansprechen. Doch zwischen der allgemeinen anthropologischen Begründung und der konkreten Praxis klafft bislang eine Forschungslücke, die zu füllen ist. Immerhin liegt in Kürze ein veritables »Handbuch kulturelle Bildung« vor, in dem die Herkulesaufgabe einer Gesamtdarstellung von der Theorie zur Praxis, von den Professionen zu den Strukturen ambitioniert angegangenen wird, ein wichtiger Schritt zur weiteren Professionalisierung des Feldes und eine Grundlage für die zukünftige Forschung.

Mit dem wachsenden Erfolg und dem zunehmenden Interesse an kultureller Bildung gedeihen auch die Diskurse. Erneut blühen (wieder) Debatten auf, ob man nicht lieber von künstlerischer oder ästhetischer Bildung sprechen solle, durchaus vergleichbar mit den Debatten der 1970er-Jahre, was denn der Unterschied zwischen sozialer Kulturarbeit oder kultureller Sozialarbeit sei. Solche Diskussionen muten gelegentlich an wie die scholastische Streitfrage danach, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben. Doch leisten auch sie wichtige Beiträge zur Klärung der Begriffe und des Selbstverständnisses der Akteure. Immerhin hat jede neue Generation das Recht, ohne Rücksicht auf frühere Debatten sich erneut ein Thema anzueignen. Es werden (wieder) Fragen danach gestellt, ob es sich bei einem Einsatz von Musik oder Theater in sozialarbeiterischen, pädagogischen oder therapeutischen Kontexten um eine Instrumentalisierung der Künste handelt. Es wird – vor allem im Bereich der Kunstinstitutionen – danach gefragt, ob »Vermittlung« wirklich zur genuinen Aufgabe von Theatern oder Opernhäusern gehört – oder ob nicht dadurch der eigentliche Auftrag der Kunstproduktion gestört wird. All diese Debatten sind wichtig, auch wenn sie durchaus eine lange Tradition haben. Natürlich sind sie eine Mixtur aus wissenschaftlichen, weltanschaulichen und ideologischen Aspekten und Motiven. Natürlich geht es auch hierbei um Macht und Einfluss, geht es um die Verteilung von Ressourcen oder Stellen oder um eine Hegemonie im diskursiven Feld. Doch ist dies bei allen wissenschaftlichen Debatten der Fall – ein Meinungs- oder Richtungsstreit ist immer verbunden mit Verteilungsfragen.

Das Rad muss nicht neu erfunden werden

Ein Aspekt der aktuellen Konjunktur kultureller Bildung besteht allerdings darin, dass viele, die das Thema für sich selbst neu entdeckt haben, glauben, es wäre insgesamt neu. Dieses Phänomen ist vor allem im Kulturbereich anzutreffen, wo große Initiativen gestartet wurden ohne Kenntnis dessen, was es schon alles gab. Denn die kulturpädagogische Struktur gerade für Kinder und Jugendliche ist durchaus gut ausgebaut. Allerdings fand ein Großteil dieser Arbeit nicht im Kontext der Kulturpolitik, sondern – auf Basis von §11 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – mit Hilfe jugendpolitischer Förderinstrumente statt. Und dieses Feld findet leider weitaus weniger öffentliche Aufmerksamkeit als das Projekt eines bekannten Symphonie-Orchesters, das mit durchaus diskussionswürdigen Methoden kurzzeitig mit Jugendlichen arbeitet, die normalerweise keinen Zugang zu den Kulturtempeln haben. Auch finden die unterschiedlichen Generationen eine unterschiedliche Unterstützung. Während Kinder und Jugendliche – auch aufgrund effektiv arbeitender Fachorganisationen und etablierter Förderstrukturen – ständig im Blickfeld sind, sieht es bei älteren Menschen ungünstiger aus. Das ist auch deshalb bedauerlich, weil kulturelle Bildungsarbeit nicht nur hilft, die kinder- und jugendspezifischen Entwicklungsaufgaben des Heranwachsens besser zu lösen. Gerade bei altersspezifischen Problemen wie dem Übergang ins Rentnerdasein, die Verarbeitung der eigenen Biographie, die Bewältigung von Krankheit, Tod, körperlichen Einschränkungen, Einsamkeit etc. bietet eine künstlerische Arbeit sehr gute Möglichkeiten, seinen Lebenssinn aufrecht zu erhalten oder wieder zu finden. Theoretisch ist dies längst geklärt: Der Mensch ist geradezu dazu gezwungen, sein Leben bewusst und selbstbestimmt zu führen. Dazu muss er sich und seine Welt erkennen und bewerten. »Leben« heißt jedoch immer auch, sich neuen Herausforderungen zu stellen, Wahlmöglichkeiten für sein Handeln zu haben, Entscheidungen zu treffen. Offensichtlich hat, zumindest der moderne Mensch, einen unstillbaren Bedarf an Sinnhaftigkeit in seinem Leben. Oft genug ist man jedoch mit dieser Entscheidungslast alleine gelassen. Schreiben, Tanzen, Theaterspielen, Malen – all dies kann dabei helfen, sich zu orientieren, all dies trägt zugleich einen befriedigenden Sinn in sich. Man erlebt sich als produktives Wesen, das etwas tut, was für einen selbst, das aber auch für andere interessant und bedeutsam ist. Eine Zukunftsaufgabe besteht daher darin, gerade angesichts des demografischen Wandels diese besonderen Chancen kultureller Bildungsarbeit auch für ältere Menschen zu erschließen.

In der Förderung gilt nach wie vor der Slogan: von Projekten zu Strukturen.

Weg von kurzfristiger Förderung, sie brennt Akteure und Einrichtungen aus

Es geht um Teilhabe und persönliche Entwicklung, beides Ziele, die durch Menschenrechte abgesichert sind und die gut begründet werden können. So findet man das Recht auf kulturelle Teilhabe in der Kinderrechtskonvention (»Kinder haben ein Recht auf Kunst und Spiel«). Man findet sie im »Pakt für soziale, ökonomische und kulturelle Rechte« aus dem Jahr 1966 (in Kraft gesetzt 1976), der zusammen mit dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in bindendes Völkerrecht umsetzte. Auch die neue UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt ist eine gute Referenz für kulturelle Bildung.

Die Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung ist also vorhanden und wir können darauf aufbauen. Kulturelle Bildung muss als selbstverständlicher Teil der Kultur-, Jugend- und Bildungspolitik in der Praxis der genannten Politikfelder weiter etabliert werden. Wir müssen insbesondere dafür sorgen, dass unsere Bildungseinrichtungen – und hier vor allem die Schulen – die Chancen eines pädagogischen Umgangs mit den Künsten für ein gelingendes Lernen nutzen. Ansätze einer konzeptionellen und praktischen Fundierung einer »Kulturschule« sind vorhanden. In der Förderung gilt nach wie vor der Slogan: von Projekten zu Strukturen. Denn der Trend der letzten Jahre zum Abbau einer Dauerförderung zugunsten einer Förderung von immer neu zu beantragenden Projekten mit immer kürzerer Dauer kostet unnötig Kraft und Energie und brennt allmählich Akteure und Einrichtungen aus. Kulturelle Bildung muss stabil in der Ausbildung von Menschen verankert werden, die mit Kindern zu tun haben. Seniorenkulturarbeit braucht ein stabileres Fundament. Einrichtungen kultureller Bildung muss auf kommunaler Ebene die Angst vor der nächsten Kürzungswelle genommen werden. Hinderlich sind auch zu starke Ressortabgrenzungen: Gerade in Hinblick auf das neue Leitprogramm »kommunale Bildungslandschaften«, so wie es der Deutsche Städtetag in seiner Aachener Erklärung proklamiert hat, bietet kulturelle Bildung eine gute Möglichkeit zur Kooperation unterschiedlicher Ressorts. Das Münchener Gesamtkonzept als wichtiger Vorläufer, das so ähnlich in Hamburg, Dortmund, Erlangen und in vielen anderen Städten umgesetzt wird, zeigt, wie es gehen kann.

Das Glas ist also halb voll, wenn es um gute Anknüpfungspunkte für die zukünftige Entwicklung geht, es ist halb leer in Hinblick darauf, was mit guter Aussicht auf Erfolg in Zukunft angegangen werden muss. Das Projekt des Deutschen Kulturrates wird hierbei seinen Beitrag leisten.

Max Fuchs *ist Präsident des Deutschen Kulturrates*

Stellung nehmen!

Stellung nehmen und Position beziehen gehören zu den Kernaufgaben des Deutschen Kulturrates – hier eine kurzgefasste Auswahl aus dem Bereich der kulturellen Bildung.

Die Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates werden in den Fachausschüssen vorbereitet und anschliessend vom Sprecherrat, dem höchsten politischen Gremium, verabschiedet. Die Stellungnahmen spiegeln den Konsens unter den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates, die nicht nur die verschiedenen künstlerischen Sparten (Darstellende Kunst und Tanz, Musik, Literatur, Bildende Kunst, Baukultur, Film und Medien, Design und Soziokultur), sondern auch die unterschiedlichen kulturellen Bereiche (Künstler, Kultureinrichtungen, Kulturwirtschaft und Kulturvereine) umfassen, wider.

Das Thema kulturelle Bildung spielt in vielen Stellungnahmen eine wichtige Rolle, wenn es beispielsweise um die Sicherung der kulturellen Infrastruktur oder um dasVorhandensein von kultureller Bildung geht. Anfang diesen Jahrhunderts hat sich der Deutsche Kulturrat intensiv mit dem Dienstleistungsbegriff auseinandergesetzt und sich in die europäischen und internationalen Debatten zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen eingebracht. Insbesondere im Bildungsbereich wurden bereits weitgehende Verpflichtungen auf der internationalen Ebene im Rahmen des GATS-Abkommens (General Agreement on Trade in Services) eingegangen. Fragen der kulturellen Bildung werden also vielfach auch in solchen Stellungnahmen angesprochen, die sich auf den ersten Blick mit anderen Fragestellungen befassen. Weiterhin hat sich der Deutsche Kulturrat in mehreren Stellungnahmen explizit mit dem Thema kulturelle Bildung auseinandergesetzt. In den Stellungnahmen wird zunächst der Sachstand beschrieben und anschließend werden konkrete Forderungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für kulturelle Bildung formuliert. Im Folgenden werden die Stellungnahmen aufgeführt und kurz skizziert. Alle Stellungnahmen können auf der Website des Deutschen Kulturrates eingesehen werden.

→ ***www.kulturrat.de***

Kulturelle Bildung im digitalen Zeitalter.

Eine Standortbestimmung des Deutschen Kulturrates zu Bildung und Kultur (Juni 2000)

Kultur und Bildung werden als eng aufeinander bezogen und miteinander verbunden beschrieben. Es wird unterstrichen, dass zur kulturellen Bildung sowohl die aktive Rezeption als auch die eigene kulturelle Praxis gehören. Das besondere Augenmerk liegt auf den Anforderungen für Kultur und Bildung durch die neuen Kommunikationstechnologien. Es wird gefordert, allen Menschen die Teilhabe an kultureller Bildung zu ermöglichen und der Vermittlung von Medienkompetenz einen besonderen Stellenwert zuzumessen. Die in der kulturellen Bildung Tätigen sollen sich für den Umgang mit neuen Technologien öffnen und entsprechend weiterbilden.

Chancen der kulturellen Bildung nutzen!

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zum Ausbau der Ganztagsschulen (März 2004)

Im Jahr 2003 startete die Bundesregierung das Programm »Zukunft Bildung Betreuung« und förderte damit den Ausbau von Ganztagsschulen. Dies bedeutete eine tiefgreifende Änderung der Bildungslandschaft. Insbesondere die kulturelle Kinder- und Jugendbildung baute bislang darauf auf, dass Kinder und Jugendliche aufgrund der Halbtagsschule an den Nachmittagen außerschulische Bildungsangebote nutzen können. In der Stellungnahme wird unterstrichen, dass grundsätzlich im Ausbau von Ganztagsschulen Chancen für die kulturelle Bildung gesehen werden. Es wird betont, dass alle künstlerischen Sparten in der Ganztagsschule Berücksichtigung finden müssen. Ferner darf es keine finanziellen Hürden zur Teilnahme geben. Sowohl bei Lehrern als auch den Akteuren der außerschulischen Bildung wird ein Fortbildungsbedarf konstatiert. Ferner wird deutlich gemacht, dass die außerschulische Kinder- und Jugendbildung auch beim Ausbau von Ganztagsschulen nicht an Berechtigung verliert.

Kulturelle Bildung – Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (September 2006)

Die veränderte Bevölkerungszusammensetzung, das heißt mehr ältere als jüngere Menschen und ein höherer Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund, werden zum Anlass genommen, um zu reflektieren, wie sich die Institutionen und die Förderung der kulturellen Bildung ändern müssen, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden. Es wird unterstrichen, dass der interkulturellen Bildung ein deutlich höherer Stellenwert beigemessen werden muss. Weiter wird das Thema der Generationengerechtigkeit angesprochen. Der kulturellen Kinder- und Jugendbildung wird ein besonderer Stellenwert beigemessen, um das Interesse an kultureller Bildung zu wecken und aufzubauen. Das lebensbegleitende Lernen wird als besondere Chance herausgehoben. Weiter wird appelliert, die Potenziale älterer Menschen stärker in den Blick zu nehmen. Mit regionalen Disparitäten gilt es verantwortungsbewusst umzugehen und hier stärker mobile Angebote zu unterbreiten.

Interkulturelle Bildung – eine Chance für unsere Gesellschaft.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (Juni 2007)

Eingangs wird verdeutlicht, dass die Gesellschaft durch das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer, regionaler und kultureller Herkunft sowie religiöser Überzeugung geprägt ist. Deutschland ist ein Zuwanderungsland, das durch kulturelle Vielfalt geprägt ist. Die Chancen der kulturellen Vielfalt sollten in einem Land, das stark vom Außenhandel abhängig ist, vermehrt in den Vordergrund gerückt werden. Angesichts der Herausforderungen sieht der Deutsche Kulturrat das Erfordernis eines Ausbaus der Elternbildung, einer Fortbildungsinitiative für Erzieher, einer vermehrten Berücksichtigung von Erziehern mit Migrationshintergrund, einer Verstärkung der künstlerischen Schulfächer, eines weiteren Ausbaus von Ganztagsschulen, einer verbesserten Teilhabe an der außerschulischen Bildung, eines barrierefreien Zugangs zur Erwachsenenbildung, einer Nutzung der Potenziale älterer Migranten für die interkulturelle Bildung, einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Zuwanderern, einer angemessenen Berücksichtigung interkultureller Belange in den Medien und einer stärkeren Verzahnung von Kultur- und Bildungspolitik im Inland mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Neue Medien: Eine Herausforderung für die kulturelle Bildung.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (April 2008)

Zu Beginn wird die Bedeutung der Medien für die Kulturvermittlung und Kulturproduktion hervorgehoben und unterstrichen, dass technische Veränderungen immer auch Rückwirkungen auf Kunst und Kultur haben. In der Stellungnahme befasst sich der Deutsche Kulturrat unter dem Begriff Neue Medien mit den digitalen elektronischen Medien und Kommunikationsmitteln. Er unterstreicht, dass diese ein fester Teil der Alltagskultur sind. Die Neuen Medien bieten große Chancen in der Verbreitung und Nutzung von Kunst und Kultur. Zugleich wird vom Deutschen Kulturrat auf Gefahren wie z. B. Cyber-Mobbing hingewiesen. Der Vermittlung von Medienkompetenz misst der Deutsche Kulturrat daher eine herausragende Bedeutung zu. Bereits in der frühkindlichen Bildung können neue Medien eingesetzt und mit der Vermittlung von Medienkompetenz begonnen werden. Die kritische Auseinandersetzung mit Computerspielen sollte Gegenstand des Schulunterrichts sein. In der außerschulischen Bildung sollen die Chancen des kunstnahen Lernens mit neuen Medien ausgebaut werden. Besonders in der Erwachsenenbildung sieht der Deutsche Kulturrat noch Potenziale in der Auseinandersetzung mit Medien. Das gilt gleichermaßen für Hörfunk und Fernsehen, die die kritische Auseinandersetzung mit Medien befördern sollen.

Frühkindliche kulturelle Bildung: Potenziale für unsere Gesellschaft.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (Juni 2008)

Die Bedeutung früher Förderung für das lebenslange Lernen wird herausgestrichen. In der Stellungnahme geht der Deutsche Kulturrat besonders auf Kindertagesstätten und deren Chance, alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen, ein. Es wird ein Fortbildungsbedarf von Erziehern gerade in Fragen der kulturellen Bildung festgestellt, dem begegnet werden muss. Die Zusammenarbeit mit freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit soll verstärkt werden.

Kulturelle Bildung in der Schule.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (Januar 2009)

Der besondere Platz der kulturellen Bildung in der Schule wird unterstrichen und darauf abgehoben, dass in der Schule die Bildung in den Künsten und zugleich auch Bildung zur Orientierung in der Welt durch die Künste erfolgt. Auf die Veränderung der Lernkultur durch die kulturelle Bildung wird ebenso abgehoben wie die besondere Chance von Kulturschulen. Die Kooperation mit Kultur- und anderen Bildungseinrichtungen wird als ausbaufähig angesehen. Ebenso gilt es, der randständigen Stellung der künstlerischen Schulfächer entgegenzuwirken.

Kultur ein Leben lang.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (Okt. 2009)

Zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen unterstreicht der Deutsche Kulturrat die Bedeutung kultureller Bildung für den gesamten Lebenslauf. Er fordert, dass das Bewusstsein für die kulturellen Bedürfnisse und die kulturellen Kompetenzen älterer Menschen geschärft werden muss. Auch in der Ausbildung der Berufe in der Altenpflege gilt es, verstärkt kulturelle und künstlerische Kompetenzen zu vermitteln, damit älteren Menschen adäquate Angebote unterbreitet werden können. Die Potenziale älterer Menschen in der Kulturvermittlung sollten besser genutzt werden.

Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (Oktober 2010)

Zusammen mit Migrantenorganisationen wurden konkrete Vorschläge zur interkulturellen Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext entwickelt. Dabei wurde gefordert, die interkulturelle Bildung im Rahmen der kulturellen Bildung in der vorschulischen, schulischen, beruflichen und nachberuflichen sowie der außerschulischen Bildung zu fördern; die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, inklusive der Muttersprachen der Zuwanderer, anzuerkennen und wertzuschätzen; alle Kinder und Jugendliche unter besonderer Berücksichtigung ihres kulturellen Hintergrundes zu fördern; Erzieher, Lehrer und Pädagogen interkulturell zu qualifizieren; alle zivilgesellschaftlichen Strukturen interkulturell zu öffnen.

Lernorte interkultureller Bildung. Außerschulische Kultur- und Bildungsorte.

Stellungnahme des Deutschen Kulturrates (Juni 2011)

Zusammen mit Migrantenorganisationen wurden weitergehende Vorschläge zur interkulturellen Öffnung außerschulischer Kultur- und Bildungsorte formuliert. Dabei geht es unter anderem darum, dass die Mehrheitsgesellschaft in viel größerem Maße die Angebote von Migrantenorganisationen wahrnehmen und nutzen soll; Migranten ihre Angebote viel stärker der Mehrheitsgesellschaft vermitteln und Kultur- und Bildungseinrichtungen vermehrt Migranten als »normales« Publikum in den Blick nehmen sollen.

Der Bildungsauftrag

»Kultur bildet.« ist Bestandteil des Quellcodes im öffentlich-rechtlichen Betriebssystem. — *Monika Piel*

Der Titel dieser Beilage von Politik & Kultur lautet »Kultur bildet.« – er benennt damit auch ganz unmittelbar zwei der fünf Säulen des Programmauftrages der öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland: »Ihre Angebote haben der Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung zu dienen. Sie haben Beiträge insbesondere zur Kultur anzubieten«, heißt es in §11 des Rundfunkstaatsvertrages. Diesem Auftrag kommen die neun Landesrundfunkanstalten in der ARD im Fernsehen, im Radio und im Internet täglich auf vielfältigste Art und Weise nach.

Kürzlich haben wir uns, nicht nur im Kreis der Intendantinnen und Intendanten, über eine gute Nachricht für unsere Programme ganz besonders gefreut: Das Kulturmagazin »ttt – titel, thesen, temperamente«, das am Sonntagabend im Ersten ausgestrahlt wird, hatte im Jahr 2011 durchschnittlich 1,12 Millionen Zuschauer. Der daraus resultierende Marktanteil von 7,5 % ist der höchste seit dem Jahr 2003. Kulturberichterstattung hat im Ersten also nicht nur ihren Platz, sondern findet auch eine größere Zahl von Zuschauern. Ob aus den Studios der sechs abwechselnd produzierenden ARD-Anstalten oder von der Frankfurter Buchmesse, der documenta in Kassel, den Filmfestspielen in Venedig und Berlin gesendet wird: Die »ttt«-Redaktion und ihr Moderator Dieter Moor bringen interessante, spannende und immer wieder auch sperrige Themen des Kulturlebens einem breiten Publikum nahe. Und mit der Reihe »ttt empfiehlt« sind sie sogar klassisch kulturpädagogisch engagiert: Diese Kooperation mit 34 Volkshochschulen in ganz Deutschland macht beispielsweise im November Station in Regensburg. Dort können interessierte Zuschauer an einer besonderen Führung durch die Ostdeutsche Galerie (ja, die heißt so) und deren aktuelle Emil-Orlik-Schau »Zwischen Japan und Amerika« teilnehmen. Das nenne ich kulturelle Bildung im allerbesten Sinne.

»ttt« ist aber nur ein Beispiel für eine Vielzahl gelungener Verbindungen von Kultur und Bildung in unseren Sendungen. Allein deren Aufzählung würde den Rahmen dieser Beilage sprengen, ein paar will ich trotzdem erwähnen: Das mehrfach ausgezeichnete monatliche Literaturmagazin »druckfrisch« mit Denis Scheck etwa, das der Bayerische, der Hessische, der Norddeutsche und der Westdeutsche Rundfunk gemeinsam für das Erste produzieren. Die sieben wöchentlichen Kulturmagazine in den Dritten Programmen, stellvertretend seien »artour« vom MDR und »Stilbruch« vom RBB genannt. Die Übertragungen großer Theater- und Opernproduktionen, nicht nur in unseren Kooperationssendern 3sat oder arte: Zum 200. Geburtstag von Richard Wagner im nächsten Jahr werden wir die mehr als abendfüllende Bayreuther Inszenierung des »Fliegenden Holländers« live im Ersten zeigen.

Auch unsere vielen Dokumentationen, Features oder Fernsehfilme zu kulturellen und kulturnahen Themen sind von herausragender Bedeutung und oft preisgekrönt. Um das Thema Fernsehen abzurunden: Oft wird es als der Totengräber des künstlerisch angeblich viel wertvolleren, im Alltag aber stets unterlegenen Kinos gescholten. Dann weise ich gern auf den Umstand hin, dass allein in diesem Jahr 60 (sechzig!) Filme im Kino anlaufen, bei denen mindestens eine ARD-Anstalt als Koproduzent beteiligt ist. 250 Millionen Euro haben die Sender in 2012 für Kino-Neuproduktionen ausgegeben. Man muss wohl feststellen: Ohne die ARD gäbe es den deutschen Kinofilm in seiner gegenwärtigen Blüte nicht.

Als föderal organisierte ARD-Anstalten produzieren wir für jedes der 16 Bundesländer auch mehrere, unterschiedlich ausgerichtete Radioprogramme. Die letzte statistische Auswertung dazu gab es 2010. In diesen zwölf Monaten haben alle 54 ARD-Hörfunkwellen zusammen 2.385.561 Minuten originär kulturelle Inhalte gesendet – umgerechnet sind das viereinhalb Jahre ununterbrochenes öffentlich-rechtliches Kulturprogramm. Dazu gehören Hunderte klassischer Konzerte, viele davon sind Produktionen unserer eigenen Orchester, Chöre und Ensembles. Ohne die hätten vor allem zeitgenössische Komponisten selten bis nie eine Chance, ihre Werke aufzuführen. ARD-Anstalten verbreiten also nicht nur Kultur, sondern sind auch selber Kulturproduzent, auf dem Feld der Musik wie beim geschriebenen und gesprochenen Wort. Allen voran ist das Hörspiel eine beinahe exklusive öffentlich-rechtlich finanzierte Kunstform. Und wir bewahren sie nicht nur im Archiv, sondern entwickeln sie auf einer ganzen Reihe von Sendeplätzen in allen Häusern fort. Das gilt aber für alle Bereiche des kulturellen Lebens und Schaffens. In der vom Deutschen Kulturrat herausgegebenen Studie »Der WDR als Kulturakteur« haben die Autoren festgestellt, dass der Kulturanteil in unseren WDR-Hörfunk-Programmen, inklusive Musik, im Schnitt mehr als zwei Drittel ausmacht. Zum Schluss möchte ich noch auf unsere vielfältigen Angebote für Kinder und Jugendliche im Fernsehen, im Radio oder im Internet hinweisen. Dort schafft beispielsweise der Kinderradiokanal »KiRaKa« täglich von 6 bis 22 Uhr nicht zuletzt auch spielerische und kindgerechte Zugänge in die Welt von Literatur und Musik. Das ebenfalls vom WDR gestaltete musikpädagogische Internetprojekt »Klangkiste« war vor zwei Jahren sogar für den Grimme Online Award nominiert.

Aus jeder denkbaren Perspektive ist die ARD ein Ort wie ein Mittel der kulturellen Bildung.

Jede der neun ARD-Anstalten produziert und verbreitet also rund um die Uhr Kultur, auf allen Kanälen, die uns zur Verfügung stehen. Das Angebot ist noch um ein Vielfaches größer als hier geschildert werden kann. Wir sind dabei nicht nur Produzent und Medium, sondern auch selbst Teil der Kultur und des kulturellen Lebens. »Kultur bildet.« ist der ARD vor diesem Hintergrund quasi ins Genom eingeschrieben oder – aus digitaler Sicht – Teil des Quellcodes im öffentlich-rechtlichen Betriebssystem. Unsere Programme, Sendungen, Angebote bilden nicht nur auf kulturellem Gebiet, sondern die Kultur bildet auch den Kern unserer Identität: Als Hoch- und Popkultur, als Nischen- und als Massenkultur. Aus jeder denkbaren Perspektive ist die ARD ein Ort wie ein Mittel der kulturellen Bildung.

Monika Piel *ist Intendantin des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und derzeit Vorsitzende der »Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland« (ARD)*

Ein unverwechselbarer kultureller Ort

Unsere Gesellschaft verändert sich. Sie altert. Die Vermittlung von Kunst und Kultur in der Erwachsenenbildung muss dem Rechnung tragen. — *Rita Süssmuth*

Unsere Gesellschaft verändert sich, »Älter – Bunter – Weniger« heißt die kurze Formel für den demografischen Wandel. Was steckt dahinter? Bislang wurden in diesem Zusammenhang vorrangig die sozialen Sicherheitssysteme, die Pflege- und Gesundheitsvorsorge oder die Städteplanung diskutiert. Es ist jedoch in hohem Maß auch eine kulturelle Frage. Wie verändern sich die Ausprägungen von Lebenszielen und -stilen, Altersbildern und Normen? Im Spannungsfeld gesellschaftlicher Veränderungen suchen Menschen Orientierung, Reflexionsmöglichkeiten und Handlungsinstrumente. Kulturelle Bildung zeigt hier Wege auf.

Kulturverständnis

Kultur ist die Art und Weise, wie Menschen ihren Alltag und ihre Lebenswelt gestalten. Von einem solchen breiten Kulturverständnis ausgehend, stellt die kulturelle Bildung für die Volkshochschulen sowohl eine »Querschnittsaufgabe« als auch einen bedeutenden eigenständigen Programmbereich dar. Letztlich ist die Volkshochschule selbst ein unverwechselbarer kultureller Ort.

Kulturen darzustellen und zu erleben, sich mit Lebenskultur im weiteren wie künstlerischer Kultur im engeren Sinne auseinanderzusetzen, Offenheit gegenüber dem kulturell Neuen und Fremden in Freude und Respekt wechselseitig zu entwickeln – all dies sind Aufgaben der kulturellen Bildung. Deshalb kommt ihr nicht nur eine gestalterische, sondern auch eine integrative Aufgabe von großer Bedeutung in unserer multikulturellen Gesellschaft zu. Interkulturelle Bildung ist der Schlüssel zur Verständigung zwischen Kulturen.

Kunst, Kultur und kreatives Gestalten

Die zentrale Aufgabe des Programmbereichs »Kunst, Kultur und kreatives Gestalten« liegt in der Vermittlung kultureller Kompetenzen, von Urteils- und Gestaltungsfähigkeit. Kulturelle Kompetenzen erweisen sich als wichtige Voraussetzungen, um allgemeine Bildungsziele wie Integration, Partizipation, Selbstvergewisserung, Orientierung, Selbstausdruck, Kommunikation, Kritik- und Gestaltungsfähigkeit zu entwickeln.

Allein an Volkshochschulen nehmen über eine Million Menschen jährlich Angebote im Bereich der kulturellen Bildung wahr. Nachgefragt werden vor allem produktive und kreative Betätigungen: ein breites Spektrum von Malen und Zeichnen über künstlerisch-handwerkliche Kurse, Fotografie und Video bis hin zu Theaterspiel, Musizieren und Tanzen. Aber auch eher informative und diskursive Angebote zur Kulturgeschichte und Kunstbetrachtung oder begleitete Ausstellungs- sowie Theaterbesuche sind gefragt. Dieses Programm der Volkshochschulen spricht Menschen mit unterschiedlichen Neigungen und Ansprüchen an. Dazu gehören diejenigen, die in Kindheit und Jugend nur eingeschränkte Möglichkeiten hatten, ihre musischen und künstlerischen Talente zu entwickeln, die Mut zum Experimentieren oder Begeisterung für das kreative Gestalten haben und sie mit professioneller Anleitung weiterentwickeln möchten, die am kulturellen Reichtum ihrer Region oder am Reichtum anderer Kulturen teilhaben wollen, die sich auf eine Ausbildung in einem künstlerischen Beruf vorbereiten möchten.

Kulturelle Bildung eröffnet alternativen Erfahrungsraum und fördert die Persönlichkeitsentwicklung. Kreativität und kulturelle Kompetenz entfalten in vielen Lebensbereichen Wirkung, wie etwa in Arbeit und Beruf.

Aktuelle Herausforderungen kultureller Erwachsenenbildung

Die Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages betont in ihrem Schlussbericht aus dem Jahr 2007 ausdrücklich den Stellenwert kultureller Bildung in der Lebensperspektive: »Gerade die sozialen, kreativen und kommunikativen Potenziale der kulturellen Erwachsenenbildung sind perspektivisch von großer und wachsender Bedeutung.«

Eine veränderte Realitätswahrnehmung durch die digitalen Medien, die Ästhetisierung weiter Lebensbereiche, die zunehmende Vielfalt kultureller Angebote und der demografische Wandel bilden die aktuellen Herausforderungen der kulturellen Erwachsenenbildung.

»Älter – Bunter – Weniger« – so lassen sich die Folgen des demografischen Wandels für die Bevölkerungsstruktur schlagwortartig zusammenfassen. Als Einrichtungen des lebensbegleitenden Lernens sind die Volkshochschulen prädestiniert, speziell zugeschnittene generationenübergreifende Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Derartige Angebote, in denen Jüngere und Ältere gemeinsam lernen, sich durch Schnelligkeit im Lernen und Rückgriff auf Erfahrung ergänzen, sind für beide Seiten von Vorteil.

30 % der Teilnehmenden an Volkshochschulkursen im Bereich der kulturellen Bildung gehören inzwischen der Altersgruppe 50plus an.

Generationengerechte Bildung

Altersgerechte Bildung setzt voraus, dass die Teilnehmenden nicht als homogene Zielgruppe, sondern in ihren unterschiedlichen Altersphasen mit ihren unterschiedlichen Bildungsinteressen und sozialen Orientierungen wahrgenommen werden. Ältere Menschen wollen vornehmlich ihre Allgemeinbildung aktualisieren und sich kulturell betätigen, sie suchen Möglichkeiten zum sozialen Engagement und soziale Einbindung, sie wollen Versäumtes nachholen oder sich weiterentwickeln. Das neue Forschungsfeld »Geragogik« – die pädagogische Zuwendung zu älteren Menschen – gibt hierzu einige Impulse.

Viele wollen sich gerade mit jüngeren Menschen austauschen, die ihrerseits von der Erfahrungswelt der älteren profitieren, andere möchten gemeinsam mit Menschen in vergleichbarer Lebenssituation lernen. Gerade im Feld der kulturellen Bildung besteht bei älteren Menschen zum Teil Nachholbedarf, andere nutzen die Angebote bei der Suche nach neuen Aufgaben und Reflexionsmöglichkeiten. Außerdem wirkt sich die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und Bildungsangeboten nachweislich positiv auf die Gesundheit aus.

Die altersoffene Weiterbildung der Volkshochschulen baut solche Angebote stetig aus und befördert eine wachsende Zahl künstlerisch aktiver älterer Menschen – etwa in Seniorenorchestern oder -theatern, Medienprojekten und Ateliers. 30 % der Teilnehmenden an Volkshochschulkursen im Bereich der kulturellen Bildung gehören inzwischen der Altersgruppe 50plus an.

Gemeinsam Perspektiven entwerfen

Die Entwicklung von weiteren konkreten Bildungsmodellen und spezifischen Vermittlungsformen künstlerischer Techniken sind dennoch notwendig. Neue Formate der Kulturvermittlung von und für ältere Menschen sind gefragt. Volkshochschulen arbeiten eng mit Kulturschaffenden, Kulturinstituten, Bibliotheken sowie mit soziokulturellen Zentren in der Kommune zusammen. Die kulturelle Bildung in der Volkshochschule erweist sich dabei als unverzichtbare Basis für das städtische und regionale Kulturleben. Gemeinsam mit anderen Akteuren der kulturellen Bildung entwickeln sie Perspektiven.

Rita Süssmuth *ist Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. und Bundestagspräsidentin a. D.*

Ein Fest für die kulturelle Bildung!?

Eine kleine Geschichte des Themas »kulturelle Bildung« im Deutschen Kulturrat — *Gabriele Schulz*

Im kommenden Jahr kann die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) ihren 50. Geburtstag feiern, einer der bekanntesten Wettbewerbe der kulturellen Bildung »Jugend musiziert« wird 60 und eine Reihe anderer Verbände aus dem Feld der kulturellen Bildung begehen ebenfalls »runde« Geburtstage. Die Welttagung zur kulturellen Bildung wird in Deutschland stattfinden. Die Bündnisse für Bildung unter der gemeinsamen Überschrift »Kultur macht stark« werden ihre Arbeit aufnehmen. Das ganze Jahr über werden also über die ohnehin bestehenden Maßnahmen, Tagungen und Veranstaltungen zur kulturellen Bildung hinaus herausgehobene Aktivitäten stattfinden. Ein Fest für die kulturelle Bildung?

Unbestritten hat kulturelle Bildung an Bedeutung gewonnen. Und das ist sehr erfreulich. Ich würde noch weiter als Max Fuchs in seinem Beitrag in diesem Heft zurückgehen und nicht nur auf die letzten zehn Jahre zurückblicken wollen, um den Bedeutungsgewinn der kulturellen Bildung in der kultur- und bildungspolitischen Debatte zu beschreiben.

Im Jahr 1973 erschien der Bildungsgesamtplan. Er ist ein Kind des Bildungsaufbruchs der 1970er-Jahre und vor allem ein Zeugnis, dass gesamtstaatlich Bildung in den Blick genommen werden kann. Die seinerseits gegründete Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung stand auf zwei Beinen, Bildung und Forschung. Die von ihr koordinierten großen Modellvorhaben waren gerade für die kulturelle Bildung von sehr großer Bedeutung. Viele Impulse zur Entwicklung des Feldes gingen von diesen bis zur Föderalismusreform I möglichen groß angelegten Modellvorhaben aus.

Konzeption Kulturelle Bildung als Impulsgeber

Der erwähnte Bildungsgesamtplan aus den 1970er-Jahren hatte das Manko, dass er sich mit der außerschulischen kulturellen Bildung nur sehr unzureichend befasst hat. Sein Augenmerk lag vor allem auf der Schule. Und so war diese Leerstelle einer der Impulse, dass sich die Verbände, die sich Anfang der 1980er-Jahre gerade erst im Deutschen Kulturrat zusammengeschlossen hatten, zum Ziel setzten, eine Konzeption Kulturelle Bildung zu erarbeiten, in der insbesondere das Feld der außerschulischen kulturellen Bildung vermessen werden sollte. Für den Deutschen Kulturrat begann zu diesem Zeitpunkt die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, die immerhin nun auch in das 30. Jahr geht.

Die Konzeption Kulturelle Bildung bestand aus zwei Teilen. Zum einen aus einer Art Handbuch; Bundesverbände aus dem Feld der kulturellen Bildung skizzierten auf knapp vier Seiten ihr Arbeitsfeld, ihre Zielgruppen und den Veränderungsbedarf in den Rahmenbedingungen auf bundes- und landespolitischer Ebene. Urheberrechtliche Fragen, die unterschiedliche Besteuerung von privaten und öffentlichen Einrichtungen der kulturellen Bildung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse in dem Feld und die teilweise unsichere Finanzierung, all das wurde angesprochen und in einem zweiten Teil, einer übergreifenden Zusammenfassung zusammengestellt.

Die Konzeption Kulturelle Bildung war ein Wurf. Sie löste vielleicht nicht den erwarteten Anspruch ein, dass ein gesamtes konsistentes Konzept der kulturellen Bildung entworfen wurde. – Das wäre allerdings auch eine Überforderung gewesen. – Sie bildete aber den damaligen Diskussionsstand ab und zeigte die Vielfalt und Vielschichtigkeit des Feldes auf. Im Rahmen der Erarbeitung fanden Fachgespräche zur kulturellen Bildung beim Deutschen Kulturrat statt und neue Entwicklungen konnten so einbezogen werden. Aus heutiger Sicht vielleicht unverständlich, aber in der damaligen Debatte war es durchaus ein Fortschritt, dass Dieter Gorny, seinerzeit Leiter des Rockbüro NRW, die Anforderungen der Popularkultur in den Diskussionsprozess einbrachte. Ein weiterer Verdienst war, dass der Begriff der kulturellen Bildung, der alle künstlerischen Sparten einschließt, in der Konzeption Kulturelle Bildung geprägt wurde und im Laufe der Jahre den der musischen Bildung ablöste.

Zu bedenken ist, dass einige der Arbeitsfelder der kulturellen Bildung wie beispielsweise die Theater- oder auch die Museumspädagogik sich gerade erst entwickelten und in den 1980er-Jahren Museen und Museumspädagogen wie auch Theater und Theaterpädagogen längst nicht so einträchtig zusammenarbeiteten, wie es heute vielfach anzutreffen ist. Es wurde in einem sehr viel stärkeren Maße als heute zwischen Kunst und Vermittlung, Kunst und Bildung unterschieden.

Konflikte innerhalb des Feldes der kulturellen Bildung schienen bereits in der ersten Konzeption Kulturelle Bildung durch. So war den Beiträgen der Laienmusik zu entnehmen, dass es der öffentlichen Musikschulen zumindest in Süddeutschland nicht bedürfe, da vergleichbare Aufgaben von den Laienmusikorganisationen wahrgenommen werden. Und die Jugendkunstschulen arbeiteten sich an den Musikschulen ab. Die Soziokulturellen Zentren streiften das Schmuddelkinderimage ab. Zirkus wurde erstmals als Teil der kulturellen Bildung wahrgenommen und die gezielte Leseförderung steckte noch in den Kinderschuhen.

Den außerschulischen Bereich stärken

Eines fällt bei der Lektüre der ersten Konzeption Kulturelle Bildung auf: Zum einen positionierte sich hier ein Feld in Abgrenzung zur Schule. Zwar finden die künstlerischen Schulfächer Musik, Kunst und Theater, damals noch darstellendes Spiel, ihren Platz, im Kern geht es aber um den außerschulischen Bereich; seine Stärken und die Impulse, die davon ausgehen können. Die Konzentration auf die außerschulischen Arbeitsfelder hängt aber auch damit zusammen, dass Ganztagsschulen zu den seltenen Ausnahmen zählten und daher Kinder und Jugendliche potenziell Zeit hatten, um außerschulische Bildungsangebote am Nachmittag wahrzunehmen.

Ebenso sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass in den späten 1970er- und 1980er-Jahren von der sogenannten Lehrerschwemme die Rede war. Viele Absolventen von Lehramtsstudiengängen wurden nicht in den Schuldienst übernommen. Die Alternative vor Augen, arbeitslos zu werden oder aber eine Weiterbildung zum SAP-Programmierer zu absolvieren, entschieden sich viele im außerschulischen Bereich tätig zu werden und ihre Energien, ihr Wissen und ihre Phantasie in den Aufbau neuer Institutionen und Strukturen einzusetzen. Dabei wurden prekäre Beschäftigungsverhältnisse bis hin zur Selbstausbeutung in Kauf genommen. Gar nicht so untypisch war ein sich Entlanghangeln von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über Honorartätigkeit zu ehrenamtlicher Tätigkeit zu wiederum der nächsten Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Die Konzeption kulturelle Bildung war ein Wurf.

Trotz oft unsicherer Finanzierung und prekärer Beschäftigung war diese Zeit von einem großen Aufbruch geprägt. Es galt den teilweise unappetitlichen Geruch der musischen Bildung loszuwerden und ganz neue Formen des Zugangs zu Kultur und Bildung zu entwickeln, bislang unbeachtete Gruppen in den Blick zu nehmen und Kultur und Soziales zu versöhnen.

Ein Ergebnis dieses vielschichtigen Prozesses war die Ablösung des Begriffs der musischen Bildung durch den der kulturellen Bildung. Diese Ablösung wurde durch den Deutschen Kulturrat vorangetrieben und vom Bundesbildungsministerium positiv aufgenommen.

Bereits im Jahr 1988 mit Erscheinen der Konzeption kulturelle Bildung verabredeten der Deutsche Kulturrat und das Bundesbildungsministerium nach vier Jahren, in einer Konferenz zu evaluieren, was innerhalb dieses Zeitraums umgesetzt wurde. Diese Konferenz fand im Herbst 1993 in Potsdam statt und wahrscheinlich hätte niemand der Autoren oder Verbandsvertreter gedacht, dass die Voraussetzungen so anders waren. Dazwischen lagen der Zusammenbruch vieler osteuropäischer Länder, die sogenannte friedliche Revolution in der DDR und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. In Ostdeutschland befand sich zu dem Zeitpunkt die kulturelle Infrastruktur einschließlich der Infrastruktur kultureller Bildung vor einem umfassenden Umbruch.

In Potsdam stand darum auch nicht im Mittelpunkt zu überprüfen, welcher von den Vorschlägen des Deutschen Kulturrates vom Bund oder von den Ländern aufgegriffen wurden, sondern der Umbruchprozess in Ostdeutschland stand im Fokus. Dabei war unstreitig, dass Schließungen von Einrichtungen stattgefunden und Menschen ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Ebenso unstreitig wurde verdeutlicht, dass eine neue Szene der kulturellen Bildung entstand und ein Aufbruch zu verzeichnen war. Die großen Institutionen in Ost und West, die Tanker, also Theater oder auch Museen, waren aber auch Anfang der 1990er-Jahren vielfach von der kulturellen Bildung unberührt.

Der Deutsche Kulturrat veröffentlichte im Jahr 1994 in einem zweibändigen Konvolut die Diskussionen der erwähnten Potsdamer Tagung und erneut, als Handbuch mit zusammenfassenden Beschreibungen und Empfehlungen, die Konzeption kulturelle Bildung. Sie bildete damit den Sachstand der Debatten zu Beginn der 1990er-Jahre ab und wies mit den Empfehlungen in die Zukunft. Der Handbuchcharakter der Konzeption Kulturelle Bildung machte sie zu einer wichtigen Referenz in den Debatten um kulturelle Bildung.

In den 1990er-Jahren gewann neben den Verwerfungen in Ostdeutschland eine andere Diskussion an Bedeutung, die der Digitalisierung bzw. den Auswirkungen der Digitalisierung auf Kunst, Kultur und Bildung. Seinerzeit war der Begriff der neuen Medien üblich und im Feld der kulturellen Bildung kristallisierten sich zwei Richtungen heraus. Zum einen versammelte unter anderem Dieter Baacke, Soziologe aus Bielefeld, Menschen und Institutionen um sich, die die neuen Medien als Chance für avantgardistische Ausdrucksformen und vor allem der Teilhabe von jungen Menschen an Kunst und Kultur sahen. Der »Dieter-Baacke-Preis« ist heute noch eine Erinnerung und ein lebendiges Beispiel für die Innovationskraft neuer, computergegestützter Medien im Kulturbereich. Hier geht es um die Auseinandersetzung mit den Medien mit ästhetischen Mitteln. Zum anderen gab es eine Gegenbewegung. Kulturelle Bildung sollte gerade junge Menschen dazu befähigen, sich nicht mit neuen Medien, insbesondere nicht mit den gerade aufkommenden Computerspielen, zu befassen. Hieraus entstand ein Gegenüber, das mit in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts reichte. Als, initiiert von Olaf Zimmermann, dem Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, der Deutsche Kulturrat einen Schwerpunkt zum Thema Computerspiele in der Beilage »Kultur Kompetenz Bildung« veröffentlichte, brachte dies für einige das Fass zum Überlaufen. Computerspiele seien Schund und verführten zu Gewalt, riefen die einen. Schund gehöre ebenso zur Kultur wie Gewalt, entgeg-

»Optimistisch gewendet, besteht die Herausforderung, das Bestehende so zu verändern und weiterzuentwickeln, dass zusammen mit anderen etwas Neues entsteht.«

nete Zimmermann. Auch wenn die Diskussion zu dieser Fragestellung inzwischen abgeflacht ist, sind die sehr unterschiedlichen Zugänge zum Umgang mit Medien nach wie vor präsent.

Unter dem Brennglas der Wissenschaftsgesellschaft

Der Deutsche Kulturrat hat sich ab Mitte der 1990er-Jahre, unterstützt durch Projekte des Bundesbildungsministeriums, intensiv mit dem Thema kulturelle Bildung in der Wissensgesellschaft befasst und ist hier besonders auf den Einfluss neuer Technologien auf die Kulturvermittlung eingegangen. Eine wichtige Fragestellung war dabei, wie sich die Kulturvermittlung durch den Einsatz der neuen Technologien verändert und wie demzufolge die Ausbildung für Berufe der kulturellen Bildung und Kulturvermittlung angepasst werden müssen.

Die Frage nach den Berufen der kulturellen Bildung, der Aus- und Weiterbildung für kulturvermittelnde Tätigkeiten durchzieht wie ein roter Faden die Beschäftigung des Deutschen Kulturrates mit dem Thema kulturelle Bildung. Immer wieder wurde der erforderliche Aus- und Weiterbildungsbedarf, die Chance der Berufsfelderweiterung für Künstlerinnen und Künstler und nicht zuletzt die soziale Absicherung im Arbeitsfeld kulturelle Bildung angesprochen. Diese Fragen nahmen daher auch breiten Raum in der Konzeption Kulturelle Bildung III ein, die im Jahr 2005 vom Deutschen Kulturrat vorgelegt wurde. Anders als in den vorherigen Konzeptionen Kulturelle Bildung erschien dieses Mal kein Handbuchteil, in dem die verschiedenen Verbände ihre Arbeitsfelder und Anforderungen zur künftigen Entwicklung beschrieben. Es wurde vielmehr die Tagung »Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion« dokumentiert. Diese Tagung stand unter dem Eindruck des Ausbaus von Ganztagsschulen in Folge des PISA-Schocks in Deutschland. Die erste PISA-Studie bescheinigte deutschen Jugendlichen nicht nur einen Rückstand in der Lesekompetenz gegenüber anderen Industriestaaten. Es wurde ebenso der Finger auf eine starke Segregation der Schulbildung in Deutschland gelegt. Insbesondere für Kinder aus Migrantenfamilien wurden signifikant schlechtere Bildungschancen als für Kinder ohne Migrationshintergrund belegt.

Bund und Länder unternahmen in der Folge umfassende Anstrengungen, um die frühkindliche und die schulische Bildung zu verbessern. Auch wenn längst noch nicht alles zum Besten bestellt ist und nach wie vor Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten weitaus geringere Bildungschancen haben als andere, muss anerkannt werden, dass ein Prozess der Veränderung eingeleitet wurde. Dieser Veränderungsprozess bedeutete einen Bruch für viele Akteure der kulturellen Bildung, da sie im außerschulischen Bereich tätig sind und die Halbtagsschule zu den wichtigen Voraussetzungen zur Teilnahme an den nachmittäglichen Angeboten der kulturellen Bildung gehörte. Viele Akteure sind seither Kooperationen mit Schulen eingegangen. Schule und außerschulische Bildung nähern einander an und verändern sich beide.

Der Deutsche Kulturrat hat sich in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt ausgehend von den Diskussionen um Bildungspartizipation von Migranten, intensiv mit Fragen der interkulturellen Bildung auseinandergesetzt. Es wurde ein Runder Tisch Interkultur eingerichtet, an dem Vertreter von Migrantenorganisationen und aus den Kulturverbänden gemeinsam Empfehlungen zur verbesserten interkulturellen Bildung und Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die verschiedenen Aktivitäten der kulturellen Bildung erarbeitet. Auf den Prüfstand wurde die Arbeit von Einrichtungen der kulturellen Bildung, von Kultureinrichtungen, von Institutionen der Erwachsenenbildung und auch von Migrantenorganisationen gestellt. Begleitet wurde dieser Prozess in der Beilage »Inter | kultur« zur Zeitung Politik & Kultur. Hier wurde sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob von Inter- oder nicht doch besser von Transkultur die Rede sein sollte, wie sich die Politik von der Gastarbeiter- zur Zuwanderungspolitik änderte, wie sich Migrantenorganisationen in die bildungs- und kulturpolitische Debatten einbringen und nicht zuletzt welche erfolgreichen Projekte im Feld der interkulturellen Bildung durchgeführt werden. Die Beiträge erscheinen gebündelt und redaktionell neu zusammengestellt im Buch »Kulturelle Vielfalt leben: Chancen und Herausforderungen interkultureller Bildung«.

Die Gretchenfrage

Parallel befasste sich der Deutsche Kulturrat mit der Fragen der religiösen Bildung und den Wechselwirkungen zur kulturellen Bildung. Thematisiert wird dieses Wechselverhältnis im ersten Schwerpunkt von Politik & Kultur im Jahr 2006 unter der Überschrift »Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht«. Angesprochen wird es ebenfalls in den Kolumnen zum 500. Geburtstag der Reformation, die seit 2008 regelmäßig in Politik & Kultur erscheinen. Eine Rolle spielen sie im Dossier »Islam · Kultur · Politik«, das Politik & Kultur seit 2011 insgesamt sechs Mal beilag.

Und nun die Dialogplattform »Kultur bildet.«. Sie ist das aktuelle vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt des Deutschen Kulturrates im Themenbereich kulturelle Bildung. Sie ist ein neues Projekt, steht aber in der Tradition der anderen Vorhaben und nimmt Diskussionsstränge und Arbeitsweisen auf. Für den Deutschen Kulturrat ist es zwar ein neues Vorhaben, es fügt sich aber konsequent in die nunmehr fast 30-jährige Beschäftigung mit dem Thema kulturelle Bildung ein. Die Idee eines Handbuches als Informationsmittel über Institutionen und Ansprechpartner kultureller Bildung wurde der heutigen Zeit angepasst und als Internetportal verwirklicht. Dieses Internetportal bietet im Unterschied zu einem gedruckten Buch die Chance, Informationen miteinander zu verknüpfen, sie stetig zu aktualisieren und dadurch weitaus mehr Informationen zur Verfügung zu stellen als es in einem Buch, das zu einem bestimmten Zeitpunkt fertig sein muss, möglich ist. Daraus entsteht zugleich die Verpflichtung, am Ball zu bleiben und stetig mit neuen Nachrichten und Informationen aufzuwarten. Da der Wirkungskreis des Deutschen Kulturrates alle künstlerischen Sparten, alle Bereiche des kulturellen Lebens und alle Generationen in den Blick nimmt, ist ein Mehrwert über die bestehenden Informationsmöglichkeiten hinaus zu erwarten. Die Zusammenarbeit im Arbeitskreis »Kultur bildet.« öffnet den Blick über die Akteure der kulturellen Bildung im engeren Sinne zu den Religionsgemeinschaften, den Wohlfahrtsverbänden, den Migrantenorganisationen und der Wissenschaft. Hier sollen Synergien über den engeren Kreis der kulturellen Bildung hinaus erzielt und die Zusammenarbeit verstärkt werden. Gerade angesichts der demografischen Herausforderungen kann eine Zusammenarbeit mit anderen die eigene Arbeit stärken. Das gilt auch mit Blick auf die publizistische Auseinandersetzung in dieser Beilage »Kultur bildet.« sowie dem öffentlichen Dialogforum »Kultur bildet.«.

Derzeit steht die Rettung des Bestehenden und nicht die Entwicklung von Neuem an.

Die kulturelle Bildung erfährt im Moment so viel Aufmerksamkeit wie kaum jemals zuvor. Das ist Anlass genug, ein Fest zu feiern und mit Elan die neuen Aufgaben anzunehmen. Die kulturelle Bildung steht aber zugleich vor immensen Herausforderungen. Der demografische Wandel stellt gerade für ein Arbeitsfeld, das traditionell eher Kinder und Jugendliche in den Blick genommen hat, eine grundlegende Herausforderung dar. Allen Prognosen zufolge wird der Bevölkerungsanteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung in den nächsten Jahren stark absinken. Das verlangt von vielen Akteuren der kulturellen Bildung ein Umsteuern mit Blick auf Zielgruppen, auf Methoden, auf Arbeitsweisen. Eine weitere Herausforderung des demografischen Wandels wird die Sicherung der kulturellen Infrastruktur in immer dünner besiedelten Gebieten sein. Schon jetzt ist es so, dass in einigen Landkreisen Ostdeutschlands nur noch sehr wenige Menschen leben. Diese Entwicklung wird in der Zukunft auch in anderen Regionen Deutschlands anzutreffen sein.

Es wird eine der großen Herausforderungen auch für die kulturelle Bildung sein, Ideen zu entwickeln, wie in dünn besiedelten Regionen, mit einer möglicherweise geringen Finanzausstattung eine kulturelle Infrastruktur aufrechterhalten werden kann. Pessimistisch könnte gesagt werden: Derzeit steht die Rettung des Bestehenden und nicht die Entwicklung von Neuem an. Optimistisch gewendet, besteht die Herausforderung, das Bestehende so zu verändern und weiterzuentwickeln, dass zusammen mit anderen etwas Neues entsteht. Mit dieser Perspektive und den positiven Erfahrungen im Rücken kann tatsächlich so etwas wie ein neuer Aufbruch für kulturelle Bildung entstehen.

Gabriele Schulz *ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates*

Die Dialogplattform »Kultur bildet.«

ist ein Forum des Austauschs zur kulturellen Bildung und ein Informationsportal über kulturelle Bildung. Sie dient der Vernetzung von Zivilgesellschaft, Stiftungen, Kirchen, Kommunen, Bund und Ländern. Die Dialogplattform besteht aus vier Modulen, in denen jeweils verschiedene Zielgruppen in den Blick genommen werden:

Nr. 1

ist die Beilage »Kultur bildet.« zur Zeitung des Deutschen Kulturrates Politik & Kultur, die mit dieser Ausgabe erstmals vorgelegt wird. Sie wird in den nächsten dreieinhalb Jahren in regelmäßigen Abständen der Zeitung beigelegt werden und Gelegenheit zu einem intensiven publizistischen Austausch zu Fragen der kulturellen Bildung bieten. Damit ist gesichert, dass die Diskussionsprozesse in diesem Vorhaben auch in gedruckter Form über den Kreis der an kultureller Bildung Interessierten hinaus, der kultur-, bildungs- und jugendpolitischen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Nr. 2

ist der Arbeitskreis »Kultur bildet.« – 20 Experten aus der kulturellen Bildung, aber auch anderen gesellschaftlichen Bereichen werden zwei Mal im Jahr zusammentreffen, um Fragen der kulturellen Bildung zu diskutieren. Bewusst wurde dieser Arbeitskreis so angelegt, dass neben Experten aus dem Kulturbereich bzw. der kulturellen Bildung auch die Vertreter von Migrantenorganisationen, aus den Wohlfahrtsverbänden, der Wissenschaft und den Religionsgemeinschaften zusammenarbeiten. Hier soll der Austausch im Mittelpunkt stehen und erfahren werden, wie in anderen Arbeitsfeldern das Thema kulturelle Bildung debattiert wird, welchen Stellenwert es hat und wie gegenseitige Synergien erreicht werden können.

Nr. 3

richtet sich an die breitere Öffentlichkeit. Geplant sind zwei Mal im Jahr stattfindende öffentliche Diskussionsforen »Kultur bildet.«. Als wichtiger Medienpartner konnte Deutschlandradio gewonnen werden, so dass eine breite Öffentlichkeit erreicht werden kann. Hier soll kontrovers zum Thema kulturelle Bildung debattiert werden.

Nr. 4

schließlich hat die ganz große Öffentlichkeit im Blick. Das Internetportal »Kultur bildet.«, das im Januar 2012 online geht, soll sich zu einem bundesweiten Wegweiser für alle an kultureller Bildung Interessierte entwickeln. Es wird über Ansprechpartner der kulturellen Bildung, aktuelle Forschungsergebnisse und Wettbewerbe der kulturellen Bildung informieren. In einem Download-Bereich sollen Dokumente und Schriften zur kulturellen Bildung zugänglich gemacht werden. In der Rubrik »Aktuelles« soll kontinuierlich über Neuigkeiten aus dem Feld der kulturellen Bildung berichtet werden.

Zeit für Bündnisse

Durch konkrete Projekte sollen bildungsbenachteiligte Kinder besser erreicht werden. — *Olaf Zimmermann*

Am 20. September wurden in Berlin die 35 »Gewinner« bekanntgegeben, die in den kommenden fünf Jahren lokale »Bündnisse für Bildung« unter der gemeinsamen Überschrift »Kultur macht stark« realisieren werden. Bundesbildungsministerin Annette Schavan und der Vorsitzende der Jury, die die Auswahl für die Bündnisse traf, Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, stellten die bundesweit tätigen Verbände und Initiativen vor, die in den kommenden Jahren »Bündnisse für Bildung« aufbauen werden.

Dieser Auswahl ging ein wettbewerbliches Verfahren voraus. Am 10. Mai 2012 stellte Bundesbildungsministerin Annette Schavan gemeinsam mit Max Fuchs, dem Präsidenten des Deutschen Kulturrates, in Berlin das Programm »Kultur macht stark« vor und forderte Verbände und Initiativen auf, in einen Wettbewerb um die besten Konzepte zu treten. Eine vom Bundesbildungsministerium formulierte Förderrichtlinie setzte den Rahmen. Eckpunkte dieser Förderrichtlinie sind: Förderung von außerschulischen Bildungsmaßnahmen insbesondere auf dem Gebiet der kulturellen Bildung, Unterstützung von bildungsbenachteiligten Kindern und Jugendlichen in ihrer Entwicklung, Entwicklung tragfähiger bürgerschaftlicher Netzwerke.

Die Förderrichtlinie zielte explizit darauf ab, den in Deutschland ausgeprägten Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg abzuschwächen. Interessierte, bundesweit tätige Verbände und Initiativen konnten bis 31. Juli 2012 dem Bundesbildungsministerium ein Konzept vorlegen, in dem sie darlegten, wie sie im Zusammenspiel mit weiteren Akteuren die Eckpunkte der Förderrichtlinie umsetzen wollen. Insgesamt hatte die Jury 163 Konzepte zu bewerten. Davon wurden 35 Konzepte ausgewählt und am 20. September 2012 die Auswahl bekanntgegeben. Jetzt müssen die Gewinner ihr Konzept verfeinern, so dass im kommenden Jahr die ersten Bündnisse vor Ort starten können. Die ausgewählten Verbände müssen nun unter Beweis stellen, dass sie mit Partnern vor Ort zusammenarbeiten und mit ihnen ein »Bündnis für Bildung« aufbauen können. Sie stehen zusätzlich vor der Herausforderung, schlanke Verwaltungsstrukturen zu etablieren, denn die Administration der zugewiesenen Mittel, die Weiterleitung an die Akteure vor Ort sowie die Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung obliegt den ausgewählten Verbänden und Initiativen.

Kulturelle Bildung sitzt schon immer zwischen den Stühlen.

Das ist eine große Verantwortung und eine große Herausforderung. Ich bin dennoch fest davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist, die Bündnisse für Bildung mit Unterstützung der Bundesverbände zu bilden. Diese Verbände verfügen einerseits über den erforderlichen Unterbau vor Ort. Sie haben zugleich die Stabilität, um am Aufbau dauerhafter Strukturen mitzuarbeiten.

Denn darum geht es bei den »Bündnissen für Bildung«. Sie sollen eben keine kurzfristigen Projekte sein, bei denen ein Feuerwerk an Ideen gezündet wird, an denen sich kurz erfreut werden kann, um danach enttäuscht in den wieder verdunkelten Himmel zu blicken. Die »Bündnisse für Bildung« bauen auf dem dauerhaften Engagement der Zivilgesellschaft auf. Zivilgesellschaftliche Akteure aus ganz unterschiedlichen Bereichen sollen jeweils vor Ort ein »Bündnis für Bildung« aufbauen, das dauerhaft und strapazierfähig ist. Denn nur durch ein kontinuierliches Engagement wird es möglich sein, die nach wie vor bestehende Bildungsungerechtigkeit in Deutschland abzubauen.

Enger Zusammenhang von Herkunft und Bildung

Seit Erscheinen der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 wird dem deutschen Bildungswesen fortlaufend der enge Zusammenhang von Herkunft und Bildung wissenschaftlich bescheinigt. Alle bisher unternommenen Anstrengungen wie die Entwicklung von Bildungsplänen für die frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen, der Ausbau von Ganztagsschulen und die Entwicklung von Bildungsstandards in ausgewählten Schulfächern haben noch nicht zu einem durchschlagenden Erfolg bei der Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern geführt. Auch wenn, und dieses muss den Bildungspolitikern zugutegehalten werden, einige Zeit einzukalkulieren ist, bis Umsteuerungsmaßnahmen im Bildungswesen Früchte tragen.

Im Nationalen Bildungsbericht, der im Juni 2012 vorgelegt wurde, wird auf einige Hoffnungsschimmer am Horizont eingegangen. So werden mehr unter 3-jährige in Kindertageseinrichtungen betreut, verhältnismäßig selten wird diese Betreuungsmöglichkeit allerdings für Kinder mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen. Nahezu alle Kinder zwischen 3 und 6 Jahren besuchen eine Kindertagestätte und profitieren damit von der verbesserten frühkindlichen Bildung, allerdings bestehen bei Kindern mit Migrationshintergrund auch hier noch Potenziale. Als besondere Herausforderung wird im Nationalen Bildungsbericht herausgestellt, dass Kinder, in deren Familien wenig Deutsch gesprochen wird, zu einem Drittel in Kindertageseinrichtungen betreut werden, in denen mehr als die Hälfte der Kinder zu Hause ebenfalls nicht Deutsch sprechen. Hier bestehen besondere Anforderungen in der Sprachförderung. Positiv wird hervorgehoben, dass sich durch den Aufbau von Ganztagsschulen das Angebot kultureller Bildung in der Schule erweitert hat. Dabei wird besonders auf die Angebote im Rahmen der offenen Ganztagsschule hingewiesen.

Nach wie vor ist eine schwierige familiäre Situation ein großes Hindernis für Erfolg im Bildungssystem. Der Bildungserfolg hängt zu einem erheblichen Teil vom häuslichen Umfeld ab. Besonders Kinder aus einem bildungsfernen Elternhaus mit finanziellen und sozialen Problemen sind davon negativ betroffen.

Stärken zusammenbringen

Die große Chance der Bündnisse besteht darin, gerade jene Kinder, die aus schwierigen Elternhäusern kommen, zu erreichen. Diese Kinder sind, und das muss an dieser Stelle selbstkritisch gesagt werden, zumeist auch nicht in den Einrichtungen der kulturellen Bildung oder anderen Kultureinrichtungen zu finden. Auch wenn diese Institutionen mit dem Anspruch antreten, möglichst allen Kindern und Jugendlichen die Teilhabe zu ermöglichen. Allzu oft haben Einrichtungen der kulturellen Bildung einen bildungsbürgerlichen Anspruch und es ist daher schwer, sich auf Kinder aus bildungsfernen Schichten einzulassen. Die Stärke der »Bündnisse für Bildung« muss darin bestehen, die unterschiedlichen Kompetenzen der verschiedenen Partner in die Bündnisse einzubringen. Liegt die Stärke des einen im Bereich der kulturellen Bildung, so die des anderen in der sozialen Arbeit und die des dritten Partners in der Gemeinwesenorientierung. Erst die Mischung und die Zusammenarbeit vor Ort werden die Qualität und den Charme der »Bündnisse für Bildung« ausmachen. Dabei werden je nach Sozialstruktur und Lage die Bündnisse sicherlich sehr unterschiedlich aussehen. Was in dem einen Ort sinnvoll ist, kann in dem nächsten der falsche Weg sein.

Es wird auf die Neugier der Akteure und ihre Bereitschaft ankommen, sich auf Neues einzulassen, damit die Bündnisse funktionieren. Hiervon kann ein Entwicklungsschub für die kulturelle Bildung insgesamt ausgehen. Der demografische Wandel wird Anpassungen in der Infrastruktur unausweichlich machen. Wenn in Deutschland weniger Menschen leben und darüber hinaus der Anteil der älteren Menschen deutlich steigt, wird die Infrastruktur angepasst werden müssen. Das gilt für Schulen, für Einrichtungen der Jugendhilfe, für Sportvereine, für Altenheime, für Volkshochschulen, für den öffentlichen Nahverkehr und auch für die Einrichtungen der kulturellen Bildung sowie Kulturinstitutionen. Die »Bündnisse für Bildung« können daher auch ein Labor für neue Formen der Zusammenarbeit sein und damit ein Netz bauen, wie Qualität in der kulturellen Bildung auch unter veränderten demografischen Voraussetzungen gelingen kann.

Laborcharakter und Praxistest

Kulturelle Bildung sitzt schon immer zwischen den Stühlen. Sie wird traditionell sowohl von der Bildungs-, der Kultur- als auch der Jugendpolitik geprägt und gestaltet. Insofern bringen die Akteure der kulturellen Bildung die besten Voraussetzungen mit, um in einem Verantwortungsvieleck nach vorne zu schauen und neue Ideen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Das Förderprogramm »Bündnisse für Bildung« kann daher auch als ein Experimentierraum gesehen werden, um mit Hilfe einer Anschubfinanzierung vom Bund dauerhafte tragfähige Strukturen vor Ort zu entwickeln. Wichtig ist, dass bei den »Bündnissen für Bildung« wie bei jedem guten wissenschaftlichen Experiment das gelegentliche Scheitern zugelassen wird. Mich irritieren schon seit Jahren manche der immer wieder öffentlich zelebrierten best-practice Beispiele aus Bereichen der kulturellen Bildung. Wenn alle diese best-practice Beispiele wirklich einen so durchschlagenden Erfolg gehabt hätten wie behauptet, müssten die Probleme in der kulturellen Bildung deutlich kleiner sein. Viel spannender ist es doch zu erfahren, was nicht geklappt hat und warum manche Vorhaben gescheitert sind. Aus Fehlern klug werden, das sollte auch für die »Bündnisse für Bildung« gelten dürfen.

Der Jury wurde die Aufgabe übertragen, die ausgewählten Projekte zu begleiten. Ich freue mich auf diesen Prozess. Ich bin gleichermaßen gespannt auf gelungene wie auch misslungene Bündnisse. Ich erwarte spannende Experimente. Und: Aus meiner Sicht ist es Zeit für mehr Bündnisse.

Olaf Zimmermann *ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Mitglied der Jury der »Bündnisse für Bildung«*

Diese Verbände und Initiativen werden gefördert:

mit bis zu 20 Millionen Euro

- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V. (dvv)
- Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ)
- Verband deutscher Musikschulen e.V. (VdM)

mit bis zu 10 Millionen Euro

- Deutscher Bundesjugendring e.V. (DBJR)
- Deutscher Bühnenverein e.V.
- Bundesverband der Schulfördervereine e.V. (BSFV)
- Bundesverband Museumspädagogik e.V. (BVMP)
- Deutscher Bibliotheksverband e.V. (dbv)
- Deutscher Chorverband e.V.
- Paritätischer Gesamtverband

mit bis zu 6 Millionen Euro

- Bundesverband Popularmusik
- Bundesverband Tanz in Schulen e.V.
- Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.
- Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD)
- Deutsche Sportjugend im DOSB e.V. (dsj)
- Deutscher Museumsbund e.V.
- Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.
- Stiftung Lesen

mit bis zu 3 Millionen Euro

- ASSITEJ Bundesrepublik Deutschland e.V. (Inter. Vereinigung des Theaters für Kinder und Jugendliche)
- Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der mobilen spielkulturellen Projekte e.V. (BAG Spielmobile e.V.)
- Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e.V. (BBK)
- Bundesverband Freier Theater e.V.
- Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände
- Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.
- Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V.
- Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB)

mit weniger als 3 Millionen Euro

- Arbeitsgemeinschaft Kino-Gilde deutscher Filmkunsttheater e.V. (AG Kino-Gilde e.V.)
- Arbeitskreis für Jugendliteratur e.V.
- Borromäusverein e.V.
- Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise e.V.
- Bundesverband Deutscher Kinder- und Jugendmuseen
- Bundesverband Jugend und Film e.V. (BJF)
- JAS – Jugend Architektur Stadt e.V.
- Zirkus macht stark

Die Jury »Bündnisse für Bildung«

- **Hatice Akyün**, Journalistin und Autorin
- **Ida Bieler**, Professorin für Violine an der Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf, Leiterin des Projektes »vivaldi« bei dem benachteiligte Kinder und Jugendliche von Studierenden Geigenunterricht erhalten
- **Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff**, Vorsitzender der Jury, ehem. Kulturstaatssekretär in NRW
- **Annette Lepenies**, Diplompsychologin, ehem. Lehrerin an Grund- und Hauptschulen, ehem. Dozentin am Sozialpädagogischen Institut Berlin, verschiedene Ausstellungsprojekte zur Generationenfrage
- **Andrea Tober**, Professorin für Musikvermittlung und Selfmanagement an der Hochschule für Musik Hanns Eisler, Leiterin des Education-Programms der Berliner Philharmoniker
- **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von Politik & Kultur

Knapp eine Viertelmilliarde ist schon verdammt viel Geld!

Andreas Kolb im Gespräch mit Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, dem ehemaligen Kulturstaatssekretär von Nordrhein-Westfalen und jetzigem Vorsitzenden der Jury der »Bündnisse für Bildung«.

Wenn man 163 Bewerbungen bekommt, wie wird man dieser Sache Herr? Haben Sie ein spezielles Büro eingerichtet? Ich stelle mir das nicht ganz einfach vor.
— Das war ein hartes Stück Arbeit. Die Jurymitglieder haben acht dicke Ordner durchgearbeitet. Das umfangreiche Material lag uns auch in digitalisierter Form vor, ich habe es mir aber auch in schriftlicher Form kommen lassen, weil es sich einfacher vergleicht, wenn man blättern kann. Das Sichten und Bewerten des Materials hat zwei ganze Wochen in Anspruch genommen. Bereits im Vorfeld haben wir als Jury zusammen mit dem Ministerium für Bildung und Forschung einen Fragebogen und ein Punktesystem mit unterschiedlicher Gewichtung je nach Fragestellung entwickelt, auf deren Grundlage wir die eingereichten Konzepte bewertet haben.

Sie mussten das Bewertungsraster also ganz neu konzipieren?
— Ja, von Anfang an. Unser, vor Versendung der eingegangenen Bewerbungen entwickeltes Punktesystem hat sich in der Praxis als sehr praktikabel herausgestellt. Bei der Bewertung legten wir zehn inhaltliche Kriterien fest und prüften zudem die Frage der Zulässigkeit eines Antrags in formaler Hinsicht. Das Auswahlverfahren hat reibungslos und in absolutem Einvernehmen funktioniert. Sicherlich gab es ab und an unterschiedliche Meinungen unter den Jurymitgliedern, dennoch waren wir uns am Ende stets bei den Bewertungen wie in der Verabschiedung der Ergebnisse einig. Der Weg zur Entscheidung war wie gesagt sehr arbeitsintensiv, da jedes Jurymitglied alle Anträge gelesen haben musste.

Insgesamt hat die Jury 35 Gewinner gekürt. Wie kam es zu eben dieser Anzahl?
— Die Anzahl hat sich im Verlauf der Sitzung ergeben. Grundsätzlich sollten es weder zu wenig noch zu viele Preisträger werden. Bei der Bewertung und der veranschlagten Fördersumme haben wir uns zum einen nach den vergebenen Punktzahlen gerichtet und zum anderen in einer abschließenden Diskussion bei jedem Antrag das Für und Wider ausgelotet, bevor wir zu einem abschließenden Ergebnis gekommen sind. Es war uns wichtig darauf zu achten, dass Anträge mit einem geringeren Volumen – je nach unserer Bewertung – auch angemessen berücksichtigt wurden und die beantragten großen Summen nicht den kleineren Projekten die Mittel wegnahmen.

Lag Ihrer Bewertung eine Berücksichtigung der einzelnen Kunstsparten wie Musik, Theater, Bildende Kunst oder Soziokultur zugrunde?
— Wir haben sehr wohl darauf geachtet, dass alle Sparten vertreten waren. Als wir Flipchart-Rubriken erstellten, haben wir mit Befriedigung festgestellt, dass alle Sparten, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, vertreten waren. In der Diskussion haben wir ebenfalls darauf geachtet, dass keine zu große Ungleichgewichtung eintrat.

Wenn ich Förderprojekte aus jüngster Vergangenheit betrachte, beispielsweise das »Netzwerk Neue Musik« der Bundeskulturstiftung, dann haben die Bündnisse für Bildung zweierlei mit diesen Modellen gemein. Zum einen die temporäre Förderung mittels größerer oder kleinerer Beträge. Zum anderen den Netzwerkcharakter, der darauf abzielt Partner zu rekrutieren und mit diesen Bündnisse einzugehen, wodurch man sich eine stärkere Nachhaltigkeit erhofft.
— Der Vernetzungscharakter ist das, was an dem Konzept des Ministeriums so überzeugt. Bildungsministerin Annette Schavan hat auch schon zuvor neue Bildungsbündnisse geschmiedet und zu einem Prinzip ihrer Bildungspolitik gemacht. Mit »Kultur macht stark« hat sie diese Linie nun konsequent und erfolgreich fortgesetzt: Sie hat der Kulturszene nicht nur großes Vertrauen entgegengebracht, sondern diese auch in die Pflicht genommen, ihrerseits Bündnisse zu schmieden und vor Ort eine breite Trägerschaft zu erreichen. Damit wurde der Samen für nachhaltige Projekte gesät. Nach fünf Jahren der Förderung sollen die Projekte soweit sein, dass sie, eventuell mit anderen Mitteln, nach Möglichkeit fortgesetzt werden können.

Wenn Projekte fortgesetzt werden, müssen folglich Mittel neu akquiriert werden. Oder besteht die Möglichkeit einer Anschlussförderung durch das Ministerium?
— Ein Anschlussprojekt ist bisher nicht vorgesehen, aber auch nicht ausgeschlossen. Jetzt geht es in allererster Linie darum, Erfahrungen in und mit den Projekten zu sammeln und eine umfangreiche Evaluation vorzunehmen, um dann im Laufe der nächsten fünf Jahre eine Entscheidung zu fällen. Der Idealfall wäre sicherlich, wenn diese Art von Projekten einmal selbstverständlicher Bestandteil von Schule werden würde, der außerhalb des schulischen Unterrichtes stattfinden würde.

Das klingt alles sehr positiv. Dahinter verbirgt sich aber doch eine Bildungspolitik, die kulturelle Bildung in ihren herkömmlichen Institutionen wie der Schule nicht mehr ausreichend vermitteln kann.
— Die Bundesbildungsministerin hat dieses Defizit klar erkannt. Über die Bündnisse für Bildung kann hier etwas angestoßen und kommuniziert werden, was Länder und Bund vernachlässigt haben. Daraus kann eine Vorreiterfunktion für die kulturelle Bildung erwachsen.

Die Resonanz auf die Bündnisse für Bildung in den Medien ist bislang durchweg positiv. Dennoch: Stellen sie nicht den Kitt in einer bröckelnden Bildungslandschaft dar?
— Es ist mir lieber, es ist jemand mit Kitt zur Stelle, als dass es nur zerbröckelt und es letztlich nichts mehr zu kitten gibt. Ich finde es erschreckend, wie die Länder und auch die Kommunen die kulturelle Bildung vernachlässigen und nicht erkennen, welche Defizite hier bestehen.

Sie haben diesbezüglich selbst Erfahrung durch Ihre verschiedenen, auch länderspezifischen und kommunalen Tätigkeiten.
— Der kulturellen Bildung galt in meiner Zeit als Kulturdezernent und Kulturstaatssekretär immer schon eines meiner Hauptaugenmerke. Ich halte es für ein Gebot der Stunde, die Prioritäten im Moment bei der kulturellen Bildung zu setzen. Schule leistet das nur im Ausnahmefall und die Eltern leider auch, egal welcher Schicht sie angehören.

Sie sprechen bereits den nächsten Punkt an. Bildungsbenachteiligte Schichten werden mit diesem Projekt speziell angesprochen?
— Ja, aber nicht ausschließlich. Jedoch sollte der Schwerpunkt auf bildungsfernen Schichten liegen. Darauf haben wir bei der Auswahl und bei der Punktevergabe auch durchaus Wert gelegt. Genau das ist meines Erachtens auch das Überzeugende an diesem Programm: Wirklich einmal ernstlich zu versuchen, bildungsferne Schichten zu erreichen und ihnen kulturelle Bildung nahezubringen.

Speziell in Ihrem alten Bundesland Nordrhein-Westfalensteht gibt es ein reiches Düsseldorf und das schwierig dastehende Duisburg. Konnten Sie die Probleme der Heimat berücksichtigen?
— Nein, in diesem Stadium des Verfahrens keineswegs. Denn jetzt hatten wir es ja erst mit Konzepten von länderübergreifend tätigen Verbänden und Initiativen zu tun, will sagen: Wir haben nicht über die Einzelprojekte »vor Ort« entschieden, sondern nur über Konzepte, die die Grundlage eines Auswahlverfahrens in den einzelnen Verbänden bzw. Initiativen darstellen. Die Verbände müssen jetzt entsprechende Verfahren entwickeln, die sie bereits in ihren Bewerbungen ansatzweise darstellen mussten, wie sie ihre Mitglieder – und auch Nichtmitglieder! – berücksichtigen und auswählen wollen. Dieses Vorgehen muss für den Zuschussgeber transparent und überprüfbar sein.

Die Jury wird nun aber nicht außer Kraft gesetzt, sondern Sie sind weiterhin gefordert, nicht nur als Beraterinnen und Berater, sondern als direkte Juroren?
— Direkte Juroren im weiteren Verfahren der einzelnen Verbände und Initiativen sind wir nicht. Aber den weiteren Verlauf des Gesamtprojekts, insbesondere die Frage, ob die Verbände und Initiativen das einhalten, was sie versprochen haben, werden wir weiterhin beobachten. Spätestens ein Jahr nach unserer ersten Sitzung werden wir uns wieder zusammensetzen, um Empfehlungen auszusprechen, Kritik zu äußern und um die Stärken und Schwächen der Projekte zu benennen.

Wie verläuft das Prozedere zwischen 2013 und 2017? Und wie gedenken Sie eine Qualitätskontrolle oder Nachhaltigkeitsüberprüfung durchzuführen? Gibt es entsprechende Pläne?
— Jetzt haben wir erst einmal eine Grundsatzentscheidung für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren (je nachdem für wie viele Jahre Mittel beantragt wurden) gegeben. Diese Grundsatzentscheidung steht aber unter zwei Vorbehalten: Erstens, dass die Verbände und Initiativen im weiteren Verlauf die Förderrichtlinien und Zuschussbedingungen erfüllen und sich dies auch aufgrund einer jährlichen Berichterstattung bewahrheitet. Und zweitens, dass im dritten Jahr eine Zwischenbegutachtung durch die Jury stattfindet, von deren Ergebnissen die weitere Förderung abhängt. Bis dahin finden eine begleitende Evaluation und eine regelmäßige Berichterstattung statt. Was die letzten zwei Jahre angeht, so schwebt also über den Projekten quasi ein »Damokles-Schwert«. Dadurch entsteht ein gewisser Druck, Qualitätssicherung zu betreiben, ein sauberes Verfahren zu praktizieren und präzise zu berichten, was die Mittelvergabe angeht. Diesbezüglich kommt auf die Verbände – und das ist sicherlich ein Problem bei dieser Vorgehensweise – sehr viel Arbeit zu, die sie aber auch weitgehend finanziert bekommen.

Wird die Evaluation der Projekte auch öffentlich präsentiert?
— Das entscheidet das Ministerium bzw. der Projektträger. Ich für meine Person würde es jedenfalls befürworten. Wir als Jury haben übrigens Wert darauf gelegt, dass jeweils öffentliche Präsentationen von Ergebnissen vorgesehen sind. Für Kinder und Jugendliche ist es ein ganz wichtiges Motivationselement, wenn sie zum Beispiel am Ende eines Schuljahres etwas vor der Schulgemeinde vortragen dürfen. Entsprechend werden sich mit Sicherheit auch Präsentationen im weiteren öffentlichen Bereich ergeben. Die Jury bleibt übrigens aus heutiger Sicht unverändert, denn wir haben sehr gut zusammengearbeitet. Die Zusammenarbeit war sehr angenehm und für alle Beteiligten bereichernd. Wir haben viel voneinander gelernt. Die Zusammensetzung war sehr unterschiedlich: Der Hochschulbereich war ebenso vertreten wie die Praxis der kulturellen Bildung, das Verbandsmanagement, pädagogische Erfahrungen mit Migrantenkindern, die Literatur und das Kulturmanagement. Alles in allem eine wirklich sehr gute Mischung.
— Lassen Sie mich abschließend anmerken, dass aus dem Manko, dass es keine unmittelbare Möglichkeit des Bundes gibt, den Ländern und den Kommunen Geld für kulturelle Bildung zu geben, hier durch die Bündnisse für Bildung eine neue Möglichkeit entstanden ist, mithilfe der Verbände und Initiativen in der kulturellen Bildung erstmals einen entscheidenden Schritt weiterzukommen, der nicht zu unterschätzen ist: Knapp eine Viertelmilliarde ist schon verdammt viel Geld! Erstmals in der Nachkriegsgeschichte seit 1945 ist ein Programm zur kulturellen Bildung in diesem Ausmaß aufgelegt worden. Wenn ich diese Summe anteilig auf Nordrhein-Westfalen umlege, dann liegen wir bei weit über 50, fast bei 60 Millionen! Das wäre im Haushalt von Nordrhein-Westfalen derzeit kaum vorstellbar.

Die größte Herausforderung bei der Umsetzung der »Bündnisse für Bildung« besteht für uns …

Felix Bruder **AG Kino-Gilde e.V.** *… Kinos sind Orte der Kultur und Kinobetreiber Kulturvermittler. Die größte Herausforderung bei der Umsetzung der Bündnisse für Bildung wird sein, möglichst viele Kinobetreiber in der Rolle des Kulturvermittlers zu unterstützen und möglichst viele Kinder vom »Kult-Ort« Kino zu begeistern.* **Uwe Weppler** **Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.** *… in der Erweckung der vielfältigen Potenziale der Jugendlichen. Wir sind gespannt auf die Fantasien, Ideen und Talente, die die Jugendlichen einbringen werden.* **Ellen Ahbe** **Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.** *… darin, die Kinder und Jugendlichen im wahrsten Wortsinne ins Zentrum zu holen und für kontinuierliche Aktivitäten zu begeistern. Eine besondere Aufgabe, aber auch große Chance ist es, die weitgehend von Ehrenamt getragenen Bündnisse für ihre Arbeit vor Ort zu qualifizieren und so bei aller Verschiedenartigkeit in einer verbindenden Struktur zu agieren.* **Jörg F. Maas** **Stiftung Lesen** *… Wir bedanken uns beim Bundesministerium für Bildung und Forschung und Bundesministerin Annette Schavan für das Vertrauen in unsere Arbeit und die Unterstützung beim Ausbau der Leseclubs, die ein wichtiger Bestandteil der außerschulischen Leseförderung sind. Die umfangreichen Fördermaßnahmen im Rahmen der »Bündnisse für Bildung« sind ein wichtiges Signal an alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen, gemeinsam bessere Zugänge zur Bildung zu schaffen. Wir freuen uns daher auch besonders auf die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Kooperationspartnern vor Ort, mit denen wir gemeinsam die neuen Leseclubs einrichten und so noch mehr Kindern Freude am Lesen vermitteln.* **Maren Ranzau & Reinhold T. Schöffel** **Bundesverband Jugend und Film e.V.** *… darin, ungewöhnliche Bündnispartner abseits von den traditionellen Trägern der kulturellen Bildung zu finden. Denn wir wollen nicht nur Bündnisse zwischen Jugendzentren, Filmleuten und Schulklassen knüpfen, sondern auch junge Leute mit Film in Berührung bringen, die im Boxclub, Fußballverein oder anderen Bereichen aktiv sind.* **Veronika Petzold & Moritz Puschke** **Deutscher Chorverband e.V.** *… Wie kann es mithilfe dieser Förderung gelingen, möglichst viele Menschen zu motivieren, ihnen ein gutes Rüstzeug für die konkrete Arbeit an die Hand zu geben und damit unzählige Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten für das gemeinsame Singen zu begeistern? Die größte Herausforderung bei der Umsetzung der Bündnisse für Bildung besteht für uns in der Qualitätssicherung für das kindgerechte Singen in jedem einzelnen Bündnis vor Ort.* **Dirk Mühlenhaus** **Verband deutscher Musikschulen e.V.** *… in der Harmonisierung der Programmlogik mit der Musikschulrealität. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass Kreativität, Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit der lokalen Bündnisse unserer Mitgliedsschulen keine unüberwindbaren Zugangshemmnisse im Wege stehen.* **Marion von zur Gathen** **Paritätischer Gesamtverband e.V.** *… Kulturelle Bildung eröffnet Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten, ein positives Selbstkonzept zu entwickeln, ihre Umwelt zu begreifen und sie aktiv mitzugestalten.* **Malte Blümke** **Bundesverband der Friedrich-Bödecker-Kreise e.V.** *… Die größte Herausforderung bei der Umsetzung unserer Autorenpatenschaften für Kinder und Jugendliche, die bisher wenig Zugang zu Büchern gehabt haben, in »Bündnisse für Bildung« besteht darin, dass wir unserem Anspruch, diese »Bündnisse für Bildung« in alle Bundesländer und Regionen Deutschlands tragen wollen, gerecht werden.* **Ulrich Aengenvoort** **Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.** *… darin, gemeinsam mit den Volkshochschulen und ihren Bündnispartnern vor Ort die Talente junger Menschen zu fördern und sie aktiv in verschiedene Angebote kultureller Bildung einzubeziehen.* **Kornelia Hennek** **Christliches Jugenddorfwerk Deutschland e.V.** *… in der Begeisterung und Motivation unserer Kooperationspartner, wie beispielsweise Künstler, Theater, etablierte Künstlerinstitutionen, Vereine oder Unternehmen, mit benachteiligten und/oder bildungsfernen Kindern und Jugendlichen zu arbeiten. Und … in der Gewinnung von Kindern und Jugendlichen für musische Bildungsarbeit außerhalb von Schule.* **Lorenz Overbeck** **Bundesvereinigung Deutscher Orchesterverbände e.V.** *… darin, die beantragten Inhalte möglichst ohne Einschränkungen oder Auflagen endgültig und zeitnah genehmigt zu bekommen. Nach einer erfolgreichen Genehmigung besteht die nächste Herausforde-*

rung darin, die ehrenamtlichen Verantwortungsträger der lokalen Bündnisse innerhalb weniger Wochen für den Umgang mit den Fördergeldern zu qualifizieren, damit die jeweiligen Maßnahmen tatsächlich beginnen können. **Christian Weis** **Deutscher Bundesjugendring e.V.** *... darin, ein breites Verständnis zu erreichen, dass nicht nur Hochkultur und klassische Kulturarbeit, sondern auch, die Alltagskultur – wie sie in den Verbänden tagtäglich praktiziert wird – Bildungsbenachteiligungen abbaut und jungen Menschen Raum gibt, sich zu eigenständigen Persönlichkeiten zu entwickeln.* **Gerhard Knecht** **Bundesarbeitsgemeinschaft Spielmobile e.V.** *... darin, einfache und effektive Verwaltungswege zwischen uns, dem Ministerium und den Bündnispartnern zu entwickeln und zu erproben, um die Arbeit der Bündnisse vor Ort, die mit den Kindern deren Lebensumwelt auf Bildungspotenziale erforschen, als Verband der Spielmobile optimal zu unterstützen.* **Katharina Schneeweis** **Bundesverband Tanz in Schulen e.V.** *... in der Unterstützung der lokalen Ebene. Unser Ziel ist es, die zukünftigen Bündnispartner über konkrete Projektmaßnahmen, Qualitätssicherungen und Wissenstransfer in den jeweiligen Kooperationen, Dynamiken und Strukturen zu stärken und damit zu einer Verstetigung tanzkünstlerischer Bildungsprojekte beizutragen sowie einen niedrigschwelligen Zugang zu Tanzkunst für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.* **Ingo Weiss** **Deutsche Sportjugend im DOSB e.V.** *... darin, die zumeist ehrenamtlich Aktiven in den Sportvereinen vor Ort so zu unterstützen, dass sie kompetent und selbstbewusst die Bildungspotenziale des Sports in die Netzwerke vor Ort einbringen. Sport als Bestandteil jugend-kultureller Ausdrucksformen bietet gerade auch jungen Menschen mit erschwerten Zugangsbedingungen attraktive und ganzheitliche Zugänge zu Kultur und Teilhabemöglichkeiten an der Mitgestaltung von Gesellschaft.* **Barbara Schleihagen** **Deutscher Bibliotheksverband e.V.** *... in der Frage, wie lokale Einrichtungen in ausreichender Zahl interessierte und geeignete Ehrenamtliche finden und einbinden können, um gerade auch die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, die bislang noch keine Bibliothekskunden sind und mit ihnen die Maßnahmen umzusetzen. Bibliotheken haben bereits langjährige Erfahrungen mit bürgerschaftlichem Engagement und sie wissen, dass der Erfolg ganz maßgeblich von der professionellen Begleitung durch hauptamtliches Personal in der Bibliothek oder einer Fachstelle abhängt.* **Anja Hoffmann** **Bundesverband Museumspädagogik** *... darin, den jungen Museumsneulingen Spaß am Museumsbesuch zu vermitteln, das Museum zu einem ihrer Orte in ihrer Lebenswelt zu machen, indem Bezüge zwischen dem eigenen Leben und dem Museum und Möglichkeiten der aktiven, selbstbestimmten und kreativen Gestaltung geboten werden.* **Doris Breitmoser** **Arbeitskreis für Jugendliteratur e.V.** *... »Literanauten« – das sind lesebegeisterte Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie wollen Gleichaltrige, die bisher keinen Zugang zur Literatur finden konnten, mit auf die Reise in die Welt der Bücher und Geschichten nehmen. Die größte Herausforderung wird dabei sein, passgenaue Formate zu entwickeln, die den Bedürfnissen ganz unterschiedlicher Regionen und Zielgruppen Rechnung tragen. Denn nur so kann der Funke überspringen.* **Yvonne Leonard** **Bundesverband Deutscher Kinder- und Jugendmuseen** *... Die »Bündnisse für Bildung« sind eine hervorragende Möglichkeit und große Chance, die Teilhabe an der Kultur für alle zu ermöglichen. Gerade das ist eine große Herausforderung. Wenn sie gelingt, wird sich die Kulturlandschaft in Zukunft nachhaltig verändern: durch die Bedürfnisse, Interessen und Ansprüche neuer Besucher und Benutzer.* **Lothar Harles** **Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke, Familienbildung Deutschland – Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung, Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung** *... in der Kombination verschiedener Bildungsansätze und -traditionen: politische Bildung, Familienbildung und Erwachsenenbildung entwickeln und fördern in kulturellen Veranstaltungen Medienkompetenz. Mit Unterstützung durch neue Medien wecken kulturelle Projekte zusätzliches kreatives Potential, schaffen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und fördern demokratische Einstellungen.* **Andrea Rothaug** **Bundesverband Popularmusik e.V./i.G.** *... darin, kreative Potenziale zu wecken, zu entdecken und zu entwickeln, und damit junge Musikliebhaber von reinen Konsumenten zu aktiven Musikschaffenden zu machen. Dafür stehen ihnen unsere langjährige Erfahrung, anerkannte Netzwerkstrukturen und jede Menge Musikprofis zur Verfügung.* **Vera Neukirchen** **Deutscher Museumsbund e.V.** *... darin, mit den Projektpartnern aus anderen Bereichen Strukturen in den Städten und Regionen zu entwickeln, die die Nachhaltigkeit der Projekte gewährleisten und damit kulturelle Bildung im Museum zu einem selbstverständlich Teil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen werden lassen.* **Werner Schaub** **Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler e.V.** *... Die größte Priorität bei der Umsetzung der Bündnisse für Bildung hat für uns, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche in künstlerischen Projekten durch kreative Aktivitäten ihre eigene Identität entwickeln können. Die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen und Künstlern wird ihnen neue Horizonte eröffnen und ihnen erlauben, sich selbst und die Welt neu und anders als bisher wahrzunehmen.* **Silke Edelhoff & Carla Multhaup** **JAS – Jugend Architektur Stadt e.V.** *... darin, Kinder und Jugendliche für Architektur und Stadt zu begeistern und ihre Ideen und Anliegen in der Stadt sichtbar zu machen. Wir sind sehr gespannt auf die jugendlichen Hingucker-Ideen für den öffentlichen Raum. Auf überregionaler Ebene liegt die größte Herausforderung für uns darin, die Vernetzung in Sachen baukultureller Bildung und Partizipation von Kindern und Jugendlichen voranzutreiben.* **Irene Ostertag** **Bund Deutscher Amateurtheater e.V.** *... darin, der nun von der Politik gewünschten sehr schnellen Umsetzung des eingereichten Konzeptes in lebendige Bündnisprojekte, die wirklich langfristig wirken. Besonders am Herzen liegt uns, die ehrenamtlich Aktiven im Amateurtheater in der Planung der Projekte zu begleiten und deren vielfältigen Praxisideen nach außen, in Politik und Gesellschaft, zu kommunizieren.* **Wolfgang Schneider** **ASSITEJ Bundesrepublik Deutschland e.V.** *... darin, dass Kinder und Jugendliche vor Ort im Mittelpunkt kulturpolitischer Überlegungen stehen und sich die Landschaft der Kinder- und Jugendtheater mit Hilfe des Programms »Kultur macht stark« zugleich künstlerisch weiter entwickelt. Wir wollen Zugänge schaffen und Durchlässigkeit herstellen, wo diese bisher nicht gegeben sind. Das Programm gibt einen wichtigen Impuls für die gesamte Gesellschaft: Wir brauchen mehr Partizipation, um gemeinsam über die Zukunft nachdenken und diese gestalten zu können!* **Margit Düing-Bommes** **Borromäusverein e.V.** *... in der weitestgehend entlastenden Begleitung ehrenamtlicher Mitarbeiter von katholischen öffentlichen Büchereien bei der Durchführung des Projekts »Ich bin ein LeseHeld« vor Ort. Dieses ehrenamtliche Engagement, vernetzt mit kommunalen Partnern, soll die Lesesozialisation auch und besonders im häuslichen Umfeld etablieren und festigen.* **Kirsten Witt** **Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V.** *... in der Verbindung von Quantität mit Qualität; dies heißt konkret: in der Sicherstellung qualitativ hochwertiger kultureller Bildungsangebote in allen von uns geförderten Maßnahmen auf der Grundlage des von den BKJ-Mitgliedsorganisationen formulierten Qualitätsrahmens, der Stärken- und Interessenorientierung, Lebensweltbezug, Partizipation, Freiwilligkeit, Ganzheitlichkeit und die Möglichkeit der Erfahrung von Selbstwirksamkeit als handlungsleitende Prinzipien der kulturellen Bildung und Voraussetzungen von Persönlichkeitsbildung mit und in den Künsten beschreibt. Auf struktureller Ebene ist der Aufbau von tragfähigen lokalen Kooperationsnetzen zwischen Kitas/Schulen, kulturellen Trägern und sozialräumlichen Partnern eine zentrale Herausforderung, denn wir wollen Kindern und Jugendlichen nicht nur einen Einstieg, sondern bei Interesse auch vertiefende Erfahrungen und ein nachhaltiges Engagement in Kunst und Kultur ermöglichen.* **Karl Köckenberger** **Zirkus macht stark** *... darin, aus zahlreichen Interessenten in allen Bundesländern die Schulen auszuwählen, die letztlich an dieser Förderung teilhaben werden. Es gibt so viele Klassen, gerade in unseren Brennpunktbezirken, deren Gemeinschaft davon profitieren würde, einmal das Klassenzimmer gegen das Zirkuszelt einzutauschen und dort zusammen etwas ganz anderes auf die Beine zu stellen – und groß ist der Wunsch vieler Kinder und Jugendlicher, einmal selbst in der Manege zu stehen und das eigene Können zu präsentieren!*

Kurz und knapp

PERSONALIEN

Neue Geschäftsführerin beim netzwerk junge ohren

Lydia Grün, bislang Geschäftsführerin von Musikland Niedersachsen, wird zum 1. Januar 2013 Geschäftsführerin beim netzwerk junge ohren in Berlin. Das netzwerk junge ohren hat sich zum Ziel gesetzt, Musikvermittler miteinander zu vernetzen und Musikvermittlungsprojekte mit Orchestern zu initiieren. Die bisherige Geschäftsführerin Ingrid Allwardt wechselt nach fünf Jahren Aufbauarbeit in die Verlagsbranche.
→ *www.jungeohren.com*

BKJ wählt neuen Vorstand

Die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) hat ihren Vorstand gewählt. In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende Gerd Taube (Kinder- und Jugendtheaterzentrum) sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Peter Kamp (Bundesverband der Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Einrichtungen) und Insa Lienemann (Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Niedersachsen). Dem Vorstand gehören ferner an: Eva Bürgermeister (Kinder- und Jugendfilmzentrum), Michael M. Roth (Akademie Remscheid), Matthias Pannes (Verband deutscher Musikschulen) und Axel Schneider (Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt). Die BKJ ist der bundesweite Fachverband für die kulturelle Kinder- und Jugendbildung.
→ *www.bkj.de*

Arbeitskreis für Schulmusik mit neuem Geschäftsführenden Vorstand

Michael Pabst-Krüger wurde zum neuen Bundesvorsitzenden des Arbeitskreises für Schulmusik (AfS) gewählt. Er ist im Hauptberuf Dozent für Angewandte Musikpädagogik an der Musikhochschule Lübeck. Dem Vorstand gehören weiterhin an: Friedrich Neumann, Dorothee Barth, Sabine Schneider-Binkl und Benjamin Seipel. Bundesgeschäftsführer ist Helmut Bencker. Im AfS sind musikpädagogisch Interessierte aus Schulen, Hochschulen und Referendariat organisiert.
→ *www.afs-musik.de*

WETTBEWERBE

up and coming 2013 – Internationales Filmfestival

Bis 1. August 2013 können Filme für das up and coming Filmfestival 2013 eingereicht werden. Es findet vom 21. bis 24. November 2013 in Hannover statt. Gesucht werden Filme von jungen Filmemachern in den Altersgruppen bis 16 Jahre, 17 bis 23 Jahre und 23 bis 27 Jahre. Alle Genres sind willkommen.
→ *www.up-and-coming.de*

Theatertreffen der Jugend

Bis 8. Februar 2013 können sich jugendliche Theatergruppen zum Theatertreffen der Jugend anmelden. Das Treffen findet vom 24. Mai bis 1. Juni in Berlin statt. Bewerben können sich Gruppen, deren Mitglieder unter 13 Jahre, zwischen 14 und 16 Jahre, älter als 17 Jahre oder älter als 20 Jahre sind.
→ *www.berlinerfestspiele.de*

Kinder zum Olymp

Bis spätestens 30. November 2012 können sich Schulen mit einem Kulturprofil zum Wettbewerb »Kinder zum Olymp« anmelden. Gesucht werden Schulen, die allen Schülern verbindlich und regelmäßig die Mitwirkung an kulturellen Projekten ermöglichen und dabei mit Kultureinrichtungen kooperieren.
→ *www.kinderzumolymp.de*

Neuer Webauftritt für Vorlesewettbewerb

Der seit 1959 stattfindende Vorlesewettbewerb des Börsenvereins des deutschen Buchhandels hat eine neue Website. Wer sich über den Wettbewerb oder die Regionalveranstalter informieren will, findet dort alle Informationen.
→ *www.vorlesewettbewerb.de*

VERANSTALTUNGEN

Next Level: Kunst und Kultur der digitalen Spiele

Am 15. und 16. November 2012 veranstaltet das NRW-Kultursekretariat die Tagung »Next Level: Kunst und Kultur der digitalen Spiele« in Köln. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, inwiefern Games andere künstlerische Gattungen beeinflussen, wie sie in der Schule eingesetzt werden können und was es braucht, damit Computerspiele im Markt erfolgreich sind.
→ *www.nextlevel-conference.org*

Der 16. November ist Vorlesetag

Am 16. November 2012 findet der neunte Vorlesetag statt. Jeder kann mitmachen und an unterschiedlichsten Orten eine Vorleseaktion durchführen. Veranstaltet wird der bundesweite Vorlesetag von der Stiftung Lesen.
→ *www.vorlesetag.de*

School's out? Informelle und formelle Medienbildung

Mit der informellen und formellen Medienbildung befasst sich das 29. Forum Kommunikationskultur der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur vom 23. bis 25. November 2012 in Paderborn. Diskutiert wird, welche Rolle digitale Medien beim Lernen spielen, welche Medienbildung für Kinder und Jugendliche erforderlich ist und wie digitale Medien Lernprozesse fördern können.
→ *www.gmk-net.de*

It takes two to tango – Fachtagung zu kultureller Bildung im Generationendialog

Am 5. Dezember 2012 führt das Institut für Bildung und Kultur (ibk) in Köln eine Fachtagung zum erfolgreichen Miteinander von Generationen in der kulturellen Bildung durch. Mit der Tagung sollen die Potenziale der intergenerationellen Zusammenarbeit herausgestellt und Kooperationen angestoßen werden.
→ *www.ibk-kubia.de/angebote/fortbildung/generationentagung*

Alter, Kultur und Bildung

Vom 10. bis 12. Dezember 2012 veranstaltet der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge in Hannover eine Fachtagung zu Bildung und Kultur im Alter. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie alte Menschen selbst künstlerisch aktiv sein können und welche Potenziale eigene kulturelle und künstlerische Aktivitäten im Alter in sich bergen. Dabei wird auch auf interkulturelle Bildungsarbeit mit Älteren eingegangen.
→ *www.deutscher-verein.de*

PUBLIKATIONEN

Arbeitsmarkt Kultur: Vom Nischenmarkt zur Boombranche

In Band Nr. 9 der Reihe »Aus Politik & Kultur« geht es um den Arbeitsmarkt Kultur im Allgemeinen, um Kulturberufe in verschiedenen künstlerischen Sparten, die Ausbildung in Kulturberufen sowie um die soziale Lage von Kulturberuflern. Der Arbeitsmarkt kulturelle Bildung wird dabei mitbehandelt. (Hg. von Olaf Zimmermann und Theo Geißler, 368 Seiten, ISBN 978-3-934868-28-1) Zu bestellen in jeder Buchhandlung oder im Internet.
→ *www.kulturrat.de/shop.php*

Kulturelle Vielfalt leben: Chancen und Herausforderungen kultureller Bildung

In Band Nr. 8 der Reihe »Aus Politik & Kultur« sind Beiträge versammelt, die sich mit den Themen: Vielfalt als Reichtum, Migrationsgeschichte, von der Ausländer- zur Migrationspolitik, Initiativen zivilgesellschaftlicher Akteure zur Integrationsarbeit und mit Beispielen interkulturellen Lernens befassen. Die Arbeit des Runden Tisches Interkultur des Deutschen Kulturrates wird hier gebündelt vorgestellt. (Hg. von Olaf Zimmermann und Theo Geißler, 324 Seiten, ISBN 978-3-934868-27-4.) Zu bestellen in jeder Buchhandlung oder im Internet.
→ *www.kulturrat.de/shop.php*

Im falschen Film?!

Vision Kino, das Netzwerk für Film- und Medienkomptenz hat eine Unterrichts-DVD »Im falschen Film?!« herausgebracht. Die DVD richtet sich an Lehrer und Multiplikatoren und bietet interaktives Unterrichtsmaterial zu den Themen Urheberrecht, geistiges Eigentum und illegale Kopien.
→ *www.visionkino.de*

WEITERBILDUNG

Akademie Remscheid für kulturelle Bildung

Die Akademie Remscheid hat einen neuen Namen. Nachdem sie seit 1968 »Akademie Remscheid für musische Bildung und Medienerziehung« hieß, lautet der neue Name »Akademie Remscheid für kulturelle Bildung«. Damit wird im Namen nachvollzogen, dass das Fortbildungsspektrum das gesamte Feld der kulturellen Bildung einschließlich der Medienbildung umfasst. Passend zum neuen Namen hat die Akademie Remscheid auch einen neuen Webauftritt.
→ *www.akademieremscheid.de*

Monitoring Kulturelle Jugendbildung NRW

Im Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/Technische Universität wird eine Studie zu Angeboten, Strukturen und Adressaten der kulturellen Jugendbildung in NRW erstellt. Ziel ist es zu erfahren, welches Wissen es zur kulturellen Jugendbildung in NRW bereits gibt, welche überregionalen Studien aus anderen Ländern genutzt werden können, um die Landschaft der kulturellen Jugendbildung NRW besser untersuchen zu können, welche Förderprogramme des Landes es gibt und wie die örtlichen Kulturlandschaften beschrieben werden können. Methodisch wird eine Sekundäranalyse erfolgen, auf deren Grundlage ein Forschungsdesign für ein Monitoring Kulturelle Jugendbildung NRW entwickelt werden soll.

Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel

Ein neues Logo und eine Website hat auch die Bundesakademie für kulturelle Bildung Wolfenbüttel. Das Jahresprogramm 2013, das schon in neuer Gestaltung vorliegen wird, erscheint im Dezember 2012. Die Homepage wird ebenfalls im kommenden Jahr mit einem neuen Erscheinungsbild aufwarten.
→ *www.bundesakademie.de*

Förderung der Akademie für Leseförderung verstetigt

Die seit dem Jahr 2004 bestehende Förderung der Akademie für Leseförderung an der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek wurde verstetigt. Das Kultusministerium Niedersachsen, das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur, die Stiftung Lesen und die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek vereinbarten eine langfristige Zusammenarbeit. Die Akademie für Leseförderung bietet unter anderem Fortbildungsangebote für Multiplikatoren und Lehrer zur Leseförderung an.
→ *www.akademiefuerlesefoerderung.de*

Kultur bildet.
erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung Politik & Kultur, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Adresse
Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Telefon: 030 / 24 72 80 14
Fax: 030 / 24 72 12 45
post@kulturrat.de, www.kulturrat.de

Deutscher Kulturrat

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur, V. i. S. d. P),
Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin),
Stefanie Ernst (CvD), Andreas Kolb,
Andrea Wenger

Redaktionsassistenz
Tatjana Gridnev, Carolin Ries, Verena Schmidt

Beratung
Kerstin Hübner (BKJ)

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Telefon: 0941 / 945 93 - 0, Fax: - 50
info@conbrio.de, www.conbrio.de

Druck
Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Gestaltung
Ilja Wanka & 4S Design

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Sollte in Beiträgen auf das generische Femininum verzichtet worden sein, geschah dies aus Gründen der besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sind immer weibliche als auch männliche Gruppenangehörige einbezogen. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.